Donnerstag, 13. Oktober 1983 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 239 - 41. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Sparpolitik: Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sieht im Bereich der Sozialpolitik die Grenzen für Sparmaßnahmen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mahnte er, daß die Durchsetzung der Sparpolitik, auch in der Öffentlichkeit, nicht nur Sache der Sozialpolitiker sein dürfe, sondern von der gesamten „Mannschaft" zu bewältigen sei. (S. 1)

Kirchschläger: Ost-Berlin hat Österreichs Bundespräsident Kirchschläger „kleine Schritte" zur Erleichterung des bilateralen Reiseverkehrs in Aussicht gestellt. (S. 5)

Zahlungsstopp: Mit einer vorläufigen Suspendierung der Vorauszahlungen für Ausfuhrsubventionen und bestimmte landwirtschaftliche Prämien versucht die EG-Kommission, die drohende Zahlungsunfähigkeit der Gemeinschaft abzuwenden.

Rüstungsgespräche: Wiederholte sowjetische Drohungen, die Genfer Abrüstungsverhandlungen abzubrechen, werden in Washington und Bonn als Versuch eingestuft, die öffentliche Meinung im Westen zu beeinflussen. Moskaus Chefdelegierter Kwizinski in Genf gab gestern zu verstehen, daß er weiterverhandeln werde.

Japan: Der im Lockheed-Prozeß wegen Korruption zu vier Jahren Haft verurteilte Ex-Ministerpräsident Tanaka – noch immer einer der mächtigsten Politiker Japans – will im Parlament bleiben. Damit droht eine innenpolitische Krise. Tanaka hat Berufung gegen das Urteil eingelegt und ist gegen Kaution von 3,3 Millionen Mark auf freiem Fuß.

Frankreich: Um rund 13 Prozent sollen in Frankreich nächstes Jahr die Ausgaben für die atomaren Streitkräfte angehoben werden. Damit will Paris seine Entschlossenheit zur Abschreckung verdeutlichen.

Austausch mit „DDR": Bayern und die „DDR" wollen künftig Forschungsergebnisse zum Problem Waldschäden und anderen Umweltfragen kontinuierlich austauschen. (S. 12)

Heute: Bundestag berät Berufsbildungsbericht 1983. – Konstituierende Sitzung des hessischen Landtags. – Deutsch-brasilianische Wirtschaftskommission tagt in Bonn. – Grundsatzrede des neuen IG-Metall-Vorsitzenden Mayr. – Außenminister des Warschauer Pakts konferieren in Sofia. – Japan und UdSSR nehmen in Moskau Handelsgespräche wieder auf.

WELT-Report Bürokommunikation

Bürokräfte sehen sich immer mehr mit Neuerungen wie Teletex, Bildschirmtext, Telefax, Electronic Mail und Netzwerk konfrontiert. Ein Lernprozeß ist erforderlich, denn der Nutzen des Büros der Zukunft wird sich gegen die Ängste durchsetzen. – Ein 40seitiger Farbreport der WELT.

WIRTSCHAFT

Mayr gewählt: Neuer IG-Metall-Chef ist seit gestern der bisherige zweite Vorsitzende, Hans Mayr (61). Er löste Eugen Loderer ab. Stellvertreter wurde Franz Steinkühler (46), bislang Stuttgarter Bezirksleiter.

AG Weser: Die Bremer Großwerft soll nach einem Beschluß des Vorstands zum Jahresende schließen. 2000 Werftarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz.

Exportbelebung: Ein Exportwachstum von nominal acht Prozent für 1984 (1983: ein Prozent) erwartet die deutsche Industrie, so das Ifo-Institut (München).

Mehr Lehrstellen: 327 100 neue Lehrverträge wurden bis zum 30. September von den Industrie- und Handelskammern registriert – acht Prozent mehr als Ende September 1982.

Beschäftigungsstruktur: 57 Prozent der Arbeitnehmer in den westlichen Industriestaaten sind inzwischen im tertiären Sektor – Handel, Banken und Dienstleistungsbetrieben – tätig, 33 Prozent in der Industrie und zehn in der Landwirtschaft.

Börse: Der Trend an den deutschen Aktienmärkten war gestern leicht sinkend. WELT-Aktienindex 142,3 (142,9). Der Rentenmarkt war trotz rückläufiger Tendenz zuversichtlich. Dollar-Mittelkurs 2,6118 (2,5768) Mark. Goldpreis je Feinunze 394,75 (399,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Dauerhafter Friede kommt, wenn er kommt, langsam. «

Der britische Verteidigungsminister Michael Heseltine auf dem Parteitag der Konservativen. Eine plötzliche Änderung in der Haltung der Sowjetunion bei Rüstungsverhandlungen sei nicht zu erwarten.

FOTO: CAMERA PRESS

KULTUR

Kritik aus Moskau: In Polen ist ein neuer, von regimetreuen Literaten gegründeter Schriftstellerverband zugelassen worden. Moskau kritisiert, die polnische Literatur sei von „Krankheiten befallen", da man bisher auf „Klassenkriterien" verzichtet habe.

Filmförderung: Das Europa-Parlament will die Filmproduktion in der EG stärker fördern, um der marktbeherrschenden US-Filmindustrie entgegenzutreten. Der amerikanische Film ist am europäischen Markt mit 47 Prozent, der deutsche nur mit drei Prozent beteiligt.

SPORT

Fußball: Die Türkei besiegte Nordirland in der Qualifikation zur Europameisterschaft 1:0. Mit diesem Ergebnis hat die deutsche Nationalmannschaft die Endrunde bereits so gut wie erreicht. (S. 11)

Los Angeles: Die Sowjetunion boykottiert zum zweiten Mal Wettkämpfe in der Olympiastadt von 1984. Sie sagte ihre Teilnahme an der WM der Bogenschütze wegen der „derzeitigen Umstände" ab.

AUS ALLER WELT

Kampf gegen Packeis: In der Tschuktschen-See zwischen Sibirien und Alaska sind 15 sowjetische Frachter im Packeis gefangen. Ein Schiff wurde zerdrückt.

Geschäft mit Olympia: Die Sommerspiele '84 in Los Angeles sollen ein riesiges Geschäft werden. Die Wirtschaft rechnet mit Einnahmen von vier Milliarden Dollar; Fernsehrechte wurden für 615 Millionen verkauft. (S. 24)

Wetter: Bewölkt, aber überwiegend trocken. 16 bis 21 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Blüm geht mit den „Nörglern" an der „Wende" ins Gericht

Für ihn sind im Sozialbereich die Grenzen der Sparpolitik erreicht

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hat in einer grundsätzlich angelegten Rede vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion deutlich gemacht, daß zumindest im Bereich der Sozialpolitik die Grenzen für Sparmaßnahmen erreicht sind. Blüm verband dies mit der Bemerkung, die Durchsetzung der Sparpolitik auch in der Öffentlichkeit könne „nicht nur Sache der Sozialpolitiker sein". Hinter dieser Aussage des Ministers steckt Kritik an anderen Kabinettsmitgliedern und an Teilen der Unionsfraktion.

Blüms Rede fiel in manchen Passagen sarkastisch aus. „Ich bin es satt, die Nörgler zu sehen, die auf Partys mit dem Sektglas herumstehen und fragen, wo bleibt die Wende?" Das „ständige Miesmachen", kritisierte der Bundesarbeitsminister, „nimmt uns den Schwung".

Die Frage, was die Sozialpolitik zur Haushaltskonsolidierung geleistet habe, könne er eindrucksvoll beantworten. Von den Einsparungen in Höhe von 12 Milliarden Mark im Jahr 1983 gingen 10,2 Milliarden zu Lasten des Sozialbereichs. Im Jahr 1984 würden es von 6,6 Milliarden Mark Einsparungen rund 4,1 Milliarden Mark sein. Bis zum Jahr 1987 werde es im Bereich der Sozialversicherung Entlastungen bis zu 42 Milliarden Mark geben. Die Grenzen für Einsparungen im sozialen Bereich seien damit erreicht, betonte Blüm. „Wenn einer gemeint hat, Wende wäre so wie man eine Heugabel dreht, dann hat er sich allerdings getäuscht. Solide muß das Ganze sein."

Nachdrücklich verteidigte der Bundesarbeitsminister die bisherigen Sparmaßnahmen. „Ungereimtheiten" würden abgebaut. Die Politik in diesem Bereich sei prinzipiell angelegt und eröffne Gestaltungsmöglichkeiten. Blüm sprach von einem „schwierigen Kurs", der nur durch das Engagement der gesamten „Mannschaft" zu bewältigen sei. „Wer Anlauf nimmt und ständig zurückschaut, der wird den Sprung nicht schaffen", mahnte Blüm, von dem es in Bonn geheißen hatte, er lasse Spuren der Resignation erkennen. Politiker, die sehr eng mit ihm zusammenarbeiten, weisen allerdings eine solche Einschätzung zurück.

Vor der Rede Blüms hatte der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger auf die Bedeutung des von dem Minister zu verantwortenden Ressorts und dessen Politik für die Union insgesamt aufmerksam gemacht. Dregger sagte, die Bundesrepublik Deutschland sei eine „Arbeitnehmergesellschaft". Dies müsse man in der Politik im Auge haben. Über politische Mehrheiten, so betonte Dregger, „wird in den Betrieben entschieden".

Blüm setzte sich vor der Unionsfraktion vehement für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ein. Die aktuellen Standpunkte der Tarifpartner müsse man als „D-Züge" betrachten, die aufeinander zufahren. Auf der einen Seite stehe die Forderung von Gewerkschaften nach der 35-Stunden-Woche, auf der anderen das Nein der Arbeitgeber. Ihm liege nicht daran, das Gewerkschaftslager zu spalten, aber die Politik habe die Aufgabe, in dieser Situation Gewerkschaften, die zu einem anderen Weg bereit seien, ein „Angebot" zu machen. Und dieses sehe er in einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit und in der Unterstützung von Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, betonte Blüm.

In seiner Rede griff der Bundesarbeitsminister auch das von dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) benutzte Argument auf, die Lohnnebenkosten seien zu hoch. Albrecht hatte von 130 Prozent gesprochen. Blüm hielt dagegen, in Wirklichkeit seien es nur 78 Prozent. Außerdem beruhten 35 Prozent davon auf tariflichen Vereinbarungen oder Abmachungen auf Betriebsebene. Dies sei in „guten" wirtschaftlichen Zeiten geschehen. „Wer daran herummäkelt, soll dies deshalb nicht an meine Adresse tun", erklärte Blüm.

DER KOMMENTAR

Linksruck

GÜNTHER BADING

Gewerkschaftstage der IG Metall sind in der Regel berechenbar. Vom Vorstand vorgeschlagene Kandidaten werden gewählt, Empfehlungen der Gewerkschaftsspitze in den Antragsberatungen werden zumeist befolgt. Allerdings gibt es Ausnahmen. So beim Gewerkschaftstag 1977, als ein Kandidat der Basis gegen den Vorstandsfavoriten in die Geschäftsführung gewählt wurde und als die Delegierten sogar gegen ausdrückliches Votum der Gewerkschaftsführung die Forderung nach der 35-Stunden-Woche durchsetzten.

Der diesjährige Gewerkschaftstag in München probte bei den gestrigen Vorstandswahlen keinen Aufstand. Lammfromm wollten die 551 Delegierten aber keinesfalls sein. Sie setzten bei der Stimmvergabe für die Kandidaten der verschiedenen Flügel in der Metallgewerkschaft deutliche Zeichen. Der linke Flügel ging aus der Wahl deutlich gestärkt hervor.

Nur 80 Prozent der Delegiertenstimmen für den neuen Vorsitzenden Hans Mayr, einen Verfechter praxisbezogener pragmatischer Gewerkschaftspolitik, sprachen für sich. Sein Stellvertreter, Franz Steinkühler, erhielt dagegen knapp 90 Prozent. Der Verbalradikalismus des bisherigen Stuttgarter Bezirksleiters hat in jüngster Zeit nachgelassen; ohne jeden Zweifel aber bleibt Steinkühler mit seinen Vorstellungen von Gesellschaftsveränderung durch gewerkschaftliches Handeln ein Mann der Linken in der IG Metall.

Wohltuend ausgewogen dagegen das Schlußwort des scheidenden Vorsitzenden Eugen Loderer nach der Debatte über seinen letzten Rechenschaftsbericht. Er nutzte sein letztes Wort als Vorsitzender, um die jüngere Generation an die Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaft zu erinnern und vor einseitiger ideologischer Festlegung zu warnen. Er machte dies deutlich am Thema, das auch in der IG Metall die Jugend vor allem bewegt, am Verhältnis der Gewerkschaften zur „Friedensbewegung". Eindringlich warnte er vor kommunistischer Unterwanderung, vor Verniedlichung des Totalitarismus im Osten, vor einer Politik des Augenverschließens angesichts der Unterdrückung freier Gewerkschaften in Polen. Loderer hatte auch den Mut, zuzugeben, daß die Kritik am angeblichen Sozialabbau nicht allein die neue Bundesregierung, sondern ebenso deren sozialdemokratisch geführte Vorgängerin betreffe.

Stand des Verfahrens gegen Lambsdorff

CSU spricht von neuen Dispositionen über das Wirtschaftsministerium

DW. Bonn

Die Staatsanwaltschaft Bonn wird Ende Oktober gegen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP), Dr. Friderichs (Dresdner Bank), den Industriellen von Brauchitsch, den früheren Finanzminister Lahnstein (Bertelsmann-Vorstand, SPD), den früheren Finanzminister Matthöfer (SPD) und gegen den Flick-Manager Nemitz Anklage wegen des „Verdachts der Vorteilsannahme" erheben. Nach zuverlässigen Informationen in der Bundeshauptstadt ist, entgegen offiziellen Dementis der Bonner Staatsanwaltschaft, die Anklageschrift bis auf Details fertiggestellt. Sie wurde vom zuständigen Generalstaatsanwalt Steffen gebilligt und von der nordrhein-westfälischen Justizministerin Donnepp (SPD) politisch genehmigt.

Den Verdächtigten wird vorgeworfen, vom Flick-Konzern Gelder erhalten und für sich verwendet zu haben. Die Beschuldigten bestreiten dies. Auf eine Ausweitung des Verfahrens gegen den Chef des Flick-Konzerns, Karl Flick, hat die Staatsanwaltschaft dem Vernehmen nach verzichtet. Flick ist in Nordrhein-Westfalen steuerveranlagt.

Ob es vor dem zuständigen Bonner Landgericht tatsächlich zum Verfahren kommt, ist allerdings fraglich. Die Verteidiger der Beschuldigten haben eine umfangreiche Beschwerdeliste zusammengestellt, die staatsanwaltliche Ermittlungsfehler aufzeigen soll. So habe, wie am Mittwoch bekannt wurde, die Verteidigung bis jetzt nicht in alle Akten der Staatsanwaltschaft Einblick erhalten.

Eine Rolle spielt auch eine Untersuchung des Bundesfinanzministeriums vom September, wonach das Ministerium festgestellt hat, „über keine Unterlagen oder Informationen zu verfügen, die für sich der Begründung des Vorwurfes dienen können, die Firma Flick habe Bestechungsversuche unternommen oder in unzulässiger Weise Einfluß auf Verwaltungsbeamte genommen. Dasselbe gilt für die Behauptungen, Politiker in Spitzenpositionen des Wirtschaftsministeriums oder des Bundesfinanzministeriums hätten Zahlungen für sich oder ihre Parteien entgegengenommen. Auch darüber sind Verwaltungsvorgänge nicht vorhanden". Der Titel der Untersuchung, der dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zugeleitet wurde, lautet: „Stellungnahme über die Auslegung und Anwendung der Vorschriften über das Steuergeheimnis".

Nach der Anklageerhebung wird die Verteidigung, wie weiter verlautet, Beschwerde einlegen. Dann muß die zuständige Kammer des Bonner Landgerichts die Anklage prüfen und entscheiden, ob die Schrift so „wasserdicht" ist, daß die Eröffnung des Hauptverfahrens sinnvoll erscheint.

Diese Prüfung wird vermutlich mehrere Monate dauern. Sollte das Gericht zu dem Ergebnis kommen, die Anklageschrift reiche zur Eröffnung des Hauptverfahrens nicht aus, kann die Staatsanwaltschaft ihrerseits gegen diesen Beschluß Beschwerde einlegen. Somit hat letztlich das zuständige Oberlandesgericht zu entscheiden, ob das Verfahren gegen die Beschuldigten eröffnet wird.

Angesichts des langwierigen Verfahrens, vernimmt man in Bonn, sei nicht damit zu rechnen, daß Lambsdorff zurücktritt, wenn die Staatsanwaltschaft Ende Oktober Anklage erhebt. Für den Fall des Rücktritts steht eine komplizierte Kabinettsumbildung bevor. Die CSU vertritt aufgrund der Koalitionsvereinbarungen vom März die Meinung, daß die Vergabe des Außen- und Wirtschaftsministeriums an die FDP „personengebunden" war. Ein Rücktritt von Lambsdorff würde neue Dispositionen notwendig machen.

Israel generell gegen Waffen an Saudis

DW. Bonn

Nach der Nahost-Reise von Bundeskanzler Kohl zu den Saudis hat Israel generell vor Waffenlieferungen an Saudi-Arabien gewarnt: Der Botschafter Israels in Bonn, Yitzhak Ben-Ari, bezichtigte die Saudis der Weitergabe von Waffen. „Wir haben Dokumente über Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, die ganz einfach an andere Länder weitergeliefert wurden", sagte Ben-Ari gestern im Deutschlandfunk.

Internationale Statistiken aus dem Jahre 1982 bezeugten, daß das Land zwar eine der zahlenmäßig kleinsten Armeen habe, aber einer der größten Waffenaufkäufer sei. Ob dieses Material beispielsweise für den iranisch-irakischen Krieg oder an Terrorgruppen weitergeleitet werde, „können wir alle nicht wissen, auch wenn es Versprechungen gibt". Saudi-Arabien hat nach Darstellung des Botschafters an allen Kriegen mit Israel teilgenommen. Es sei nicht bereit, wenn es um einen Konflikt mit Israel gehe, auch mit Israel zu sprechen.

Unter Anspielung auf Berichte, daß nach der Verweigerung des Kampfpanzers Leopard 2 für Saudi-Arabien jetzt eine Exportfreigabe der Bundesregierung für die als Defensivwaffen eingestuften Flugabwehrpanzer „Gepard" und Schützenpanzer „Marder" für möglich gehalten werde, sagte der israelische Diplomat: „In der modernen Technologie ist es sehr schwer, zwischen Angriffswaffen und Verteidigungswaffen zu unterscheiden." Auch diese Waffen würden für den Vorwärtskampf und die Unterstützung von Angriffswaffen verwendet.

Seite 2: Gepard für die Saudis

Tanaka bringt Nakasone in Schwierigkeiten

dpa/AFP, Tokio

Das Festhalten des im japanischen Lockheed-Prozeß zu vier Jahren Gefängnis verurteilten ehemaligen Ministerpräsidenten Tanaka an seinem Parlamentsmandat droht die Regierung Nakasone in Schwierigkeiten zu bringen. Die Opposition und weite Teile der öffentlichen Meinung fordern Tanakas Ausschluß aus dem Unterhaus.

Parteiinterne Gegner Tanakas, der trotz seines formellen Parteiaustritts noch immer maßgeblichen Einfluß auf die in Tokio regierende Liberaldemokratische Partei ausübt, haben angekündigt, mit der Opposition gegen den früheren Premier stimmen zu wollen. Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone, der mit Unterstützung Tanakas ins Amt gekommen ist, schloß gestern Neuwahlen nicht aus.

Der 65jährige Kakuei Tanaka war gestern vom Tokioter Distriktgericht wegen passiver Bestechung zu vier Jahren Gefängnis ohne Bewährung und zur Zahlung von umgerechnet 5,5 Millionen Mark verurteilt worden. Er legte sofort Berufung gegen das Urteil ein und wurde gegen eine Kaution von 3,3 Millionen Mark wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nach fast sieben Jahre dauernden Verhandlungen befand das Gericht den ehemaligen Ministerpräsidenten für schuldig, während seiner von 1972 bis 1974 dauernden Amtszeit für Vermittlerdienste beim Verkauf von Tristar-Airbussen des amerikanischen Flugzeugkonzerns Lockheed Schmiergelder von umgerechnet 5,5 Millionen Mark entgegengenommen zu haben.

Seite 2: Lockheed-Urteil

IG Metall setzt auf Steinkühler

Er erhielt fast 90 Prozent der Stimmen / Mayr löst Loderer ab

GÜNTHER BADING, München

Der IG-Metall-Gewerkschaftstag in München hat gestern in München erwartungsgemäß Hans Mayr zum neuen Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft der Welt gewählt; mit ihrer Stimmenvergabe setzten die Delegierten allerdings überraschend Zeichen für eine Umorientierung von der als Politik der Mitte verstandenen Linie des scheidenden Vorsitzenden Eugen Loderer zu einem deutlicheren Linkskurs.

Signalisiert wurde das schon beim Ergebnis für den zweiten Vorsitzenden Franz Steinkühler, vor allem aber bei den Wahlen der acht Mitglieder des geschäftsführenden Gewerkschaftsvorstandes. Hans Mayr, bisher zweiter Vorsitzender der IG Metall, erhielt 440 der 551 Delegiertenstimmen. 61 Stimmberechtigte votierten mit Nein, 43 enthielten sich der Stimme. Franz Steinkühler, dessen Kandidatur vom Vorstand vorgeschlagen und auch vom linken Flügel der Gewerkschaft mitgetragen worden war, bekam 494 Stimmen. Er hatte in einer brillanten Rede bei der Kandidatenvorstellung sicherlich noch den einen oder anderen Zweifler auf seine Seite ziehen können. Sein Ergebnis gibt allerdings nach Meinung von Beobachtern in München den generellen Trend in der IG Metall wieder. Steinkühler hatte den legendären baden-württembergischen IG-Metall-Chef Willi Bleicher als seinen großen Lehrmeister bezeichnet. Eugen Loderer erwähnte er in seiner Rede mit keinem Wort.

SEITE 4: „Streik ist die letzte Waffe"

Neben dem Vorsitzenden Loderer schieden in München die Vorstandsmitglieder Georg Benz für den Bereich der Jugendarbeit und Ursula Ibler von der Abteilung Frauenarbeit aus der aktiven Gewerkschaftsarbeit aus. Für die Nachfolge von Georg Benz, der in seiner Amtszeit wiederholt wegen seines einseitigen Enga-

● Fortsetzung Seite 4

Nervenkrieg um Genfer Verhandlungen

Brief des Bundeskanzlers an Andropow: Moskau soll Flexibilität zeigen

kie/Co. Washington/Bonn

Die USA haben sowjetische Drohungen, die Genfer Raketenverhandlungen zu verlassen, als einen weiteren Schritt im Nervenkrieg bewertet. In Washingtoner Regierungskreisen wurde gestern bestätigt, daß Moskau mehrfach mit dem Abbruch sowohl der INF- als auch der START-Verhandlungen gedroht habe. Doch liege bis jetzt kein konkreter sowjetischer Antrag vor, die Gespräche auch wirklich aufzuheben, hieß es.

Die USA-Administration machte diese Fakten bekannt, um etwaigen sowjetischen Entscheidungen zuvorzukommen und um das ungeminderte amerikanische Interesse an einer Fortführung der Verhandlungen herauszustellen. Im Kreis der Präsidentenberater war man sich gestern nicht einig, welche Haltung Moskau tatsächlich einnehmen wird. Einigkeit herrschte nur darüber, daß der Kreml die Versuche zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Westen fortsetzen wird, um eine Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen zu verhindern. In Washington wurde aber bezweifelt, ob ein demonstrativer Abbruch der Genfer Verhandlungen den sowjetischen Interessen dienen könne. Die Verantwortung für das Ende der Gespräche würde damit weithin sichtbar auf Moskau übergehen. Doch nicht nur das, auch eine Reihe für Moskaus Einwirkungskampagne besonders wichtige Daten, beispielsweise der SPD-Parteitag und die Debatte im Deutschen Bundestag – beides in der zweiten November-Hälfte – würden nahezu bedeutungslos werden. Die Alternative zur Stationierung, ein Verhandlungsergebnis nämlich, würde dann nicht einmal mehr als hypothetischer Faktor bestehen.

In Genf selber sind bis Ende nächster Woche weitere Gesprächsrunden zwischen Amerikanern und Sowjets anberaumt, also bis zum 21. Oktober. Routinemäßig würden die Verhandlungen ohnehin im November und Dezember ruhen. Wo, so fragt man sich daher in Washington, kann der psychologische Vorteil für Moskau liegen, wenn die Sowjets zwei Wochen vor der Verhandlungspause die verbleibenden Gesprächsmöglichkeiten abkürzen und damit die Ernsthaftigkeit ihrer Gesprächsbereitschaft neuerlich in Frage stellten?

In Bonn sagte Staatssekretär Boenisch, Spekulationen über einen Ab-

■ Fortsetzung Seite 5

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dengs Inquisition

Von Herbert Kremp

Die *kommunistischen Mandarine schlagen zu.* Was in der Sowjetunion nicht mehr möglich ist, weil der Polyp des Apparats alle Macht verkörpert, geschieht in der Volksrepublik China sieben Jahre nach Mao Zedongs Tod: Das Zentralkomitee beauftragte Generalsekretär Hu Yaobang, an der Spitze einer mit allen Machtbefugnissen ausgestatteten Kommission, in einer strengen „Konsolidierungs-Kampagne" die kommunistische Partei von den Resten der Kulturrevolution (offizielle Datierung von 1966 bis 1976) zu befreien. Drei Millionen Funktionäre, so lautet die Schätzung, werden gefeuert.

Die Eröffnung des Gerichts signalisiert den endgültigen Sieg Deng-Xiaopings, der sich nach zweimaliger Bestrafung und Verbannung *unter Mao und seiner radikalrevolutionären Seil*schaft 1978 an die Spitze der chinesischen Reformbewegung gesetzt und in einem innenpolitischen „Langen Marsch" durch alle Institutionen das Land aus der Schlucht ideologischer Besessenheit herausgeführt hat. Der Pragmatismus, den er meint, hat mit Liberalisierung und Demokratisierung nichts zu tun – das sind westliche Denkformen –, sondern zielt auf eine chinesisch modifizierte Gleichheitsphilosophie unter dem Siegel leninistischer Parteidiktatur ab. Es wird strenger (und vielleicht korrekter) zugehen in China, nicht locker vom Hokker: Deng erledigt die Reste der Anarchie, die Alraune, die Mao unter dem Galgen der Gehenkten der Kulturrevolution sprießen ließ.

Die Hälfte der 40 Millionen Parteimitglieder Chinas war seit 1966 als Sturmtruppe des maoistischen Feldzuges gegen die „erstarrte Partei" in das Elitecorps des Systems hereingeholt worden. Meist sehr junge Menschen ohne den Makel eigener Urteilskraft und distanzierender Bildung, schlagkräftig gegen alles Alte und Ältere, scharf ideologisierte Skinheads, die Blut sehen und fließen lassen konnten. Die emphatischen Untertanen Maos, der sich von dieser Menschenwelle an die Macht zurücktragen ließ, im Angesichte des Mordes aber vortrefflich dichtete und kalligraphierte, eroberten die Schlüssel- und Schloßfunktionen Chinas. Sie machten „Helikopter-Karrieren".

Sie setzten sich nach getanem Werk breitbackig auf das Volk, kujonierten die Bauern und Arbeiter, die Techniker und Intellektuellen und sannen in endlosen Sitzungen auf immer neue Formeln der Herrschaft. Nach dem Ende der maoistischen Fraktion bildeten sie den schweren, alles verstopfenden Bodensatz der Inkompetenz. Nun kommt die Inquisition. Und sie zeigt, daß China auf eines doch nicht verzichten kann: auf die große Kampagne.

Nicht auf Diät

Von Heinz Heck

Wenn eine Gehaltserhöhung für Abgeordnete diskutiert wird, drängt sich sogleich das Bild vom „Selbstbedienungsladen" auf: Denn die Abgeordneten entscheiden als Gesetzgeber selbst über die Höhe ihrer Diäten. Zu diesem Klischee paßt allerdings nicht die seit sieben Jahren vom Parlament geübte Enthaltsamkeit.

Die Qualität der Volksvertreter ist, keine Frage, auch von ihrer Bezahlung abhängig. Wer mit Abgeordneten ständig zu tun hat, mag sie im einen Falle für unter-, im anderen Falle für überbezahlt halten. Vermutlich hat Bundestagspräsident Barzel recht, wenn er sagt, daß die Entschädigung (im Durchschnitt) „derzeit nicht angemessen ist".

Man sollte also den Abgeordneten im wohlverstandenen Interesse der Regierten die Beteiligung an der allgemeinen Einkommensentwicklung nicht vorenthalten. Wenn das in der Vergangenheit unterblieb, so waren nicht zuletzt die Abgeordneten selber daran mitschuldig. Es hat nämlich – aus welchen politischen Rücksichten auch immer – nie eine entspannte parlamentarische Diskussion über diese Frage gegeben. Mit der jetzigen Festlegung des Zeitpunkts für die jährliche Erörterung wird sicher ein Fortschritt erzielt.

Dieses positive Urteil gilt nicht für den gewählten Anpassungsmechanismus. Mit der erklärten Absicht, eine Art Indexierung – wenn auch etwas verschleiert und durch die Hintertür – einzuführen, schafft das Parlament einen Präzedenzfall, von dem wir – wenn der Entwurf so beschlossen wird – sicher in anderem Zusammenhang noch hören werden.

Aus gutem Grund hat man sich bisher immer wieder gegen jede Indexbindung gewandt: In Ländern, die zeitweise ihre Zuflucht zu diesem vermeintlich fortschrittlichen Element einer Objektivierung genommen haben, hat man es nach Jahren schlechter Erfahrung wieder aufgegeben. Vielleicht überlegen sich die Abgeordneten in den bevorstehenden, übrigens sehr „zügigen", Beratungen noch einmal, ob ihnen nicht ein weniger anfechtbares Instrument einfällt.

Lockheed-Urteil

Von Fred de La Trobe

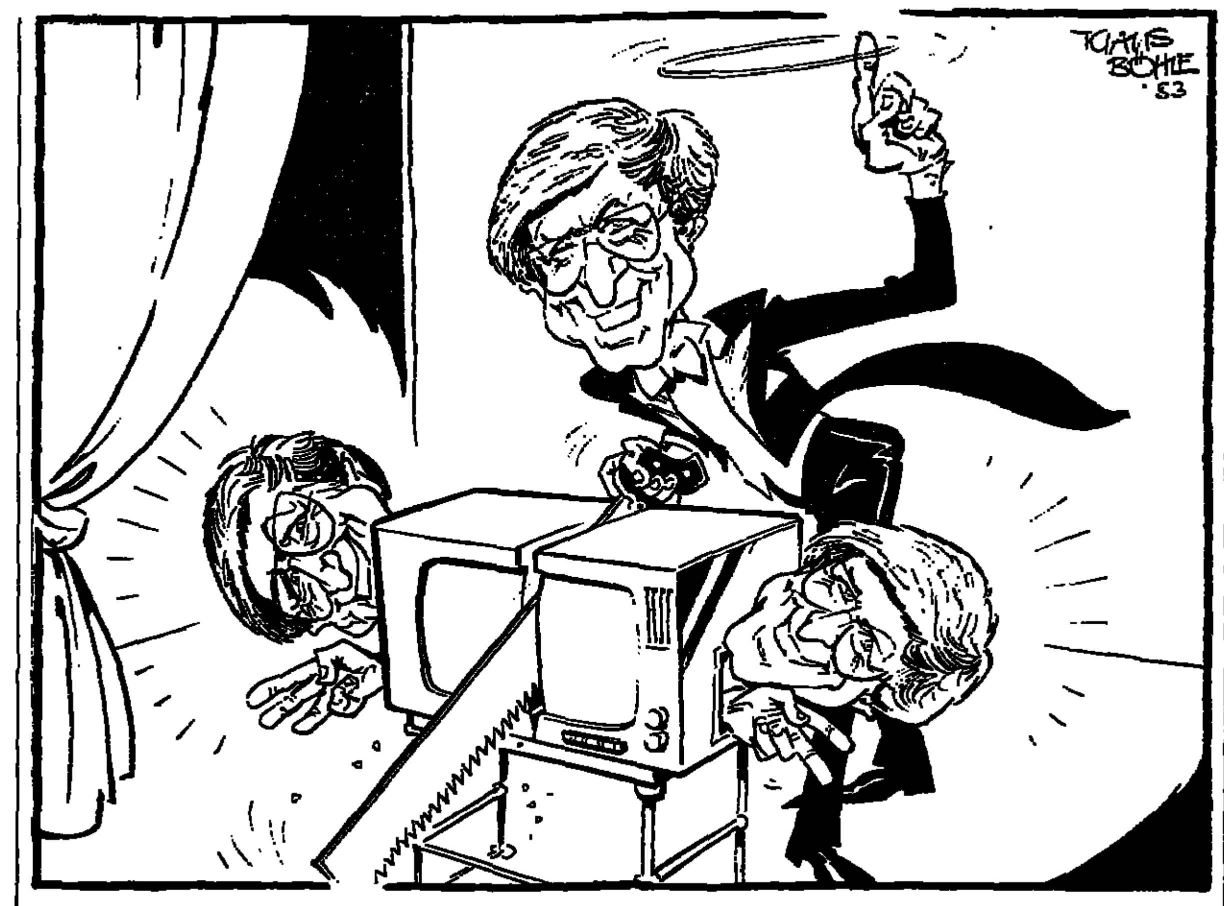
Das *Urteil gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten* Tanaka im Lockheed-Skandal ist ein harter Schlag für die prowestliche Regierungspartei Japans. Es signalisiert aber auch einen Reinigungsprozeß, den sie stark genug ist, ohne allzu schwere Verluste hinzunehmen.

Die japanische Demokratie ist zweifelsohne die am besten funktionierende in Asien. Bei allem Glanz aber offenbart auch sie gewisse Schattenseiten und Schwachstellen. Das gilt vor *allem – wem fiele da nicht das Bonner Beispiel ein – für die* Parteifinanzierung; denn die Wahlmaschinerie läuft nicht ohne den Geldsegen der Industrie und Banken. Kandidaten, die heutzutage zum ersten Mal bei einer Parlamentswahl antreten, brauchen für eine erfolgversprechende Kampagne mindestens drei Millionen Mark. Steuermittel stehen dafür in Japan nicht zur Verfügung.

Durch die Spenden ist der Einfluß der Industrie und der Interessenverbände auf die Parteien beträchtlich – besonders natürlich wirken die Interessengruppen auf die regierende Liberaldemokratische Partei ein. Jüngere Abgeordnete in der Regierungspartei haben das erkannt und bemühen sich, zunächst in ihren eigenen Reihen saubere Verhältnisse zu schaffen.

Der Lockheed-Fall war letztlich ein Skandal der Parteienfinanzierung, denn Tanaka ist längst wohlhabend genug, um persönliche Bereicherung nicht nötig zu haben. Die sonst übliche Vorsicht und Verschwiegenheit wurde bei dieser Transaktion *jedoch gröblich mißachtet.*

Trotz des harten Urteils sollte gerechterweise das Verdienst des ehemaligen Regierungschefs nicht vergessen werden. Sein größter Erfolg war die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und China. Sein ehrgeiziges innenpolitisches *Vorhaben zur Dezentralisierung* der industriellen Ballungen konnte er nicht mehr verwirklichen.



Moderator links, Moderator rechts, das Weltkind in der Mitten: Franz Alt
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ein Herbst wie jeder andere

Von Michael Voslensky

Einem Übersiedler aus dem Osten kommt der Westen oft wie die Prinzessin auf der Erbse vor. In diesen, aus östlicher Sicht sehr wohlhabenden ruhigen Ländern wird aus jedem Anlaß über Krisen und Katastrophen geredet. Nach der Umweltkatastrophe, Erdölkrise, Währungskrise ist jetzt die Raketenkrise an der Tagesordnung, und man verspricht uns genüßlich einen „heißen" Herbst.

Dabei ist der Vorgang klar und undramatisch. Die Sowjetunion will Europa durch ihre militärische Stärke einschüchtern, von Amerika abkoppeln und in ihre Einflußsphäre hinüberziehen: Ein logischer Plan dieser imperialistischen Macht. Den Europäern – mit Ausnahme einer kleinen Gruppe von *Interessenten – paßt er nicht.* Daher muß man dem Kreml diesen Plan ausreden – durch Verhandlungen und – wenn das nicht hilft – durch die entsprechende Gestaltung des militärischen Kräfteverhältnisses in Europa. Das ist der Sinn des von der SPD/FDP-Koalition initiierten NATO-Doppelbeschlusses. Diese Beschlüsse werden ausgeführt, das ist nicht neu. *Kurzum, es gibt wirklich keinen* Grund zur Weltuntergangsstimmung, Emotion und Pathetik. „Aber wir leben in einer Demokratie", sagt man. „Und es kommt jetzt der ‚heiße Herbst' mit Demonstrationen."

Was beweisen Demonstrationen?

Das lateinische Wort „Demonstratio" bedeutet Beweisführung. Wie oft habe ich offizielle Demon*strationen auf dem Roten* Platz in Moskau und auch in anderen Oststaaten erlebt: Die Langeweile des angeordneten Aufmarsches, *die* feiste Obrigkeit auf den Tribünen, rote Fahnen, Porträt der jeweils Herrschenden. Diese Demonstrationen beweisen, daß der Parteiapparat die Macht hat, Millionen Menschen zu zwingen, an ihren Feiertagen zu marschieren, mehr nicht. Dagegen beweisen inoffizielle, unerlaubte Demonstrationen im Ostblock den Mut ihrer Teilnehmer, denn *darauf folgt harte* Bestrafung. In einer Demokratie, wo es weder Marschbefehle noch Be*strafung gibt, beweisen die* Demonstrationen, daß ihre Teilnehmer vom verbrieften Demonstrationsrecht Gebrauch machen: Also ein demokratischer und folglich erfreulicher, aber undramatischer Vorgang.

Welcher Teil der Bevölkerung demonstriert? Im Oktober erwartet man ca. zwei Millionen Demonstranten, also drei Prozent der Bevölkerung. Das ist etwas weniger als die Zahl derjenigen, die sich bei der Umfrage vor einem Jahr als „ein Teil der Friedensbewegung" bezeichnet haben (sieben Prozent der Wahlberechtigten).

Das alles bestätigt: Nicht Aufmärsche, sondern die Wahlen sind in einer parlamentarischen Demokratie maßgebend. Das frei gewählte Parlament, die von ihm gebildete Regierung, das Staatsoberhaupt – nur sie sind legitimiert, im Namen des Volkes zu sprechen. Und Demonstrationen? Gekommen aus der Sowjetunion, wo freie Kundgebungen verboten sind, bin ich überzeugt, daß wir alle uns auf die bevorstehenden Demonstrationen freuen sollen, unabhängig davon, ob wir jede dort vertretene Meinung teilen.

Ist die „Friedensbewegung" eine Bewegung für den Frieden?

Diese „Friedensbewegung" ist in ihrer jugendlichen Naivität sympathisch. Sie soll als Symptom ernst genommen werden. Nur ihre Bezeichnung und der damit verbundene Anspruch sind falsch. Die sieben Prozent der Wahlberechtigten sind für den Frieden. Und die restlichen 93 Prozent – für den Krieg? Natürlich nicht, alle wollen den Frieden. Die Frage ist nur, welcher Weg dazu führt. Es ist keinesfalls *bewiesen, daß die Bewegung die* richtige Antwort gibt.

Sie gibt überhaupt keine einheitliche Antwort: Mal spricht sie vom Abbau der Raketen in Ost und West, mal verlangt sie, daß keine Stationierung im Westen stattfindet, und ein Teil der SS 20 bleiben als angebliches Gegengewicht zu britischen und französischen Raketen. Die zweite Antwort ist *nichts anderes als der kritiklos* übernommene sowjetische Standpunkt. Hier manifestiert sich das Hauptproblem der „Friedensbewegung": die nachhaltigen Versuche der Kommunisten, sie auf sowjetische Positionen festzunageln. Die Auseinandersetzung zwischen der Unabhängigkeitsbestrebung und der KP-Gängelung in der Bewegung kommt in diesen zwei grundverschiedenen Erklärungen sowie in der Häufigkeit antiamerikanischer Parolen klar zum Ausdruck.

Lenin verlangte von der Partei, „die Pazifisten auszunutzen, um den Feind ... zu zersetzen" (Lenin-Briefe, Band IX, Seite 175). Gromyko hat vor kurzem auf eine andere aktuelle Äußerung Lenins hingewiesen (Kommunist, 1983, Heft 6, Seite 17): In der Politik sei es nicht *so wichtig, wer gewisse Ansichten,* Vorschläge und Maßnahmen vertritt, wichtig sei, wem es nützt (Lenin-Werke, Band 19, Seite 34). Das Positive an den bevorstehenden Demonstrationen ist übrigens auch, daß sie zeigen werden, ob die „Friedensbewegung" nur den Verzicht auf die westliche Nachrüstung fordert, was dem sowjetischen Expansionismus nützt, oder sich, der auf uns gerichteten SS 20, für die Verschrottung genau so stark mach wie gegen die Pershing.

Ein „heißer Herbst"? Bis jetzt – ein sehr milder warmer Herbst. Aber bald kommen die Regenfälle – *hoffentlich nicht zum Höhepunkt* der Demonstration – und danach ist November; bald schon Winter und Weihnachten. *Ein Herbst also* wie jeder andere.

GAST-KOMMENTAR



Prof. Dr. Dr. Michael Voslensky, seit *1972 im Westen, ist Historiker und* Politologe. Über die Tätigkeit im Weltfriedensrat (Wien, Prag) führte ihn seine Karriere an die Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Zur Zeit ist er Direktor des neu gegründeten Sowjetforschungs-Instituts in München. Aufsehen erregte sein Bestseller „Nomenklatura, die herrschende Klasse der Sowjetunion" (Verlag F. Molden, München/Wien 1980).

IM GESPRÄCH Jörg Kastl

Auf der Bühne den Rüpel

Von Evi Keil

Es *wird Gegenwind geben. Wir ha*ben viel zu tun." So Jörg Kastl, der am 24. Oktober nach Moskau reist, um seinen neuen Botschafterposten anzutreten. Kastl ist zur Zeit in London. Er poliert im Schnellkursus alte Russisch-Kenntnisse auf. Gegenüber der WELT spricht er von der „großen Herausforderung", die für ihn mit dieser neuen Ernennung verbunden ist. Er weiß, „daß es schwierig werden wird". Denn die beiden Großmächte, USA und Sowjetunion, sind über der Nachrüstung fast in eine neue Phase des „kalten Krieges" eingetreten. Kastl: „Ich glaube, daß sich während des ‚heißen Herbstes' die Beziehungen zur Sowjetunion etwas abkühlen werden, daß sich aber zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion die Interessen *lang*fristig begegnen werden."



Herausforderung in Moskau: Botschafter Kastl FOTO: DIE WELT

Jörg Kastl ist eine Top-Besetzung *für Moskau, wo er bereits als junger* Mann tätig war: 1959 bis 1961. Kastl war dort als politischer Referent eingesetzt. *Sein Botschafter hieß damals* Hans Kroll; Kastl bringt ihm bis heute große Verehrung entgegen. Hans *Kroll unterhielt* enge Kontakte zu Chruschtschow. Krolls „selbständige Ansichten" und sein „Deutschlandplan" stießen in Bonn nicht auf Gegenliebe.

Kastls lebhaftem Interesse für ostpolitische Fragen kam 1966 der Außenminister Georg Schröder entgegen, indem er ihm die Leitung des Osteuropareferats in der politischen Abteilung des Auswärtigem Amts übertrug. „Das war mein besonderer Wunsch", so heute der Botschafter. Es sei für ihn eine Art „Faszination" gewesen, die von seiner Aufgabe ausgegangen sei: 1969 wurde Kastl dann stellvertretender Generalsekretär für politische Angelegenheiten beim NATO-Generalsekretariat. Nach Botschafterposten in Argentinien und *Brasilien setzte er in den letzten* drei Jahren so viel diplomatisches Geschick in die Leitung der deutschen Delegation bei der Madrider KSZE-Folgekonferenz, daß Außenminister Hans-Dietrich Genscher Kastl kürzlich *ein langes Dankesschreiben* zukommen ließ.

Die Kastls sind eigentlich eine bayerische Familie. *Jörg Kastl pflegt* auch heute noch seinen dezent bayerischen Akzent. Geboren aber ist er in Berlin. *Sein Vater*, Geheimrat *Ludwig* Kastl, war der letzte amtierende deutsche Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika. Dessen Porträt hängt noch immer in Windhuk im Gouverneurspalast. Kastl wollte nach dem Besuch des *humanistischen* Gymnasiums in Neubeuren partout Schauspieler werden – und wurde es. Er begann seine Bühnenlaufbahn beim Staatstheater München, spielte in Erlangen, Passau, Nürnberg. Bei Shakespeare ließ man ihn vor allem den Rüpel spielen. Beim „Jedermann" gab's sogar „gute Kritiken", wie sich der Diplomat stolz erinnert. Über seine selbst verfaßten Bühnen*stücke ließ* Jörg Kastl *den Vorhang* des Vergessens gleiten. „Besser Diplomat als Schmierenschauspieler" war *1950* dennoch seine Erkenntnis. Der Gerichtspraktikant schaffte mühelos den Sprung ins Auswärtige Amt. Die folgenden Bühnenwechsel waren stets von Beifall begleitet.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Hier heißt es über die anstehende Begegnung Genscher–Gromyko:

Der Bundesregierung liegt aus mancherlei Gründen zum jetzigen Zeitpunkt besonders viel daran, Zeichen für eine Fortsetzung des seit langem stockenden Ost-West-Dialogs zu setzen ... Ohne Zweifel haben innenpolitische Motive bei diesem jüngsten Bonner Schachzug eine gewichtige Rolle gespielt. Der Bundesregierung wird nicht nur seitens der Friedensbewegung, sondern auch *von der SPD-Opposition ständig* vorgeworfen, sie tue zu wenig, um die beiden Supermächte in Genf zu einem *Raketenkompromiß zu drängen.* Dieser Vorwurf wird ... schon deshalb verstummen, weil die Regierung Kohl es grundsätzlich ablehnt, in der Raketenfrage offen die Rolle eines Vermittlers zu übernehmen, denn dies würde automatisch auch eine gewisse Distanz gegenüber der amerikanischen Position einschließen, was nämlich Bundeskanzler Kohl – anders als sein Vorgänger Schmidt – unbedingt verhindern will.

LES ECHOS

Das Pariser Wirtschaftsblatt merkt zur Genscher-Gromyko-Begegnung in Wien an:

Alle Beobachter halten das Treffen zwischen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und seinem *sowjetischen Amtskollegen Andrej* Gromyko Ende der Woche in Wien für die – wenn auch äußerst geringe – *letzte Chance für einen Durchbruch* bei den Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen ... Das Treffen von Wien macht den *Platz* deutlich, den Westdeutschland für die Sowjets in deren Bemühungen *einnimmt, eine Art Dialog* mit dem Westen beizubehalten. Bonn hat die Nachfolge von Paris angetreten. Dies ist nicht ohne Bedeutung für die Zukunft der Beziehungen zwischen Paris und Bonn und zwischen Paris und Moskau.

SAARBRÜCKER ZEITUNG

Das Blatt befaßt sich mit Kohls Nahost-Reise:

Bundeskanzler Helmut Kohl hat das schwierigste Thema seiner Nahost-Reise offenbar mit Geschick gemeistert, und seine saudiarabischen Gastgeber haben ihm dabei mit orientalischer Höflichkeit geholfen. Die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland Leopard-Panzer an Saudi-Arabien verkauft, ist endlich erle*digt worden und zwar* allem Anschein nach auf eine Art und Weise, die eine nachhaltige Trübung der Beziehungen zwischen Bonn und Riad nicht befürchten läßt. Zu diesem Zweck ist Kohl seinen Gastgebern ein gutes Stück entgegengekommen. Indem er die Genehmigung zur Lieferung von Defensivwaffen in Aussicht stellte, hat der Kanzler dem Prestigebedürfnis der Saudis Rechnung getragen. Er hat damit zugleich die verantwortungsbewußte, mäßigende Haltung gewürdigt, welche das Königreich *in der arabischen Welt* eingenommen hat. Mit seiner Zusage hat der Kanzler aber auch eine Grenze überschritten, die bisher stets gewahrt worden ist. Wenn Saudi-Arabien den Flugabwehrpanzer Gepard kaufen sollte, wovon jetzt die Rede ist, dann wird die Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal militärisches Großgerät in ein arabisches Land des Nahen Ostens liefern.

Gepard für die Saudis oder Was heißt schon defensiv?

Anmerkungen zu Bundeskanzler Kohls Rüstungsgesprächen mit König Fahd / Von Rüdiger Moniac

Die Frage, ob ein Waffensystem „offensiv" ist oder „defensiv", hat bei den Unterredungen von Bundeskanzler Kohl mit den Repräsentanten des saudiarabischen Staates *direkt gewiß keine Rolle* gespielt. Sie hat aber eine unmittelbare Bedeutung für die öffentliche *Diskussion in der Bundesrepublik.* Wir leben in einem Land, das wie kaum ein anderes seinen Waffenexport sehr restriktiv *handhabt* und – mit Blick auf Israel – besonders sensibel sein muß, wenn es um die Möglichkeit deutscher Waffenlieferungen an dessen arabische Nachbarn geht.

Der Kanzler sieht natürlich das Dilemma, in das er beim Abwägen israelischer und arabischer Interessen gekommen ist. Jüngste Äußerungen des israelischen Botschafters in Bonn zeigen bereits an, daß die israelische Regierung unter keinen Umständen bereit sein wird, denkbare deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien zu *tolerieren. Vielmehr steht* zu vermuten, daß Kohl, wenn er in den ersten Wochen des Jahres 1984 nach Israel reist, sich einer eisigen Ablehnungsfront in dieser Frage gegenübersehen wird.

Mit einiger Mühe wird nun von amtlicher Seite in Bonn versucht, das Dilemma in der Waffenexport-Frage zu überbrücken, indem in der öffentlichen Darstellung der deutschen Politik so getan wird, es sei nur an eine Lieferung „defensiver" Waffen an Saudi-Arabien gedacht. Dies aber klingt nicht sehr überzeugend, weil die Unterscheidung zwischen „offensiven" und „defensiven" Waffen eine höchst künstliche ist. Nicht ein Waffensy*stem als solches läßt sich jeweils in* die eine oder andere Kategorie stellen. Um dies tun zu können, müssen *sehr viel differenziertere* Beurteilungskriterien herangezogen werden. Deshalb kommt es eher *einer Verletzung* des Sachverstandes gleich, wenn gesagt wird, der Kampfpanzer „Leopard 2" sei eine vornehmlich zum Angriff geeignete Waffe, ein anderer Typ Waffe aber wie der Flugabwehrpanzer „Gepard" in erster Linie zur Verteidigung.

Generell gilt wohl, daß alle größeren konventionellen Waffensysteme für das Gefecht zu Lande, *in* der Luft und zu Wasser in aggressiver wie in defensiver Absicht einsetzbar sind. *Damit ist schon ein* wesentlich wichtigeres Element zur Beurteilung genannt, nämlich die politische Absicht, *in der Waf*fen genutzt werden. Aus ihr leitet sich die Militärstrategie her, nach *der die Streitkräfte* eines Landes eingesetzt werden. Aus der Militärstrategie wiederum die militärpolitische Konzeption, aus ihr schließlich Größe, Struktur, Gliederung, Ausrüstung und Bewaffnung von Streitkräften. Alle Maßstäbe zusammen erst erlauben wirklich zuverlässig zu beurteilen, ob eine Armee zum Angriff im operativ-strategischen Sinne, also zur Beset*zung eines fremden Landes* geeignet ist oder eher zur operativ-strategischen Verteidigung.

Konkret angewandt auf die nun für einen möglichen Export nach Saudi-Arabien in Rede stehenden gepanzerten Kettenfahrzeuge der Typen „Leopard 2", „Gepard", „Roland" oder auch des Schützenpanzers „Marder", heißt das, daß alle *genannten Waffen sowohl* zur Unterstützung des offensiven wie des defensiven Militärkonzepts ei*nes Staates geeignet wären. Da* niemand genau zu sagen weiß, welche Strategie den saudischen Streitkräften vorgegeben ist und damit offenbleiben muß, welcher Struktur und Organisation, welcher Ausbildung und welchen Führungsgrundsätzen sie in absehbarer Zeit sich zu unterwerfen hätten, muß auch unbeantwortet bleiben, welche Aufgaben die von der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien gelieferten schweren Waffen zu übernehmen hätten.

Die *Bewertung der nach dem* Kanzlerbesuch in Dschidda nun wohl ins Auge gefaßten Luftverteidigungssysteme wie „Gepard" und „Roland" zeigt, daß die Ambivalenz auch in ihnen steckt. Beide gepanzerten und wie Kampfpanzer beweglichen Fahrzeuge zur Verteidigung gegen eine Bedrohung aus der Luft können beides: eine Abschirmung militärisch wichtiger, aber ortsfester Objekte auf dem saudischen Territorium gegen Luftangriffe bewirken; sie vermögen es aber auch, einen Heeresverband gleichfalls gegen Angriffe aus der Luft abzuschirmen, der entweder auf dem Marsch in einen Angriffsraum ist oder sich in einem solchen bereits entfaltet hat, um einen Angriff gegen einen fremden Staat vorzutragen. Im ersten Falle wären die Luftverteidigungssysteme für Israel keine direkte Bedrohung. Sie würden es aber schon dann, wenn mit ihrer Hilfe der Aufmarsch und der eigene Nachschub des Angreifers gegen die israelische Luftwaffe – immer in theoretischer Annahme – geschützt würde. *Im zweiten Falle wäre die direkte* Bedrohung und damit die „Offensivfähigkeit" der Luftverteidigungswaffen offen für jeden erkennbar. Dann hätten die Flugabwehrpanzer, mit Kanonen („Gepard") und mit Raketen („Roland") bestückt, eine Streitmacht gegen die israelische Luftwaffe abzuschirmen, die sich in der Offensive gegen dieses Land befände.

Wenn es piepst, ist der Feierabend in Gefahr

Wenn der Lastwagenfahrer „auf Schicht" ist, dann soll er nach neun Stunden zwölf Stunden Ruhe haben. So steht es im Tarifvertrag. Doch das ist meist reine Theorie. Die Belastungen sind größer, und die Gewerkschaft fordert Abhilfe. Wie sieht die Praxis aus? Ein Beispiel.

Von WALTER H. RUEB

Fernfahrer Johann Beyam legt den Fahrtenschreiber in den Tacho, zwinkert mit dem rechten Auge und stößt zwischen den Zähnen hervor: „Unser Lügending ..." Sekunden später setzt sich sein 38 Tonnen schweres, 16 Meter langes Ungetüm auf fünf Achsen in Bewegung, von Bonn aus nordwärts. Wie ein Hecht im Karpfenteich schwimmt der Laster im Strom heimkehrender Sonntagsausflügler. Die Kühlanlage brummt mit dem 320 PS starken Motor um die Wette. Sie soll 564 Schweinehälften im Innern des Sattelschleppers frisch halten.

„Die hängen", reagiert Beyam auf erstaunte Blicke an der ersten scharfen Kurve. „Da muß man vorsichtig fahren, sonst kippt der Zug um ... Immerhin hat er 300 000 Mark gekostet."

Schon als Fünfzehnjähriger durfte er in den letzten Kriegsjahren mit Sondergenehmigung Lkw steuern, später kam er in ganz Europa herum, auch nach Iran, Afghanistan und Indien. Durch den Beruf ging die Ehe kaputt. „Ich war ja nie zu Hause. Das macht auf die Dauer keine Frau mit", erzählt der 55jährige.

Vor Leverkusen stoppt ein Stau die Fahrt. Ein Band roter Lichter reicht bis zum Horizont. „Die Aussicht ist die positive Seite bei vier Meter Höhe", meint Johann Beyam. „Man sitzt wie in einer Loge. Aber ein Nachteil sind die vielen Unterführungen, die ich mit meinem Zug nicht passieren kann. Da sind oft große Umwege notwendig."

Er redet gern über seinen „Zug". Und er spricht über Besonderheiten seines Sattelschleppers wie eine Mutter über die Tugenden ihres Kindes. „In anderthalb Jahren ist nur eine einzige Reparatur für 64 Mark angefallen ... Dabei hat er schon 200 000 Kilometer auf dem Tacho."

Immer noch Stau. Johann schaltet das Radio ein. Es ist unter dem Dach der geräumigen Fahrerkabine angebracht, direkt neben dem Euro-Signal. „Mit dem kann mich mein Chef in ganz Westeuropa anpiepsen. Dann muß ich die Zentrale in Bonn anrufen." Beyam findet keinen Sender mit Verkehrsdurchsagen. „Staus berücksichtigen die Chefs bei der Ausarbeitung einer Tour nie ... Dabei kommen wir durch Staus dauernd in Zeitnot. Die Zeit fehlt uns später, wenn wir in der Koje liegen."

An Schlaf ist noch lange nicht zu denken. Schließlich ist erst der Duisburger Schlachthof erreicht, Bestimmungsort für die halbierten 282 Schweine. Ein holländischer Kühlwagen ist uns zuvorgekommen, wird zuerst entladen. „Die Hälfte unserer Arbeitszeit besteht aus Warten", sagt Beyam und zündet sich eine Zigarette an. Er ist starker Raucher, trinkt aber keinen Tropfen Alkohol.

Als Kühlwagen-Fahrer muß er im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen weder beim Be- noch beim Entladen Hand anlegen. Während Akkordarbeiter die 35 bis 40 Kilo schweren Schweinehälften aus seinem Zug wuchten, kann der Fahrer verschnaufen, sich die Füße vertreten, mit Metzgern und anderen Fernfahrern plaudern, sich sogar in die Koje legen. Doch nach dem Tarifvertrag befindet er sich in Arbeitsbereitschaft und damit „auf Schicht". Diese darf nicht länger als neun Stunden sein, davon höchstens acht am Steuer. Dann müssen zwölf Stunden Ruhe folgen.

„Das ist Theorie", ereifert sich Beyam. „Nach den heute gültigen Bestimmungen müßte beispielsweise ein Lkw für eine Tour von Bonn nach München mit drei Mann besetzt sein, damit keiner zu lange fahren muß ... Doch kein Zug ist mit drei Mann besetzt, die meisten nicht einmal mit zwei ... Schauen Sie mal in einen Lkw aus der DDR. Auch die sind nur mit einem einzigen Fahrer besetzt. Und das ist doch das sozialistische Musterland, nicht?"

Um 22.30 Uhr rollt der „Zug" wieder, 22 Tonnen leichter, Richtung Holland. Es hat zu regnen begonnen, Nebel hängt über der Autobahn. „In dieser Jahreszeit ist das Fahren am schwierigsten", sagt Beyam.

Er spricht über Licht und Schatten seines Berufs besonnen – genauso, wie er fährt. „Man muß sein Geld sauer verdienen. Aber ich möchte nichts anderes machen ... Auf dem Bock habe ich ein freies Leben. Ich brauche keine Uhr zu drücken, und Verantwortung zu tragen scheue ich mich nicht."

Eine halbe Stunde hinter Duisburg steuert er einen Rastplatz an. „Ich habe Durst", verrät er. Um einen Informationsstand der ÖTV macht er jedoch einen großen Bogen. Auch aus einiger Entfernung ist zu entziffern, was auf roten Plakaten steht: „Wir Fernfahrer streiken." Beyam sucht sich in der Raststätte eine Ecke aus. „Ich bin nicht in der Gewerkschaft", sagt er. „Höchstens die Hälfte der Fernfahrer sind da drin. Die Beiträge sind mit einem Prozent des Bruttolohnes zu happig."

Ein Nachtarbeitszuschlag von 30 Prozent, wie ihn die Gewerkschaft fordert, würde sein Einkommen beträchtlich erhöhen. Beyam hat 2650 Mark Gehalt, kassiert im Monat rund 1300 Mark Spesen und kommt damit auf rund 3000 Mark netto. Die Forderungen nach einem Be- und Entladeverbot hält er für gerechtfertigt. „Die Kollegen müssen da ganz schön ran", gibt er zu.

Doch die Forderung nach einer Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 57 auf 50 Stunden nötigt ihm nur ein Lächeln ab. „Meine Arbeitswoche geht von Sonntag bis Samstag, sagt er. „Ich zähle die Stunden nicht, ich denke an den sicheren Arbeitsplatz. Und mehr freie Tage und höhere Spesen wären schön, sind aber auch mit einem Streik nicht zu bekommen. Womit sollen die Bosse das bezahlen?"


Fast wie ein Zuhause: Johann Beyam auf seinem „Zug" FOTO: WALTER H. RUEB

Um drei Uhr morgens sind 234 Kilometer zurückgelegt und der Schlachthof von Twello erreicht. Johann Beyam stellt den Motor ab und haut sich in die Koje. Vier Stunden später beginnt ein neuer Tag.

Zuerst muß er mit der Heißwasser-Spritzpistole das Innere seines Wagens säubern, dann geht's an die Laderampe. Die anschließende stundenlange Wartezeit verbringt Beyam in Waschraum, Kantine und Pförtnerloge des Schlachthofs. Zwischendurch piepst das Euro-Signal, er telefoniert mit der Bonner Zentrale, berichtet von seinem Ärger: Der Großschlachterei sind die Schweineschultern ausgegangen. Erst 1600 sind geladen, 1400 müssen noch beschafft werden.

Nach elf Stunden kann er endlich wieder starten. Beyam hat Kopfweh vom Lärm und Gestank im Schlachthof, und er grollt den Holländern. „Jetzt muß ich deren Schlamperei ausbaden. Hoffentlich ist die Grenze nicht dicht."

Glücklicherweise haben die streikenden Kollegen den Grenzübergang bei Emmerich nicht blockiert. Zoll und Tierarzt halten uns 40 Minuten auf, anschließend muß die 19 000 Tonnen schwere Ladung in Emmerich zur Fleischbeschau. Runter von der Autobahn, rein in den Stadtverkehr. „Das ist eine Schikane," grantelt er. „Es kostet Zeit und Geld."

Wieder auf der Autobahn, beginnt Beyam zu rechnen. Er muß die Schweineschultern am nächsten Morgen um drei Uhr in Würzburg abliefern. „Wenn alles gutgeht, sind wir um Mitternacht am Ziel", macht er sich Mut. „Halten ist aber nur noch einmal drin."

Bei aller Hektik vergißt er nicht, eine neue Scheibe in den Fahrtenschreiber zu legen. Kontrollen durch die Polizei fürchtet er nicht. „Die schauen vor allem auf die Einhaltung des Tempo-Limits. Wer sich daran hält, hat schon Pluspunkte ... Die Ruhezeiten sind der Polizei nicht so wichtig." Im übrigen sei es billiger, eine Buße für Fahren ohne Fahrtenschreiber zu zahlen als wegen Nichteinhaltens der Ruhezeiten dranzukommen. Auch die Polizei nimmt auf die veränderte wirtschaftliche Situation Rücksicht ... Da wird schon mal ein Auge zugedrückt, wenn Geschwindigkeit und Gewicht stimmen. Natürlich sind die mißtrauisch, wenn einer wegen Übermüdung an der Leitplanke Bruch macht oder die Böschung runterdonnert. Aber auch da gibt es bewährte Ausreden."

Beyam kann sich erst nach Mitternacht, nach einem 18-Stunden-Tag und über 500 Kilometer Fahrt, in die Koje legen. Nicht einmal das grelle Licht auf dem Würzburger Schlachthof oder der Lärm der Kühlmaschine seines Zuges hindern ihn am Einschlafen. Doch schon nach fünf Stunden poltern bayerische Metzgerfäuste gegen den Wagen. „Wir wollen ausladen!" ruft einer, Beyam ist sofort wach: Vielleicht kann er schon in einer Stunde heimwärts.

Beim Kaffee dann die kalte Dusche: Eventuell sei eine Ladung Rindfleisch fällig, teilt der Schlachthof-Disponent mit. Um neun Uhr steht Beyams Zug noch immer auf dem Schlachthof. Wieder warten. In 40stündigem Dienst hat Beyam 41 Tonnen Fleisch 750 Kilometer transportiert und nur knapp neun Stunden geschlafen.

Mit 68 feiert Arne Larsson seinen 25. „Geburtstag"

In der Bundesrepublik leben heute 130 000 Menschen mit ihm; auf der ganzen Welt sind es mehr als eine Million: der implantierte Herzschrittmacher ist keine Sensation mehr. Der erste, dem er das Leben rettete, war der Schwede Arne Larsson. Das war vor 25 Jahren. Jetzt trafen sich Patient, Arzt und Konstrukteur in Zürich wieder.

Von DIETER THIERBACH

Whisky war unbedingt die beste Medizin für mich; ein wundervoller Anblick, wenn die Schwester mit Flasche und Gläsern auf dem Tablett ins Zimmer kam. Sie hätten die neidvollen Blicke meines Bettnachbarn sehen sollen." Der Stockholmer Arne Larsson sagt dies heute mit einer wahren Genugtuung. In der vergangenen Woche feierte er seinen 25. „Geburtstag". Dabei ist er bereits 68 Jahre alt.

Das neue Leben des Arne Larsson begann am 8. Oktober 1958. Der Direktor eines Elektronik-Konzerns hatte damals so gut wie keine Überlebenschance. Bis zu 30mal am Tag setzte das Herz aus. Seine Frau Elsa Marie berichtet lachend, wie sie ihn damals mit einem gezielten Faustschlag auf die Brust immer wieder ins Leben zurückholte; Ärzte und Schwestern hatten es ihr so beigebracht. „In der Küche fiel er oft einfach vom Stuhl. Erst das Fläschchen mit Whisky brachte ihn wieder auf die Beine", erinnert sie sich.

Nach einer schweren Gelbsucht im Jahre 1955 hatten sich bei Arne Larsson Herzrhythmusstörungen eingestellt. Die Krankheit verschlimmerte sich derart, daß die Ärzte übereinstimmend der Ansicht waren, er werde das Jahresende nicht überleben. Eine Herzaktivität war kaum noch vorhanden; sein Zustand völlig hoffnungslos.

Am besagten 8. Oktober pflanzte ihm der schwedische Chirurg Professor Åke Senning im Stockholmer Karolinska-Hospital einen kleinen Apparat unter die Bauchhaut, der mit elektrischen Stromstößen sein müdes Herz zwang, wieder im richtigen Takt zu schlagen. Larsson war der erste auf der Welt, der einen implantierbaren Herzschrittmacher erhielt.

„Ich habe mich damals als Versuchskaninchen zur Verfügung gestellt, weil ich wußte, daß der Herzschrittmacher die letzte Chance für mich war", erzählt der Jubilar in Zürich, der neuen Wirkungsstätte von Professor Senning. Hier trafen sich jetzt die Hauptakteure der ersten Stunde wieder. „Hätte mir 1958 jemand gesagt, ich würde 1983 hier bei Ihnen sitzen, hätte ich geantwortet: Mein Freund, die Zeit der Wunder ist längst vorbei."

Während der Taxifahrt zum Hotel Sonnenberg lacht er darüber, daß er früher breite Hosenträger tragen mußte, denn ein Gürtel kam wegen der Druckempfindlichkeit nicht in Frage. Er weist auf eine Stelle seiner Magengrube, den Aufenthaltsort seines „Erstlings", der nur ganze sechs Stunden funktioniert hat, dann kam das Aus für die Elektroden. Inzwischen trägt er das 23. Gerät unter seiner Haut. Lediglich zwei mußten wegen akuter Defekte ausgetauscht werden. Batterieprobleme waren es in den anderen Fällen.

Arne Larsson führt heute ein fast normales Leben ohne medizinische Behandlung. Zwei Kontrollgänge im Jahr sind eingeplant. Das Golfspielen hat er zwar eingestellt, aber Radfahren, Tanzen und lange Spaziergänge sind drin und „in". „Mein Mann ist topfit", versichert Ehefrau Elsa Marie und gibt unter vorgehaltener Hand lachend zu verstehen, daß er ausgerechnet heute an einem leichten Hexenschuß zu leiden hat.

Die Möglichkeit, ein langsam schlagendes oder zeitweise stillstehendes Herz elektrisch anzuregen, kannte man schon vor dem spektakulären Eingriff. Jedoch waren diese Apparate alle unhandlich groß. Professor Senning erkannte: Nur eine Implantation des gesamten Gerätes würde eine ständige Infektionsgefahr verhindern. „Und da hat Dr. Rune Elmquist gezündet", weiß sich der Chefarzt des Kantonsspitals zu erinnern. Elmquist baute ein Gerätchen von nur 5,5 Zentimeter Durchmesser und 1,6 Zentimeter Höhe, klein genug, um es problemlos im Körper „verschwinden" zu lassen.

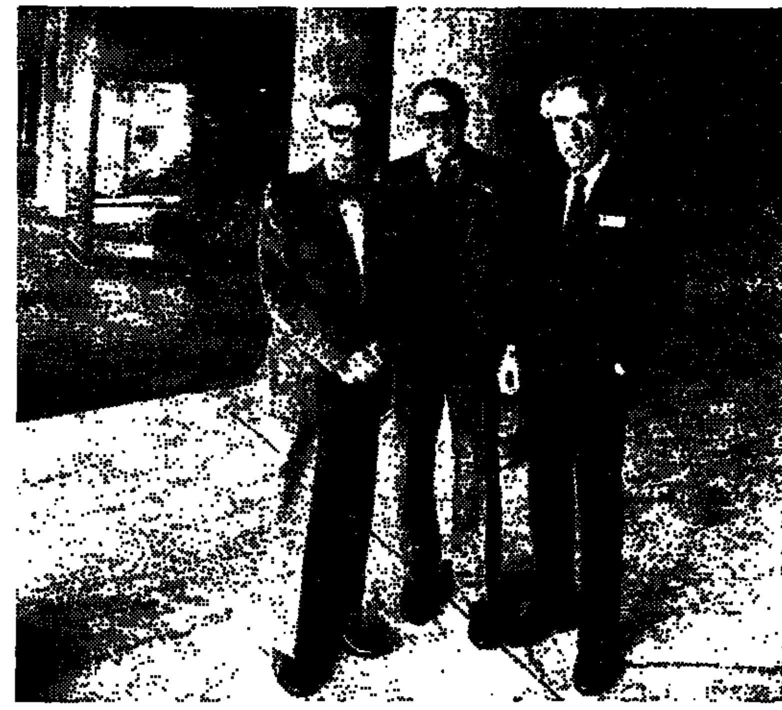
„Wissen Sie, wenn damals nicht gerade die Silizium-Transistoren auf den Markt gekommen wären, hätte die Konstruktion wegen der hohen Leckströme vermutlich nie funktioniert." Der Elektroniker beschreibt die unter primitivsten Bedingungen und unter ungeheurem Zeitdruck hergestellten Prototypen. „Elsa Marie kam jeden Tag und fragte aus Sorge um ihren Mann, ob das Ding nicht bald fertig sei." Eine leere Schuhcremedose diente als Gießform für den Kunstharzmantel.

Erst allmählich, Schritt für Schritt bekam man die Hauptprobleme in den Griff: Batterieschwächen, Schaltungsstörungen und vor allem Komplikationen mit der Elektrode. Die einfache „Strippe", wie sie zu Anfang verwendet wurde, gab schnell ihren Geist auf. Der Draht wird bei jedem Herzschlag – hunderttausendmal am Tag – leicht gebogen. Von Plastik umschlossene Spiralkabel haben die dünnen Drahtbänder von damals längst abgelöst. War die erste Elektrode noch aus Platin, so sind nun Kohle-Elektroden weit besser verträglich. „Und man braucht weniger Energie, um den Herzmuskel zu reizen", sagt Rune Elmquist." Zwei Volt Spannung sorgen bei 60 Milliwatt Energieaufnahme für 60 bis 70 Pulse von 1,5 Millisekundendauer dafür, daß der Widerstand von 300 Ohm, sprich das Herz, wieder normal schlagen kann.

Auch vom Epoxidharz als Kapselmaterial verabschiedete man sich bald. Elmquist: „Das Wasser aus dem Körpergewebe diffundierte schneller in die Schaltung als wir gedacht hatten. So kam es 1974/75 zu vollgekapselten chromblitzenden Metallgehäusen. Die Geräte (im Englischen pacemaker genannt), nicht größer als Pillendosen, enthalten heute schon multiprogrammierbare kleine Rechner, die dem Arzt – über längere Perioden gespeichert – ein abrufbares Krankheitsbild bieten. Der Herzschlag wird den natürlichen Bedürfnissen „variabel" angepaßt; eine totale Prothese des Reizleitersystems ist in Sicht.

Über eine Million Menschen lassen sich heute ihren Herzrhythmus von elektronischen Impulsgebern steuern. Rund 130 000 Einwohner der Bundesrepublik leben damit. An jedem OP-Tag werden 100 weitere implantiert. Greise und Kleinkinder gehören dazu, wobei das Durchschnittsalter der Patienten bei 68 Jahren liegt. Bei zehnjähriger Lebensdauer der heutigen Schrittmacher überlebt das Gerät oft den Patienten. Weshalb diese medizinische und technische Pioniertat nicht mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, versteht so recht niemand. Senning und Elmquist haben sich ihre Erfindung nie patentieren lassen.

Arne Larsson zieht Bilanz: „Die Implantation bei mir ist keine Sensation gewesen, das war und ist jetzt reine Routine. Für die Patienten aber ist es eine Sensation, der Weg zurück zum Leben."


Das Jubiläums-Team: Rune Elmquist, der den ersten implantierbaren Herzschrittmacher konstruierte, Patient Arne Larsson und Professor Senning (von links) bei ihrem Wiedersehen in Zürich FOTO: DIETER THIERBACH

IG-Metall setzt auf Steinkühler

● Fortsetzung von Seite 1

gements in der „Friedensbewegung" von sich reden gemacht hatte, gab es nur einen Kandidaten: den IG-Metall-Bevollmächtigten in Nürnberg Horst Klaus. Dessen Wahl wurde auch von Steinkühler *favorisiert*. Klaus erhielt 501 von 551 Delegiertenstimmen, das beste Wahlergebnis des Gewerkschaftskongresses.

Umstritten war dagegen die Nachfolge von Frau Ibler. Hier kam es auch zu einer Kampfabstimmung. Der IG-Metall-Vorstand hatte die 37jährige Gudrun Hamacher aus Dortmund vorgeschlagen. Die Frauenvereinigung der IG Metall wollte sich jedoch damit nicht abfinden, vor allem wohl, weil Frau Hamacher als Vertreterin eines *gemäßigten* Kurses gilt. Sie schlug die 34jährige Karin Roth vor, eine Vertreterin des dezidiert linken Flügels in der IG Metall. Vor der Abstimmung diskutierten die Delegierten eine Stunde lang über diese beiden Kandidaturen. In der Kandidatenvorstellung stellte Frau Hamacher den Gedanken der Einheitsgewerkschaft in den Vordergrund. Grundlage gewerkschaftlicher Arbeit *müsse* Toleranz gegen Andersdenkende sein. Karin Roth verwies dagegen auf die Entscheidung des Frauenausschusses. Nur wenn diesem „eindeutigen Votum" gefolgt werde, funktioniere die innergewerkschaftliche Demokratie. Frau Hamacher erhielt schließlich 306 gegen 279 Stimmen von Karin Roth.

Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden *in ihren Ämtern* bestätigt: Rolf Judith im Geschäftsbereich Eisen und Stahl mit 444 Stimmen, Hans Preiß (Bildung) 490 Stimmen, Karl-Heinz Jansen (Sozialpolitik) 488 Stimmen, Lutz Dieckerhoff (Vertrauensleutearbeit) 444 Stimmen, Ferdinand Koob, zuständig für das Handwerk und einziger Christdemokrat im Vorstand, mit 387 Stimmen.

Heute steht auf dem Gewerkschaftstag unter dem Motto „Durch Reform aus der Krise" das Grundsatzreferat des neuen Vorsitzenden Hans Mayr an.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 *Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J.* 07632.

„Streik ist die letzte Waffe der Organisation"

GÜNTHER BADING, **München**

„Im Grunde genommen hatte ich nur schwere Jahre", bekennt der soeben in den Ruhestand gegangene IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer im persönlichen Gespräch. Zum Ende seiner gut elfjährigen Amtszeit an der Spitze der größten Gewerkschaft der Welt bleibt dem heute 63jährigen *nur die Einsicht*: „In der Krise das Erreichte halten ist schon ein Erfolg." Loderer hat seinem letzten Gewerkschaftstag als aktiver Funktionär auch dessen Motto noch einmal seinen Stempel aufgeprägt. „Durch Reform aus der Krise" steht in großen Lettern über dem Präsidiumstisch des Kongresses in der Münchener Bayernhalle.

„Wir haben in meiner Vorsitzerzeit sechs Streiks geführt; und dies in einer Zeit, die mehrheitlich von Krisen *gepeinigt, geplagt, geprägt* wurde und nicht von Glanzzeiten der Konjunktur", erinnert sich „Elo", wie Eugen Loderer nach seinem Schriftverkehr üblichen Namenskürzel in der Vorstandsetage genannt wird. Da war der Metallarbeiterstreik 1971, den er als Zweiter Vorsitzender für den schon schwer erkrankten Otto Brenner zu Ende bringen mußte. Als Erfolgserlebnis wertet Loderer den Streik 1973 in Baden-Württemberg.

Hier wurde um die Humanisierung des *Arbeitslebens gekämpft, ein* Einsatz, der aus seiner Sicht lohnender ist als Streik um Zehntelprozente hinter dem Komma. Weitere Streiks folgten im Unterwesergebiet 1974, vier Jahre später wieder in Baden-Württemberg um Abgruppierungsschutz und Absicherung und danach der mit sechs Wochen zweitlängste Streik der Nachkriegsgeschichte 1978/79 um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie.

Für Loderer ist bezeichnend, daß er in Erinnerung an krisenhafte *Entwicklungen während seiner Amtszeit* die Streiks als Merkpunkte nimmt; er ist niemand, der leichtfertig zum Mittel des Arbeitskampfes greift. Seinem potentiellen Nachfolger – nach der dreijährigen Übergangsphase mit dem gewählten Nachfolger Hans Mayr – dem bisherigen Stuttgarter Bezirksleiter und jetzt 2. Vorsitzenden Franz Steinkühler scheint Loderers Bemerkung ins Stammbuch geschrieben: „Der Streik ist die letzte Waffe der Organisation. Und diese Waffe *kann stumpf werden, wenn* man sie zu oft oder zur Unzeit gebraucht." Ihr Einsatz sei nur dann richtig, „wenn auch Aussicht auf Erfolg besteht".

Loderers Abschied

Loderer hat sich verabschiedet, er hat Hans Mayr und Franz Steinkühler eine intakte Gewerkschaft hinterlassen. Aber er hat nur wenig von seinen Ideen durchsetzen können, *die bei ihm überwiegend im politischen* Bereich liegen. Gar zu gern hätte er die Einführung eines Systems von Wirtschafts- und Sozialräten gesehen. Das habe nichts mit dem „Plankram" nach SED-Prägung im anderen Teil Deutschlands zu tun. Aber wenn *sich „Leute mit vollem* Ernst daran setzen würden ..." sinniert Loderer, wohl wissend, daß der Wunsch nach „vernünftigen" Absprachen *zwischen Regierung*, Wirtschaft und Gewerkschaften aufgrund der jeweiligen Zwänge zur Vertretung der eigenen Interessen nur allzuoft Illusion bleiben wird.

Hans Mayr gehört wie Loderer noch jener Generation von Gewerkschaftern an, deren Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft nicht angelernt ist, sondern aus negativen Erfahrungen mit den Richtungsgewerkschaften stammt. Er hat wie sein Vorgänger Nazizeit und Krieg erlebt. Weniger extrovertiert als Loderer spricht Mayr selten über sich. Vor einigen Wochen allerdings berichtete er vor einer Jugendkonferenz der IG Metall von jenem Schlüsselerlebnis, das ihn auf Lebenszeit zum Gegner jeder Form von Totalitarismus – von rechts oder links – gemacht hat. Als Jugendlicher hatte er miterleben müssen, wie die Bücher seiner Eltern als Schundliteratur auf dem Marktplatz seiner Heimatstadt Ulm verbrannt worden waren. Loderer bezieht *seine Ablehnung* alles *Militärischen* aus seinem Kriegseinsatz bei der Marine, als Maat auf einem Minensuchboot. Mayrs Skepsis gegenüber allem Uniformierten rührt aus jenem Erlebnis mit der Ulmer SA.

Der neue Vorsitzende der IG Metall gilt als kompromißloser Verfechter von Mehrheitsentscheidungen seiner Gewerkschaft. Für ihn, der gestern in München mit einem verhältnismäßig knappen *Ergebnis von 440 der 551* möglichen Delegiertenstimmen gewählt wurde, steht in seiner Prioritätenliste die Verhinderung von *Flügelbildungen innerhalb* der Gewerkschaft ganz oben. Er sei sich im klaren, daß ein Teil der Delegierten ihn „aus politischen Gründen" nicht gewählt habe, bekannte er gestern vor dem Gewerkschaftstag, nachdem sein eher knappes 80-Prozent-Ergebnis bekanntgegeben worden war. „Aber man wird mit mir leben müssen."

Was Mayr störte

Mayr gilt als Pragmatiker. Er war von der eigenwilligen Amtsführung des Stuttgarter Bezirksleiters Franz Steinkühler nicht immer begeistert. Vor allem störte den nach innen gekehrten Mayr, der nur im Kreis von Kollegen und Freunden, denen er wirklich vertraut, zu einem fröhlichen Menschen wird, die häufige Selbstdarstellung des jungen Mannes aus Stuttgart in den elektronischen Medien. Der Pragmatiker in Mayr setzte sich durch, im späten Frühjahr *machte er in einem langen vertraulichen* Gespräch seinen Frieden mit Franz Steinkühler.

Die Vorstandswahlen beim Gewerkschaftstag brachten gestern einige Überraschungen. Kaum jemand hätte gewettet, daß der neue zweite Vorsitzende 54 Stimmen mehr bekommen würde als Hans Mayr. 551 Delegierte waren stimmberechtigt, alle Stimmen wurden abgegeben, *nicht eine war ungültig – ein Zeichen*, welche Bedeutung der Kongreß der Entscheidung beimaß. Franz Steinkühlers Aufstieg in der IG Metall *basiert zum einen auf geschickter* Tarifpolitik, zum anderen auf einem politischen Kurs, der ihn als links, aber nicht radikal, als Idealist, aber nicht als weltfremden Systemveränderer erscheinen läßt. Nach seinem 494-Stimmen-Erfolg bei der Vorstandswahl steht auch fest, daß nichts mehr seinen Weg auf den Sessel des ersten Vorsitzenden aufhalten kann. Der „Franz", wie ihn die vielen Metaller nennen, die sich gern zu seinen Freunden zählen würden, hatte wohl geglaubt, sich in den drei Jahren der Vorstandschaft von Mayr als „Innenminister" im Ressort Organisation und innergewerkschaftliche Arbeit eine solide Hausmacht in der IG Metall erarbeiten zu müssen. Nur so ist zu verstehen, daß er nicht von vornherein Anspruch auf sein Spezialgebiet Tarifpolitik angemeldet hatte.

Und er hatte wieder einmal den richtigen Riecher, denn die nächste große Überraschung bei den Wahlen war das Abschneiden des Tarifpolitikers Hans Janßen. Er bekam das zweitbeste Ergebnis der Blockwahl zum geschäftsführenden Vorstand und ist nun in seinem Fachbereich fast unangreifbar geworden – selbst für Steinkühler. Trost für den neuen „Zweiten": Sein Favorit für die Abteilung Jugend, Horst Klaus aus Nürnberg, bekam das beste Wahlergebnis des Tages.

Klare Worte von Loderer zum Thema Einseitigkeit

DW. **München**

In seinem Schlußwort nach der Diskussion in seinem letzten Rechenschaftsbericht nahm der bisherige Vorsitzende der IG-Metall, Eugen Loderer, noch einmal zu der Auseinandersetzung um das Verhältnis von Gewerkschaften und Friedensbeweüung Stellung. Die WELT veröffentlicht diese Rede in Auszügen:

„*Ich sage es diesem* Gewerkschaftstag ganz offen, damit keine Fehldeutungen möglich sind: Ich marschiere mit denen nicht unter einem Friedenstransparent, die in diesem Lande dank unserer demokratischen Verhältnisse für Frieden und Abrüstung demonstrieren dürfen, während Gleiches in den Mutterländern der Politik, die sie vertreten, Gleiches oder Ähnliches nicht möglich, ja verboten ist.

Laßt mich noch eines hinzufügen, damit Ausgewogenheit herrscht. Es sei mir erlaubt, auch folgende Wahrheit anzusprechen: Ich bin erstaunt darüber, daß keiner der Diskussionsredner zum Thema Polen auch nur ein einziges Wort verloren hat.

Ich habe dazu noch folgendes hinzuzufügen: *Wenn in der Deutschen* Demokratischen Republik ein Bürger in Jena, der öffentlich zum dem Problem Abrüstung gesprochen hat, mit Polizeigewalt in den sogenannten Interzonenzug gebracht und in die Bundesrepublik abgeschoben wurde, gegen seinen Willen, dann erlaube ich mir diese Kritik wie es Euch erlaubt war, meine Position zu kritisieren.

Kolleginnen und Kollegen, zum Krefelder Appell: Ich habe nie behauptet und im Vorstand keiner meiner Kollegen, daß sämtliche Unterzeichner dieses Appells Kommunisten seien. So einfach kann man sich das nicht machen. Tatsache ist aber, daß Unterschriften mit Funktionsbezeichnungen zusammengefügt wurden, obwohl die Unterzeichner dies zum Teil nicht wollten. Ich glaube, daß der Krefelder Appell in seiner Gesamtheit, dem Geist, dem politischen Wollen und den Beschlüssen der DGB-Gewerkschaften nicht umfassend gerecht wird.

Jetzt kommt etwas Interessantes. Auf dem zweiten Forum der Krefelder Initiative am 21. November 1981 in Dortmund wurden zwar in der Diskussion – wohl weil es nicht mehr anders ging – auch an die Sowjetunion Abrüstungsforderungen gerichtet. So weit, so gut. Aber in der verabschiedeten Erklärung haben die Verantwortlichen folgendes ausdrücklich *erklärt: Wir lehnen es aber ab*, uns auf die irreführende Formel festlegen zu lassen, wer Pershing 2 sagt, der muß auch SS 20 sagen. Wie dies von selbsternannten Interpreten unserer Forderungen unseres Krefelder Appells immer häufiger versucht wird. Die Forderung, der Westen soll abrüsten, stellt nur die halbe Wahrheit in bezug auf unsere gewerkschaftliche Position dar. Der Parteivorstand der SPD hat am 8. April 1981 in einem Schreiben an die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer sowie an die Unterbezirke die Position zum Krefelder Appell ähnlich wie eben von mir dargestellt, kommentiert und darauf reagiert.

Abschließend zu diesem Thema. Wenn jüngst auf einem Symposium des Zentralverbandes der *IG Metall* in der DDR zur Abrüstung gesagt wurde, daß der Kampf um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zugleich ein Kampf sei gegen die multilateralen Monopole, aber ein Hinweis auf die monopolartige Zusammenfassung der Rüstungsindustrie in den Warschauer-Pakt-Mächten – unter zweifelloser Führung der UdSSR überhaupt nicht erwähnt, total verschwiegen wird – dann ist das einseitig. Das und nichts anderes will ich kritisieren ..."

24 300 mehr Lehrverträge als im Vorjahr

Rei. **Bonn**

Bis zum 30. September sind nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) in Bonn 24 300 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen worden als bis zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Mit 327 100 neuen Lehrverträgen registrierte die Industrie- und Handelskammer acht Prozent mehr Lehrverträge als Ende September 1982. Der DIHT wertet diese Leistung als „besonders beachtlich", wenn man die nach wie vor unbefriedigende Wirtschaftslage betrachte.

Dennoch blieben aufgrund der gestiegenen Nachfrage bis Ende September 50 000 Jugendliche ohne Ausbildungsplätze.

„DDR"-Agentin setzt sich nach Osten ab

DW. **Bonn/Karlsruhe**

Einer mutmaßlichen Agentin des Staatssicherheitsdienstes der „DDR" ist die Flucht gelungen, nachdem das Oberlandesgericht Celle den gegen sie ausgestellten Haftbefehl aufgehoben hatte. Gisela Glade (32) aus Magdeburg war von der Staatsanwaltschaft Celle wegen geheimdienstlicher Tätigkeit angeklagt worden. Das Hauptverfahren wurde darauf vom Oberlandesgericht eröffnet, das den Haftbefehl nach einer achtwöchigen Untersuchungshaft jedoch wieder aufheben ließ. Begründet wurde diese Maßnahme mit dem Hinweis des Gerichtes, daß keine hohe Strafe zu erwarten und die Verhältnismäßigkeit bei einer längeren Untersuchungshaft *nicht gewährleistet* sei.

CSSR-Bürgerrechtler Lederer gestorben

dpa, **Bayrisch Gmain**

Der 1980 von der CSSR in die Bundesrepublik abgeschobene Prager Bürgerrechtler *und* Regimekritiker Jiri Lederer ist gestern in einem Krankenhaus in Bayrisch Gmain (Landkreis Berchtesgadener Land) gestorben. Der 61jährige erlag nach Angaben der Klinikleitung einem Herzversagen. Er sollte nach sechswöchiger Behandlung nach einem Herzinfarkt heute entlassen werden.

Lederer – einer der ersten Unterzeichner der „Charta 77" – war am 1. September 1980 mit seiner Ehefrau und seiner elfjährigen Tochter nach Bayern gekommen.

Nervenkrieg um Genfer Verhandlungen

Fortsetzung von Seite 1

bruch der Genfer Verhandlungen stellten „kühl kalkulierte Versuche" dar, die geplanten Demonstrationen in der Bundesrepublik Deutschland anzuheizen. Boenisch sprach – ähnlich wie amerikanische Stellen – von einem propagandistischen Nervenkrieg. Nach Angaben Boenischs hat Bundeskanzler Kohl den sowjetischen Staats- und Parteichef Juri Andropow in einem vom 3. Oktober datierenden Brief gebeten, auf die jüngsten Verhandlungsvorschläge von Präsident Reagan einzugehen.

Die Moskauer Haltung zu einer eventuellen Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen wird, so der sowjetische Marschall Kulikow, von allen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes unterstützt. Kulikow sagte in Warschau, die UdSSR und alle Alliierten würden „alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, das Gleichgewicht der Kräfte in Europa und in der Welt aufrechtzuerhalten". Damit sind nach Angaben des stellvertretenden Stabschefs der Roten Armee, Sergej Akromejew, drei Maßnahmen gemeint:

1. Die Beendigung des im März 1982 von Leonid Breschnew verkündeten Moratoriums für die Stationierung von SS-20-Raketen. Nach Angaben westlicher Kreise hat die UdSSR dieses Engagement jedoch nie eingehalten und bis heute 360 derartige Waffen aufgestellt, von denen zwei Drittel auf Europa gerichtet sind.

2. Neue Maßnahmen, die direkt das Territorium der USA betreffen. Darunter sind wahrscheinlich seegestützte Raketen zu verstehen, die jedes Ziel in den USA erreichen können.

3. Die Aufstellung taktischer Atomraketen in Ländern des Warschauer Paktes.

Samjatin: Stationierung heißt Aus für Genf

Rede in Hamburg zielt auf öffentliche Meinung im Westen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Die Diskussionsbeiträge des sowjetischen Spitzenfunktionärs Leonid Samjatin beim dreitägigen Meinungsaustausch zwischen Deutschen und Russen in der Hamburger Katholischen Akademie zielten erkennbar auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland ab. Zentrale Aussage Samjatins, ZK-Mitglied und Auslandsinformationschef im sowjetischen Parteiapparat: Eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen würde „in Europa eine qualitativ neue Situation" entstehen lassen, „die äußerst labil und explosionsgefährlich" sei. Weiterverhandeln sei nur möglich, wenn der Westen auf die Dislozierung verzichte.

Samjatin und seine Mitstreiter zeigten sich verbindlich in der Form, in der Sache aber von granitener Härte. Die Formulierungen im Kommuniqué zum Abschluß des fünften deutsch-sowjetischen Kolloqiums sollten dagegen Konzilianz signalisieren. „Angesichts bedrohlicher Rüstungspotentiale in Ost und West", so heißt es in der Erklärung, sei es „von lebenswichtiger Bedeutung, in den Gesprächen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung Lösungen zu finden, die den berechtigten Sicherheitsinteressen aller Beteiligten gerecht werden und ein stabiles Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau der Waffen sichern". In den Genfer Verhandlungen müßten „konkrete Ergebnisse erzielt werden, die diesen Kriterien entsprechen".

Samjatin nannte die mögliche Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa einen „friedensfeindlichen Schritt" von prinzipieller Tragweite. Die Sowjetunion, so meinte der Spitzenfunktionär aus Moskau weiter, habe im europäischen Bereich weniger Mittelstreckenraketen und Gefechtsköpfe als 1976. Die Nachrüstung der NATO würde eine „Überrüstung" für Europa sein. Samjatin bewegte sich genau auf der neuen Argumentationslinie des Kreml, wonach die Stationierung gegen Geist und Buchstaben der Ostverträge verstoße.

Staatssekretär Rühl vom Bundesverteidigungsministerium entgegnete in unmißverständlicher Klarheit, der Kreml wolle der Bundesrepublik Deutschland durch die Aufstellung sowjetischer SS-20-Raketen einen „Status minderer Sicherheit" auferlegen. Moskau beanspruche, „landgestützte Mittelstreckenraketen gegen uns in Stellung bringen zu dürfen, während das Bündnis nicht über gleichartige Systeme" verfüge.

Rühl bezeichnete es als ideale Lösung, wenn die USA und die Sowjetunion „ganz auf landgestützte Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite verzichteten". Werde dies bei den Verhandlungen nicht erreicht, so müßten Ende des Jahres die amerikanischen Waffen in der Bundesrepublik stationiert werden. Das müsse aber kein Anlaß sein, die Verhandlungen zu beenden: „Wir sind vielmehr gewillt, so lange weiter zu verhandeln, bis Einigung erzielt ist."

In einer Diskussion mit dem früheren Bundeswehrgeneral Graf Baudissin machte der sowjetische Generaloberst Tscherwow deutlich, wie die Russen heute die Abrüstungsgespräche einschätzen: Sowohl die Verhandlungen in Genf über Mittelstreckenraketen als auch die START-Verhandlungen seien gegenwärtig „völlig aussichtslos". Falls die USA ihre Position nicht ändern, gebe es „nichts mehr zu besprechen".

Paris steigert Ausgaben für Atomsysteme

v. k. Paris

Offenbar als Antwort auf die zunehmende Zahl von Politikern auch im Westen, die eine Einbeziehung der französischen (und britischen) Atomsysteme in die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen zwischen Sowjets und Amerikanern fordern, wird Frankreich im nächsten Jahr die Ausgaben für seine atomaren Streitkräfte um 13 Prozent anheben. Dies kündigte Verteidigungsminister Charles Hernu vor dem Verteidigungsausschuß der Nationalversammlung an. Wörtlich sagte Hernu: „Damit verdeutlichen wir unsere Entschlossenheit, unsere Abschreckungskraft noch zu verstärken."

Die französische Argumentation gegen eine Einbeziehung der rund 98 atomaren Gefechtsköpfe, über die die gesamte strategische Force de Frappe (verbunkerte Boden-Mittelstrekken- und Meer-Boden-Atom-U-Boot-Raketen) zur Zeit verfügt, lautet: Unsere nuklearen Systeme dienen ausschließlich der nationalen Verteidigung unseres Territoriums. Sie sind zentraler, nicht bündnisgebundener Natur. Sie sind auf Massen-, nicht militärische Einzelziele gerichtet, da sie eine Abschreckung des Schwächeren gegen den Stärkeren darstellen. Eine abgestufte Antwort können wir uns nicht erlauben. Diese Argumentation ist von Präsident Mitterrand zweimal – einmal in Bonn am 20. Januar und einmal vor der UNO am 28. September – der Weltöffentlichkeit offiziell mitgeteilt worden und Gegenstand eines nationalen Konsenses, der mit geringen Abstufungen auch von der Kommunistischen Partei getragen wird (die KPF verlangt die Anrechnung der französischen Raketen in einem „globalen Kalkül")

Schon im Vorjahr hatte Minister Hernu bei der Vorstellung des neuen Fünf-Jahre-Rüstungsplanes (1984 bis 1988) eine Anhebung der Ausgaben für die Atomstreitkraft von 12 Prozent über den gesamten Zeitraum angekündigt. Da dies nur unter Kürzungen im konventionellen Bereich und dem Mannschaftsstand des Heeres gehen konnte, haben inzwischen mehrere hohe Offiziere, darunter der Generalstabschef des Heeres, Delaunay, aus Protest ihren Abschied genommen. Die Umstrukturierung des Heeres auf eine schnelle mobile Eingreifstreitkraft (FAR), die sowohl in Übersee wie in Europa zum Einsatz kommen kann, ist unter Straffung der bisherigen konventionellen Divisionen der 1. französischen Armee bereits im Gange.

Unter den Waffensystemen, die von der Budget-Aufstockung von 13 Prozent profitieren werden, sind ein siebtes Atom-U-Boot mit 16 M-4-Raketen (sechs Sprengköpfe), die Umstrukturierung der sechs bestehenden Boote auf M 4 sowie die neue taktische Rakete Hades (300 Kilometer Reichweite).

Kirchschläger mahnt die „DDR"

Ost-Berlin soll Menschenrechte achten und Reisehindernisse abbauen

CARL GUSTAF STRÖHM, Berlin

Staats- und Parteichef Erich Honecker hat den ersten offiziellen Besuch eines westlichen Staatsoberhauptes in Ost-Berlin dazu benutzt, um nochmals in scharfer Form gegen die mögliche NATO-Nachrüstung, besonders auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, Stellung zu nehmen. In einer Tischrede zur Begrüßung des österreichischen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger wiederholte Honecker die Formulierung, daß „durch die beabsichtigte Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen der USA in der BRD (Bundesrepublik) und in anderen westeuropäischen Staaten eine neue Lage entstehe". Die Staaten des Warschauer Paktes kämen dann, wie Honecker sich ausdrückte, „nicht umhin", entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Sicherheit und das militärische Gleichgewicht unter den „veränderten Bedingungen" zu wahren.

„Positive Wende"

Zugleich gab Honecker zu erkennen, daß er eine „positive Wende" in den Genfer Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA immer noch für möglich halte. „Noch immer sind, solange die NATO nicht zu stationieren beginnt, bei Berücksichtigung der legitimen Interessen beider Seiten, akzeptable Ergebnisse möglich. Davon sind wir überzeugt." Europa und die Welt brauchten kein Gleichgewicht des Schreckens, sondern ein „militärisches Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau."

Honecker sprach sich dafür aus, den mit der Konferenz von Helsinki begonnenen Prozeß fortzuführen, er unterstrich die Bedeutung der auf der KSZE-Folgekonferenz von Madrid beschlossenen „vertrauensbildenden Maßnahmen". Zu den außereuropäischen Weltkonflikten – Honecker nannte den Nahen Osten, den Süden Afrikas und die „explosive Situation in Mittelamerika" – erklärte der SED-Parteichef, notwendig sei eine Lösung aller strittigen Fragen mit „friedlichen Mitteln, durch Verhandlungen, die den legitimen Interessen aller beteiligten Staaten Rechnung tragen". Die Beziehungen zwischen Österreich und der „DDR" bezeichnete Honecker als Stabilitätsfaktor und als Modellfall für die Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung – nicht ohne vorher direkt die Wiener Rede des US-Vizepräsidenten George Bush zu attackieren, in der der Amerikaner für eine differenzierte Politik der USA gegenüber den kommunistischen Staaten eingetreten war und die Nichtanerkennung von Jalta proklamiert hatte. Honekker sprach, ohne den amerikanischen Vizepräsidenten beim Namen zu nennen, von „zügelloser antisozialistischer Hetze, Drohungen, Provokationen" und von Forderungen „den Status quo in Europa nicht anzuerkennen". Das aber könne „zu nichts Gutem führen".

Der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger antwortete mit einem Bekenntnis zum internationalen Pluralismus. Hoffnungen, daß sich von den beiden Systemen des Ostens und des Westens einer als Sieger über den anderen erweisen werde, hätten sich – so Kirchschläger – als trügerisch und gefährlich erwiesen. Kirchschläger erklärte seinen kommunistischen Gastgebern, daß man miteinander leben müsse, wenn man den Frieden über die Jahrtausendwende hinaus sichern wolle. Ein dauernder Frieden könne sich aber nur auf „Gerechtigkeit und Freiheit" gründen.

So wie die Menschen sich immer mehr auf ihre bleibenden Werte besinnen, so müßten auch die Staaten sich wieder stärker auf ihre die staatliche Existenz rechtfertigenden Ziele besinnen. Kirchschläger forderte dann eine Erfüllung aller Prinzipien der UNO-Charta, „die Menschenwürde mit eingeschlossen". Anschließend sagte das österreichische Staatsoberhaupt vor Journalisten, daß er damit ausdrücklich auch die Menschenrechte meine, da diese ein Bestandteil der Menschenwürde seien. An anderer Stelle erwähnte der österreichische Bundespräsident die Förderung des Reiseverkehrs zwischen Österreich und der „DDR" und sprach sich für den Abbau von „belastenden Hindernissen" aus.

Verschiedene Systeme

Kirchschläger vermied es, direkt auf die von Honecker ins Spiel gebrachte Raketenfrage einzugehen. Das österreichische Staatsoberhaupt sprach aber die Tatsache an, daß die „DDR" und Österreich verschiedenen gesellschaftlichen Systemen angehören. Österreich sei ein neutraler Staat, die „DDR" dagegen Mitglied des östlichen Militärbündnisses. Auf den Respekt vor den gegenseitigen Positionen und der gegenseitigen Unabhängigkeit beruhe die Qualität der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Österreich hege aber die brennende Erwartung, daß bei den Genfer und Wiener Abrüstungsverhandlungen „auf möglichst niedrigem Niveau und alle Regionen und Waffensysteme umfassend" ein Erfolg erzielt werden könne. Damit gab Kirchschläger offenbar zu erkennen, daß man in Wien die sowjetischen SS-20-Raketen und die konventionelle Rüstung der Sowjets nicht aus den Augen verloren hat.

Moskau deutet „Unterbrechung" an

Bahr über Gespräche einer Bundestagsdelegation in der Sowjetunion

fim./DW. Moskau

Die Sowjetunion wird die Aufstellung der ersten neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa nach der Einschätzung des SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr als „einseitige Unterbrechung" der Genfer Verhandlungen sehen. Bahr referierte diesen Standpunkt der UdSSR in Moskau, nachdem der Unterausschuß des Deutschen Bundestages für Abrüstung und Rüstungskontrolle mit führenden sowjetischen Außenpolitikern zusammengekommen war. Im Außenministerium waren die Abgeordneten vom Ersten stellvertretenden Außenminister Kornienko empfangen worden.

Bahr präzisierte, der Beginn der vom Westen in Aussicht gestellten Nachrüstung werde von den Sowjets nicht als endgültiger Abbruch der Genfer Verhandlungen gewertet werden. Längerfristig, so hieß es auch von anderen Mitgliedern der deutschen Delegation, werde Moskau an einer Vereinbarung mit Washington interessiert bleiben, die das Mittelstreckenpotential der NATO begrenzt. Bis zum Beginn der Stationierung werde die Sowjetunion allerdings an ihrer Verhandlungsposition festhalten, die unverändert die Einbeziehung der britischen und französischen Atomwaffen verlangt.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Erwin Horn erklärte, die Moskauer Gesprächspartner hätten zu verstehen gegeben, daß die UdSSR auf den Beginn der Nachrüstung mit „politischen, militärstrategischen und handels- und wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen" reagieren würden. Zu den militärischen Gegenmaßnahmen sollen die Aufstellung von direkt gegen die USA gerichteten Raketen und von taktischen Waffen auf dem Gebiet der Tschechoslowakei und der „DDR" gehören.

Bahr sagte, die Stationierung von Mittelstreckenraketen werde aus sowjetischer Sicht auch „Auswirkungen" auf die Genfer Verhandlungen über die Verminderung der strategischen Rüstung (START) haben. Die sowjetische Seite habe dazu angedeutet, daß die UdSSR derzeit keine Zusammenlegung der INF- und der START-Verhandlungen plane. Zu den Gesprächen allgemein bemerkten die Abgeordneten, die Atmosphäre sei „nicht gemütlich" gewesen, jedoch habe es sich um eine „Verhandlungsatmosphäre" gehandelt.

Vor ihrer Moskau-Reise hatten die Ausschuß-Mitglieder in Washington mit amerikanischen Politikern gesprochen. Dort trafen sie überwiegend auf die Zuversicht, daß auch nach dem Beginn der Stationierung ein Kompromiß noch möglich sein werde.

Stechschritt für den Gast aus Wien

CARL GUSTAF STRÖHM, Berlin

Ein preußisches militärisches Gepränge und Zeremoniell hatte die Führung der „DDR" zum Empfang des österreichischen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger aufgeboten. Ein Ehrenbataillon der „Volksarmee" war auf dem Flughafen Schönefeld angetreten. Dem Abspielen der Nationalhymnen folgte ein Vorbeimarsch von Soldaten des „Wachregiments Felix Dzierzynski" (benannt nach dem Begründer der sowjetischen Sicherheitspolizei unter Lenin) in feldgrauen Uniformen.

Die Militärmusik spielte den Yorckschen Marsch und andere altpreußische Märsche. Der Schellenbaum trug statt der früheren preußischen schwarz-weißen oder schwarz-weiß-roten nun schwarz-rot-goldene Roßschweife zu beiden Seiten. An seiner Spitze, wo früher der preußische Adler zu sehen war, ist jetzt das Hammer-und-Zirkel-Wappen der „DDR" angebracht. Sonst aber waren sogar die Rangabzeichen und das Uniformtuch wie bei der alten preußischen Armee unverändert. Der österreichische Bundespräsident, der während des Zweiten Weltkriegs Offizier der Wehrmacht war und schwer verwundet wurde, bemerkte später schmunzelnd, er habe die Rangabzeichen noch genau wiedererkannt.

Am Ehrenmal Unter den Linden war kurz nach der Ankunft Kirchschlägers eine weitere Ehrenkompanie – diesmal des Wachregiments Friedrich Engels – angetreten. Auch hier wieder Stechschritt.

Zu den Klängen des Opferliedes von Beethoven legte dann Kirchschläger, begleitet vom „DDR"-Stadtkommandanten, Generalleutnant Karl-Heinz Drews, einen Kranz nieder.

Tausende von Berlinern waren gekommen, um sich das militärische Schauspiel anzusehen. Im Gegensatz zum Flughafen Schönefeld, wo offenbar bestellte Gruppen den üblichen „spontanen" Beifall spendeten, – bis zu seltsam formulierten Spruchbändern mit der zungenbrecherischen Inschrift: „Für ein Europa frei von atomaren Gefechtsfeldwaffen" war vor dem Ehrenmal das wirkliche Volk versammelt: ohne Spruchbänder, aber voller Neugierde.

Das österreichische Staatsoberhaupt schritt vor dem Betreten des Ehrenmals am einstigen Zeughaus vorbei – zur Zeit wird hier eine Martin-Luther-Ausstellung gezeigt – und auf das Schinkelsche Denkmal Friedrich des Großen zu, des Gegners der Österreicher im Siebenjährigen Krieg. Der „Alte Fritz" ist seit zwei Jahren wieder aufgestellt worden; nicht weit von ihm entfernt finden sich die Standbilder der preußischen Heerführer der Befreiungskriege: Scharnhorst, Gneisenau, Blücher und Yorck.

Teletex mit

TA TRIUMPH-ADLER

Meilensteine moderner Kommunikation

Die Teletex-Weltpremiere lief auf einer Speicherschreibmaschine von Triumph-Adler.

Beim ersten interkontinentalen Teletex-Verkehr war das Textsystem BITSY von Triumph-Adler dabei.

Der erste teletexfähige Arbeitsplatzcomputer, der von der Post zugelassen wurde, ist der alphatronic von Triumph-Adler.

Erfahrung von Anfang an

TA TRIUMPH-ADLER

Bürokommunikation



Ristock will die Kräfte bündeln

Nach Nominierung: Die Berliner SPD schwankt zwischen Euphorie und Skepsis

F. DIEDERICHS, Berlin

Ein Delegierter des SPD-Sonderparteitages brachte die Gefühle der Genossen zu vorgerückter Stunde im steril-unterkühlten Klima des Berliner Kongreßzentrums auf den Punkt: „Der Ackergaul richtet den Kopf auf – und heraus kommt ein Staatsmann." Das Bonmot des Redners von der Basis geriet so – wohl ungewollt – zu einer Zustandsbeschreibung der Entwicklung in der Berliner SPD, die zu einer „tiefgreifenden Erneuerung" führen soll und vorerst beim 55jährigen ostpreußischen Bauernsohn Harry Ristock endet.

Ob der Gegenkandidat nun Richard von Weizsäcker heißt oder einen anderen Namen trägt, ist für die Perspektiven des neuen sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Ristock „nicht sehr bedeutsam".

Auf keiner Wunschliste

Vom „Ackergaul" zum Staatsmann – die persönliche Wertung des Parteitagsdelegierten spiegelt aber auch die Gewissensnöte mancher Genossen wider, die zwischen Euphorie und Skepsis schwankend zur Wahlurne schritten: 174 Berliner SPD-Mitglieder sagten ja zu einem Kandidaten, der ehemals als engagierter Vertreter der SPD-Linken galt, heute aber das Vertrauen mitbringt, „die Kräfte der Berliner SPD zu bündeln".

43 Delegierte votierten gegen Harry Ristock, neun enthielten sich bei der Abstimmung – wohl auch jene, die im Berlin-Programm Ristock eine zu *einfache Fortschreibung der Stobbe- und Vogel-Ära* sehen oder „ihrem Harry" das Fehlen „radikalerer Thesen" ankreiden. Bei diesen Äußerungen drang dann auch immer wieder durch, daß Ristock weder auf der Wunschliste der Berliner noch der Bonner SPD-Spitze stand.

Daß ihm, was so mancher Genosse bei der Bewertung der Wahlchancen befürchtet, das Charisma eines Staatsmannes fehle, der Berlin auch über die Grenzen hinaus Geltung verschaffen könne, wollen andere wiederum wettgemacht wissen durch den unwiderstehlichen Drang Ristocks zur Basis. In annähernd 100 Treffen in den letzten Monaten mit Betriebsgruppen, Abteilungen und Kreisverbänden habe er in Berlins SPD „eine tiefe Sehnsucht gespürt, sich selbst wiederzufinden" – ein Bedürfnis, dem der Kandidat nach dem Wahl-Fiasko von 1981 – die SPD erhielt nur noch 38,3 Prozent der Stimmen – hofft, jetzt Rechnung tragen zu können.

Das „Wie" legte Ristock in einem 127-Seiten-Papier unter dem Titel *„Zukunft Berlin" nieder, ein Begriff,* den Ristock vor allem wegen der noch ausstehenden „Ausformung der *politischen Aussagen unserer Partei"* ablehnt.

Um Berlin „eine Zukunftsperspektive" zu geben, mit der SPD als „der eigentlichen Berlin-Partei", will Ristock vorrangig bei der Arbeitsmarktstruktur ansetzen. Er sieht in der *„dramatischen Arbeitsplatzvernichtung"* unter dem jetzigen CDU/FDP-Senat eine „Bedrohung der Lebensfähigkeit der Stadt" und spricht sich klar für Arbeitszeitverkürzungen und die 35-Stunden-Woche aus. Die im *Juni* dieses Jahres vornehmlich von Berliner Jungsozialisten – die in Ristock keinesfalls ihren Wunsch*kandidaten* sehen – und linken Sozialdemokraten erarbeiteten Thesen zur „Vollbeschäftigung und Lebensqualität" finden in Ristocks Programm reichhaltigen Niederschlag: Subventionen an beschäftigungswirksame *Auflagen zu* koppeln, angeschlagene Betriebe zu Genossenschaften zu vereinen und die staatli*chen Beteiligungen an Unternehmen* auszuweiten, schlägt Ristock vor.

„Bedauerlicher Rückfall"

In dem „hausgemachten Kandidaten", so SPD-Jargon, der 1981 unter Dietrich Stobbe als Bausenator abdankte, sieht die Berliner CDU hingegen einen „bedauerlichen Rückfall in frühere Fehler". Nur wenige Minuten nach Ristocks Nominierung verkündete Berlins CDU-Generalsekretär Günter Straßmeir, Ristock habe „seinen negativen Befähigungsnachweis" mit seinen gescheiterten Vorstellungen zur Stadtpolitik „schon erbracht". *Ristock selbst schloß in diesen Minuten vor den Delegierten:* „Der Wahlkampf hat heute nacht begonnen."

Spekulationen um die Wahl von Börner

Der neue hessische Landtag tritt heute zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen

Nea. Wiesbaden

Im neugewählten Hessischen Landtag, der heute um 10 Uhr zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammentritt, ist eine regierungsfähige Mehrheit nicht in Sicht. Spannung und Ungewißheit herrschen zwischen den vier Fraktionen SPD (51 Sitze), CDU (44), FDP (8) und den Grünen (7).

Vor allem Punkt 14 der Tagesordnung sorgt für Spekulationen: Die Wahl eines Ministerpräsidenten. CDU und Grüne hatten diesen Punkt beantragt. Die Gründe sind unterschiedlich. Die CDU will den geschäftsführenden Ministerpräsidenten Holger Börner schon vor Verhandlungen über den Haushalt zwingen, politisch Farbe zu bekennen. Die Grünen hingegen beabsichtigen, mit Hilfe dieses Tagesordnungspunktes gleich zu einer politischen Grundsatzdebatte zu kommen.

Wahrscheinlich haben sie die Geschäftsordnung nicht gelesen. Dort lautet Paragraph 32: „Der Landtag wählt den Ministerpräsidenten ohne Aussprache mit verdeckten Stimmzetteln." Nun rechnet man mit Initiativanträgen, die Wahl abzusetzen.

Möglich ist aber auch, daß der (am Anfang der Sitzung noch zu wählende) neue Landtagspräsident Erwin Lang (SPD) den Tagesordnungspunkt Ministerpräsidentenwahl aufruft und die Frage stellt: „Hat jemand Vorschläge zu machen?" Das Echo würde wahrscheinlich Schweigen im Walde sein. Die SPD kann ihren Spitzenmann nicht gleich dem Risiko einer erneuten Abstimmungsniederlage aussetzen. CDU und FDP haben keinen Anlaß für einen Vorschlag. Die Grünen schließlich haben für ihr Kooperationssignal an die SPD in den letzten Wochen so viel Prügel von der eigenen Basis bezogen, daß sie sich einem solchen Vorschlag wohl versagen werden.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Unwürdige Justiz

„Lambsdorff: Ich habe nichts zu verbergen."; *WELT vom 3. Oktober*

Daß Graf Lambsdorff sich jetzt an die Öffentlichkeit wendet, ist nur allzu begreiflich. Die *staatsanwaltliche* Untersuchung dauert nunmehr mehrere Jahre an. Was ein solches jahre*langes Verfahren für jeden Betroffenen* bedeutet, kann man kaum ermessen. Den Ausführungen der Anwälte *des Ministers kann man entnehmen,* daß die Ermittlungen nicht mit dem notwendigen Nachdruck, sondern *mit einem gewissen Behagen routine*mäßig durchgeführt werden, auch daß man nicht mit dem notwendigen *Eifer hinter den entlastenden Tatsachen* hinterher ist. Davor muß ein jeder Staatsbürger – auch wenn er *nicht Minister* ist – geschützt werden. Die Anwendung der Strafprozeßordnung darf nicht beamtenmäßig erfolgen, sondern den seelischen Auswirkungen auf den Betroffenen muß Rechnung getragen werden. Das gilt sowohl für die staatsanwaltlichen wie für die richterlichen Verfahren. Es geht auch nicht an, daß sich Strafprozesse mit zwei Sitzungstagen in der Woche und Sommer- und Winterferien mehrere Jahre hinziehen, sondern die richterlichen wie die staatsanwaltlichen Tätigkeiten bedeuten für die Beschuldigten einen Ausnahmezustand von ungeheurer seelischer Intensität, dem verwaltungsmäßig Rechnung zu tragen ist. Mit dem notwendigen Druck können staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, beispielsweise von bisher 3 Jahren auf ein Jahr beschränkt werden. Das gleiche gilt für Strafprozesse.

Die gegenwärtige Praxis der deutschen Justiz kann Menschen gesundheitlich zugrunde richten. Es ist höchste Zeit für eine rigorose Änderung der Strafprozeßordnung im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention!

Wilhelm Haegert,
Berlin 41

Amtsanmaßung?

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Vorsitzende des DGB sollte sich ausschließlich um seine amtsspezifischen Aufgaben kümmern und nicht um Militärpolitik von der er nichts versteht. Wenn er meint, sich in anderen Bereichen als seinem eigenen profilieren zu müssen, sollte er die Sowjets auffordern, von der Idee der Weltrevolution abzulassen. Wenn jene das täten, wäre das größte Friedenshindernis beseitigt.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Hübner,
Hemmoor

„Nicht die Straße"!

„Vogel und der Zielkonflikt zwischen SPD-Fraktion und Partei"; WELT vom 5. Oktober

Es ist überaus quälend zu erleben, wie Hans-Jochen Vogel sich weigert, seine eigene Meinung zum NATO-*Doppelbeschluß preiszugeben – wie* er sich *auch* im Fernsehen sprachlich geschickt windet und sich immer wieder auf einen kommenden Parteitagsbeschluß bezieht. Er selbst ist befragt – nicht irgendwelche Dele*gierten der SPD! Der Artikel 38* des Grundgesetzes sagt deutlich, daß ein gewählter Abgeordneter – also auch ein Fraktionschef – nur seinem eigenen Gewissen unterworfen ist.

Herr Vogel ist alt genug, um sich an die Vorgeschichte von *1933* zu erinnern – Herr Lafontaine ist es vielleicht nicht. Aus Widerstand gegen die Demokratie kann nichts Gutes kommen – bei uns regieren die Parlamente und nicht die Straße. Was bedeutet die Freiheit, ohne die es keinen Frieden geben kann? Es ist die Sicherheit und Geborgenheit im Gesetz. „Das Gesetz nur kann uns Freiheit geben", sagt Goethe. Das ist für die Jugend schwer verständlich. Aber wer Verantwortung trägt, muß wissen: Alternative zur Gesetzlichkeit ist die Willkür totalitärer Staaten.

Maria Cadmus,
Gesprächskreis im Augustinum,
Mölln / Lbg.

Wort des Tages

„Vernunft und Gewissen enthüllen, daß unser gewöhnliches sterbliches Leben schlecht und unzulänglich ist, und sie fordern seine Besserung. Der Mensch braucht, um es zu bessern, einen Stützpunkt außerhalb von ihm. Der Glaubende findet einen solchen Stützpunkt in der Religion."

Wladimir Solowjew, russ. Religionsphilosoph (1853–1900)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

„Die fernen Nachbarn" nennt **Klaus Bölling** sein jüngstes Buch. Mit 300 Seiten publizierten „Erfah*rungen in der DDR*" will der Autor jedoch nicht „zum deutschlandpolitischen Clausewitz" werden, sagte er in Bonn. In der Hamburg-Vertretung wurde das Werk, das im Stern-Verlag erschien, von „Stern"-Chef*redakteur* **Peter Scholl-Latour** der Öffentlichkeit übergeben. „Nach einem Jahr Entfernung von der *Macht" könnte er natürlich in den* Verdacht von ein wenig Selbstbespiegelung geraten, so Bölling. Doch *Böllings Erfahrungen mit* „Landsmann" Honecker, mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden und den Mit*gliedern des Politbüros haben zwei*felsohne auch interessante Aspekte für die jetzt Regierenden in Bonn. Klaus Bölling ist *heute ohne* Amt. Alle 14 Tage spätestens reist er nach eigenen Angaben in die „DDR". Bei der Buch-Präsen*tation gab es* Zwischenrufe: „Was macht Schmidt mit der Nachrüstung?" tönte es durch *die Reihen. Bölling, eingedenk* des Buches, das Scholl-Latour schrieb: „Allah ist mit den Standhaften."

*

Zur „gesellschaftlichen Feuerprobe" wurde für **Beatrix Gräfin Sponeck**, verheiratete de Foncillas, der erste spanische Nationalfeiertag. Ihr Mann, Botschafter ***Eduardo Foncillas***, *präsentierte seine rotblonde,* frisch angetraute Ehefrau zum erstenmal dem Diplomatischen Korps in Bonn. Trixi Sponeck, wie sie im deutschen Adel genannt wird (ihre Großmutter ist eine Oppenheim aus Köln), war mit dem spanischen Diplomaten am 24. September in Kronberg getraut worden. Die Volkswirtin kannte den ehemaligen Banker, der während der Franco-Ära in der Bundesrepublik im Exil lebte und hier tätig war, seit Jahren. Die deutsch-spanische Entente cordiale bewährte sich jetzt auf diplomatischem Parkett, denn auch die Verwandtschaft der Sponecks war zahlreich zur Stelle. Zu ihr gehört die „Patentante" der Gräfin Sponeck, die frühere CDU-Bundestagsabgeordnete **Marie-Elisabeth Klee**, eine geborene Freiin von Heyl zu Herrnsheim. Unter den vielen deutschen Gästen waren Altbundespräsident **Walter Scheel** und der frühere Bundesfinanzminister **Hans Matthöfer**.

*

Dem südamerikanischen Freiheitskämpfer **Simon Bolivar** (1783–1830) ist eine Ausstellung gewidmet, die Kolumbiens Botschafter Dr. Luis **Gonzales Barros** und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Johannes Rau** im Bonner Museum Alexander Koenig eröffneten. Gezeigt werden selten zu sehende Bilder aus dem kolumbianischen Präsidentenpalast und aus Bolivars Privatresidenz.

ERNENNUNG

Karl-Heinz Bonette, Botschafter in Madagaskar, wird jetzt auch Botschafter in Mauritius. Der Aachener, Jahrgang 1922, hat schon früher Erfahrungen in Afrika sammeln können. *1964 bis 1968 war er Botschafter* in Burundi, 1974 bis 1978 Botschafter in Liberia.



Neue Verwandte: Frau Klee, links, und Botschafter Foncillas und Frau
FOTO: [illegible]

Peking: Partei startet Feldzug für Reformen

DW/AFP/dpa, Peking/Bonn

Die Pekinger Führung hat gestern weitreichende politische Säuberungen in der Kommunistischen Partei Chinas angekündigt. Nach Abschluß einer zweitägigen Sitzung des Zentralkomitees der Partei wurde in Peking mitgeteilt, die Kampagne, mit der die gesamte Partei auf den Pekinger Reformkurs gebracht werden solle, werde in den nächsten Wochen beginnen und drei Jahre dauern.

Bei der Kampagne, die von einer Kommission unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang, geleitet wird, handelt es sich um die umfangreichste Aktion dieser Art, seit der heute 79 Jahre alte Spitzenfunktionär Deng Xiaoping den Parteikurs bestimmt.

Die Kommission, deren 22 Vollmitglieder und fünf Berater vorwiegend zum pragmatischen Flügel Deng Xiaopings gehören, soll die Überprüfung von 40 Millionen Parteimitgliedern überwachen. Alle diejenigen, die sich nicht an die Politik Deng Xiaopings halten wollen, sollen aus der Partei ausgeschlossen werden.

Der „verderbliche Einfluß der Kulturrevolution" wie auch der „korrosive Einfluß der dekadenten bürgerlichen Ideologie und die hartnäckig weiter bestehende feudalistische Mentalität" werden in dem 13 000 Worte umfassenden Beschluß des Zentralkomitees zu dem Säuberungsfeldzug aufs schärfste verurteilt.

Für Dialog mit Lateinamerika

m. n. Hamburg

Einen ständigen Dialog zwischen Europa und Lateinamerika hat der Vorsitzende des Ibero-Amerika-Vereins, Günter W. Becker, gestern bei einem Festakt zum 200. Geburtstag Simon Bolivars im Hamburger Rathaus angeregt. In Deutschland sei die Bereitschaft groß, den Lateinamerikanern bei der Bewältigung ihrer schweren Probleme zu helfen.

Becker wies auf die steigenden Einfuhren der Bundesrepublik aus Lateinamerika hin und warnte vor protektionistischen Maßnahmen, die es den Partnern verwehrten, „die derzeitige ungewöhnliche Schuldenpyramide abzutragen". Den Gläubigerstaaten dürften auch keine Sparauflagen „rezessiver Prägung" oktroyiert werden, weil sie ernste soziale Spannungen heraufbeschwörten.

Kolumbiens Botschafter Luis González Barros sagte in der Festrede zum Ibero-Amerika-Tag, der am 12. Oktober zur Wiederkehr der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus begangen wird, der Frieden in Mittelamerika könne nur durch das Selbstbestimmungsrecht gesichert werden. Entschieden verwahrte er sich dagegen, daß Guerilleros von heute sich auf Simon Bolivar, den Freiheitskämpfer Südamerikas, berufen. Auf den Idealen Bolivars beruhten die Bestrebungen um politische Unabhängigkeit und die Bemühungen um wirtschaftliche Integration in Lateinamerika, sagte der Botschafter.

Kohl befremdet über Honecker

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl ist nach Angaben von Regierungssprecher Peter Boenisch darüber befremdet, daß SED-Chef Erich Honecker seinen jüngsten an Kohl gerichteten Brief schon veröffentlichen ließ, bevor der Kanzler Gelegenheit hatte, den Text im einzelnen zu studieren. Was Honeckers Haltung angehe, so teile die Bundesregierung seine Beurteilung, daß ein Verhandlungsergebnis in Genf noch möglich sei. Der Kanzler werde Honeckers Schreiben beantworten, wenn er es genau gelesen habe.

Gegenseitige Attacken werden wieder schärfer

Von FRED de la TROBE

Der Bombenanschlag in Rangun während des Besuchers des südkoreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan in Birma hat in allen Städten Südkoreas zu Protestkundgebungen geführt. Tausende von Menschen nahmen daran teil. Das gefühlsbetonte koreanische Temperament machte sich dabei in Wutausbrüchen zahlreicher Bürger Luft.

Kaum jemand bezweifelt, daß Nordkorea hinter dem Attentat steht. Die Meldung, daß die birmanischen Sicherheitsbehörden einen verdächtigen Koreaner getötet haben, deutet darauf hin, daß sich diese Vermutung bewahrheiten könnte. Ein zweiter verdächtiger Koreaner soll nach einem Schußwechsel in den Dschungel geflohen, ein dritter festgenommen worden sein. Angeblich zog er noch eine Handgranate, riß sich dabei einen Teil eines Armes ab und verletzte zwei birmanische Sicherheitsbeamte. In allen drei Fällen gab es keine amtlichen Angaben, ob es sich um Nord- oder Südkoreaner handelte.

In einer ersten amtlichen Stellungnahme hat die nordkoreanische Nachrichtenagentur Südkorea vorgeworfen, den Vorfall für seine „finsteren politischen Intrigen" zu nutzen und die Konfrontation zwischen Nord- und Südkorea zu verschärfen. „Was um Himmels willen haben wir mit der Explosion im fernen Birma zu tun?" hieß es in der in Tokio abgehörten Stellungnahme.

SÜDKOREA

In Seoul warf der politische Kommentator Kim Dok den Nordkoreanern vor, den Anschlag „ausgeheckt zu haben, um die Bemühungen Südkoreas zur Verbesserung seiner Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt zu hintertreiben".

Die Spannungen an der entmilitarisierten Zone, die die koreanische Halbinsel nahe dem 38. Breitengrad durchschneidet, hat sich nach dem Anschlag von Rangun verschärft, obwohl es seither zu keinen Zwischenfällen kam. Die Streitkräfte beider Teilstaaten wurden in Alarmbereitschaft versetzt. In den letzten Wochen hatten es jedoch einige Schießereien vom Norden der Demarkationslinie gegeben, und den Südkoreanern war es gelungen, zwei nordkoreanische Spionageschiffe zu versenken, die weiter im Süden Agenten absetzen wollten.

Der Oberbefehlshaber der in Südkorea stationierten 40 000 amerikanischen Soldaten, General Robert Sennewald, sagte, daß die Nordkoreaner die Offensivkraft ihrer Streitkräfte ständig erhöht hätten. Das Fernziel des roten Machthabers Kim Il Sung sei die Wiedervereinigung der beiden Teilstaaten Koreas unter kommunistischen Vorzeichen geblieben. Die klare Haltung der Vereinigten Staaten zur Verteidigung Südkoreas sollten Kim Il Sung aber davon überzeugen, daß die Kosten eines neuen militärischen Abenteuers den möglichen Gewinn weit übersteigen würden."

Sennewald veranschlagte die Stärke der nordkoreanischen Bodentruppen auf etwa 750 000 Mann. Dem stehen im Süden knapp 600 000 Mann gegenüber. Bei Panzern sei der Norden dem vereinigten südkoreanisch-amerikanischen Potential um das Zweieinhalbfache, bei der Artillerie um das Dreifache und bei der Luftwaffe um das Doppelte überlegen. Die Nordkoreaner verfügten auch über Boden-Raketen vom Typ „Frog", die Ziele bis über Seoul hinaus treffen könnten. Die amerikanischen Streitkräfte in Südkorea sind dagegen mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet.

Für Südkorea, das sechs Prozent seines Bruttosozialprodukts für die Verteidigung ausgibt (in Japan liegt diese Rate knapp unter einem Prozent), sind Abstriche an den Militärausgaben auch beim Sparhaushalt für 1984 unterblieben. Der Aufwand liegt bei umgerechnet etwas über elf Milliarden Mark und ist der größte Posten im Staatsbudget.

Unter den 16 koreanischen Toten beim Bombenanschlag von Rangun befanden sich mit drei Ressortministern (Wirtschaftsplanung, Handel und Industrie sowie Energie und Rohstoffe) sowie zwei Staatssekretären und zwei führenden Wirtschaftsberatern des Präsidenten fast die gesamte Elite der südkoreanischen Wirtschaftspolitik.

Im wirtschaftlichen Schwellenland Südkorea hatte die Regierung bisher stark auf die Entwicklung Einfluß genommen. So waren etwa in den letzten Jahren Schwerindustrien wie die Stahlindustrie, der Schiffbau oder die Petrochemie durch staatliche Lenkung und Bevorzugung praktisch aus dem Nichts zu beachtlichen Wirtschaftszweigen aufgebaut worden.

Der Minister für Wirtschaftsplanung, Suh Suk Joon (44), einer der Opfer von Rangun, hatte das ändern wollen. Er wollte der Industrie größeres Selbstbestimmungsrecht geben und den Einfluß des Staates zurückdrängen.

Nordkorea, dessen Wirtschaftsentwicklung hinter der des Südens weit zurückliegt, ist die Erfolgsstory des Südens längst ein Dorn im Auge. Störmanöver gerade in diese Richtung waren daher schon lange zu erwarten. (SAD)

Khadhafi provozierte Paris

Ausreiseverbot für Franzosen aufgehoben

A. GRAF KAGENECK, Paris

Nach zweitägigem diplomatischem Kräftemessen zwischen Paris und Tripolis ist eine plötzlich ausgebrochene libysch-französische Krise gestern noch einmal gemeistert worden. Die libyschen Behörden hatten als Repressalie gegen die Verhaftung eines angeblichen libyschen Terroristen in Paris 37 französischen Staatsbürgern vor drei Tagen die Ausreise aus Libyen untersagt. Im Verlauf des Dienstags hatte sich die Krise verschärft, nachdem Tripolis verkündet hatte, daß alle etwa 1500 in Libyen lebenden Franzosen zur Zeit nicht ausreisen dürften.

Das Pariser Außenministerium berief darauf den libyschen Botschafter zu sich und veranlaßte eine weitere Démarche seines Botschafters in Tripolis, da der Grund des libyschen Vorgehens zunächst in Paris nicht klar war. Erst am Abend erfuhr man, daß Libyen die sofortige Freilassung des verhafteten Libyers verlangte. Dieser, ein gewisser Said Mohammed Rachid, war auf Grund eines italienischen Auslieferungsersuchens verhaftet worden, weil er angeblich im Auftrag von Oberst Khadhafi einen libyschen Oppositionellen im Juni 1980 in Rom ermordet hatte.

In der Nacht zum Mittwoch kam es dann nach intensiven Kontakten zwischen beiden Hauptstädten zur Entspannung und Rücknahme des libyschen Ausreiseverbotes. Die seit dem Tschad-Konflikt beträchtlich verschärften französisch-libyschen Spannungen (Libyen besetzt nach wie vor die Hälfte des von Frankreich unterstützten Tschad) konnten unter persönlichem Einsatz des als prolibysch geltenden Außenministers Cheysson noch einmal unter Kontrolle gebracht werden.

Heseltine: Wir bleiben Atommacht

Erfolgreicher Auftritt des Ministers auf dem Parteitag der Tories / Für die Nachrüstung

FRITZ WIRTH, London

In einer kompromißlosen und aggressiven Rede hat der britische Verteidigungsminister Michael Haseltine auf dem konservativen Parteitag in Blackpool die Verteidigungsstrategie der Regierung Thatcher umrissen. Er ließ keinen Zweifel, daß amerikanische Marschflugkörper in Großbritannien stationiert werden, daß die britische Polarisflotte in den neunziger Jahren durch das Tridentsystem ersetzt wird und das folglich Großbritannien nicht die Absicht hat, seine Rolle als unabhängige Nuklearmacht aufzugeben. „Wir haben vier Jahre lang die Sowjetunion aufgefordert, die SS 20-Raketen abzuziehen. Es kann jetzt kein Zweifel mehr an unserer Entschlossenheit geben, diese Drohung mit Cruise Missiles zu beantworten", sagte er.

Position gefestigt

Die Rede war der Höhepunkt des Tages. Haseltine bestätigte mit diesem Auftritt nicht nur seinen Ruf als bester Parteitagsredner, er festigte zugleich seine Position innerhalb der Partei. Nachdem sich Industrieminister Cecil Parkinson in den letzten Tagen durch eine Privataffäre selbst für einen weiteren Aufstieg in der Tory-Hierarchie disqualifiziert hat, gilt Haseltine heute als einer der ernsthaftesten und aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge Margaret Thatchers.

Es war nicht so sehr eine Verteidigungsdebatte, die Haseltine als Schlußredner beendete. Es waren fast gleichlautende Variationen zur unumstrittenen konservativen Verteidigungspolitik. Widerstand oder Widerspruch wurden nicht laut. Die Falklands wurden nicht mit einem Wort erwähnt. „Wir sind die einzige Partei in Großbritannien mit einer glaubwürdigen Verteidigungspolitik", stellte Haseltine fest. „Wenn die Labour Party in ihrer Verteidigungsdebatte einen James Callaghan vom Rednerpult wegbuht, könnte sich bei Mr. Andropow der Eindruck festsetzen, daß er nur auf seine Chancen zu warten hat. Doch Mr. Andropow hat es nicht mit einer Opposition sondern mit einer Regierung zu tun und deren Nerven sind zumindest so stark wie seine."

Haseltine fuhr fort: „Wenn Mr. Andropow nach seinen schweren Rückschlägen, die er bei den Wahlen in Großbritannien und der Bundesrepublik erlitt, glauben sollte, daß uns nun die Friedensbewegung in Europa erschüttern könnte, dann erliegt er einem historischen Irrtum. Solange diese Regierung Großbritannien führt, werden wir niemals die Freiheit dieser Nation aufs Spiel setzen."

Haseltine erklärte sich dennoch zu Gesprächen mit den Sowjets bereit. „Wir können nicht so tun, als gäbe es sie nicht", sagte er. „Aber wir können und werden nur aus einer Position der Stärke mit ihnen reden. Wir erwarten nicht, daß die Sowjets ihre Verteidigung und ihre eigenen Interessen in solchen Gesprächen und Verhandlungen aufgeben. Sie müssen nur begreifen, daß unser Wunsch nach Sicherheit dem ihren ebenbürtig ist." Haseltine wurde vom Parteitag stürmisch gefeiert.

Parteitagspremiere in Blackpool hatte der neue britische Innenminister Leon Brittan. Innenminister haben auf konservativen Parteitagen stets die undankbarste und schwierigste Aufgabe aller Kabinettsmitglieder, denn es gibt seit Jahrzehnten, seit „Rab" Butlers Tagen, keinen populären konservativen Innenminister mehr.

Brittan mußte sich in der „Law and Order"-Debatte einer kritischen und resoluten Versammlung stellen, deren Mehrheit eindeutig die Wiedereinführung der Todesstrafe begrüßen würde. Nachdem dieses Thema jedoch bereits vor drei Monaten im Parlament erledigt worden war, bot Brittan die „zweitbeste Lösung" an: eine beträchtliche Verschärfung der Gefängnisstrafen.

Strafmaß verschärft

Er kündigte an, daß ab sofort alle mit Schußwaffen durchgeführten Schwerverbrechen sowie die Mörder von Polizisten, Gefängnisbeamten und Kinder mit einem Minimum von 20 Jahren Zuchthaus rechnen müssen. Durch diese verschärften Strafmaße wird die Zahl der Gefangenen in den ohnehin überfüllten britischen Haftanstalten jährlich um 500 steigen. Brittan will diese Wachstumsrate jedoch neutralisieren, indem die Haftstrafen für kleinere Verbrechen reduziert wird.

Brittans Maßnahmen wurden vom Parteitag mit gebremstem Applaus begrüßt. Die Mehrheit der Partei gab eindeutig zu erkennen, daß sie andere Vorstellung von Abschreckung gegenüber der wachsenden Zahl von Verbrechen hat.

Beim Thema Frieden trennt nationales Denken junge Deutsche und Franzosen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wenn es einen Sprengstoff im deutsch-französischen Verhältnis gibt, der das in 20 Jahren errichtete Gebäude der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern einstürzen lassen könnte, dann ist es der deutsche Pazifismus. Wie unverständlich dieses spezifisch deutsche Phänomen den Franzosen ist, zeigte sich bei dem ersten „Jugend-Parlament", das unter der Ägide des deutsch-französischen Jugendwerks in der Pariser Nationalversammlung zusammentrat. Fünfzig jungen Deutschen aus den Jugendverbänden der Gewerkschaften und Parteien standen ebenso viele Franzosen aller politischen Couleur gegenüber, eingerahmt von einem guten Dutzend Parlamentarier beider Länder, die sich bemühten, dem oft stürmischen Tatendrang der jungen die abgeklärten Erfahrungen der älteren Generation entgegenzustellen. Wie intolerant die junge Generation geworden ist, zeigten die Pfiffe, die jeden bedachten, der einen konträren Standpunkt vorzubringen suchte.

Stürmischer Beifall

Denn die Mehrheit dieses „Parlaments", allen voran fast ausnahmslos die Deutschen, gefolgt von einer Handvoll Franzosen, war einhellig und unnachgiebig für den „Frieden" unter nahezu jeder Bedingung. Mit stürmischem Beifall bedacht wurden Christa Nickels von den Grünen und Ottmar Schneider von der SPD, die sich mit Vehemenz gegen die Aufstellung jeglicher neuer Raketen des Westens gegenüber der Sowjetunion und für die Einbeziehung der französischen Atomwaffen in die Genfer Raketenverhandlungen zwischen Amerikanern und Sowjets aussprachen. Daß sie vor allem mit der letzteren Forderung direkt französische Interessen verletzten, war den Rednern offenbar egal.

In der Tat öffnete sich hier ein Graben zwischen Deutschen und Franzosen, der erschrecken mußte. Unter den deutschen Wortmeldungen waren nur zwei, die einen gegensätzlichen Standpunkt vorzubringen wagten. „Ganz so einseitig sieht man die Dinge nicht bei uns", sagte kleinlaut ein Vertreter der Sankt-Georgs-Pfadfinder. „Wir können uns auf viele junge Leute bei uns stützen, wenn wir sagen, daß auch die Sowjets ihr Raketenpotential abbauen müssen."

Aber der eigentliche Ton der Debatte war schon gegeben, als eine deutsche Sprecherin die Ergebnisse einer Arbeitsgruppen-Diskussion vom Vormittag verkündete. „Wir haben großes Interesse an Frieden und Abrüstung in unseren beiden Ländern festgestellt. Wir alle haben Angst vor dem Krieg, vor der Bedrohung. Frankreich und Deutschland dürfen nicht zum Spielball der beiden Supermächte werden. Sie müssen mit gutem Beispiel bei der Abrüstung vorangehen. Über die nationale Abrüstung muß man zum globalen Waffenabbau kommen."

Ein Jungsozialist stieß nach: „Wir hatten große Mühe, den Franzosen die Gründe der wachsenden Spannung in unserem Land klarzumachen. Wir verstehen nicht, warum die Franzosen nicht bereit sind, ihre Raketen in Genf mitanrechnen zu lassen. Was können wir tun, um unsere französischen Freunde zu einer anderen Ansicht zu bewegen?"

Da kann man gar nichts tun. Hier stießen deutsche Wunschvorstellungen auf eine Wand der Ablehnung. Gleich vier französische Redner hintereinander, darunter Alain Barrau, der Präsident des Dachverbandes aller französischer Jugendverbände, bestanden auf dem „durchgehenden nationalen Konsensus von den Kommunisten bis zu den Gaullisten" in der Frage der Unabhängigkeit der französischen Atomwaffen und ihrer alleinigen Bestimmung, jeden Gegner von einem Angriff auf Frankreich abzuschrecken. Der Giscard-Abgeordnete Emmanuel Hamel von der Rhône erntete ein deutsches Pfeifkonzert, als er es wagte, die Deutschen an den expansiven Charakter des Sowjetregimes, wie Afghanistan, Polen und der Nahe Osten zeigten, zu erinnern, an die „unprovozierte Aufstellung von 360 SS-20-Raketen, die unsere Freiheit bedrohen", und daran, daß der Friede in Europa 40 Jahre nur erhalten geblieben sei, weil man ein Gleichgewicht in der beiderseitigen Abrüstung eingehalten habe. „Da stehe ich als Oppositionspolitiker voll hinter Mitterrand", fügte der Abgeordnete hinzu.

Das Maß war voll

„Aufhören, aufhören!" tönte es aus deutschen Reihen. Und ein Schwabe aus Neu-Ulm rief: „Wir lassen es uns nicht bieten, die Sowjets als säbelschwingende Berserker beschimpfen zu lassen. Auch sie haben Anspruch auf Sicherheit. Die Pershing der Amerikaner, nicht die SS 20, zerstören das Gleichgewicht."

Hier war das Maß des Unverständnisses übervoll. Ein Deutscher, der die Sowjets verteidigt und in den Amerikanern den Gegner sieht? Die Welt steht auf dem Kopf. „Seid ihr blind, seid ihr verrückt", rief ein junger Franzose in die Runde. Sein Ruf ging im Tumult unter. Aber er wird in Frankreich vernommen worden sein. Alte, kaum verdrängte Ängste, die Deutschen könnten, ewig auf Wanderung, wieder einmal die Fronten wechseln, werden nach diesem Jugendforum stärker als bisher ins französische Bewußtsein drängen.

GEW Berlin kündigt Streik der Lehrer an

F. D. Berlin

Die Berliner Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat gestern erneut ihre Mitglieder zu einer demonstrativen Arbeitsniederlegung am 20. Oktober aufgefordert. Die GEW will „im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche der Friedensbewegung" mit dem Unterrichtsstreik gegen die mögliche Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa protestieren. Wie ein GEW-Sprecher gestern mitteilte, hätten bereits mehr als 2000 Lehrerinnen und Lehrer eine von der GEW vorgelegte „Verpflichtungserklärung" unterschrieben, in der sie ihre Bereitschaft zum Unterrichtsstreik bekundeten. Insgesamt gibt es in Berlin rund 18 280 Vollzeit-, Teilzeit- und stundenweise tätige Lehrer.

Die Berliner Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien (CDU) wirft der GEW in diesem Zusammenhang vor, die Gewerkschaftsmitglieder zum „Amtsmißbrauch" zu verleiten. Frau Laurien sieht in Demonstrationen „keinen Grund für eine allgemeine Unterrichtsbefreiung" und bezeichnete die Aktionen der GEW als „rechtswidrig".

Diäten kosten 1983 1,5 Millionen mehr

hey. Bonn

Die geplante Erhöhung der Diäten der Bundestagsabgeordneten um 4,26 Prozent, die rückwirkend zum 1. Juli in Kraft treten soll, wird in diesem Jahr Mehrkosten von 1,55 Millionen DM verursachen. Dafür ist nach Ansicht der parlamentarischen Geschäftsführer von CDU/CSU, SPD und FDP kein Nachtragshaushalt erforderlich. Im nächsten Jahr werden nach ihren Berechnungen durch die monatliche Anhebung der steuerpflichtigen Bezüge um 320 DM zusätzliche Ausgaben um 3,1 Millionen DM entstehen.

Das für diese Maßnahme erforderliche Gesetz, auf das sich die drei Fraktionen verständigt haben, soll bereits morgen in erster Lesung im Bundestag behandelt und noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

Es gibt kaum „Abonnementsseher" – Wie reagieren Zuschauer auf Serien?

Bei Fußball fällt „Dallas" zurück

Jeder Programmacher verweist mit Stolz auf die konstante Sehbeteiligung bei seinen Serien und leitet daraus ihre Berechtigung ab. So blieben die Einschaltquoten bei der Serie Dallas über das ganze Jahr 1982 von Anfang bis Ende auf gleichbleibendem Niveau von im Durchschnitt 41 Prozent (= 9 Millionen Haushalte bzw. 13 Mill. Zuschauer ab 14 Jahren). Zwei charakteristische Ausnahmen allerdings fallen auf: In der 8./9. Woche und in der 25./26. Woche lagen die Einschaltquoten weit unter dem sonst üblichen Maß. Was war geschehen? Was hat die Zuschauer von ihrem gewohnten Verhalten, Dallas zu sehen, abgehalten? Die Erklärung ist ganz einfach:

In der 8. Woche fiel „Dallas" auf den Fastnachtsdienstag und in der Woche darauf wurde im ZDF die Handball-Weltmeisterschaft übertragen. Im Sommer 1982 beherrschte die Fußball-Weltmeisterschaft in Spanien die Bildschirme. Dies führte offensichtlich dazu, daß in der 25. und 26. Woche die Einschaltungen auf Dallas beträchtlich absanken, insbesondere beim Spiel Bundesrepublik Deutschland – England in der 26. Woche. Das Spiel UdSSR gegen Schottland in der Woche davor hingegen fesselte nicht so sehr das Interesse der Zuschauer.

Das Gesetz von der Konstanz der Einschaltquoten bzw. Sehbeteiligung bei Serien wird nur dann durchbrochen, wenn außergewöhnliche Ereignisse auftreten. Hierfür kann Dallas als Paradebeispiel herangezogen werden. Andererseits führt diese Konstanz naive Beobachter – und nicht nur diese – zu einer Fehleinschätzung des zugrunde liegenden Verhaltens. Angesichts dieses gleichbleibenden Einschaltverlaufes wird immer wieder abgeleitet, es wären immer dieselben Zuschauer, die von Folge zu Folge die Serie verfolgten und ihr die Treue hielten. Mit anderen Worten: Es wird „Abonnementsverhalten" unterstellt, wie man es von den Printmedien, insbesondere den Zeitungen, kennt und gewohnt ist.

Um so überraschter waren die Programmacher, als man zum ersten Mal die Zuschauer von Folge zu Folge identifizieren konnte und im Verlauf der Ausstrahlung einer Serie feststellte, daß von Folge zu Folge immer wieder neue, vorher noch nicht erreichte Zuschauer auf die Serie stießen. Die liebgewonnene Vorstellung vom treuen Zuschauer oder „Abonnementsseher" erwies sich als falsch. Selbst heute, wo es zahllose nachprüfbare Befunde dieser Art gibt, fällt es manchem Programmacher schwer, sich von dieser Vorstellung zu lösen.

Natürlich bedeutet das Gesetz von der Kumulation der Seherschaft nicht, daß von Folge zu Folge die Zuschauer total ausgetauscht werden. Im Endeffekt bewirkt es aber, daß nur wenige bis gar keine Zuschauer als Stammseher in einer sehr engen Definition (alle oder fast alle Folgen gesehen) identifiziert werden können.

Wie sich am Beispiel „Dallas" demonstrieren läßt, gibt es zwei Wege, den Zuschauer mit möglichst vielen Folgen einer Serie vertraut zu machen. Zum einen kann man die Laufzeit verlängern. Dies ist geschehen; insgesamt wurden ja über 90 Folgen ausgestrahlt und weitere Folgen stehen uns seit Herbst ins Haus. Zum anderen kann man bei geringerer Anzahl von Folgen die Serie wiederholen, ohne Angst haben zu müssen, nur auf Zuschauer zu stoßen, die schon alle Folgen gesehen haben. Dies ist übrigens u. a. ein Grund, warum auch Einzelprogramme (Spielfilme, Fernsehspiele) dem Zuschauer immer wieder angeboten werden.

Ihre Rechtfertigung findet eine solche Programmplanungspraxis im Gesetz der kumulativen Zuschauerschaft, das sich herleitet aus der für den Zuschauer nicht frei wählbaren, sondern vorgegebenen Sendezeit. Die Unmöglichkeit, über die (Sende-)Zeit frei verfügen zu können, führt letzten Endes zu diesen Kumulationskurven, die statistisch der Familie der Binominalverteilungen angehören und zur Beschreibung der Gesetzmäßigkeiten von Zufallsereignissen dienen. Da, wie gesagt, der Zuschauer nicht beliebig über seine Zeit verfügen kann, auch wenn er wollte, bekommt der Zufall auch Eingang in sein Verhalten gegenüber Serien. So gab es offensichtlich eine Vielzahl von Zuschauern, die am Fastnachtsdienstag verhindert waren, Dallas zu sehen. Andere Beispiele für Zufallsereignisse sind eingangs schon erwähnt worden (z. B. Fußball-Weltmeisterschaft etc.). Aber nicht nur solche spektakulären Ereignisse, die sich auch im Einschaltverhalten niederschlagen, halten die Zuschauer von ihrem Normverhalten ab, sondern auch so alltägliche Ereignisse wie Geburtstagsfeiern, Besuche von Freunden etc. All dies führt dazu, daß der Zuschauer zu bestimmten Zeiten die Ausstrahlung eines ihn interessierenden Programms nicht verfolgen kann. Erst wenn diese zeitliche Gebundenheit durchbrochen werden kann – etwa durch Speichermedien wie den Videorecorder – kann sich dieses Verhalten ändern.

Solange dies aber nicht der Fall ist, spielt der Faktor Zeitgebundenheit des Fernsehverhaltens eine dominierende Rolle. Dieses Wissen veranlaßte die Vorabendprogrammacher der ARD zu einem Experiment, das die Abhängigkeit des Zuschauers von der (Sende-)Zeit überprüfen sollte. Im ARD-Vorabendprogramm werden relativ häufig Fortsetzungsserien ausgestrahlt, bei denen es für das Verständnis der Geschichte besonders wichtig ist, daß der Zuschauer möglichst viele Folgen sieht.

Niemand ging bei diesem Versuch von der Erwartung aus, die Gesetzmäßigkeiten des Zuschauerverhaltens gegenüber Serien durchbrechen zu können. Die Frage war vielmehr: Kann durch einen anderen Ausstrahlungsrhythmus die Wahrscheinlichkeit erhöht werden, daß Zuschauer mehr Folgen als üblich sehen? Üblich ist, an einem bestimmten Wochentag zu einer bestimmten Zeit im wöchentlichen Abstand eine Serie auszustrahlen (s. „Dallas", dienstags um 21.45 Uhr).

Ohne hier auf den relativ komplizierten Ausstrahlungsplan einzugehen (es wurde die Serie „Spur nach Levkas" maximal viermal pro Woche und sogar mit zwei Folgen pro Tag gesendet), soll hier nur das Ergebnis referiert werden. Es zeigte sich, daß auf diese Weise in der Tat mehr Zuschauer die Serie von Anfang bis Ende verfolgten, als dies bei „normalem" Ausstrahlungsrhythmus der Fall war.

JOACHIM WIEDEMANN

Joachim Wiedemann ist Marktforschungsreferent bei der Arbeitsgemeinschaft Rundfunkwerbung

KRITIK

Ein Beweger, der andere bewegt?

Gewiß, er hatte auch seine Schwächen – der Anderthalb-Stunden-Film **„Aktionsfeld: Atomwaffen – Streiflichter auf die Friedensbewegung 1981 bis 1983"**, eine Sendung des Bayerischen Rundfunks. Da wurde immer wieder der 42jährige Bundestagsabgeordnete der „Grünen", Roland Vogt, zum Säulenheiligen der „Friedensbewegung" hochstilisiert, als ein „Beweger, der andere bewegt", aber auch als ein Verkannter, dessen Distanz sowohl zu den Systemen in West wie in Ost von seinesgleichen nicht genügend honoriert wurde. Mit Vogt, der als ein personalisiertes Leitmotiv den Film zusammenhalten sollte, steht Autor Paul Mautner – man konnte es mehrmals sehen und hören – auf gutem, ja auf Duzfuß. Deswegen war er wohl der favorisierte Gesprächspartner.

Dennoch war der Film keineswegs eine Selbstdarstellung oder eine – wie es nun allenthalben TV-üblich ist – verkappte Apologie der „Friedensbewegung". Nein, er vermied eine Denunziation genauso wie eine einseitige Glorifizierung. Mehrfach wurde deutlich, was auch zahlreiche Mitglieder der „Friedensbewegung" beunruhigt: Das starke Engagement von Angehörigen der „Deutschen Kommunistischen Partei", die Organisationshilfe und materielle Unterstützung anbieten. Am klarsten rief es Rudolf Bahro, einstmals „DDR"-Häftling, unter zahlreichen Protesten aus: Die DKP als „Agentur des anderen Blocks" habe in der Friedensbewegung nichts zu suchen. Befürwortet also Bahro eine strikte Trennung, so meinte Petra Kelly zwar, die „Friedensbewegung" müsse alle tolerieren; aber auch sie beklagte die Manipulationsversuche einer politischen Gruppierung, die nur 0,3 Prozent der Wähler mobilisieren könne.

Noch etwas anderes ging aus dem Film klar hervor: Die weitgehende Ignoranz von manchen Friedensbewegten. Selbst Friedensforscher Märthesheimer bemängelte, daß die Pershing-Raketen, die weder Moskau noch SS-20-Positionen erreichen können, als „Erstschlagwaffen" denunziert werden. So war diese Mitternachtssendung sicherlich ein erfreulich kritischer Beitrag zu einer häufig als „Widerstands"- und Märtyrer-Bewegung einseitig hochstilisierten politischen Strömung unserer Tage.

GISELHER SCHMIDT





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Luzie, der Schrecken der Straße
10.00 heute
10.03 Die Knapp-Familie
11.45 Umschau
12.10 Bilanz
IG-Metall-Gewerkschaftstag
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Sie – Er – Es
Inge Meysel im Gespräch mit Heinrich Breloer / Marianne Hoppe – Kurzporträt von Brigitta Ashoff
17.00 Matt und Jenny
Abenteuer im Ahornland
15. Folge: Die Teufelsschlucht (Wh.)
17.25 Träume, die keine blieben
Ernst v. Khuon berichtet über den *Verhaltensforscher und Nobelpreisträger* Karl von Frisch, der – eine der großartigsten Leistungen menschlichen Scharfsinns – die „Sprache" der Bienen zu enträtseln vermochte: Kundschafterbienen tanzen ihren Stockgenossinnen vor, in welche *Richtung* und wie weit sie fliegen müssen, um zu den duftenden Süßigkeiten zu *gelangen*.
17.50 Tagesschau
Anschl. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Im Brennpunkt
Aktuelle Dokumentation
21.00 Meine Gäste und ich
Ein Abend zum Thema Frieden mit Werner Schneyder
Die Aufzeichnung hat Livecharakter. Werner Schneyder und seine Gäste agieren hautnah vor und zwischen Studiopublikum.
22.00 Souvenirs, Souvenirs
Ausgesucht von Chris Howland
Mit Esther und Abi Ofarim, Conny Francis, Peter Beil, Spencer Davis Group, *Lill* Babs, Anita Lindblom, Peter Alexander und Vico Torriani
22.30 Tagesthemen
23.00 Wie eine Träne im Ozean
3teiliger Fernsehfilm nach dem Roman von Manès Sperber *(Wh. v. 1970)*
Regie: Fritz Umgelter
3. Teil: Abfall
00.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Es begann vor zwei Millionen Jahren
Sendereihe von Jürgen Voigt (Wh.)
2. Folge: Pflanzen haben keine Lobby
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Flohmarkt
Das Service für zwei Personen
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Der Paragraphenwirt
Der Sensationsprozeß
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim *Thoelke* in Verbindung *mit* der Aktion Sorgenkind.
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Die Weißmacher: Müssen bundesdeutsche Wäschereien das Handtuch werfen, weil „DDR"-Betriebe die Westwäsche billiger waschen? / Eine Reportage zum Besuch des österreichischen Bundespräsidenten Kirchschläger in Ost-Berlin / Vor der Einberufung arbeitslos – nach dem Bericht des Wehrbeauftragten
Moderation: Ernst Elitz
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Vom anderen Stern
Buch und Regie: Petra Haffter
Eine Liebesgeschichte aus der Zukunft
23.25 Zeugen des Jahrhunderts
Herbert Weichmann im Gespräch mit Joachim Fest
(Erstsendung 19. 2. 1981)
00.25 heute



Szene aus dem Fernsehspiel „Vom anderen Stern" mit Julie Lindig und Claude Oliver Rudolph – ZDF, 22.05 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

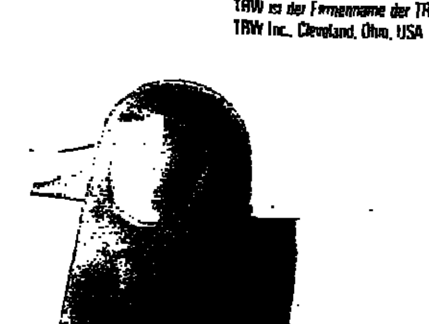
WEST
Telekolleg
18.30 Luzie, der Schrecken der Straße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Keine Zeit für die Liebe (Wh.)
US-Spielfilm (1944)
21.35 Es rochöchant
Franz. Kurzfilm (1982)
21.45 Verrücktes Leben
Fernfahrer zwischen Fron und Freiheit
22.15 Nachtflug
23.10 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße
18.30 Aerobic – Fitneß mit Vernunft (5)
18.45 Follow me (33 und 34)
19.15 Was tun?!
Stadtflucht – Landflucht
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Niagara
Amerik. Spielfilm (1952) mit Marilyn Monroe
21.40 Bücherjournal
22.25 Gespräch mit Professor Herbert Weichmann
23.05 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße (1)
18.35 Urmel aus dem Eis (4)
19.00 Vier fröhliche Frechdachse
19.10 Wie der Wal zu seinem Maul kam
19.15 Teletechnikum
20.00 Tagesschau
20.15 Eine Diva für alle
Ital. Spielfilm (1934)
21.40 Drei aktuell
21.55 Kulturkalender
22.20 Club 2: Zu einem Thema aus Anlaß der Buchmesse

SÜDWEST
18.00 Lucie, der Schrecken der Straße (1)
18.30 Telekolleg
Für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3
19.25 Nachrichten
19.30 Olimpias Wiederkehr
Film nach einer Erzählung von E. T. A. Hoffmann
20.10 Olimpia
20.40 Atelierbesuch: Peter Ruff
Anschl. Z. E. N.
21.00 Notenschlüssel
21.45 Freiplatz
Für Rheinland-Pfalz
21.45 Bianco
Für das Saarland
21.45 Drehort: Mein Ort

BAYERN
18.15 Avanti! Avanti!
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Fast ein Poet
20.45 Rundschau
21.00 Showmaster: Joachim Fuchsberger
21.45 Der Sportstammtisch
22.30 Sperrfrist
23.15 Rundschau



NACHRICHTEN

Termine der Formel 1

Paris (dpa) – Die Generalversammlung des Internationalen Automobil-Sportverbandes (FISA) hat in Paris die Termine für die Formel-1-Saison 1984 festgelegt. Das erste Rennen findet bereits am 26. Februar in Rio de Janeiro statt, der Große Preis von Deutschland am 5. August.

Dopingliste erweitert

Rom (sid) – Die Europäische Box-Union hat jetzt auch die Mittel Testosteron und Nortestosteron auf ihre Dopingliste gesetzt. Beide Substanzen, die die Muskelbildung fördern, wurden bei Europameister Rudy Koopmans (Holland) nach seinem Sieg über den deutschen Meister Manfred Jassmann nachgewiesen.

Tottenham macht Gewinn

London (dpa) – Der Londoner Fußball-Verein Tottenham Hotspur, jahrelang hoch verschuldet, macht als öffentliche Aktiengesellschaft Gewinn. Der Verein muß jetzt einen erwirtschafteten Überschuß von über zwölf Millionen Pfund (rund 48 Millionen Mark) an Aktienbesitzer und Finanzamt zurückzahlen. Dem Manager bleiben noch zwei Millionen Mark zur Verpflichtung neuer Spieler. Seit dem 6. Oktober wurden Klubaktien für rund 64 Millionen Mark verkauft.

Drei Spielorte

Düsseldorf (sid) – Der Deutsche Basketball-Bund hat die Spielorte für die Europameisterschaft 1985 festgelegt. Die deutsche Mannschaft spielt in Leverkusen, die weiteren Orte sind Karlsruhe und Stuttgart.

Tambay wieder Schnellster

Kyalami (sid) – Auch im zweiten (noch inoffiziellen) Training zum entscheidenden Lauf der Formel-1-Weltmeisterschaft am Samstag in Kyalami war Patrick Tambay vor seinem Ferrari-Kollegen René Arnoux der Schnellste. WM-Favorit Alain Prost erreichte mit seinem Renault die fünftbeste Zeit, sein härtester Konkurrent Nelson Piquet mußte sich mit Platz zehn – vier Ränge vor Winkelhock – zufriedengeben.

Entwicklungshelfer

Frankfurt (sid) – Box-Trainer Helmut Ranze (Worms) und der Fußball-Lehrer und frühere Handball-Nationalspieler Helmut Kosmehl werden im Auftrag des Nationalen Olympischen Komittees für Deutschland in Afrika arbeiten. Ranze bereitet die Nationalstaffel von Ghana auf die afrikanischen Meisterschaften vor, Kosmehl trainiert die Fußball-Nationalmannschaft von Uganda.

Hingsen hat geheiratet

Duisburg (sid) – Der Zehnkampf-Weltrekordler Jürgen Hingsen hat gestern im Duisburger Rathaus seine amerikanische Freundin Jeanne Purcell standesamtlich geheiratet. Die kirchliche Trauung findet am Sonntag in Düsseldorf statt.

Bochum verlängerte

Bochum (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub VfL Bochum hat die Verträge mit zwei wichtigen Spielern frühzeitig verlängert: Torwart Ralf Zumdick unterschrieb bis 1987, Olympia-Kandidat Christian Schreier bis 1988. Präsident Ottokar Wüst: „Die Zeiten, in denen wir unsere besten Leute verkaufen mußten, sind ein für alle Mal vorbei."

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Tel Aviv: Theissen (Deutschland) – Myburg (Südafrika) 6:3, 6:2, Gehring (Deutschland) – Visser (Südafrika) 6:4, 6:3, Bekka (Deutschland) – Kuharszky (Schweiz) 7:6, 6:4, Moretton (Frankreich) – Beutel (Deutschland) 6:3, 7:5. – Australische Meisterschaften in Sydney, 1. Runde: Lendl (CSSR) – Frawley (Australien) 6:3, 6:1, McNamee (Australien) – Denton (USA) 6:4, 7:6.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen, vorgezogenes Spiel vom 4. Spieltag: Agon Düsseldorf – Porz/Hennef 85:44.

Prominenten-Symposium zur „Frau in der Welt des Sports" ohne Diskussion und großen Tiefgang


Aushängeschild: Wilma Rudolph

Die Frau in der Welt des Sports – das war Thema eines Symposiums. Doch wie tief kann dieses Thema erschöpft werden, wenn nur Stars diskutieren?: Fliegerin Elly Beinhorn (76), Sprint-Olympiasiegerin Wilma Rudolph (43), Mehrkämpferin Ingrid Mickler-Becker (41), Tänzerin Marlene Charell (39), Eiskunstlauf-Weltmeisterin Sjouke Dijkstra (39), Eisschnellauf-Olympiasiegerin Sheila Young (33), Sprint-Olympiasiegerin Annegret Richter (33), Ski-Olympiasiegerin Rosi Mittermaier (33), Mittelstreckenläuferin Brigitte Kraus (27), die Tennisspielerin Eva Pfaff (22) und Claudia Kohde (19).


Aerobic-Tänzerin: Marlene Charell


Kritikerin: Ingrid Mickler-Becker

Vom Minirock bis zum Sex – Platitüden

Von ULLA HOLTHOFF

Die Herren gewährten Einblick in die Abgründe von Kleingeist und männlichem Chauvinismus. Gelegenheit dazu bot sich ihnen reichlich. Immerhin ging es drei Stunden lang um *„Die Frau in der Welt des Sports"*. Ein Thema, bei dem sich die meisten männlichen Kollegen so unsicher bewegten wie Anfänger auf dem Schwebebalken. Ein Thema aber auch, das geradezu herausfordert, in aufgestellte Fallen zu tapsen.

Damit es nicht zum Äußersten kam, hatte der Veranstalter weitsichtig vorgesorgt: Moderator Dieter Kürten, ebenso populär wie konfliktscheu, leitete die Diskussion mit elf ebenso populären Sportlerinnen, deren Nachteil es war, fast ebenso unvorbereitet zu erscheinen wie die Mehrzahl der eingeladenen Journalisten, darunter auch einige Frauen.

Als Symposium war die Veranstaltung deklariert und mit entsprechendem Aufwand von einer Sportartikelfirma (adidas) inszeniert worden. Doch statt eines Expertengesprächs entspann sich unverfängliche Plauderei: Der Verdacht lag nahe, daß diese Veranstaltung nur dazu beitragen sollte, das abschließende Fazit als allgemeingültige These zu bestätigen. Kürten: „Es bleibt festzustellen, daß es der Frau in der Welt des Sports doch eigentlich ganz gut geht."

In der Tat: Die Sportlerinnen, die sich den Journalistenfragen stellten, fanden nur wenig Anlaß zur Kritik. Schließlich sind sie Repräsentantinnen des Sports und dienten in dieser Eigenschaft als Zugpferde der Diskussion. Repräsentativ für DIE Frau in DER Welt des Sports waren sie damit noch lange nicht. Kaum eine (Ausnahmen: Wilma Rudolph, Ingrid Mickler-Becker, Sheila Young), die über die Grenzen ihrer Sportart hinausblickt, und erst recht keine, die sich mit feministischen Argumenten auseinandergesetzt hätte.

So fiel es ihnen leicht, auf männliche Plattitüden („Es wäre reizvoll, wenn Sie im Mini gekommen wären") gelassen zu reagieren. Widerspruchslos akzeptierten die Damen auch die chauvinistischen Schönheits-Ästhetik-Ideale, die von den anwesenden Männern aufgestellt wurden. Kein Wort von den vielfältigen Möglichkeiten, die der Sport auch den Frauen bietet: Durchsetzungsvermögen, Fantasie, Ausgleich zum beruflichen und häuslichen Alltag, Entspannung und Aktivität. Diese Stichworte fehlten in der Diskussion.

Wie überhaupt die „Welt des Sports" eng begrenzt dargestellt wurde. Sie beschränkte sich auf die Stichworte der Kommerzialisierung (wenig frauenspezifisch), der „typisch weiblichen" Sportarten, auf beiläufige und kurze Statements zur Rolle der Frau im Sportjournalismus, als Funktionärin und Trainerin.

Doch das war vom Veranstalter kalkuliert: „Wenn wir Frauen eingeladen hätten, die zwar mehr zu sagen haben, aber weniger bekannt sind, wäre die Resonanz nicht halb so groß gewesen", sagte einer der PR-Manager.

Das war deutlich. Eindeutig. Auch diesmal stand wieder die Person, der Star, nicht die Frau als solche, im Vordergrund. Ihre Anwesenheit als Star war erwünscht. Nicht ihre Eigenschaft als mündige Bürgerin. Und die Frauen gaben sich damit zufrieden. Wie sie überhaupt ganz zufrieden scheinen mit ihrer jetzigen Position. Sonst könnte Ingrid Mickler-Becker, die seit einigen Wochen in einem Ausschuß für Frauenfragen im Präsidium des Deutschen Sport-Bundes maßgeblich mitarbeitet, nicht zu der Einschätzung gelangen, daß die Bereitschaft der Männer in der Sportwelt, Frauen in ihren Reihen aufzunehmen, im allgemeinen größer sei, als die Bereitschaft der Frauen zur Mitarbeit.

Beiträge dieser Art gingen in der Diskussion jedoch unter. Lebhafter wurde das Interesse erst, als Dieter Kürten unvermittelt aufdringlich wurde: „Wie ist das denn bei Ihnen, meine Damen, mit dem Sex im Sport?" Die sprachlose Zurückhaltung der Damen (Sheila Young: „Ich fühle mich zu ungemütlich, darauf zu antworten") entsprach dann aber auch nicht den männlichen Erwartungen. So blieb das Ergebnis des Nachmittags für alle Beteiligten unbefriedigend. Für die einen, weil deutlich wurde, daß sich die Welt des Sports der Frau immer noch nicht so richtig erschlossen hat und für die anderen, weil keine handfesten Resultate zu verzeichnen waren.

Ich hätte mir gewünscht, daß eines von den Mädchen ganz offen sagt: „Jawohl, Sex macht mir Spaß. Ich brauche das vor jedem Wettkampf", sinnierte ein Kollege zum Schluß. Aha.

STAND PUNKT

FUSSBALL / Türkei besiegte Nordirland 1:0

Jupp Derwall sagte ein „Dankeschön nach Ankara"

DW. **Ankara**

Der 3:0-Erfolg der deutschen Fußball-Nationalmannschaft über Österreich war gerade unter Dach und Fach, als jedermann nur noch über das entscheidende Spiel am 16. November gegen Nordirland in Hamburg sprach. Doch schon damals wiegelte Bernd Schuster ab: „Die sollen erst einmal von ihrer Insel kommen. Vielleicht genügt uns in Hamburg schon ein Unentschieden, wenn die Nordiren in der Türkei gespielt haben." Das, was Schuster vor einer Woche sagte, ist tatsächlich eingetroffen. Viel schöner noch für Bundestrainer Jupp Derwall und seine Nationalspieler: Nordirland leistete sich gegen die Türkei in Ankara sogar eine 0:1-Niederlage.

Die deutsche Mannschaft ist damit zwar noch nicht für die Endrunde der Europameisterschaft, die im nächsten Jahr in Frankreich ausgetragen wird, qualifiziert. Aber in den noch drei verbleibenden Heimspielen gegen die Türkei, Nordirland und Albanien reichen jetzt schon zwei Unentschieden und ein Sieg. Gegen die Türkei und im letzten Spiel gegen Albanien dürfte die Mannschaft von Jupp Derwall zwei Siege schaffen, so daß sogar eine Niederlage gegen den Konkurrenten aus Nordirland durchaus kein Beinbruch wäre. Günstiger hätte es also für die deutsche Nationalmannschaft nicht kommen können.

Bundestrainer Jupp Derwall verfolgte das Spiel im Studio des Ersten Deutschen Fernsehens. Gespannt schaute er die letzten Minuten immer wieder auf seine Armbanduhr, um dann beim Schlußpfiff erleichtert feststellen zu können: „Ein Dankeschön nach Ankara." Er empfinde jetzt keine Schadenfreude, meinte Derwall, aber doch große Freude. Aufgrund der vielen Tormöglichkeiten und der kämpferischen Einstellung hätte die Türkei den Sieg verdient gehabt.

Derwall zeigte sich von den Nordiren enttäuscht: „Ich hätte doch gedacht, daß die Nordiren ihre Chance in Ankara besser genutzt hätten, um Gruppensieger zu werden. Ich habe vor allem vermißt, daß sie nicht den Drang zum Tor hatten." Auch der Bundestrainer sah sich in seiner Meinung bestätigt, daß die Nordiren wesentlich harmloser spielen, wenn sie ihre Insel verlassen haben. Derwall: „Dann haben sie nicht jenes Tempo, mit dem sie ihre Gegner überrennen. Auch ihre körperliche Überlegenheit setzen sie nicht so ein, wie sie es zu Hause tun."

Die Tabelle

1. Österreich	7	4	1	2	14:7	9:5
2. Nordirland	7	4	1	2	7:5	9:5
3. Deutschland	5	3	1	1	8:2	7:3
4. Türkei	6	2	1	3	4:10	5:7
5. Albanien	7	0	2	5	3:12	2:12

Die restlichen Spiele der Gruppe sechs: 26. Oktober: Deutschland – Türkei in Berlin, 16. November: Deutschland – Nordirland in Hamburg und Türkei – Österreich, 20. November: Deutschland – Albanien in Saarbrücken.

LOS ANGELES

Wieder fehlen die Russen

sid, **Los Angeles**

Die Sowjetunion hält an ihrer Linie fest, Sportereignisse in Los Angeles zu boykottieren. Eine Woche vor den am 19. Oktober beginnenden Weltmeisterschaften der Bogenschützen sagte sie ihre Teilnahme ab. Die Begründung aus Moskau glich den Absage-Meldungen für die Kanu- und Ruderwettbewerbe Ende September: aufgrund der existierenden Umstände ..."

Wladimir Mikoyan, Sprecher der sowjetischen Botschaft in Washington, interpretierte diese Formulierung in einem Interview mit der „Los Angeles Times" so: „Unsere Mannschaften sind auch in der Vergangenheit überall dort nicht gestartet, wo die Bedingungen unseren Anforderungen nicht entsprachen, zum Beispiel hinsichtlich der Sicherheit."

Das könnte als Hinweis darauf gedeutet werden, daß die Sowjets Zwischenfälle angesichts der seit dem Abschuß des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges auftretenden antisowjetischen Aktionen befürchten. Edgar Best, der Sicherheitschef des olympischen Organisationskomitees dazu: „Wir haben keine Hinweise auf Störungen. Die Polizei von Los Angeles hat ihre Qualität mehr als einmal deutlich unter Beweis gestellt."

Interessant auch hier: Nur die Sowjetunion fehlt bei der Weltmeisterschaft, die anderen osteuropäischen Verbände sind – wie schon bei den Ruderwettbewerben – dabei.

FUSSBALL

Geld für neuen Namen

dpa, **Braunschweig**

Eine Namensänderung soll den hochverschuldeten Fußball-Bundesliga-Klub Eintracht Braunschweig retten. Hans Jäcker, Präsident des bereits 1895 gegründeten Vereins, überlegt, den Klub in „BTSV Jägermeister Braunschweig" umzubenennen. Jäcker sagt: „Ich stehe dem Plan sehr positiv gegenüber. Am nächsten Montag wird in einem Gespräch mit unserem Sponsor und Vertretern unserer Hausbank das Thema weiter vertieft."

Der Grund für diese Überlegungen: Sponsor Günter Mast, Spirituosen-Hersteller aus Wolfenbüttel, hat seine Bereitschaft signalisiert, im Juni mit zwei Millionen Mark auszuhelfen, wenn es zu der Namensänderung kommt. Mast hat in den letzten zehn Jahren rund 20 Millionen Mark in den Verein gesteckt und dem Klub zu Beginn der Saison die Bundesliga-Lizenz gesichert.

Eine Entscheidung über die Namensänderung kann erst auf der Jahreshauptversammlung am 28. November fallen – mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Jäcker befürchtet: „Ich rechne mit Widerstand von einigen Vereinsmitgliedern. Nachdem bereits der Löwe aus dem Wappen verschwunden ist, hängen sicherlich viele am Namen Eintracht." Sponsor Mast besteht darauf, daß auch die Mannschaften aus den anderen Vereins-Abteilungen unter dem neuen Namen anzutreten haben.

EISHOCKEY / Düsseldorfer EG entließ ihren Trainer Hans Weisenbach

Spieler beschimpften ihn: „Du Depp"

DIETER ADAMS, **Düsseldorf**

Am Montag, als Heinz Weisenbach noch Trainer des Eishockey-Bundesligaklubs war, ahnte er bereits, was auf ihn zukommen würde. Weisenbach: „Ich habe im Vorjahr meinen sicheren Job in Köln aufgegeben und in Düsseldorf den Kopf in die Schlinge gesteckt. Und jetzt ziehen die Herren zum Dank die Schlinge zu. Ja, ja, ich weiß, was auf mich zukommt. Vielleicht ist es auch am besten, wenn am Wochenende ein anderer meinen Job macht."

Zu diesem Zeitpunkt demonstrierte der DEG-Vorstand noch Vertragstreue. Präsident Manfred Weyergraf: „Ich kann einen solch hervorragenden Eishockey-Fachmann nicht opfern, bevor ich niemanden habe, der es besser macht." Doch nur einen Tag später zog der Düsseldorfer Vorstand die Konsequenz aus dem bisherigen enttäuschenden Abschneiden (Vorletzter Platz bei nur 6:16 Punkten und sechs Niederlagen in Serie). Der glücklose Trainer wurde aus seinem Dreijahresvertrag entlassen. Gemeinsam übernahmen die früheren Düsseldorfer Idole Otto Schneitberger und Peter Hejma die Trainingsarbeit. Heinz Weisenbach ist nicht der erste Trainer, der für die nun schon Jahre anhaltende Führungskrise in Düsseldorf den Kopf hinhalten mußte. 1975 gewann die DEG zum dritten und letzten Mal die deutsche Meisterschaft. Seitdem schlugen alle Versuche fehl, sportlich und finanziell über die Runden zu kommen. Präsidenten kamen und gingen ebenso wie die Trainer (lediglich Gerhard Kießling hielt es drei Jahre aus).

Vor Beginn der Saison nahm der Trainer Heinz Weisenbach den Mund noch ziemlich voll. Im Vereinsheft ließ der Trainer schreiben: „Bei der DEG herrscht ein neuer Geist. In drei, vier Jahren hole ich den Titel zurück." Nach nur zwölf Spieltagen erwiesen sich die Weisenbach-Äußerungen als leere Worte. Und heute muß er sich eine ganze Palette von Fehlern vorwerfen lassen.

Am 13. Oktober trat er seinen Job in Düsseldorf an, aber schon Mitte Dezember entließ er das halbe DEG-Team. Im Sommer 1983 wechselte er dann den Rest aus. Insgesamt sechs Spieler mit internationaler Erfahrung (darunter Nationaltorwart Erich Weishaupt) holte Weisenbach an den Rhein. Mit dem Stürmer Uli Egen, der ebenso wie Weisenbach aus Füssen stammt, stand nur noch ein Spieler im Team, der nicht vom Trainer geholt wurde. Doch gerade Egen war es, der bei der 1:6-Niederlage am Sonntag in Rosenheim deutlich machte, daß Weisenbach keine Autorität bei den Spielern mehr besaß. „Spiel doch selbst, du Depp", antwortete Egen auf die Kritik von Weisenbach, er solle doch gefälligst einmal hinter seinen Gegnern herlaufen.

Am Freitag, beim 2:8 in Düsseldorf gegen Schwenningen, demonstrierte Erich Weishaupt, wie wenig der Trainer zu sagen hat. Beim Stand von 1:4 wechselte er sich einfach selbst aus, vom Trainer kam keine Anweisung. Weishaupt entschuldigte sich, er sei nervlich am Ende, weil er schon mehrere anonyme Droh-Anrufe erhalten habe.

Mit den Einkäufen bewies Weisenbach, der vor Jahren den Trick mit den Deutschkanadiern herausfand und mit Mannheim Meister wurde, ebenfalls keine glückliche Hand. 200 000 Mark bezahlten die Düsseldorfer für den UdSSR-Spieler Viktor Nechaev, an die Los Angeles Kings. Doch Einsatz zeigte der Spieler bislang lediglich an der Theke der Düsseldorfer Altstadt. Heute sagt Weisenbach über ihn: „Schlittschuhlaufen kann er so schön wie Marika Kilius, aber sonst ..."

Auch Boock an Schleyer-Mord beteiligt?

W.-K./DW. Stuttgart

Im Prozeß gegen das ehemalige *Mitglied der terroristischen „Rote Armee Fraktion“* (RAF), Peter-Jürgen Boock soll am 18. Oktober eine Tonbandaufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Angeklagten und dem im Jahre 1977 entführten Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer vorgespielt werden.

„Große Streitfrage“ sei, so ein Sprecher des Stuttgarter Oberlandesgerichts, ob die auf der Tonbandkassette „schlecht zu verstehende“ Stimme die des 32jährigen Angeklagten sei.

Die Ende Oktober vergangenen Jahres in dem Terroristendepot der RAF bei Heusenstamm (Hessen) unter etwa 1000 Gegenständen gefundene Kassette widerlegt nach Ansicht *der Bundesanwaltschaft die Darstellung* Boocks, mit der Entführung und Ermordung Schleyers sowie der Tötung seiner vier Begleiter nichts zu tun gehabt zu haben.

Das dem Stuttgarter Oberlandesgericht vorgelegte Tonband enthüllt, daß einer der Entführer, bei dem es sich nach Sachverständigengutachten um Boock handeln soll, den BDI-Präsidenten in dem Versteck mit „du“ anredete: Die draußen (gemeint sind BKA und Bundesanwaltschaft) erwarteten „Fragen, die du beantworten sollst, damit eindeutig ist, daß du zu dem Zeitpunkt, den ich vorgespielt habe, eigentlich noch existent bist“.

Als Schleyer fragte: „Ist das so *durchgegeben worden?*“, erwiderte der Sprecher: „Ja, ja, durch Radio, ja, das haben sie beim Lorenz (bei der Entführung des ehemaligen Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz 1975 – die Red.) genauso gemacht. Das war dasselbe Spiel.“

Dieses Gespräch zwischen einem der Entführer und dem Arbeitgeberpräsidenten soll sich am zweiten Tag der Entführung am 7. September *1977 in der von der RAF benutzten* Wohnung in Erftstadt-Liblar bei Köln abgespielt haben.

Der in Hamburg nach mehrjähriger Fahndung gefaßte Peter-Jürgen Boock ist ferner angeklagt, an der Ermordung des Bankkaufmanns Jürgen Ponto 1977 beteiligt gewesen zu sein. Seine Mitwirkung an dem versuchten Raketenwerferanschlag auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe 1977 hat Boock zugegeben.

„Erstes Etappenziel zum gemeinsamen Umweltschutz“

Vereinbarung mit der „DDR“ über den Grenzfluß Röden

PETER SCHMALZ, München

Ein kleiner Fluß, *der zwischen* Thüringen und Oberfranken nahe Neustadt bei Coburg durch die innerdeutsche Grenze fließt, hat seit gestern Symbolcharakter für deutsch-deutsche Beziehungen. Die Vereinbarung über die Röden, die gestern in München unterzeichnet wurde und mit der sich die „DDR“ zum Bau einer von Bayern und der Bundesrepublik mit finanzierten Kläranlage verpflichtet, wurde von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann als „das erste Etappenziel auf dem Weg zum gemeinsamen Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands“ gewürdigt. „Weitere müssen und werden folgen“, fügte der CSU-Minister hinzu.

Der Vertreter der „*DDR*“, *Volkmar* Fenzlein aus dem „DDR“-Außenministerium, lobte den Abschluß als einen Beweis dafür, daß auch komplizierte Fragen geregelt werden können, „wenn auf beiden Seiten der Wille zur Verständigung und zu einem ausgewogenen Interessenausgleich vorhanden ist“. Seine Regierung werde „sich davon leiten lassen“, daß diese Vereinbarung dazu beitrage, die Zusammenarbeit voranzubringen.

Die Verschmutzung der Röden auf „*DDR*“-Seite, der Fluß wird in die schlechteste der fünf Wassergüteklassen eingestuft, wird seit über 20 Jahren in der gemeinsamen Grenzkommission behandelt, aber erst der Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß beim „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Juli brachte den Durchbruch.

Den Bau der Kläranlage, die nach „DDR“-Angaben zwischen 60 und 70 Millionen Mark kostet und mit dem bereits im kommenden Jahr begonnen wird, unterstützt die Bundesrepublik mit 18 Millionen Mark, von denen Bayern die Hälfte trägt.

Diese bayerische Bereitschaft war vor allem in Niedersachsen auf Kritik gestoßen, da sich die dortige *CDU*-Landesregierung bisher geweigert hatte, die notwendigen Entsalzungsanlagen für Werra und Weser in ähnlicher Weise zu unterstützen. Niedersachsens Bundesratsminister Wilfried Hasselmann sprach von einem unnötigen Präjudiz, das durch Bayern geschaffen wurde. Nach bayerischen Angaben wurde Hasselmann jedoch durch einen *nachfolgenden* Briefwechsel von der Richtigkeit des bayerischen Vorgehens überzeugt.

Demnach stellt sich der bayerische Zuschuß *langfristig als Einsparung* dar. Die Kläranlage wird nach dem neuesten technischen Stand der Bundesrepublik gebaut und geht über den Standard der „DDR“ hinaus. Dadurch entfällt eine auf bayerischem Gebiet arbeitende Flußkläranlage, die nach einer notwendigen Erweiterung für etwa acht Millionen Mark jährlich 660 000 Mark Betriebskosten verursacht hätte. Nach einer Rechnung der bayerischen Staatskanzlei würden allein diese Kosten, auf 25 Jahre kapitalisiert, rund 10,3 Millionen Mark betragen. Den Betrieb des Röden-Klärwerks finanziert allein die „DDR“.

Zimmermann konnte vor wenigen Tagen auch den niedersächsischen *Regierungschef Ernst Albrecht vom* Vorzug der bayerischen Lösung überzeugen, die nun auch von Hannover übernommen wird. Zimmermann: „Wir sind zu einer Einigung gelangt. Man könnte sagen: Albrecht hat das Strauß-Modell übernommen.“

Die jahrelang ins Stocken geratenen innerdeutschen Gespräche über gemeinsame Umweltschutzmaßnahmen haben unter der neuen Bonner Regierung einen neuen Aufschwung erhalten. Erst vergangene Woche wurde in Kottbus über Rauchgasent*schwefelung konferiert, und vom* 19. bis 21. Dezember soll in Ost-Berlin über die Reinhaltung der Elbe gesprochen werden. Zimmermann glaubt nicht, daß diese Kontakte durch die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen gestört werden könnten. Er gehe davon aus, daß sich diese zwischenmenschlichen Beziehungen fortsetzen, gleich, wie die Frage der Nachrüstung ausgeht.

Als „DDR“-Umweltminister Hans Reichelt, der sich auf Einladung des bayerischen Umweltministers Alfred *Dick zu einem viertägigen Besuch in* Bayern aufhält, kurz vor der Unterzeichnung Zimmermann auf die Nachrüstung ansprach, konterte der CSU-Minister: „Wenn Sie davon etwas hören wollen, dann müssen wir auch über SS 20, den Abschuß des südkoreanischen Jumbos und Afghanistan sprechen.“

Erste Spannungen in Israels neuer Regierung

AFP/dpa, Jerusalem

Einen Tag nach Amtsübernahme der neuen israelischen Regierung ist es zu ersten Spannungen innerhalb der Koalition gekommen. Wie das israelische Fernsehen berichtete, boten einflußreiche Mitglieder des Likud-Blockes dem ehemaligen Verteidigungsminister Ezer Weizman das Amt des Finanzministers an, das der*zeit Yoram Aridor innehat. Weizman*, der als Wegbereiter des Friedensvertrages mit Ägypten gilt, erklärte sich bereit, eines der Schlüsselministerien der neuen Regierung zu übernehmen. Radio Jerusalem berichtete jedoch, Ministerpräsident Yitzhak Shamir sei den Gerüchten über eine Ablösung Aridors entgegengetreten.

Die Aufregung der israelischen Bevölkerung um die 23prozentige Schekel-Abwertung und die empfindlichen Verteuerungen bei Benzin und Grundnahrungsmitteln hatte sich bis gestern einigermaßen gelegt. Die Banken berichteten über „wieder normale“ Geschäfte. Die Gewerkschaft „Histadrut“ hat ihren ursprünglich für heute geplanten zwei*stündigen Warnstreik gegen das* Sparprogramm der Regierung auf Sonntag verschoben.

Seite 14: Weitere Sparmaßnahmen

„DDR“ unterbricht Abbau von Todesautomaten

Bundesinnenministerium warnt vor „voreiligen Schlüssen“

W.K./lz, Bonn/München

Die „DDR“-Grenztruppen haben seit Montag den Abbau der Selbstschußanlagen „SM 70“ nicht mehr fortgesetzt. Nach in Bonn vorliegenden Erkenntnissen sind bisher die Todesautomaten auf einer Länge von knapp 24 Kilometern demontiert worden. Auffallend gestiegen sind *nach* Beobachtungen des Bundesgrenzschutzes (BGS) die Überwachungsflüge von Hubschraubern der „DDR“ und der Sowjets.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) sagte gestern zu dem neuen gestaffelten Sicherungssystem an der innerdeutschen Grenze: „Diese Anlagen sind effektiver, lautloser und optisch weniger grausam als die Selbstschußanlagen.“ An der Ankündigung des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, sämtliche „SM-70“-Apparate zu demontieren, sieht der Minister keinen Anlaß zum Zweifel.

Während Beobachter der innerdeutschen Grenze am Montag annahmen, die östliche Seite habe die Ar*beiten möglicherweise* wegen der Nachfeiern zum „DDR“-Gründungstag noch nicht wieder aufgenommen, waren auch gestern keine Anzeichen für die Fortsetzung des Abbaues der Selbstschußapparate zu erkennen. Sollte es zunächst bei dem gegenwärtigen Stand bleiben, träfe die vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) geäußerte Erwartung zu, daß die „DDR“ einen Abbau auf rund 25 Kilometer Länge zugesagt habe. Der Abbau hatte nach Beobachtungen des BGS Ende September, Anfang Oktober kulminiert und war danach schleppender geworden, bis die Arbeiten am „Nationalfeiertag“ Ende vergangener Woche eingestellt wurden. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums erklärte auf Anfrage der WELT, die Vorgänge an der innerdeutschen Grenze würden weiterhin sorgfältig beobachtet werden.

Bei den neuen Sperranlagen zur Fluchtverhinderung handelt es sich nach Angaben von Bundesinnenminister Zimmermann um drei Meter hohe *stromführende Drahtzäune*, die bei Berührung im nächsten Beobachtungsturm optische und akustische Signale auslösen. Dieser neue Zaun *ist mit 25 Signal- und Alarmdrähten* versehen – je nach Gelände bis zu 1200 Meter im Hinterland vor der eigentlichen Demarkationslinie.

NATO reduziert Atomarsenal um 1500 Ladungen

DW./dpa, Bonn

Die NATO will ihre atomaren Gefechtsfeldwaffen in Europa weiter „einseitig und bedingungslos“ reduzieren. Aus informierter Quelle war zu erfahren, daß aller Wahrscheinlichkeit *nach* die Nukleare Planungsgruppe des Bündnisses auf ihrer Sitzung am 22. Oktober in Ottawa beschließen werde, mindestens 1500 von den noch in Europa lagernden 6000 atomaren Kurzstreckenwaffen nach USA abzuziehen. Seit 1980 wurden bereits 1000 entsprechende Gefechtsköpfe zurückgezogen.

Nach den verfügbaren Informationen werde es mit dem Abzug „keinen Austausch neue Hüte gegen alte Hüte geben“. Die NATO verzichte damit „auf bestimmte Optionen“. Der Bestand des Nukleararsenals mit Reichweiten bis zu 1000 Kilometer werde „einseitig reduziert, ohne daß darüber mit Moskau verhandelt wird“. Mit diesem Schritt werde der Um*fang an Kernwaffen auf westlicher* Seite in Europa aus amerikanischem Besitz „auf den niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre gedrückt“. Über weitere Reduzierungen müsse allerdings mit der Sowjetunion verhandelt werden.

Die informierten Stellen sprachen von einer „*kalkulierten militärischen* Selbstbeschränkung“ der NATO. Bei einer „gezielten Abschreckung“ könne man mit weniger Mitteln auskommen. Unmißverständlich wurde jedoch darauf hingewiesen, daß keine Lücke in der *militärischen* Ausrüstung der NATO *entstehen dürfte*. Kernwaffen seien als Mittel der Abschreckung auch künftig nötig. Deshalb müßten „gewisse Kapazitäten“ weiterhin verfügbar bleiben.

Über eine Verringerung der atomaren Kurzstreckenwaffen in Europa wird bereits in der NATO seit längerem beraten. Von Befürwortern wurde ins Feld geführt, daß diese Waffen teilweise veraltet seien. Bei anderen hieß es, bei einer Reduzierung müßten die konventionellen Streitkräfte verstärkt werden oder der Warschauer Pakt solle eine Gegenleistung erbringen. Beobachter erwarten, daß der von der NATO geplante Kernwaffenabzug aus Europa anders als bei der ersten Tranche im Jahr 1980 diesmal mit größerer öffentlicher Aufmerksamkeit begleitet werden wird. Wie es hieß, werde die NATO über diese Maßnahme die Öffentlichkeit sehr ausführlich informieren.

Warschau: Protest gegen Nobelpreis

Aus Moskau scharfe Kritik am polnischen Geistesleben

dpa. Oslo

*Die polnische Regierung hat offi*ziell gegen die Vergabe des Friedensnobelpreises an den Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“, Lech Walesa, protestiert. Wie gestern in Oslo bekannt wurde, mußte Norwegens Botschafter in Warschau, Kaare Daehlen, am Vortag den Protest im Außenministerium mündlich entgegennehmen. Bisher hat die norwegische Regierung auf diese ungewöhnliche Maßnahme noch nicht reagiert.

phn. Moskau

Die Zeitung des sowjetischen *Schriftstellerverbandes, „Literaturnaja Gaseta“*, hat ihre Kritik an den Verhältnissen im polnischen Geistesleben fortgesetzt. Gleichzeitig äußert sie aber die Zuversicht, daß es „unseren polnischen Freunden gelingen werde, die Krisenerscheinungen in allen Lebensbereichen“ siegreich zu überwinden, womit sie dabei unverhüllt zu entsprechenden Maßnahmen auffordert.

Anlaß zu dieser Kritik in einem kulturpolitischen Bericht aus Warschau ist der Film „Danton“ des polnischen Regisseurs Andrzej Wajda, der sich, so die Zeitung, damit selbst hingerichtet habe. Wajda habe sich nicht zum erstenmal antisozialistische Verdienste erworben. Schon durch seine Filme „Der Mann aus Marmor“ und „Der Mann aus Eisen“ sei Polen verleumdet worden. Mit seinem jüngsten Werk, das „im Auftrag des französischen Kultusmini*steriums“ gedreht worden sei, habe* Wajda endgültig seine politische Moral enthüllt: „Es lebe die Konterrevolution!“, denn die Revolution sei für ihn gleichbedeutend mit Terror und Unglück.

Indirekt kritisiert die „Literaturnaja Gaseta“, daß der Wajda-Film in Warschau öffentlich gezeigt wird. „*Mag sein, daß das gut ist.* Jedermann sieht jetzt, zu welcher Schande ideologische Unsauberkeit führt“, heißt es in dem Bericht. Mit erhobenem Zeigefinger geht es in dem Artikel weiter: Warschaus Kulturpolitik habe in den siebziger Jahren auf die „Klassenkriterien“ verzichtet, die Literatur sei von Krankheiten befallen worden. Da viele Schriftsteller auch unter dem Kriegsrecht keine Einsicht gezeigt hätten, sei ihr Verband aufgelöst worden.

Unter Berufung auf den linientreuen polnischen Gewährsmann, dem Publizisten Rogowski, fordert die Moskauer Wochenzeitung Polens Universitäten auf, die akademische Jugend ideologisch stärker zu beeinflussen. Es sei eine „schreckliche und schmerzhafte“ Feststellung, daß viele junge Polen nur eine ungefähre oder falsche Vorstellung vom Sozialismus hätten.



Neuer Sündenfall

J. G. – „Wenn Sie heute eine neue Produktidee mit 500 sicheren Arbeitsplätzen haben, sind Sie fix ein reicher Mann." Sarkastisch umschrieb so dieser Tage, von langjährigen Stillegungskämpfen in der Chemiefaserindustrie gewitzt, Enka-Chef Zempelin das gemeinsame Generalproblem der Politiker und aller von Strukturwandel mit Überkapazitäten geplagten Industriezweige im alten Europa. Tauglicher Ersatz für Absterbendes ist überall rar und wird entsprechend hoch mit Staatshilfe in den vielen strukturschwachen Regionen Europas honoriert.

Doch das ist nur die eine und im Zweifel noch erträgliche Seite der Medaille „Subventionitis". Die Kehrseite zeigt ein zähes Festklammern an überholten Strukturen mit immer neuen Subventionsversuchen. Selbst in Europas Chemiefaserindustrie, ist dieser Sündenpfuhl noch nicht ausgetrocknet. Jüngster Sündenfall: Statt über zu heftig kritisierte offene Subvention versucht nun Belgiens Regierung, der Firma Beaulieu durch „unternehmerische" Staatsbeteiligung zu neuen Teppichgarn-Kapazitäten zu verhelfen, die andernorts zwecks Marktanpassung drastisch abgebaut wurden.

Die Größenordnung solcher Subventionssünden ist in der Chemiefaserindustrie analog zur kleineren Zahl der Arbeitsplätze zwar viel geringer als in der europäischen Stahlindustrie. Aber der Irrsinn bleibt der gleiche. Drastisch zeigt er sich beim Stahl mittlerweile mit mehr als 100 Milliarden Mark Subventionsaufwand in einem Jahrzehnt. Immerhin fast eine Viertelmillion Mark pro Kopf der heute noch in der Stahlindustrie Beschäftigten.

Für beide gut

J. Sch. – Im August wurde zum erstenmal seit 20 Jahren die deutsche Handelsbilanz mit Frankreich passiv. Damit ist aber die französische Handelsbilanz mit der Bundesrepublik nicht aktiv geworden. Die widersprüchlichen Angaben aus Wiesbaden und Paris erklären sich wohl weitgehend aus den unterschiedlichen Berechnungsmethoden. Jedenfalls hat die französisische Regierung der Versuchung widerstanden, mit den roten deutschen Zahlen Propaganda zu machen. Dies war klug. Denn schon im September kann sich das Blatt wieder gewendet haben. Jedenfalls hat sich aus deutscher wie aus französischer Sicht die französische Handelsbilanz mit der Bundesrepublik seit der letzten Franc-Abwertung und D-Mark-Aufwertung (21. März) kontinuierlich verbessert, nachdem sie in den letzten Jahren immer tiefer in die roten Zahlen geraten war. Das 1982 entstandene Rekorddefizit von 38 Milliarden Franc hatte man in Paris sogar als „unerträglich" bezeichnet; und man drohte mit protektionistischen Maßnahmen. Eine Normalisierung der beiderseitigen Handelsbeziehungen ist deshalb nur zu begrüßen.

EG-MINISTERRAT / Aussetzung der Zahlungen erregt Athener Konferenz

Stoltenberg kündigt Bonner Plan für Einsparungen im Agrarbereich an

W. HADLER/E. ANTONAROS, Brüssel/Athen

Mit einer vorläufigen Suspendierung der Vorauszahlungen für Ausfuhrsubventionen und bestimmte landwirtschaftliche Prämien hat die EG-Kommission versucht, die drohende Zahlungsunfähigkeit der Gemeinschaft abzuwenden. Die Maßnahme gilt bis zum 23. Oktober, soll aber eventuell bis zum Jahresende verlängert werden. Sie wird sich beim Exporthandel in höheren Finanzierungskosten niederschlagen und später möglicherweise wieder entsprechend höhere Ausfuhrerstattungen erfordern.

Die Entscheidung der Kommission hat vor allem Signalcharakter. Sie soll in erster Linie das EG-Parlament beeindrucken, das seit Monaten die Verabschiedung eines Ergänzungshaushalts für 1983 blockiert. Auch den in Athen versammelten Außen-, Finanz- und Agrarministern wollte die EG-Behörde offenbar den Ernst der Lage vor Augen führen. Allerdings scheinen die Meinungen über den Schritt innerhalb der Kommission stark auseinandergegangen zu sein.

Nachdem der zuständige dänische Kommissar Poul Dalsager in Athen entsprechende Ankündigungen gemacht hatte, wurde er jedenfalls zunächst von EG-Präsident Gaston Thorn wieder zurückgepfiffen. Später entschloß sich die Kommission dann doch zu einer „vorbeugenden" Maßnahme, vor allem weil inzwischen eine Flut von Erstattungsanträgen bei den Interventionsorganen eingegangen war.

Der für Haushaltsfragen zuständige britische Kommissar Christopher Tugendhat begründete die Entscheidung gestern vor dem EG-Parlament mit der jüngsten Entwicklung auf den Agrarmärkten. Zwar könne der Finanzbedarf bis Ende des Jahres nicht genau abgeschätzt werden, doch glaube die Kommission, einschließlich des Nachtragshaushalts mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen, ohne für die Landwirtschaft unzumutbare Probleme zu schaffen.

Die Aussetzung der Vorauszahlungen für Exporte betrifft alle Erzeugnisse. Die normale Agrarfinanzierung wird durch diese Maßnahme nicht berührt. Zu den betroffenen Beihilfen gehören vor allem Prämien für Oliven und Ölsaaten sowie Lagerbeihilfen für Butter, Magermilchpulver und Wein.

Im Anschluß an die dreitägige Sondersitzung des Ministerrats in Athen hat die Bundesregierung bekanntgegeben, daß sie ihren EG-Partnern und der Brüsseler Kommission in den nächsten Wochen einen konkreten Plan zur Durchführung von Einsparungen vor allem im völlig aus den Fugen geratenen Agrarbereich der Gemeinschaft vorlegen will. Dies sagte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg am Mittwoch in Athen. Einzelheiten über die deutschen Vorstellungen wollte Stoltenberg allerdings nicht nennen, weil der Zeitpunkt „noch nicht reif" sei.

Anders als die Engländer, die ein besonders rigides Einsparungskonzept befürworten, wird von deutscher Seite allerdings – so Stoltenberg – an ein wirksames, zugleich aber flexibleres System gedacht. „Wir werden uns zur Erhöhung der Eigenmittel nur dann verbindlich äußern, wenn die finanziellen Belastungen berechenbar werden." Mit diesen Worten beantwortete Stoltenberg die Forderung von einzelnen Mitgliedsstaaten nach einer Anhebung der Mehrwertsteuer zur Überwindung der zugespitzten Finanzkrise der Gemeinschaft. Nach Stoltenbergs Ansicht könne der Ausgleich nicht durch eine ständige Explosion der Ausgaben gesucht werden. Ihm gehe es vorrangig um eine „Kalkulierbarkeit der Agrarausgaben", die zwei Drittel des Gesamthaushalts verschlingen.

Der letzte Tag der Ministerkonferenz in Athen stand verständlicherweise unter dem Eindruck der Brüsseler Entscheidung, die EG-Zahlungen aus dem Agrarfonds für die nächsten zehn Tage auszusetzen. Verärgert zeigten sich vor allem die Südländer mit den Italienern an der Spitze, die von einer „echten Provokation" sprachen. Nach Ansicht der deutschen Delegation ist eine Einigung in Athen ausgeblieben, weil die meisten Delegationen immer noch nicht bereit sind, von ihren Wunschkatalogen abzurücken.

IFO-PROGNOSE

Industrie erwartet Belebung des Auslandsgeschäfts

DANKWARD SEITZ, München

An einen Fortbestand des angelaufenen konjunkturellen Erholungsprozesses mit zwar nur mäßigen Zuwachsraten und ohne weitere Beschleunigung bis Ende 1984 glaubt die deutsche Industrie. Zu diesem Ergebnis kommt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, aufgrund seiner jüngsten Umfrage „Prognose 100" bei über 400 hauptsächlich großen Industrieunternehmen im Juli dieses Jahres.

Bemerkenswert ist, daß für 1984 wieder mit einer deutlichen Belebung des Auslandsgeschäfts um acht (1983: ein) Prozent gerechnet wird. Für das Inland hingegen erwartet man mit vier (drei) Prozent keine nennenswerte Beschleunigung. Hier verunsichern die gestiegenen Risiken für die Konjunktur, die aus der Zinsentwicklung und der forcierten Rückführung der öffentlichen Verschuldung drohen.

Die günstige Beurteilung des Exportgeschäfts basiert, so das Ifo, sowohl auf einer stärkeren Nachfrage der westlichen Industrieländer als auch bei weiterhin überbewertetem Dollar auf einer höheren Wettbewerbsfähigkeit. Im einzelnen aber weichen die Erwartungen doch stark voneinander ab. Während die Investitionsgüterindustrie einen um neun (ein) Prozent und die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie einen um fünf (minus eins) Prozent besseren Auslandsumsatz erwartet, wird in der Verbrauchsgüterindustrie mit einer Fortsetzung des Expansionstempos um unverändert vier Prozent gerechnet. Aus dem Rahmen fallen nach Feststellungen des Ifo die Hersteller von Personen- und Nutzfahrzeugen sowie Datenverarbeitungs-Anlagen, die von zweistelligen Zuwachsraten ausgehen.

Die vorsichtige Beurteilung des Inlandsabsatzes – in allen Industriehauptgruppen wird mit einem Zuwachs von vier bis fünf (plus/minus null bis sechs) Prozent gerechnet – hat sich, wie das Ifo meint, offensichtlich auch in den Investitions- und Beschäftigungsplänen der Unternehmen niedergeschlagen. Die für 1984 vorgesehene Steigerung der Bruttoanlageinvestitionen um nominal zwei (ein) Prozent deute noch nicht auf eine durchgreifende Besserung der Investitionsneigung der Industrie hin.

Ebenso wird sich der Personalabbau zwar verlangsamen, aber noch nicht zum Stillstand kommen. Für den Durchschnitt des Jahres muß mit einer Reduzierung der Beschäftigtenzahl um 1,1 (2,9) Prozent gerechnet werden. Hochgerechnet bedeute dies für die Industrie einen Personalabbau in diesem und im nächsten Jahr von insgesamt rund 280 000 Arbeitnehmern.

Ihre Wachstumsvorstellungen für das laufende Jahr haben die Unternehmen gegenüber der letzten Umfrage im Januar 1983, so das Ifo, kaum revidiert. Dem geringfügig stärkeren Zuwachs im Inland hätten die befragten Firmen gleichstarke Wachstumsabstriche im Exportgeschäft gegenübergesetzt, so daß sich mit plus zwei Prozent per saldo das gleiche Ergebnis errechnet.

Wettlauf um Bildkompetenz

Von WERNER NEITZEL

Der Bilderbuch-Sommer scheint von den Fotoamateuren dazu genutzt worden zu sein, wieder etwas eifriger Fotos zu schießen. Jedenfalls spüren Fotohandel und Finisher-Betriebe – unterstützt durch Niedrigpreis-Aktionen – derzeit eine deutliche Belebung im Bildergeschäft. Dabei ist vor allem ein steigender Trend zum Bild vom Dia feststellbar.

Der Fotofan mag Freude darüber empfinden, mehr Bild für weniger Geld zu bekommen. Für die Branche jedoch ergibt sich durchaus auch ein bitterer Beigeschmack. Auf den Bildermarkt drücken nach wie vor Überkapazitäten bei den Finishern, die sich durch neue Errungenschaften in der Maschinen-Technologie noch vergrößern dürften. Längst haben sich auch Kaufhäuser, Supermärkte und andere spartenfremde Vertriebsformen des Foto- oder Bildergeschäfts als Lockvogel bemächtigt. Überdies ist festzuhalten, daß bei aller Attraktivität solcher Aktionen ein Stück der Renditebasis angenagt zu werden droht. Denn so leicht ist es nun einmal nicht, nach Fristablauf die Preise wieder hochzuhieven.

Wenn trotz jener kleinen Lichtblicke im Bildsektor die Fotobranche insgesamt gesehen im Amateursektor (im Fachbereich ist dies anders) tief im Schatten steht, dann liegt dies an der völlig unbefriedigenden Lage im Gerätebereich. Unter allen Zweigen des Einzelhandels hat der Fotofachhandel mit einem realen Umsatzminus von vier Prozent in der ersten Jahreshälfte 1983 am schlechtesten abgeschnitten.

Waren schon in den zurückliegenden Jahren insbesondere der Schmalfilmsektor und auch der Sofortbild-Bereich auf der Verliererstraße, so hielt in diesen beiden Produktgruppen die rasante Abwärtsfahrt an.

Es zeigt sich nun doch, daß trotz aller Innovationen der Amateur-Sektor immer deutlicher an gewisse Sättigungsgrenzen stößt. Man darf gespannt sein, wie die von der amerikanischen Firma Nimslo mit hohem Entwicklungsaufwand auf den Weg gebrachte neue Kamera-Version, die für die Anfertigung von Papierbildern mit 3-D-Effekt (ohne Zuhilfenahme einer speziellen Brille) konzipiert ist, ankommt. Zumindest wird wieder über das Thema Foto gesprochen.

Geradezu magisch ist die Anziehungskraft, die von der Elektronik ausgeht. Die Wachstumsraten zeigen es deutlich, daß der Videobereich zu Lasten vieler anderer Sparten Aufmerksamkeit und Kaufkraft auf sich gelenkt hat. Der Niedergang, den das fotochemisch festgehaltene bewegte Bild, also der Schmalfilmbereich, seit einiger Zeit erlebt, ist zu einem großen Teil die Reflexion jener Entwicklung.

Es wird mittlerweile auch nicht mehr daran gezweifelt, daß sich die elektromagnetische Aufzeichnung und Wiedergabe von Bewegungsabläufen trotz aller Schwierigkeiten um Standardisierung durchsetzen wird. Fragen der Bildqualität dürften sich über kurz oder lang erledigen. Die vielen Vorteile, die in der schnellen Umsetzung in optische Ergebnisse liegen, sind, wie auch der Einsatz elektronischer Aufzeichnungsmethoden beim Fernsehen zeigt, nicht wegzudiskutieren.

Etwas anders zu bewerten ist freilich zur Zeit noch die Situation beim Stehbild. Hier steht unverändert im Vordergrund, daß die konventionelle Fotografie ihren Vorsprung guter Bildqualität bei vergleichsweise niedrigen Kosten – für die Massenfotografie ein wesentlicher Faktor – zumindest noch eine Zeitlang behaupten dürfte.

Prognostiker halten es aber für möglich, daß bis Ende dieses Jahrzehnts die Halbleitertechnologie von der Speicherkapazität und damit der möglichen Bildqualität her wesentliche Fortschritte gemacht haben wird und auch vom Preis-Leistungs-Verhältnis her sich neue Perspektiven eröffnen.

Die großen Fotokonzerne, die sich von der Seite der Riesen auf dem Gebiete der Unterhaltungselektronik in die Zange genommen sehen, setzen – das darf unterstellt werden – alles daran, den Zugang zum Videomarkt und neuen elektronischen Systemen zu finden, ohne die bisherige Geschäftsbasis zu vernachlässigen. Letztlich dreht sich alles um die Frage, was sich für den Massenmarkt eignet, denn in den Labors ist technisch vieles machbar. Auch der Fotohandel hat sich darauf einzustellen, mehr und breiter als bisher die Videotechniken in sein Sortiment zu integrieren, um nicht den Anschluß an die neuen Möglichkeiten zu verpassen. Der Wettlauf um die Bildkompetenz ist in vollem Gange.

AUF EIN WORT

„Die Arbeitslosigkeit wirkt sich im Zonenrandgebiet besonders nachteilig aus. Es liegt im Herzen Deutschlands und ist durch die Teilung an den Rand der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft gedrängt worden. Die Bundesregierung wird daher alles daran setzen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß eine wirtschaftliche Erholung auch dort greift."

Dr. Ottfried Hennig, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. FOTO: DIE WELT

Steigende Tendenz beim Bausparen

dpa/VWD, Wiesbaden

Die Zahl der Bausparverträge in der Bundesrepublik weist nach zweijährigem Rückgang wieder eine steigende Tendenz auf. Nachdem im vergangenen Jahr mit rund zwei Millionen neuen Vertragsabschlüssen das Ergebnis von 1981 um 16,6 Prozent unterschritten wurde, zeichnet sich inzwischen eine deutliche Trendumkehr ab. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden im ersten Quartal zwei Prozent und im zweiten Quartal fast zehn Prozent mehr Bausparverträge abgeschlossen als vor Jahresfrist.

VEREINIGTE STAATEN

Reagan soll Auto-Importe aus Japan stärker drosseln

H.-A. SIEBERT, Washington

Die USA werden die Einfuhrbarrieren gegen japanische Personenkraftwagen vorerst nicht beiseite räumen. Zwölf republikanische und demokratische Senatoren aus neun amerikanischen Bundesstaaten, in denen Autos hergestellt werden, haben jetzt Präsident Reagan aufgefordert, die 1981 mit Tokio vereinbarten Lieferbeschränkungen um zwei Jahre zu verlängern. Außerdem sollen die japanischen Exporte noch einmal um sieben Prozent gekürzt werden.

Dieser Vorstoß, den das Weiße Haus nicht auf die leichte Schulter nehmen kann, belastet erneut die gespannten handelspolitischen Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten. Tokio hatte schon signalisiert, daß es das im März auslaufende dreijährige Abkommen bis 1985 ausdehnen würde, wenn Washington die auf 1,68 Millionen Autos im Jahr festgesetzte Importquote erhöht. Im Gespräch waren zuletzt zwei bis 2,2 Millionen Pkw.

Falls sich Präsident Reagan dem Druck der Senatoren, die praktisch den gesamten Kongreß hinter sich haben, beugt, dürfen die japanischen Unternehmen nur noch 1,57 Millionen Autos jährlich in den USA verkaufen. Bisher hat Tokio darauf bestanden, daß der japanische Anteil am US-Markt nicht unter 22 Prozent sinkt, was bei dem derzeitigen Autoboom im Amerika eine Anhebung der alten Quote um rund 500 000 Pkw bedeutet.

Die Senatoren begründen ihren Schritt damit, daß die US-Automobilindustrie mehr Zeit brauche, um sich von den enormen Verlusten in den vergangenen Jahren zu erholen. Alle Opfer seien sonst vergeblich gewesen.

SCHATTENWIRTSCHAFT

Schweden und Italien stehen international an der Spitze

KAREN SÖHLER, Hamburg

Die Schattenwirtschaft hat sich in den meisten Industriestaaten zu einem gut organisierten Wirtschaftszweig entwickelt. Diese Auffassung vertritt das internationale Arbeitsamt in Genf (ILO) in einer Studie. Zahlen untermauern die These: In Italien wird der gesamte Schattensektor auf 25 bis 33 Prozent des Sozialprodukts geschätzt, in Großbritannien auf acht bis zehn Prozent. In den USA sollen mindestens zehn Prozent auf die „Underground Economy" entfallen.

In der Bundesrepublik Deutschland erreichen Schwarzarbeit, Nachbarschaftshilfe, Eigenarbeit und Alternativökonomie ein Volumen von über 200 Milliarden Mark, wie eine Studie von Professor B. S. Frey, Zürich, ergeben hat. Dies entspricht 13 Prozent des Sozialprodukts. Daß in der Sowjetunion laut Schätzungen 20 Prozent der offiziellen Wirtschaft der Arbeit im verborgenen zuzuschreiben sind, zeigt, daß selbst östliche Planwirtschaften gegen illegale private Tätigkeiten nicht gefeit sind.

Gelegentlich wird die Sekundär-Ökonomie als eine natürliche und gesunde Reaktion auf eine überzogene Sozial- und Steuerpolitik angesehen. Und tatsächlich ist der Zusammenhang zwischen Höhe der Abgabenlast und dem Umfang der Schattenwirtschaft erstaunlich – abgesehen von der eher mentalitätsbedingten Ausnahme Italien.

Freys Untersuchung hat zu dem Ergebnis geführt, daß Schweden und Italien in bezug auf den Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttosozialprodukt den ersten Rang einnehmen – gefolgt von den Niederlanden, Norwegen, Frankreich. Die Bundesrepublik Deutschland steht im internationalen Vergleich an siebter Stelle.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Sparkassen sehen günstige Konjunkturaussichten

Bonn (rtr) – Die Aussichten für die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland beurteilt der Deutsche Sparkassen- und Giroverband günstig. Wie die Sparkassenorganisation in ihrem Konjunkturbericht feststellt, überwiegen die Chancen die Risiken. Zwar habe sich der Auftragseingang nach einer vorübergehenden Abschwächung im Frühjahr wieder merklich belebt, doch zeige die Produktion bis einschließlich August nur eine geringe Steigerung. Dem Sparkassenverband zufolge ist im Investitionsgütersektor ein Produktionsanstieg erst im vierten Quartal zu erwarten, weil aufgrund der Investitionsprogramme zahlreiche Projekte bis zum Jahresende abgewickelt werden müßten.

Mehr Ausbildungsverträge

Bonn (VWD) – Die Wirtschaft hat in diesem Jahr mehr Lehrstellen angeboten als erwartet. Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe haben bis zum 30. September 24 300 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen als bis zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Wie aus einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei den 69 Industrie- und Handelskammern hervorgeht, sind damit zu Beginn des laufenden Ausbildungsjahres 327 100 neue Lehrverträge bei den Kammern registriert worden. Das sind acht Prozent mehr als Ende September 1982.

Großhandelspreise gestiegen

Wiesbaden (rtr) – Der Anstieg der deutschen Großhandelspreise hat sich im September im Vorjahresvergleich beschleunigt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, erhöhten sich die Preise im Berichtsmonat gegenüber September 1982 um 0,9 Prozent, während im August nur ein Anstieg von 0,2 Prozent und im Juli sogar ein Rückgang um zwei Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat festgestellt worden war.

Relative Preisstabilität

Paris (J' Sch.) – Die Konsumentenpreise der westlichen Industriestaaten (OECD) stiegen im August wie schon im Juli um 0,4 Prozent. Auch im Jahresvergleich blieb die Inflationsrate mit 4,9 Prozent unverändert. Das OECD-Sekretariat führt dies auf die jüngste Befestigung der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel zurück. Bei den Industriegüterpreisen setzte sich aber die Entspannung fort. Der Anstieg der Energiepreise fiel schwächer aus als in den vorangegangenen vier Monaten. Unter den sieben größten Industriestaaten verbuchte im Jahresvergleich August (Juli) die geringste Inflationsrate Japan mit 1,2 (2,2), gefolgt von den USA mit 2,6 (2,4), der Bundesrepublik mit 3,0 (2,5), Großbritannien mit 4,6 (4,2), Kanada mit 5,5 (5,5), Frankreich mit 9,7 (9,4) und Italien mit 13,6 (15,3) Prozent.

Differenz verringert

Bonn (VWD) – Die bisherige Differenz von 1,2 Milliarden Mark zwischen Forderung und Angebot in Bezug auf die vom Bund verlangte Schuldbuchforderung im Zusammenhang mit der geplanten Stahlfusion von Krupp und Thyssen scheint in den letzten Tagen kleiner geworden zu sein. Wie am Mittwoch, einen Tag vor dem abschließenden Gespräch im Bundeswirtschaftsministerium verlautete, gilt es jetzt nicht mehr als ausgeschlossen, daß der Bundeswirtschaftsminister doch mehr als nur 300 Millionen Mark für diesen Zweck einräumen würde.

Neue Kreditverhandlungen

New York (dpa/VWD) – Argentinische Regierungs- und Notenbankvertreter verhandeln am Mittwoch in New York mit dem Lenkungsausschuß der ausländischen Gläubigerbanken über die Freigabe der ersten 500 Millionen Dollar eines Kredits von insgesamt 1,5 Milliarden Dollar für das hochverschuldete Land. Die Banken sträuben sich gegen die Freigabe der vereinbarten Kreditzahlungen, während Argentinien das Geld dringend benötigt, um 350 Millionen eines früheren Überbrückungskredits von 1,1 Milliarden Dollar zurückzahlen zu können.

Agiv auch in Stuttgart

Stuttgart (DW.) – Die als Holding in den Bereichen Bauwirtschaft, Energie, Maschinenbau, Verkehr und Vermögensverwaltung tätige AG für Industrie und Verkehrswesen (Agiv) geht mit 70 Millionen Mark alten Inhaberaktien aus der Kapitalerhöhung vom September 1983 jetzt auch an die Stuttgarter Börse. Die Aktien sind zum variablen Handel zugelassen.

KONJUNKTUR

Rückgang der Beschäftigung hat sich leicht verringert

PETER WEERTZ, Berlin

Seit Beginn dieses Jahres ist die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wieder leicht aufwärts gerichtet. Profitiert von dieser Aufwärtsentwicklung habe jedoch vorerst nur die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einem Zuwachs im ersten Halbjahr um 2,5 Prozent, während der Arbeitsmarkt stagniere.

Das Berliner Konjunkturforschungs-Institut warnt daher vor einem „voreiligen Optimismus". Es geht zwar davon aus, daß sich die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen wird. Zugleich rechnet es freilich auch tendenziell weiter mit einem Rückgang der Beschäftigten, der sich allerdings im zweiten Quartal dieses Jahres auf 110 000 Arbeitnehmer verringert hat. Im ersten Quartal hatte der Beschäftigtenrückgang noch 150 000 betragen. Positiv wertet das Berliner Institut die im Vergleich zum Vorjahr mit rund 470 000 um etwa 100 000 niedrigere Zahl der Kurzarbeiter.

Bei der Produktionssteigerung erwartet das Institut Impulse aus der Bauwirtschaft und der „investitionszulagebegünstigten" Investitionsgüterindustrie. Unverändert sei jedoch das Übergewicht der Produktivitätssteigerungen im Vergleich zu den neue Arbeitsplätze schaffenden Investitionen. Die Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer sind nach Angaben des Instituts auf der tariflich vorgezeichneten Linie geblieben. Sie lagen nach diesen Schätzungen im dritten Quartal um etwas mehr als drei Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

USA / Europäer kauften wertlose Immobilien – Die Hintermänner sind flüchtig

Antilopental war eine öde Steinwüste

H.-A. SIEBERT, Washington

Immer wieder fallen Europäer auf Immobilienschwindler in den USA herein. Seit Jahren schon prozessieren 500 Deutsche gegen die „Prefered Equity Corp.", die ihnen wertlose Wüstengrundstücke im Calvada-Tal westlich von Las Vegas verkauft hat. Bis jetzt haben sie keinen Cent der eingesetzten rund drei Millionen Dollar zurückerhalten.

Noch teurer kommt das blinde Vertrauen in reißerisches Werbematerial einer Gruppe zu stehen, die sich aus 6000 Holländern, Deutschen, Belgiern und Franzosen zusammensetzt. Sie sind der American Land Program Inc., Los Angeles, auf den Leim gegangen und zittern um 200 Millionen Dollar. Alle wollten durch Verlustabschreibungen Steuern sparen. Die kalifornische Regierung hat gegen den Präsidenten der Gesellschaft, Bernhard Whitney, und einen Niederländer namens Reink Kamer Anklage wegen „internationaler verbrecherischer Verschwörung und Wertpapierbetrug" erhoben. Kamer, der die Kapitalanteile der American Land Program vor allem in Holland anbot, ist flüchtig. Er lockte Investoren mit dem Hinweis an, er vertrete ein Konsortium von 93 Firmen in 15 Ländern.

Aufgedeckt hat den Skandal, der in den USA hohe Wellen schlägt, das FBI. Nach zweijähriger Überwachung verhaftete das Büro vergangene Woche Whitney. Der „Fall" ist typisch für die Arbeitsweise der Schwindelfirmen: Als Köder wurden bunte Immobilienprospekte mit kühnen, vielversprechenden Vorhaben benutzt; kein Anteilseigner im fernen Europa vergewisserte sich, ob sie auch realisiert werden. Grundstücke wurden weit über den Wert verkauft.

Statt des „International Centre" im gigantischen Wolkenkratzer-Look, das die American Land Program Inc. in Los Angeles zu besitzen vorgab, fanden die FBI-Beamten nur ein tiefes Loch. Im Antilopen-Tal bei Palmdale sollten vor zweieinhalb Jahren schon 10 000 Einfamilienhäuser für 60 000 bis 70 000 Dollar das Stück gebaut werden. Was das FBI entdeckte, war öde, wasserlose Steinwüste. Vergeblich war die Suche auch nach einem in den Mayflower Mountain bei Park City in Utah 1981 geplanten Skigebiet. Die kalifornische Staatsanwaltschaft ist davon überzeugt, daß das für fünf Millionen Dollar erworbene Gelände zum dreifachen Preis den Investoren angedreht wurde. Als falsch erwies sich das Versprechen, die Murray First Sparkasse in Salt Lake City garantiere das Engagement.

Whitney und Kamer haben 57mal gegen US-Gesetze verstoßen, verschwunden sind offensichtlich die 200 Millionen Dollar. Keiner der Investoren war amerikanischer Staatsbürger.

SÜDKOREA / Neue Investitionspolitik

Bonn will Exporte steigern

dpa, **Düsseldorf**

Nach Ansicht der Bundesregierung gibt es „erheblichen Spielraum" für eine Ausweitung der deutsch-südkoreanischen *Wirtschaftsbeziehungen*. Dies ist das Ergebnis eines Symposiums, das aus Anlaß der Aufnahme zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Korea vor 100 Jahren in Düsseldorf veranstaltet wurde. Ministerialdirigent Hans Schüßler vom Bundeswirtschaftsministerium bezeichnete dort vor allem eine Diversifizierung der beiderseitigen Exportgüter-Palette als „überaus wünschenswert". Bei Textilien und Lederwaren nähere sich der deutsche Markt der Sättigungsgrenze.

Koreas Maßnahmen zur Liberalisierung des Imports seien Schritte auf dem richtigen Weg, sagte Schüßler; die Bedingungen für ausländische Investitionen in Südkorea sollten aber noch günstiger gestaltet werden, um größere ausländische Aktivitäten und damit einen Import moderner Technologie zu ermöglichen. Die deutsche Wirtschaft hat nach Ansicht Schüßlers die ihr bisher in Südkorea gebotenen Chancen nicht ausgeschöpft. Die 69 Millionen Mark deutsche Direkt-Investitionen machen nach Darstellung Schüßlers nur 1,8 Prozent aller ausländischen Investitionen in Südkorea aus und liegen nur wenig über den 63 Millionen Mark, die Südkorea in der Bundesrepublik investiert hat.

Der Botschafter der Republik Korea, Song Kwang-Jung, hob die Bereitschaft seines Landes zu wachsender wirtschaftlicher Liberalität hervor. Eine Neuorientierung der Investitionspolitik sei im Gange. Dagegen gab Kim Chang Jin, Direktor der Koreanischen Händlervereinigung in Düsseldorf, zu verstehen, daß die Schwäche der eigenen Industrie, die noch nicht für weltweite Konkurrenz bereit sei, Probleme der Zahlungsbilanz und insbesondere die gewaltigen Kosten für die Erdöl-Importe eine im Prinzip angestrebte volle Liberalisierung der Importe in Korea noch nicht zuließen.

Auf Probleme, die aus dem wirtschaftlichen Wachstum in Südkorea für die Europäische Gemeinschaft entstehen können, die dem asiatischen Land bisher als Entwicklungsland Vorzugszölle einräumt, wies der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums hin.

Südkoreas wichtigste Handelspartner sind Japan und die USA. Die Bundesrepublik ist bei einem jährlichen *Volumen von insgesamt 3,2 Milliarden* Mark sechstwichtigster Handelspartner des Landes. Der Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und Südkorea hat sich in den vergangenen zehn Jahren verzehnfacht. Seit 1973 ist die Handelsbilanz für die Bundesrepublik negativ.

LONDONER BÖRSE / Zulassung von „Outsidern"

Mitglieder beschließen Reform

WILHELM FURLER, **London**

Eine lange Schlange fein gekleideter Herren zog sich am Dienstag durch die Londoner City. Rund 1000 Stockbroker und Börsenjobber kamen zur größten Mitgliederversammlung, die die Londoner Börse in diesem Jahrhundert erlebt hat. Sie hatten über Vorschläge zu entscheiden, die zur weitreichendsten Reform in der Geschichte der Stock Exchange führen werden.

Mit überwältigender Mehrheit stimmten die Börsenmitglieder (insgesamt sind es mehr als 4000) für eine solche Börsenreform. Sie umfaßt insbesondere die Zulassung sogenannter Outsider zum offiziellen Vertretungsorgan der britischen Wertpapierbörse, dem Börsenrat. Seine Mitglieder werden von der Allgemeinheit der Börsenmitglieder gewählt und sind unbezahlt.

Die Londoner Börse unterliegt keiner gesetzlichen Aufsicht. Deshalb sind aber die selbstgesetzten Regeln kaum weniger strikt. Diese Regeln für den Börsenhandel stellt in Großbritannien der Börsenrat auf, der außerdem in Fragen der Geschäftsgebarung entscheidet und Streitigkeiten regelt. Ein Kartellgerichtsverfahren gegen die Börse ist erst vor kurzem vom Ministerium für Handel und Industrie abgewendet worden mit der Auflage, daß die Börse einem Reformpaket zustimmt.

Zu dieser Reform zählt außerdem noch die Aufhebung der gegenwärtig bindenden Regel fester Mindest-Courtagen für Broker (Börsenmakler). Allerdings weist der Börsenvorstand bereits jetzt darauf hin, daß die schrittweise *Ablösung* der festgelegten Mindestcourtagen durch jeweils frei auszuhandelnde Kommissionen zu Lasten der kleineren Investoren gehen dürfte, die gegenüber den institutionellen Anlegern nicht über die notwendige Verhandlungsmacht verfügen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Heimbau *Beier GmbH & Co.; Hans Deissinger* Inh. d. Hans Deissinger, Kran- u. Stahlbau, Hurlach; **Berlin Charlottenburg:** Heinz Schwenk; Braunschweig: Nachl. d. Erna Straschitz geb. Book; **Darmstadt:** Nachl. d. Horst Wilhelm Gau; **Dortmund:** Horst Siebert, Kaufm., handelnd unter HeKra Farbspritzanlagen Heinz Kraemer; **Duisburg:** B. R. U. S. Mikrofilm Beratung Reproduktion u. Service Mikrofilm GmbH, Oberhausen 1; **Fürth:** Lutz Richter, Inh. d. Lutz Richter Maschinenbau, Eckental; Hoyer Guitars Vertriebs GmbH, Erlangen; **Hamburg:** KG i. J. A. Heinrich Dankers; WB Werkzeugbearbeitungsges. mbH früher Böttcher & Gessner GmbH; **Heidenheim/Brenz:** Peter Zander, *Königs*bronn, Inh. d. tele-shop Radio-Fernsehen Peter Zander; **Koblenz:** Zenzen-Brot GmbH & Co. KG; **Köln:** Nachl. d. Katharina Maria Christine Franck; *Malta GmbH; Ulrich Finger; Ulrich Fin*ger Ges. f. Industriemontagen u. Rohrleitungsbau mbH; **Lehrte:** Hans Schäfer Holz- u. Kunststoffbau GmbH u. Co. KG; **Lüneburg:** Willmsen GmbH & Co. KG Stahlbau; **München:** Thomas Pointvogel *GmbH; Thomas Pointvogel* GmbH & Co. Intern. Spedition u. Transporte KG; Weinhandlung Allwein & Allwein u. Co. Ges. f. Weingroß- u. -einzelhandel mbH; Korri-Musikinstrumente, Göhlert GmbH, Feldkirchen; SB-Schalungs- u. Betonbau GmbH; Nachl. d. Paul Matthias Stoeger; **Nürnberg:** Angela Hillebrecht-Ernst, Berching-Pollanten; **Pforzheim:** Nachl. d. Helmut Eugen Schmidt; **Weilheim:** Hannes Wild, Schreinermeister, Inh. e. Schreinerei i. Nurnau-Riedhausen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Siegburg: Herms Ges. f. Geschäfts- u. Einkaufscentren mbH, Hennef-Allner.

ISRAEL / Hamsterkäufe der besorgten Bevölkerung – Grundnahrungsmittel verteuert

Weitere Sparmaßnahmen erwartet

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Wie nach einer Heuschreckeninvasion sahen die Regale der israelischen Supermärkte am Dienstagnachmittag aus. Besorgte Hausfrauen hatten sich auf Wochen hinaus mit Fleisch, Fett, Zucker und ähnlichem eingedeckt. Sie wußten, daß am nächsten Tag alle Grundnahrungsmittel um 50 Prozent steigen würden. Das Kilogramm Gefrierhuhn beispielsweise von 4,84 Mark auf 7,25 Mark und Eier von 82 Pfennig per halbes Dutzend auf 1,23 Mark.

Für deutsche Begriffe mögen diese Preise niedrig sein. In Israel, wo die Löhne viel geringer sind, waren auch die alten Preise hoch. Die Verteuerung ist das Ergebnis einer Finanzreform, die die Regierung in einer nächtlichen Sitzung beschloß: die Herabsetzung der staatlichen Subvention für Grundnahrungsmittel wie Brot, Margarine, Öl, Eier, Rindfleisch und Geflügel. Diese Subventionen, die eigentlich den Bauern zugute kommen sollten, hatten sich im Laufe der Jahre so verwurzelt, daß sie die Gestehungskosten der Waren verzerrten. Das schwarze Standardbrot zum Beispiel wurde im Laden für *22 Pfennig verkauft, obwohl* seine Herstellung 61 Pfennig kostet.

Die *Kürzung* der Subventionen war dringend notwendig geworden, weil sich die finanzielle Lage einer Katastrophe näherte. Sie war nur eine von einer Reihe von einschneidenden Maßnahmen, darunter einer Abwertung der israelischen Landeswährung, des Schekel, um 23 Prozent. Dabei wird angenommen, daß im *Laufe der nächsten* paar Wochen weitere Abwertungen vielleicht in derselben Höhe folgen werden.

Die Regierung will damit die Einfuhren drosseln und die Exporte fördern. Das wird sich ganz besonders auf die Autofahrer auswirken, da Israel selbst keine Fahrzeuge produziert. Bislang kostet ein Wagen in Israel rund zweieinhalbmal soviel wie in Europa. Jetzt wird allein der Aufpreis bei Kleinwagen 4800 Mark betragen, bei größeren bis 16 000 Mark.

Der wichtigste Teil der Stabilisierungsmaßnahmen liegt jedoch bei der Lohnpolitik. In Israel besteht das System der „Indexierung". Das Zentralamt für Statistik schickt jeden Monat Dutzende von Prüfern aus, die das Preisniveau anhand einer sorgfältig ausgewählten Liste von Waren und Dienstleistungen feststellen. Zusammen ergeben diese Preise den monatlichen Lebenskostenindex. Steigt er – was seit Jahren fast immer der Fall ist –, so werden alle Arbeitnehmer durch eine Teuerungszulage zu ihrem Lohn oder Gehalt entschädigt.

Doch dieses System führt zu einer zunehmenden Inflation, denn die erhöhten Löhne schaffen eine größere Nachfrage nach Waren. Diese Waren verteuern sich und verursachen mittels des *Index höhere Löhne. Eine* Kette ohne Ende.

Um den Teufelskreis zu durchbrechen, sollen nun die Arbeitnehmer für die letzten Preissteigerungen nur teilweise entschädigt werden. Das heißt noch nicht, daß die Regierung diesen Beschluß auch durchsetzen kann. Der allgemeine Gewerkschaftsverband *„Histadrut" hat der Regierung* den Kampf gegen jedes Rütteln an der Teuerungszulage angesagt. Nächsten Sonntag will sie einen zweistündigen Warnstreik abhalten.

Dieser Kampf wird wahrscheinlich die nächsten drei Monate ausfüllen, erst dann wird die neue Teuerungszulage fällig. In der Zwischenzeit ist anzunehmen, *daß die Regierung* noch weitere Sparmaßnahmen beschließt, denn das Finanzministerium findet, die bisher beschlossenen seien nicht weitreichend genug. Auf jeden Fall werden die Israelis in den nächsten Monaten den Gürtel enger schnüren müssen. (SAD)

„DDR"-WIRTSCHAFT / Kontrollziffern erhöht

Mehr Effizienz angestrebt

PETER WEERTZ, **Berlin**

Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit vor allem der Betriebe zu erhöhen, ist ein altes Ziel der Planer in der „DDR". Die neuen außenwirtschaftlichen Belastungen, besonders die Verteuerung der Rohstoffe und der Energieträger, zwingen seit Beginn der 80er Jahre Ost-Berlin zur Verbesserung der wirtschaftlichen Mechanismen.

Mit diesen Vorgängen hat sich jetzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (*DIW*) in einer *Analyse* befaßt. Es spricht zu Recht von einer Flut gesetzlicher Neuregelungen, die seit Anfang 1982 erlassen wurden. Aufgrund der Rohstoff-, Devisen- und Energieknappheit soll mehr wirtschaftliches Wachstum mit konstantem oder sogar geringerem Materialeinsatz und stagnierenden Investitionen erreicht werden. Außerdem versuche Ost-Berlin, so das Berliner Institut, das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis unter dem Leitthema „konsequente Intensivierung" grundlegend zu verbessern. Freilich geht es bei dieser Vielzahl von Neuregelungen nach Ansicht des Instituts darum, die Wirtschaftlichkeit der Kombinate in Produktion, Forschung und Entwicklung zu verbessern sowie deren Machtzuwachs zu begrenzen.

Im Rahmen der Neuregelung wurden nach Angaben des Instituts die planwirtschaftlichen Kenn- und Kontrollziffern von früher 47 auf jetzt 80 erhöht. Dabei werden Kennziffern für die Produktions- und Leistungsziele (Planerfüllung und Export), den Ressourceneinsatz und zulässigen Aufwand (Material, Arbeitskräfte, Lohnfonds und Investitionen), die Effizienzanforderungen (Arbeitsproduktivität, Exportrentabilität oder Auslastungsquote der Anlagen) und die ökonomische Stimulierung (Prämienfonds) unterschieden. Verkürzt läßt sich sagen, es geht nicht mehr länger nur um Planerfüllung und Bruttoproduktion, sondern vielmehr auch um Nettoproduktion (minus *Aufwand*), *Rentabilität* und Produktivität. Darüber hinaus sollen Prämien zur Mehrleistung anregen.

Die Schwierigkeiten für die qualitativen Kennziffern liegen im System der Planwirtschaft, die überwiegend mit Plan-Ist-Vergleichen arbeitet. Denn der Plan ist nicht immer das objektiv Erreichbare. „Erfahrungsgemäß neigen die Betriebe dazu, Leistungsreserven zurückzuhalten", meint das Institut. Deshalb verlangen die Planer häufig die Übererfüllung der Wirtschaftspläne.

Hinzu kommt, wie das Institut vermerkt, daß das Preissystem in der Planwirtschaft lückenhaft ist und die Produktionspläne vielfach nicht dem Bedarf entsprechen.

Die Baukonjunktur kommt nicht voran

GISELA REINERS, **Bonn**

Die Baukonjunktur kommt nicht so recht vom Fleck. Während sich der Wohnungsbau noch einigermaßen positiv entwickelt, herrscht Flaute in den übrigen *Sparten*. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) meldet für den September, daß sich die Geschäftslage im Vergleich zum Vormonat „nur wenig" verändert habe und daß die Mitgliedsfirmen auch für die kommenden Monate nicht mit einer wesentlichen Verbesserung ihrer Situation rechnen.

Der ZDB berichtet von einer gespaltenen Baukonjunktur. Während die Unternehmen, die vorwiegend im Wohnungsbau engagiert sind, sich überwiegend zufrieden zeigen, äußern sich Betriebe, die von öffentlichen Aufträgen abhängig sind, mit gegenteiliger Einschätzung.

Mit „vereinzelten Ausnahmen" im Wohnungs- und Gewerbebau ging die Nachfrage nach Bauleistungen im September zurück. Das Produktionsniveau lag im Durchschnitt allerdings wieder höher als im Vormonat.

Die Reichweite der Aufträge ging im Hoch-, Tief- und Straßenbau leicht zurück. Nur im Wohnungsbau gelten die *Bestände als ausreichend. Der* durchschnittliche Auslastungsgrad lag bei 66 Prozent (Hochbau) und 50 (Tiefbau).

ARBEITSMARKT / OECD untersuchte Wandel in der Beschäftigungsstruktur

Dienstleistungssektor weitet sich aus

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Beschäftigungsstruktur der westlichen *Industriestaaten (OECD)* hat sich im Verlauf der letzten zehn Jahre sehr wesentlich verändert. Der Trend verlief generell vom primären über den sekundären zum tertiären Sektor, das heißt zum Handel, den Banken sowie dem privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor. Die Belegschaft dieses Sektors stieg um 27 *Prozent* bei einem Wachstum der Gesamtbevölkerung von neun Prozent. Von 100 Arbeitnehmern sind inzwischen 57 im tertiären Bereich tätig gegenüber 33 in der Industrie und zehn in der *Landwirtschaft*.

Die „Landflucht" und die relative „Desindustrialisierung" dürften nach Ansicht des OECD-Sekretariats weitere Fortschritte machen, ebenso wie die Beschäftigung von Frauen. Während die Beschäftigungsquote der männlichen Bevölkerung zurückgeht, ist die der Frauen – nicht zuletzt wegen der Expansion des Dienstleistungssektors –, weiter gestiegen.

Allerdings ist die Frauenarbeit in den einzelnen OECD-Staaten sehr unterschiedlich. Am weitesten fort*geschritten ist sie in den skandinavi*schen Ländern, wo sie schon fast das Niveau der männlichen Arbeitskräfte erreicht. Am niedrigsten ist sie in Spanien und Italien, jedoch ist in diesen Ländern die nicht erfaßte Schwarzarbeit der Frauen besonders stark verbreitet, heißt es in dem OECD-Bericht. Die Bundesrepublik nimmt eine mittlere Stellung ein.

Die Bevölkerung der OECD-Zone im arbeitsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) hat sich nach den Erhebungen des OECD-Sekretariats in den zehn Jahren bis 1981 um 57 Millionen erhöht. Aber die Zahl der Beschäftigten und der Arbeitssuchenden ist nur um 46 Millionen gestiegen. Dieses „Defizit" geht aber ausschließlich zu *Lasten Westeuropas, wo die aktive* Bevölkerung um 12, die arbeitsfähige aber um 22 Millionen zunahm. In den USA lag das Verhältnis mit 24:23 Millionen umgekehrt.

Auch beim Arbeitslosenvergleich schneidet Europa sehr schlecht ab. Mit einem Zehnjahreszuwachs von neun Millionen Personen gegenüber nur drei Millionen in den USA, obwohl beide Regionen 1971 mit fünf Millionen Beschäftigungslosen die gleiche Ausgangsbasis hatten. Diese Abweichungen erklären sich vor allem aus der unterschiedlichen Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit, die in den meisten europäischen Ländern so wie in Japan sehr stark zugenommen hat, während sie in den Vereinigten Staaten und in Australien zurückging.

SYSTEMS 83 / Prinzip Überschaubarkeit

Mit dem Markt gewachsen

DANKWARD SEITZ, **München**

Immer mehr wird die Informationstechnik zum Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit und Erfolg. Der dadurch ausgelöste Umdenkungsprozeß läuft mit der Tatsache einher, daß die großen Datenverarbeitungs-Anwendungen der 70er Jahre technisch und organisatorisch veralten. Doch mit der wachsenden Nachfrage ist auch das Angebot der Hersteller unüberschaubar geworden. Sprunghaft, mit jährlichen Zuwachsraten um die 30-Prozent-Marke, ist dieser Markt im letzten Jahrzehnt gewachsen.

In diesem Jahr wird nach einer Analyse der Frankfurter Beratungsgesellschaft Diebold weltweit erstmals ein Umsatzvolumen von 1000 Mrd. DM überschritten. Davon entfallen etwa 30 Prozent auf Europa und 8 Prozent auf die Bundesrepublik. Und jährlich wächst dieser Markt bis 1990 nach Schätzungen von Diebold um durchschnittlich 7,5 bis 10 Prozent.

Dadurch wird der Stellenwert, wie der Hauptgeschäftsführer der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft, Werner Marzin, vor der Presse ausführte, der „Systems 83 – 8. Internationale Fachmesse und Internationaler Anwender-Kongreß" erst deutlich. Vom 17. bis 21. Oktober wird diese inzwischen „bedeutendste Fachmesse ihrer Art in Europa" ihre Tore öffnen. 962 Aussteller werden auf einer Ausstellungsfläche von 80 000 m² alle Bereiche der Kommunikationstechnik und der Computeranwendung präsentieren, „ohne", so Marzin, „den Besuchern ein unüberschaubares Konglomerat zu bieten".

Die wachsende Bedeutung dieser Messe führte Marzin auf die Marktentwicklung zurück. So kamen zur ersten Systems 1971 lediglich 168 Aussteller und 7500 Besucher. Bei der letzten, 1981, waren es bereits 660 Aussteller und 44 000 Besucher.

STEILMANN / Mit Damenmode nur Gewinn gemacht

Der Branche immer voraus

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Immer Gewinne, Bankkredite nur für Saisonspitzen, ein *lastenfreies* Anlagevermögen der 23 Inlandsbetriebe mit ihren 4274 Beschäftigten. Mit solchen stolzen Aussagen erinnert die Klaus Steilmann GmbH &Co. KG, Bochum, zum nahen Ausklang des Geschäftsjahres 1983 an ihre 25 Jahre zurückliegende Gründung, als der damals 29jährige Klaus Steilmann in einem Pachtbetrieb mit 40 Näherinnen und 40 000 PM Eigenkapital die Produktion von Damenmänteln begann. *Im stetigen Auf*stieg wurde daraus eine Gruppe, die nebst Beteiligungen in Deutschland und Österreich derzeit 6017 feste Mitarbeiter hat und die sich seit Jahren schon als größter DOB-Produzent Europas sieht.

Der Aufwärtskurs, von Steilmann oft und selbstbewußt als „unabhängig vom Trend der Branche" beschrieben, geht auch 1983 weiter. Die Stammfirma erwartet einen Umsatz von 520 (4881 Mill. DM (davon 1982 rund 38 Prozent Export), der Gruppenumsatz soll noch etwas schneller auf 860 (799) Mill. DM wachsen. An der Produktion aller deutschen DOB-Unternehmen sei man mittweile mit 10 Prozent beteiligt, am deutschen Marktvolumen freilich wegen des hohen eigenen Exportanteils *und* wegen der bedeutenden Direktimporte des Handels nur mit 6 Prozent nach Wert und 7,5 Prozent nach Menge. Ihre höchsten Marktanteile rechnet sich die Gruppe mit 10 Prozent bei Mänteln, Jacken und Kostümen aus, bei *Kleidern* seien es gut 5 Prozent, bei Blusen, Hosen und Röcken „noch" unter 5 Prozent.

Steilmann bescheinigt sich mit diesem Aufstieg eine „ungewöhnlich positive Entwicklung in dem immer sch! wieriger gewordenen kaufkraftabhängigen Markt der Damenmode". Ihr Erfolgsgeheimnis sieht die Gruppe in der Kombination von Mode-Leistung, „äußerst rationeller" Fertigung und hoher Flexibilität in der Produktentwicklung.

DRITTE WELT / Kein Ende der Wirtschaftsprobleme

Globale Lösungen gefordert

rtr, **New York**

Ein anhaltender weltweiter Wirtschaftsaufschwung ist langfristig nirgendwo in Sicht, wenngleich es in einigen entwickelten Ländern eine Verbesserung gegeben haben könnte. Diese Einschätzung gaben die Au*ßenminister von* 126 Entwicklungsländern am Dienstag nach dreitägigen Gesprächen unter der Schirmherrschaft der vor 20 Jahren gegründeten Gruppe der 77. In einer Deklaration der Außenminister heißt es weiter, die gegenwärtigen Bedingungen, die schlimmsten seit 50 Jahren, seien vor allem Folge von unzurei*chenden* Strukturanpassungen in praktisch allen Bereichen des Wirtschaftssystems. Wenn es hier nicht bald Lösungen gebe, dann werde sich die Krise nicht nur verschlimmern, sondern den Weltfrieden und die Stabilität ernsthaft gefährden.

Mexikos Chefdelegierter bei den Vereinten Nationen, Profirio Munoz Ledo, der die Deklaration der Presse vorstellte und für die nächsten zwölf Monate zum Vertreter der Gruppe der 77 gewählt wurde, sagte: „Wir suchen nicht die Konfrontation, wir suchen Lösungen." Die Minister der Gruppe 77 erklärten, die Entwicklung in vielen armen Ländern sei praktisch zum Stillstand gekommen. Sie seien zutiefst beunruhigt über den „harten Anpassungsprozeß", der den Entwicklungsländern auferlegt werde.

In der Deklaration wird ferner auf die stark schwankenden Rohstoffpreise, wachsenden Protektionismus und die Last der Auslandsschulden hingewiesen. In dem zwölfseitigen Papier bekräftigen die Minister, daß der globale und strukturelle Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise weltweite Lösungen erfordere. Sie betonten, daß es ohne eine Neustrukturierung des Weltwirtschaftssystems keinen anhaltenden und dauerhaften Aufschwung geben könne.

NAMEN

Herbert Grillo, Inhaber der Wilhelm Grillo Handelsgesellschaft, Duisburg und Ehrenvorsitzender des Verein Deutscher Metallhändler e. V., Wiesbaden, ist im Alter von 77 Jahren gestorben.

Dr. Friedrich-Edmund Horstmann, Vorstandsmitglied der Magdeburger Versicherungs-Gesellschaften, scheidet am 31. Oktober 1983 aus den Vorständen der Magdeburger Feuerversicherungs-AG, der Magdeburger Allgemeine Lebens- und Rentenversicherungs-AG und der Magdeburger Hagelversicherungs AG im guten gegenseitigen Einvernehmen aus.

Gerhard Kloppsteck, Seniorchef der Heinrich Berndes GmbH, Arnsberg, vollendete am 12. Oktober das 70. Lebensjahr.

Wilhelm Röpke, Unternehmer und bis 1974 Leiter der Westfälischen Metall Industrie KG Hueck & Co., Lippstadt, ist am 11. Oktober im 85. Lebensjahr gestorben.



DAIMLER-BENZ

Händler aus den USA in Berlin

Wz. Berlin

Zum Händlertreffen der Tochtergesellschaft Mercedes-Benz of North America kamen mehr als 400 amerikanische Händler nach Berlin. Anlaß ist die Einführung der neuen Kompaktklasse der Daimler-Benz AG in den nordamerikanischen Markt, dem größten Automarkt der Welt. Offensichtlich ist das Interesse der Importeure aus den USA für die neue Kompaktklasse besonders groß; denn fast 95 Prozent der Händler, die in den USA die Automarke Mercedes-Benz vertreiben, sind in Berlin vertreten. Für Walter Bodack, Präsident der Mercedes-Benz of America, sind die Vereinigten Staaten ein Markt der Zukunft und die Exporte dorthin zugleich „ein Schlüssel für die zukünftigen Erfolge" des Unternehmens.

Wie der Marketing-Chef für den amerikanischen Markt, Hans Jordan, mitteilte, will die US-Tochtergesellschaft in diesem Jahr rund 70 000 Personenkraftwagen in den USA verkaufen, im Vorjahr waren es rund 66 000. Zur Zeit profitiert Mercedes-Benz of North America vom Aufwind nach der Energiekrise, die in den USA als überwunden gilt. Mit der gegenwärtigen Marktposition in den USA ist Jordan zwar nicht unzufrieden, sie lasse sich aber weiter ausbauen. Jordan setzt dabei auf das erweiterte Angebot, das auf 5 Benzintypen (bisher nur 3) bei unverändert 5 Dieseltypen aufgestockt wurde.

LÜLF

Umsatz steigt, Rendite verfällt

hdt. Bielefeld

Trotz starken Preisdrucks, ausgelöst vor allem durch den marktbeherrschenden Hauptwettbewerber, konnte die Münsterländische Margarine Werke J. Lülf GmbH, Rosendahl-Osterwick, ihren Gesamtumsatz 1983 um fast 8 Prozent auf 95 (88) Mill. DM steigern. Die Umsatzeinbußen des Vorjahres wurden dadurch mehr als ausgeglichen. Das mittelständische Familienunternehmen hielt damit seinen Marktanteil von rund 5 Prozent am deutschen Margarinemarkt.

Die verstärkte Rolle weißer Produkte auch in diesem Lebensmittelsegment zwang zu mehr Aktivitäten in diesem Bereich. Ferdinand Lülf, geschäftsführender Gesellschafter, rechnet auch für die Zukunft mit einer Aufwärtsentwicklung dieser preisgünstigen Angebote und zieht daraus Konsequenzen: „Man muß hier mitmachen, wenn man im Markt bleiben will." Auswirkungen auf die Rendite sind dabei aber nicht zu vermeiden. Sie liegt nach eigenen Angaben derzeit nur noch knapp über 1 Prozent, im Vorjahr wurden noch 1,8 Prozent genannt.

Eine positive Entwicklung des Molkereisektors im letzten Jahr hat auch 1983 den leichten Umsatzrückgang bei Margarine mehr als ausgleichen können. Preisbereinigt wird für das laufende Jahr ein Umsatz von 98 Mill. DM erwartet.

TELEFUNKEN / Heftige Kritik am Selbstbeschränkungsabkommen mit Japan

Weiterhin optimistisch für 1983

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH., Hannover, die seit April 1983 zur französischen Thomson-Brandt-Gruppe gehört, geht unverändert davon aus, noch im laufenden Jahr die Gewinnzone zu erreichen. Zwar werden nach den Worten von Telefunken-Vorstandschef Josef A. Stoffels noch erhebliche Belastungen aus dem Ausland wirksam, weil die alten Verträge mit der früheren Mutter AEG erst Ende 1983 auslaufen. Das Inlandsgeschäft laufe aber so gut, daß die im Ausland anfallenden Verluste „mit großer Wahrscheinlichkeit" ausgeglichen werden.

Zufrieden ist Stoffels mit der aktuellen Geschäftsentwicklung. Telefunken gehe davon aus, daß der im ersten Halbjahr erreichte Umsatzzuwachs von 5 Prozent über das gesamte Jahr hinweg gehalten werden kann. Dies entspräche einem Umsatz von rund 1,2 Mrd. DM. Entscheidende Bedeutung komme allerdings dem Geschäftsverlauf in den beiden letzten Monaten zu. Stoffels beziffert den Marktanteil von Telefunken quer durch die Produktpalette auf rund 10 Prozent. Lediglich bei HiFi-Geräten liege die Quote mit 5 bis 6 Prozent niedriger.

Weiter verringert hat Telefunken seit der Übernahme durch Thomson-Brandt die Belegschaft. Derzeit werden in Hannover, Celle und Braunschweig noch 3350 Mitarbeiter beschäftigt gegenüber 3600 im April. Sorgen bereitet der Absatzeinbruch in Frankreich. Stoffels will nicht ausschließen, daß es in diesem Zusammenhang gegen Jahresende im Werk Celle zu Kurzarbeit kommt.

Massive Kritik äußert Stoffels an dem Selbstbeschränkungsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Japan auf dem Gebiet der Videorecorder. Nach seiner Einschätzung ist das Abkommen einzig und allein zugeschnitten auf die beiden Hersteller Grundig und Philips. Andere Videogeräte-Produzenten seien von der Brüsseler Behörde vor Inkrafttreten des Abkommens nicht angehört worden. Stoffels: „Nicht der Markt oder der Verbraucher wird geschützt, sondern ausschließlich ein System."

Die Mindestpreisregelung, so der Telefunken-Chef, verteuere das japanische Gerät um 300 bis 400 DM. Für die Berliner Videogerätefabrik J2T, an der Telefunken mit einem Drittel beteiligt ist, habe das Abkommen fatale Auswirkungen. Statt der geplanten Produktion von 900 000 Geräten können jährlich nur 400 000 hergestellt werden, weil die Japaner nicht genügend Laufwerke liefern dürfen. Entsprechend würden lediglich 450 statt der vorgesehenen 900 Mitarbeiter beschäftigt. Der Vorwurf des einseitigen Schutzes erhärte sich noch angesichts der erklärten Absicht von Grundig und Philips, die Produktion von VHS-Videogeräten aufzunehmen.

Noch nicht endgültig festgelegt ist der weitere Weg von Telefunken innerhalb der Thomson-Brandt-Gruppe. Zur Zeit sei es völlig offen, „wo was hergestellt wird". Derzeit müsse auch Telefunken gegenüber den deutschen Schwestergesellschaften (Nordmende, Saba) die Konkurrenzfähigkeit „täglich neu unter Beweis stellen".

Konkrete Beschlüsse zu Produktionsverlagerungen gebe es noch nicht. Dies schließe aber eine bessere „Koordinierung" der deutschen Thomson-Brandt-Töchter nicht aus. Anfang kommenden Jahres werde die jetzige Telefunken in eine Vertriebs- und eine Produktionsgesellschaft getrennt, wobei die Produktionsgesellschaft entsprechend der Konzernstrategie einen neuen Namen erhalten und als Tochter der Telefunken-Vertriebsgesellschaft weitergeführt wird. Schwierigkeiten bereite dabei die 25-Prozent-Beteiligung von AEG.

Unberechtigt ist nach Ansicht von Stoffels die Untersagung des neuen Agentursystems durch das Bundeskartellamt, nachdem die beanstandeten Passagen des früheren Partner-Systems geändert wurden. Bis zur Entscheidung des Kammergerichts bleibe aber genügend Zeit, um notfalls weitere „neue Ideen" zu entwikkeln.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

AG „Weser" soll schließen

Bremen (un.) – Die Werft AG „Weser" in Bremen-Gröpelingen soll zum Jahresende schließen. Einen entsprechenden Vorschlag will der Werftvorstand dem Aufsichtsrat auf einer außerordentlichen Sitzung am Samstag unterbreiten. Damit verlieren über 2000 Werftarbeiter ihren Arbeitsplatz. Weil die geplante Verschmelzung großer Schiffbaubetriebe noch nicht gesichert ist, hat möglicherweise niemand von ihnen eine Chance, auf einer anderen Schiffbaustätte unterzukommen. Deshalb hoffen die AG-„Weser"-Mitarbeiter auf einen Sozialplan, der mit Hilfe der Landesregierung aufgestellt werden soll.

Mayer will übernehmen

Stuttgart (nl.) – Das Schuhhandelsunternehmen Mayer-Schuh GmbH, Bad Ditzenbach, hat den etwa 300 Mitarbeitern der in Liquidation gegangenen WM-Sport-Handelskette, die 46 Sport-Einzelhandelsgeschäfte umfaßt, die Übernahme angeboten. Mayer, der bis vor einigen Monaten als Drittelteilhaber bei WM-Sport ausgeschieden war, will eine neue Vertriebskonzeption für Sportartikel verwirklichen.

Thyssen-Werk übernommen

Remscheid (dpa/VWD) – Die Joh. Vaillant GmbH und Co. in Remscheid, Hersteller von Geräten für Heizung, Regelung und Warmwasserbereitung, hat seit 1. Oktober die Fertigung von Gußheizkesseln in eigener Regie übernommen. Die Anlagen werden im früheren Rheinstahl-Werk Hilden produziert, das von der Thyssen Schalker Verein GmbH auf Vaillant überging. Die 170 Beschäftigten wurden übernommen. Die Gußglieder für Vaillant-Kessel kommen auch künftig aus der Gießerei des Schalker Vereins, die nach Gelsenkirchen verlegt wird. Mit der Eigenfertigung wird eine Kooperation beider Unternehmen abgelöst, in der über 500 000 Gußheizkessel produziert wurden.

Telefon-Großauftrag für SEL

Stuttgart (nl.) – Die Deutsche Bundespost hat der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, einen Auftrag zur Lieferung von 27 000 Familientelefonanlagen erteilt. Bei diesem Auftrag, dessen Wert in zweistelliger Millionenhöhe liegt, handelt es sich nach SEL-Angaben um einen der größten Postaufträge für Nebenstellenanlagen, die das Unternehmen bisher habe gewinnen können.

Guter Jahrgang

Stuttgart (nl.) – Die württembergischen Weingärtner-Genossenschaften rechnen für das Erntejahr 1983 mit einer Erfassung von etwa 109 Mill. Liter Wein, das wären immerhin noch 70 Prozent des Rekordjahrganges 1982. Die reichliche Ernte des Vorjahres habe inzwischen zu einer Preisrücknahme zwischen 10 und 20 Prozent geführt. Trotz starken Konkurrenzkampfes auf dem Markt haben die württembergischen Winzergenossenschaften im Wirtschaftsjahr 1982/83 (30. 9.) dem Weinabsatz um 18 Prozent auf 65 (Vorjahr: 55) Mill. Liter gesteigert.

Aktien überwiegend nachgebend

Käuferzurückhaltung wegen der Zuspitzung am Persischen Golf

DW. – Die Mittwochsbörse stand unter negativem Vorzeichen. Die Drohung der Iraner, die Straße von Hormuz zu blockieren, ließ nicht nur den Dollar steigen, sondern führte am Aktienmarkt zu weiteren Gewinnmitnahmen der Börsenkulisse. Wegen der Käuferzurückhaltung waren sie nur zu nachgebenden Notierungen möglich. Im Gegensatz zur New Yorker Börse kam es jedoch nirgends zu Kurseinbrüchen. In der Hauptsache deshalb nicht, weil die Meinung vorherrscht, daß sich die politischen Belastungen schon bald wieder verflüchtigen werden und danach die Kurserholung am deutschen Aktienmarkt wieder Fortschritte machen wird.

Die größten Tageseinbußen ergaben sich in solchen Papieren, die vorher von spekulativen Käufen profitiert hatten. Dazu zählten vor allem Hoesch-Aktien, die um 3 DM auf 97 DM zurückgenommen wurden. Unter Druck auch MAN-Stämme, wo der Kurs um 3 DM auf 135,50 DM fiel. Die offen ausgebrochenen Meinungsverschiedenheiten über den Weg zur Sanierung von MAN trugen zur Schwächetendenz zusätzlich bei. Linde gaben um 8 DM auf 392 DM nach. Nachfrage weiterhin nach Horten, wo der Kurs sogar leicht anzog. Aachen-Münchner-Beteiligung erreichten mit 900 DM (plus 10 DM) einen neuen Jahreshöchststand. Bankaktien gaben bis zu 2,50 DM nach, Commerzbank-Restquoten wurden spürbar heraufgesetzt.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt schlossen mit 255 DM (plus 5 DM) und Balcke Dürr mit 152,50 DM (plus 4,50 DM). Rhenag erhöhten um 8 DM auf 328 DM und Stahlw. Bochum um 5 DM auf 180 DM. Nachgeben mußten Didier um 4,90 DM auf 150 DM und Küppersbusch um 7 DM auf 240 DM.

Frankfurt: Bei Nebenwerten konnten sich Adt bei Plusankündigung um 9 DM auf 155 DM, Pittler ebenfalls bei Plusankündigung um 4 DM auf 61 DM sowie VGT um 10,20 DM auf 100 DM verbessern. Commerzbank-Restquoten wurden bei doppelter Minusankündigung um 3 DM auf 17 DM zurückgenommen.

Hamburg: Bei den Versorgungswerten waren HEW bei 102,50 DM (minus 1,50 DM), NWK Vorz. bei 167,50 DM (plus 0,50 DM). Conti Gummi verloren 1 DM, Phoenix Gummi 0,90 DM. DOAG-Warenhandel ging zu 245 DM (minus 3 DM) um.

München: Audi NSU erhöhten um 1 DM auf 262 DM und Gehe AG um 5 DM auf 230 DM. Nachgeben mußten Brauhaus Amberg auf 750 DM und Flachglas AG auf 298,50 DM. Hutschenreuther verminderten um 3 DM auf 242 DM.

Berlin: DeTeWe konnten sich um 2 DM und Berliner Kindl um 2,50 DM verbessern. Herlitz Vorzüge bröckelten um 1 DM. Rheinmetall lagen um 2 DM niedriger, Schering wurden um 2,50 DM, Berthold um 3 DM und Herlitz Stämme um 4 DM zurückgenommen.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze · Inlandszertifikate

	12.10.	11.10.		12.10.	11.10.		12.10.	11.10.
H AachM Beteil. 9	890	889	Hn Brsch. Jute *0	74G	75G	M En. Ostb. 5	308G	308bG
H Aach. M. Vers. 6+1	330	340	H Breitenb.-C. *28	510G	510G	H Elkraft 0	48G	48G
D Aach. Rück. 9+7,5	1330	1400	H Br. Straßb. *0	520G	500G	B Engelhardt 7	246G	246G
D Aseag *4	165G	166bG	H Br. Vulkan 0	39,6	40,9	D Enka 2,67	150	149
M Ack-Gögg 0	108bG	108bG	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	121	118G	M Erlus 10	456G	450G
H Adca 0	127	127,5	F BBC 6	226,5	228	M Erste Kulmb. 8	845G	845G
D Adler 9	291G	291G	S BSU Textil %28	1300G	1300G	S esbi *0	19bB	18,5
F Adt AG 4	155	146	D Buckau-W. 0	113G	113G	S Essl. Masch. *10	530G	530G
F AEG-Telef. 0	81,7	83	D Buderus *12	446G	445G	M Esterer **10	540B	540G
D AEG-Kabel 7,5	255T	250bG	M Bgl. Br. Ing. *11+1	750G	750G	D Farb. Liqu. RM 0	11	10,95
S Aesculap 8	305	317	S Bgl. Brh. Rav. *0	345G	345G	F Flachglas 8	300	301
F AGAB 5	132,5	132,5	S Calw D. **18	685TB	695G	D Ford *0	1100T	1100T
D Agrippina *7	590G	590G	F Cassella *7	510	515,1	B Forst Ebn. *4	1920G	1920G
M Agrob *0	358	365bB	F Ceag 0	111,5	111,5	M Fr. Obld.W. 5	305G	305G

	12.10.	11.10.
H Holsten-Br. 6	269	271
F Holzmann 10	420	422
D Horten 0	164	163,8
B Hw. Kayser *12	268B	268B
D Hussel 7	265	266
D Huta Heg. 0	106G	107,5
M Hutschenr. 9	242bG	245
H Hypo Hbg. 10+2,5	428G	428G
D IKB 7	198	198
S IWKA 0	155	157,5
M Isar-Amper 6	321bG	328
D Isenbeck *9,5	305T	308
H Jacobsen *8	615	615G

Ausland

New York	11.10.	10.10.		11.10.	10.10.
Deere	37,125	37,875	PanAm World	7,375	7,625
Delta Airlines	36,25	37	Pfizer	43	43,75
Digital Equipm.	105,125	105,375	Phibro	51	31,625
Dow Chemical	37,375	38,375	Philips Petroleum	54,375	35,50
Du Pont	52,75	52,50	Philip Morris	48,75	69,875
Eastern Gas-Fuel	25	25,25	Pittston	17,25	17,375
Eastman Kodak	71,75	72,75	Polaroid	34,375	35,125
Exxon	38,25	38,25	Prime Computer	16,875	17,50
Fabergé	23,375	23,625	Procter & Gamble	59,25	59,25
Firestone	20,875	21	RCA	33,75	34,75
Fluor	18,375	19,375	Revlon	35,255	33,625
Ford	65,875	67,75	Reynolds Ind.	59,50	60
Foster Wheeler	16,50	16,75	Rockwell Int.	29,875	30
Fruehauf	45	45,375	Rorer Group	27,25	27,50
GAF Corp.	14,875	14,875	Schlumberger	54,375	56,375
General Dynamics	55,625	57	Sears, Roebuck	40	40,50
General Electric	54	56	Shell Oil	43,375	44

Toronto	11.10.	10.10.
Bell Canada	29,75	
Bluesky Oil	4,40	
Bow Valley	25,875	
Brenda Mines	17,50	
Brunswick M. & Sm.	17,625	
Cdn. Imperial Bk.	31,125	
Cdn. Pacific Ltd.	50,625	
Cdn. Pacif. Enterpr.	23,50	
Cominco	59,125	
Coseco Res.	4	
Denison Mines	44,50	
Dome Petroleum	4,95	
Domtar	27,625	
Falconbridge Nickel	76,75	
Great Lakes Paper	86,50	
Gulf Canada	18,50	
Gulfstream Res.	1,13	Geschlossen

London	12.10.	11.10.
Barclays Bank	447	449
Beecham	308	313
Bowater	202	202
B. A. T. Industries	147	–
Br. Leyland	63	61
British Petroleum	432	430
Burmah Oil	160	161
Cadbury Schweppes	108	–
Charter Cons.	231	231
Cons. Gold. Fields	537	537
Cons. Murchison	–	455
Courtaulds	93	93
De Beers $	8,5	8,22
Distillers	212	213
Driefontein $	32,87	32,37
Dunlop	53	53

Mailand	12.10.	11.10.
Lepetit St.	26100	26150
Magneti Marelli	847	850
Mediobanca	63180	64020
Mondadori	2500	2540
Montedison	195	194
Olivetti Vz.	3195	3221
dgl. St.	3192	3250
Pirelli SpA	1505	1515
Rinascente	324	330
RAS	139500	141100
S. A. I.	11550	11990
SIP	1429	1490
Snia Viscosa	1140	1145
STET	1729	1740
Index	–	198,15

Wien	12.10.	11.10.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	212	211
Gösser-Brauerei	324	320
Länderbank Vz.	211	212
Österr. Brau AG	299	299
Perlmooser	342	342
Reininghaus	376	379
Schwechater Br.	184	178
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	150	150
Universale HochTief	–	224
Veitscher Magnesit	207	208
Index	54,73	54,82

Tokio	12.10.	11.10.
Tokyo Marine	510	510
Tokyo El. Power	1100	1100
Toray	420	424
Toyota Motor	1290	1280
Index	897,47	–

Kopenhagen	12.10.	11.10.
Den Danske Bank	271	268
Jyske Bank	590	540
Kopenh. Handelsbk.	254	241
Novo Industri	3255	3230
Privatbanken	270	261
Ostasiat. Komp.	169	158
Dan. Sukkerfabr.	740	715
For. Bryggerier St.	1120	1120
Kgl. Porz. Fabr.	380	370

Brüssel	12.10.	11.10.
Arbed	1340	1320
Brux. Lambert	2400	2350
Cockerill Ougrée	175	175
Ebes	2265	2280
Gevaert	2450	2450
Kredietbank	4300	4250
Pétrofina	5710	5710
Soc. Gén. d. Belg.	1810	1810
Sofina	4965	4965
Solvay	3370	3440
UCB	4050	4025
Index	128,06	128,79

Singapur	12.10.	11.10.
Cycle + Car.	4,75	4,75
Cold Storage	4,96	4,90
Dev. Bk. of Sing.	9,55	9,65
Fraser + Neave	6,20	6,30
Kl. Kepong	2,96	2,98
Mal. Banking	9,30	9,25
Nat. Iron	4,65	4,75
OCBC	10,60	10,60
Sime Darby	2,32	–
Singapur Land	4,20	–
Un. Overs. Bank	5,30	–

Sydney	12.10.	11.10.
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. Prop.	12,45	12,65
Coles	3,60	3,65
CRA	5,42	5,52
CSR (Thelss)	3,85	3,90
Metals Expl.	0,85	0,85
MIM-Holdings	3,70	3,85
Myer Emporium	1,59	1,60
North Broken Hill	3,15	3,22
Oakbridge	1,18	1,17
Peko Wallsend	4,50	4,70
Poseidon	4,05	4,05
Thomas Nat. Tr.	1,77	1,75
Waltons	–	0,52
Western Mining	3,75	3,84
Woodside Petr.	–	1,26
Index	693,3	704,1

Optionshandel

Frankfurt: 12. 10.: 998 Optionen = 51 100 (59 250) Aktien davon 113 Verkaufsoptionen = 5800 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-80/8, 1-90/3,40, 1-85/1,90, 4-85/9,50, 4-90/6,80, 4-100/4,40, 7-90/10,90, 7-100/5,50, Siemens 1-338,05/35, 1-130/22,50, 1-380/17,80, 4-350/35, 4-360/29, 4-370/19,85, 4-380/17,50, 7-390/17,85, 7-400/12, Veba 1-180/5,90, 1-182,50/3,95, 4-180/11,35, 7-170/23,20, BASF 1-153/7,50, 1-160/5, 4-140/25, 4-150/17, 4-160/10,50, 7-160/16, 7-170/10,10, 7-180/5,40, Bayer 1-136/23,60, 1-150/12, 1-158/8, 1-160/6,40, 1-170/3,20, 4-150/16,55, 4-160/10,50, 4-170/6, 7-150/25,40, 7-160/15,50, 7-170/12, Hoechst 1-134,50/33, 1-160/8,50, 1-170/5, 4-150/30,80, 4-160/18, 4-170/11, 7-170/15, BMW 1-390/18,60, 7-390/39, VW 1-170/59, 1-180/50,20, 1-190/40, 1-220/15, 1-230/10, 1-240/7,60, 4-220/25, 4-230/20, 4-240/14, 7-230/27, 7-250/12, Conti Gummi 1-100/18,10, 1-110/10,80, 1-120/5, 4-110/14, 4-120/8,50, 4-130/5, Lufthansa St. 1-130/4,60, 4-130/7,50, VZ 7-140/10, Commerzbank 1-160/18,85, 1-170/9,50, 1-180/5,85, 4-170/15, 4-180/11,50, 4-190/7, 4-200/3, 7-180/14,40, 7-190/9,90, 7-200/8, Dt. Bank 1-310/10, 1-330/4,60, 4-330/14, 4-340/10, Dresdner Bank 1-180/6, 4-170/18, 4-180/12,10, 4-190/8,45, Hoesch 1-90/15,50, 1-700/7,10, 1-110/4, 4-90/18,40, 4-100/12, 4-110/6,60, 4-120/3,50, 7-100/15,40, 7-120/5, Mannesmann 1-140/9, 1-150/4, 1-160/1,20, 4-140/14, 4-150/7,40, 4-160/5, 7-140/18, 7-150/12,50, 7-160/7, Thyssen 1-70/14, 175/7,95, 1-80/5, 4-70/15, 4-75/12,55, 4-80/7,95, 4-85/5,50, 7-75/15,50, 7-80/12, Bayr. Vereinsbank 1-320/17, Bekula 1-100/10, 1-110/5,10, BBC 4-220/25,90, Daimler 4-640/8, Babcock St. 4-190/15, Degussa 1-330/38, Harpener 4-270/23, Karstadt 1-280/19,70, 7-280/30, Klöckner 1-45/2,50, 4-40/6, 4-45/4, 7-40/7, 7-45/5,05, Mercedes 1-540/20, 1-550/8, 4-550/48, RWE St. 4-170/17,05, 4-180/12,46, 7-200/6,60, RWE VZ 1-180/7,40, 4-170/13,10, Rütgers 4-330/19,90, VEW 1-120/9,10, 1-130/5, 4-139/7,20, Sony 4-45/2,30, Philips 1-40/5,10, Royal Dutch 1-120/11, 1-130/5,60, 4-120/13,60, 4-130/9,95, Elf 4-60/7,50, Norsk Hydro 1-150/42,10, 1-220/5,50. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-80/2,40, 1-85/4,10, 4-80/4,80, 4-85/6, 7-85/7, Siemens 1-340/2, 4-350/8, BMW 1-390/5, VW 1-220/3,20, 4-210/3, 4-220/3,60, 7-220/7,90, 7-230/12,50, Conti Gummi 7-110/2,80, Commerzbank 1-170/4,50, 4-170/6,80, 4-180/14, Dt. Bank 4-310/10,20, Dresdner Bank 1-170/3, Hoechst 1-95/2, 1-100/16, MAnnesmann 4-160/6, Thyssen 1-75/2, Babcock St. 1-190/9, Harpener 4-270/10,80, Metallgesellschaft 4-200/6, RWE St. 1-180/4,70, 7-170/10,30 Unilever 4-200/9,90, Elf 4-60/3,50. 1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.) 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9¾	5½–5¾	3⅜–3¾
3 Monate	9¾– 9⅞	5¾–6	4 –4¼
6 Monate	9¾–10	5⅞–6⅛	4⅛–4½
12 Monate	10 –10¼	6⅛–6⅜	4⅛–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1305,00	1601,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1113,00	1319,31
5 US-Dollar (Liberty)	450,00	604,20
1 £ Sovereign alt	238,00	294,12
1 £ Sovereign Elizabeth II	234,00	289,56
20 belgische Franken	185,00	238,26
10 Rubel Tscherwonez	249,00	311,22
2 südafrikanische Rand	235,00	289,56
Krüger Rand, neu	1050,00	1236,90
Maple Leaf	1050,00	1236,90
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	250,00	310,08
20 schweiz. Franken „Vreneli"	205,00	257,64
20 franz. Franken „Napoléon"	202,00	254,22
100 österr. Kronen (Neuprägung)	967,00	1166,22
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	440,00	541,50
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

12. 10. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4]	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York[3])	2,6078	2,6158	2,5854	2,56	2,65
London[1])	3,908	3,922	3,880	3,85	4,00
Dublin[1])	3,092	3,106	3,047	3,01	3,16
Montreal[3])	2,1158	2,1238	2,1003	2,06	2,15
Amsterd.	89,085	89,315	89,125	88,00	90,00
Zürich	123,150	123,350	123,175	121,75	124,50
Brüssel	4,899	4,919	4,862	4,70	4,92
Paris	32,620	32,780	31,96	31,50	33,50
Kopenh.	27,595	27,716	27,305	26,50	28,50
Oslo	35,610	35,730	35,020	34,50	36,25
Stockh.**)	33,460	33,620	33,020	32,50	34,25
Mailand[2]) **)	1,642	1,652	1,597	1,61	1,70
Wien	14,199	14,239	14,198	14,10	14,32
Madrid**)	1,718	1,728	1,844	1,62	2,74
Lissabon**)	2,105	2,135	1,985	1,70	2,50
Tokio	1,1140	1,1170	–	1,07	1,13
Helsinki	45,110	45,310	45,18	45,00	46,75
Buen. Air.	–	–	–	–	10,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,778	2,832	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3750	2,3940	–	2,32	2,42
Johannesbg.*)	2,3280	2,3470	–	2,10	2,85

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Festere Euro-Dollar-Zinssätze und liquidisierende Dollar-DM-Swaps der Bundesbank unterstützten am 12. 10. die technische Erholung des US-Dollar und ließen den Kurs nach der Eröffnung mit 2,6050 bis 2,6130 anziehen. Nach der amtlichen Notiz von 2,6118 gab er zum Tagesschluß wieder auf 2,6050 nach. Entsprechend der Dollarbewegung verzeichnete die D-Mark gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen überwiegend Kursverluste. Die norwegische Krone befestigte sich um 23 Pf auf 35,67. Mit einem Tagesgewinn von 6,5 Pf auf 32,70 führte der französische Franc die EWS-Währungen an. US-Dollar in: Amsterdan 2,9300; Brüssel 53,25; Paris 7,9890; Mailand 1586,80; Wien 1838,30; Zürich 2,1191; Ir. Pfund/DM 3,099; Pfund/Dollar 1,4990.

Ostmarkkurs am 12. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Festere US-Dollar-Zinsen (3/16) und die Meldung, daß die Bundesbank D-Mark-Liquidität in den Markt gab, führten am 12. Oktober zu kräftig erweiterten Termindeports für US-Dollar gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,95/0,85	2,60/2,50	5,20/5,00
Pfund/Dollar	0,05/0,07	0,18/0,19	0,27/0,32
Pfund/DM	1,80/0,40	4,30/2,80	7,80/5,10
FF/DM	28/12	80/64	164/148

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12. 10.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,1–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12. 10.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 12. 10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,49) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 7,85.



Bundesanleihen

		12. 10.	11. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bund 78 I	1/84	99,85	99,85
6 dgl. 84 I	1/84	100	100
8 dgl. 76 I	2/84	100,5	100,5
7 dgl. 77	3/84	100,3	100,3
7½ dgl. 76 II	4/84	100,5	100,6
5 dgl. 78	5/84	99,4	99,4
6 dgl. 78 III	9/84	99,45	99,45
8¼ dgl. 76	9/84	101,3	101,3
6 dgl. 78 IV	12/84	99,3	99,4
6¼ dgl. 79	1/85	99,2	99,2
8½ dgl. 73 I	3/85	101,7	101,7
7 dgl. 79	4/85	99,85	99,85
7¼ dgl. 79 II	6/85	99,9	99,9G
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,85	100,85
8 dgl. 76 IV	10/85	101,3	101
5½ dgl. 78 II	3/86	95,6	95,85
5¾ dgl. 78	5/86	95,2	95,2
7¼ dgl. 78 I	12/86	98,7	98,8
6½ dgl. 79	1/87	96G	96
7¼ dgl. 78 II	1/87	98,25G	98,25
6¾ dgl. 77	4/87	96,45G	96,45
6½ dgl. 77	7/87	95,3	95,4
6 dgl. 77	10/87	93,4	94
6 dgl. 78 I	1/88	93,3	93,25
6½ dgl. 78 I	9/88	94,3	94,3G
6½ dgl. 78 II	12/88	93,75G	93,75G
6¾ dgl. 79	1/89	94,6	94,6G
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,4	96,5
10 dgl. 81	4/89	108,1	108,15
7½ dgl. 79 I	6/89	97,5	97,6G
8 dgl. 79 I	7/89	99,65	99,75
8 dgl. 79 II	8/89	99,65	99,8
7½ dgl. 79 II	9/89	97,2	97,35
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,3	98,5
7¾ dgl. 80 I	1/90	98,1	98,2
10 dgl. 80	4/90	108,65	108,75
5¾ dgl. 78	5/90	90,7	90,8
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,2	100,3
8¾ dgl. 80 II	11/90	99,9	100,2
7¾ dgl. 82	11/90	97,45	97,6
9 dgl. 81	2/91	103,65	103,8
10¼ dgl. 81	7/91	110,65	110,75bG
10¾ dgl. 81	9/91	113,6	113,85
10 dgl. 81 II	12/91	109,6	109,8bG
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,1	108,3bG
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,25	108,4G
6 dgl. 78 II	3/93	88,7	88,85
9,5 dgl. 82	4/92	106,65	105,85
9 dgl. 82	5/92	103,95	104,15
8½ dgl. 82	6/92	101,1	101,4
9 dgl. 82	8/92	103,85	104,1
8¾ dgl. 82	9/92	102,7	103,1
7¾ dgl. 82	12/92	96,7	96,7
7½ dgl. 83	1/93	94,95	95,25
7½ dgl. 83 II	3/93	94,65	95,15
7½ dgl. 83 III	5/93	95,65	95,86
8¼ dgl. 83	6/93	99,5	99,8
8 dgl. 83	7/93	97,95	98,4
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,5	99,8
8¼ dgl. 83 III	10/93	99,75	99,9
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101,05	101,5bG
8 dgl. 80 S.2	2/85	101G	101
8¾ dgl. 80 S.3	2/85	101,35	101,3G
9¾ dgl. 80 S.4	3/85	102,5	102,6
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,85	102
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,3	101,3
8 dgl. 80 S.7	6/85	100,75	100,9
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,05	100
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,4	101,45
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102	102
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,7	102,7
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,9G	103,9
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,45	104,45
9½ dgl. 81 S.14	4/86	103,35G	103,35G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,55	104,55
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,8	105,8
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,3	107,3
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,5	106,55
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,3	105,3
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,1	104G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,1	106,1
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,4	105,4
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,1	104,1
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,45	104,5
9½ dgl. 82 S.25	3/87	103,9	104,05
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,2	103,3
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,5	102,6
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,15	101,3bG
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,2	104,4
9 dgl. 82 S.30	9/87	102,75	102,9
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,1	102,3bG
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,65	100,8
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,95bG	100,05
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	99,05	99,2bG
7½ dgl. 82 S.35	12/87	98,1	98,25
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	97,05	97,25
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	95,1	95,25bG
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,95	96,1bG
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,9	97,05
7½ dgl. 83 S.40	6/88	97,85	98,05
8 dgl. 83 S.41	9/88	99,5bG	99,8bG

Bundesbahn

		12. 10.	11. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
10 Bdbahn 73 II	11/83	100,15	100,25G
7¼ dgl. 72	2/84	100,3	100,4
8 dgl. 72	9/84	101,05	101,05
8¼ dgl. 76	9/84	101,35	101,3
6 dgl. 78 III	11/84	99,35bG	99,45
6½ dgl. 79	2/85	99,45	99,65
8¼ dgl. 73	2/85	101,4	101,5
7 dgl. 77	2/87	97,25	97,4G
6 dgl. 77	9/87	93,7	93,9
F 6 dgl. 78 II	7/88	92,45	92,6
6½ dgl. 77	5/89	93,1	93,2G
8 dgl. 79 I	7/89	99,25	99,9
6 dgl. 78 I	2/90	90,5	90,65
8 dgl. 80 II	7/90	98,95	99,15
9 dgl. 81	3/91	103,8	104
10½ dgl. 81	9/91	112,05	112,25G
10¾ dgl. 81	11/1	111	111,2
8 dgl. 80 I	2/92	98,25	98,4
10 dgl. 82	2/92	109,7	109,85
9½ dgl. 82	7/92	106,95	107,1G
8 dgl. 82	11/92	98,05	98,2
7¾ dgl. 83	1/93	96,65	96,75

Bundespost

		12. 10.	11. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
8 Bdpost 72 II	12/83	100,25G	100,25G
6½ dgl. 68	6/89	98,3	98,3
8 dgl. 72 I	9/87	100	100,05
10 dgl. 81	3/89	107,85	108
10¼ dgl. 81	6/89	109,1	109,25G
8 dgl. 80	3/90	99	99,2
7¾ dgl. 80	9/90	98	98,1
8¾ dgl. 80	12/90	102,55	102,75
10½ dgl. 81	10/91	112,35	112,45
9¾ dgl. 82	2/92	108,15	108,35
8¾ dgl. 82	6/92	102,6	102,8
8½ dgl. 82	10/92	101,05	101,4
7¾ dgl. 83	2/93	96,45	96,75
8½ dgl. 83	9/93	101,35	101,6

Länder – Städte

		12. 10.	11. 10.
S 6½ Bd.-Wtbg. 78	86	96,75	96,25
8¼ dgl. 82	92	99,8	100,25
M 7 Bayern 66	86	99,5G	99,5G
6½ dgl. 67	87	100,25G	100,25G
6 dgl. 68	85	98,5G	98,5
7 dgl. 72	84	100,1G	100,1G
7½ dgl. 76	84	100,4	100,9
6 dgl 78	88	92,95G	93
8¾ dgl. 80	90	102,25G	102,25
8¾ dgl. 82	90	102,26	102,66
7½ dgl. 83	93	95,5	95,25G
B 8½ Berlin 70	85	101,5	101,5G
8 dgl. 72	85	100,5G	100,5G
7½ dgl. 76	84	100,4G	100,4G
7 dgl. 77	85	99,5G	99,5G
6½ dgl. 78	88	95G	95G
8¾ dgl. 80	88	102,75G	102,75G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,5G	100,5G
8 dgl. 72	87	100,75	100,75G
7½ dgl. 83	93	95	94,5G
H 8½ Hamburg 70	85	101,2	101,4G
6¼ dgl. 77	92	94,75G	94,5G
8 dgl. 80	92	98,5G	99
9¾ dgl. 82	92	107,5G	107,8G
7½ dgl. 83	92	94,9	94,5G
F 8 Hessen 71	86	100,25	100,25
6¼ dgl. 78	88	93,25	93,25
Hn6 Nieders. 69	84	99,8G	99,8G
8½ dgl. 70	85	101,6G	101,6G
7½ dgl. 72	87	99,25G	99,25G
8 dgl. 72	87	100,4	100,4
7½ dgl. 78	87	98,25G	98,25
7¾ dgl. 82	92	95,75	95,75
8 dgl. 83	93	97,5	97,5
D 7½ NRW 71	83	100,1bG	100,15G
7½ dgl. 83	93	94,5G	94,85
7¾ dgl. 83	93	98	98,4
8½ dgl. 83	93	100,85G	100,8
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,1G	99,1G
8 dgl. 71	86	100,5	100,75
F 8½ Saar 70	85	101,25	101
7 dgl. 72	87	98G	98G
6 dgl. 78	88	92,55	92,4
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,5G	99,75
6 dgl. 64 II	84	99,2G	99,2G
7¼ dgl. 72	87	99G	99G
8½ dgl. 73	85	101,25	101,25
D 7 Essen 72	85	100G	100G
M 6 München 64	84	99,35	99,35
S 7½ Stuttgart 71	86	100bG	100G
7¾ dgl. 72	87	100G	100bG
8 dgl. 83	93	97,25G	97,25G

Bankschuldverschreib.

	12. 10.	11. 10.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	87	87
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99,9G	99,41
9 dgl. Pf 106	102,45G	101,7G
10 dgl. Pf 108	107,25G	108,6G
7 dgl. KS 132	94,6G	94,6
8 dgl. KS 155	98,45G	98,45
9 dgl. KS 169	102,4G	102,4

Renten unter Druck

Der schwächere Bondmarkt in New York sowie der deutliche Wiederanstieg des Dollars lösten besonders in den Emissionen mit längeren Laufzeiten Positionslösungen aus. Hier wurden die Kurse bis zu 0,35 Prozentpunkte zurückgenommen. In den Papieren mit kürzeren Laufzeiten gingen die Abschläge nur selten über 0,20 Prozentpunkte hinaus. Ähnliche Abschläge gab es auch bei den D-Mark-Auslandsanleihen. Die Rentenhändler zeigten sich trotz der nachgebenden Notierungen hinsichtlich der Möglichkeit weiterer Zinssenkungen im allgemeinen zuversichtlich. Sie glauben, daß die Krise im Persischen Golf zu keiner Dauerbelastung werden wird.

	12. 10.	11. 10.
M 5½ Bayer.Hyp. Pf 14	89TG	89TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 3	94,5bG	94,25bG
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	121,25bG	121,25G
5½ dgl. Pf 11	129G	129G
6 dgl. Pf 34	78bG	78G
6 dgl. KO Pf 50	99,5G	99,5G
6½ dgl. Pf 10	81G	81G
6 dgl. KS 1	98,5G	98,5G
M 6 Lds. Aufb. IS 15	96G	96G
6 dgl. IS 16	94,75G	94,75G
6 dgl. IS 17	93,75G	93,75G
8½ dgl. KO 49	101,5G	101,5G
8½ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	99,25G	99,25G
9½ dgl. Pf 105	101,6bG	101,75bG
10 dgl. KS 307	101,75bG	101,75bG
9¼ dgl. IS 728	102,25G	102,25G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	117G	117G
5½ dgl. Pf 28	76G	78G
6 dgl. Pf 4	89G	89G
6½ dgl. Pf 3	85,5G	85,5G
6½ dgl. Pf 12	85G	85G
7 dgl. Pf 20	95G	95G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103bG	103bG
7 dgl. Pf 31	98,25bG	98,25bG
6 dgl. Pf 34	95,5bG	95,5bG
6½ dgl. Pf 37	98bG	98bG
8 dgl. Pf 51	100,5	100,5G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	85G	85G
7½ dgl. Pf 87	90,3G	90,3G
6 dgl. KS 29	78,75G	78,75G
7 dgl. KS 30	96,9G	96,9G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	114G	114G
5 dgl. Pf 54	114,5bG	114,5bG
6 dgl. Pf 109	78G	78G
6½ dgl. Pf 123	85G	85bG
6½ dgl. Pf 141	85G	85G
7 dgl. Pf 143	90G	90G
8½ dgl. Pf 191	100,5G	100,5G
7 dgl. KO 113	100G	100bG
9 dgl. KO 217	-Zhg.	-Zhg.
9 dgl. KO 215	101,5G	101,5G
9¼ dgl. KO 218	102,5G	102,5G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	114G	114G
5½ dgl. Pf 50	73G	73G
6 dgl. Pf 84	99,95G	99,95G
9 dgl. KS 139	102,2G	102,2G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,8G	100,8G
9 dgl. Pf 239	102,6G	102,6G
H 5¼ DG-Hypobk. KS 9	107,75G	107,75G
7 dgl. KS 35	98,4G	98,4G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	89,9G	89,9G
6 dgl. IS 71	99,3G	99,3G
6¼ dgl. IS 73	95,8G	95,8G
6¾ dgl. IS 80	99,9G	99,9G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	82G	82G
8 dgl. KO 46	77G	77G
7 dgl. KO 97	100,2G	100,2G
7½ dgl. KO 185	95,7G	95,7G
9 dgl. KO 129	102T	102T
10 dgl. KO 125	101,75G	101,75G
Hn5 Dt. Hyp. Hann. 48	100G	100G
6 dgl. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,35G	99,35G
10 dgl. KS 134	103,25G	103,25G
8¾ dgl. KS 140	102G	102G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	78G	77G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	71G	71G
5½ dgl. Pf 59	78G	78G
6 dgl. Pf 162	78G	78G
B 9 Dt.Pf.Wf. Brf. 482	103,5G	103,5G
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46	101,45G	101,45G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
8½ dgl. Pf 65	98,6G	98,6G
6¼ dgl. Pf 60	94,15G	94,15G
6¼ dgl. Pf 74	97,55G	97,55G
6¼ dgl. Pf 76	95,75	95,75
Br 6½ dgl. Pf 77	93,1G	93,1G
6 dgl. Pf 42	99,8G	99,8G
8½ dgl. Pf 47	101,8G	101,8G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 88	88T	88T
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78G	78G
6 dgl. Pf 130	90,5T	90,5T
6½ dgl. Pf 133	88G	88
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	116G	116G
5 dgl. 14	89,25G	89,25
6 dgl. 47	77	77,5
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	93,2G	93,2G
8 dgl. Pf 73	100,45G	100,45G
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 98	80,75G	80,75G
6½ dgl. Pf 80	89,25	89,25
8 dgl. Pf. 248	100,9	100,9G
9 dgl. KO 125	100,85	100,85
8 dgl. KO 175	100,5G	100,5G
9 dgl. KO 259	102,25G	102,25G
9¾ dgl. KO 262	102,4G	102,4G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	112G	112G
5 dgl. Pf 12	91G	91G
7 dgl. Pf 25	93,5G	93,5G
10 dgl. Pf 40	102,8G	102,6G
8 dgl. KO 30	99,5G	99,5G
9¾ dgl. K 84	101,75G	101,75G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	86G	86G
7 dgl. Pf 12	91G	91G
4½ dgl. KO 6	100,25G	100,25G
5½ dgl. KO 4	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100,6G	100,6G
8½ dgl. KO 81	99,75G	99,75G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101G	101G
6 dgl. Pf 28	88G	88G
6 dgl. Pf 49	85G	85G
8 dgl. KS 1	–	–
8¾ dgl. KS 8	100,5G	100,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	83G	83G
7 dgl. Pf 97	89,5G	89,5G
10 dgl. Pf 32	101G	101G
10 dgl. Pf 33	102,9G	102,9G
6½ dgl. KS 78	97,5G	97,5G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	84G	84G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	100	100
6½ dgl. Pf 42	98,5G	98,5G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101G	101bB
9 dgl. KO 53	102,25G	102,25G
7½ dgl. IS 6	98,6G	98,6G
10 dgl. IS 37	102,5G	102,5G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108T	108T
6 dgl. Pf 58	83,75G	82,4G
8 dgl. Pf 95	80G	80
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	122G	122G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	103G	103G
6 dgl. Pf 28	92G	92G
6½ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9½ dgl. KO 58	102,25G	102,25G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	68G	68G
7 dgl. Pf 125	96,25G	96,25G
7 dgl. Pf 128	89G	89G
8 dgl. Pf 177	104G	104G
9 dgl. Pf 167	100,75G	100,75G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl. KS 80/1	99,75G	99,75G
8½ dgl. KS 110	100,25G	100,25G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	82,4G	82,4G
5½ dgl. Pf 43	82,25G	82,25G
8 dgl. Pf 56	78,6G	78,6G
7 dgl. Pf 61	85,75G	85,75G
8 dgl. Pf 70	100G	100G
9 dgl. Pf 68	102,55G	102,55G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99,9G	99,5G
M 6 Südboden Pf 41	89TG	89
5½ dgl. Pf 57	78G	79G
6½ dgl. Pf 143	93,25G	93,25bG
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95,5bG
7 dgl. KS 49	92G	92G
7½ dgl. KS 81	99G	99G
8 dgl. KS 133	97,5G	97,5G
8½ dgl. KS 132	101,5G	101,5bG
9 dgl. KS 165	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	104G	104G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	99,25G	99,25bG
D 8 WestLB Pf 350	100,6G	100,6G
6¾ dgl. Pf 403	96,15G	96,15G
9½ dgl. Pf 1007	105,6G	105,6G
8 dgl. Pf 1015	98,55G	98,55bG
7 dgl. KO 556	99,3G	99,3G
6¼ dgl. KS 420	94,5G	94,5G
9¾ dgl. KO 1301	104,65G	104,65G
8½ dgl. KS 1273	101,25G	101,25G
8 dgl. IS 1512	99,8G	99,8G
9¾ dgl. IS 1520	102,25G	102,25G
6½ dgl. IS 679	93,5G	93,5G
7½ dgl. IS 1503	100,55G	100,55G
D 4 Westf. Land. Pf 4	98G	98G
6 dgl. Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	101,1G	101,1G
9 dgl. Pf 564	103,4G	103,4G
9¾ dgl. KS 294	103,4G	103,4G
9¾ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	75G
7 dgl. KS 58	99G	99G
S 6¾ WGr. KoLa Pf 1	87,65G	87,65G
7 dgl. Pf 5	100,05G	100,05G

Sonderinstitute

	12. 10.	11. 10.
D 6 DSLB Pf 29	83,5G	83,5G
6 dgl. Pf 47	79,5G	79,5G
7 dgl. Pf 63	88,5G	88,5G
5½ dgl. Pf 99	92G	92G
8 dgl. Pf 104	97G	97G
8 dgl. Pf 165	99,25G	99,25G
5½ dgl. RS 45	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 73	95,75G	95,75G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 162	95G	95G
9½ dgl RS 172	104bG	104G
9 dgl. RS 186	103G	103G
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	100,4	100,6
8 dgl. 70	101G	101G
8 dgl 76	100,2	100,3
7¼ dgl. 79	97,80	97,8
10 Kredit 81	108,5	108,5
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100,8	100,85
F 6 Lawi.Rentbk. RS 13	100G	100G
6 dgl. RS 14	99,8G	99,8G
6 dgl. RS 15	95,75G	95,75G
6 dgl. RS 16	95,75G	95,75
6 dgl. RS 19	98,75G	98,75G
6 dgl. RS 20	99,25G	99,25G
6 dgl. RS 21	98,75G	98,75
6 dgl RS 26	99G	99
7½ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	95G	95G
7 dgl 94	95G	95G
7 dgl 99	99,6G	99,6G
8 dgl. 101	99,25G	99,25G
7½ dgl. 102	96,5G	96,5G
9½ dgl. 126	104G	104
D 7¾ LAG TS 75	100,4	100,45
8 dgl. TS 76	100,9G	100,9G
6½ dgl. TS 77	95,1G	95,1G
5½ dgl. 78	92,1	92
7 dgl. 79	97,1	97,2G

Industrieanleihen

	12. 10.	11. 10.
F 5 Badenwerk 64	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	93,8	94,3
5 BASF 59	98,5G	98,5
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100T	100bG
7¾ Cont. Gum. 71	99,5T	99,5G
6 Dt. Texaco 64	99,5T	99,5G
6 Gelsenb. 64	99,5G	99,5G
5¾ HEW 62	95,25G	95,5G
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
7¾ dgl. 71	100G	100G
4½ Harpen 59	1820G	1830G
6 Hoechst 64	99,5T	99,5T
6 Hoesch 64	98,75T	98,75T
7½ dgl. 71	99G	99G
7½ Karstadt 71	99T	99
7½ Kaufhof 71	99G	99G
7¾ dgl. 71	99,5T	99,5T
7½ dgl. 76	98,75G	98,75G
7½ Klöckner W. 71	99T	99T
8 dgl. 72	99,5T	99,5T
6 Krupp 64	99,5G	99,5G
6 Linde 64	99G	99G
5 Mannesmann 59	98,1G	98,1G
6 Moselkraft 63	99,5G	99,5G
6 NWK 61	98G	98G
6 dgl. 62	95	95
6 OstDen. Krwk. 64	93T	93T
5½ Ges.BayK. 58	99,75G	99,75G
D 6 Rat.Vdb. Stk. 68	99,5G	99,5G
F 5½ Rh.Brlw. 58	99,25G	99,25G
6 dgl. 63	95T	95G
6 dgl. 65	94,5G	94,5G
5½ RWE 59	98,6G	98,6G
6 dgl. 63	95,5	95T
6 dgl. 65	94,75	94,75
7¾ dgl. 71	99,9G	99,9G
7 dgl. 72	98bG	98T
5 Rh.-M.-Don. 62	96,5T	98,25G
6½ dgl. 68	-Zhg.	99,25G
8 Schleswag 71	100	100G
5 STEAG 59	98G	98G
7½ Thyssen 71	99,25G	99,25bG
8 dgl. 72	99,9G	99,9G
7¾ dgl. 77	–	-Zhg
5 Veba 59	98G	98G
8 VEW 71	100,1	100,5
6¾ dgl. 77	95,1T	95G
7 VW 72	97,75G	97,75G

Wandelanleihen

	12. 10.	11. 10.
F 4¾ AKZO 69	86G	86G
3½ AE Nippon 78	94,75	93,5
3½ Asahi Opt. 78	124,7G	123,5G
4¾ Canon Inc. 77	405	409G
3½ Cas. Comp. 78	278G	278
5¾ Daiei Inc. 80	122G	123
4¼ Fujitsu Lim. 78	661G	661G
5 dgl. 79	445G	443G
5¼ Hoogovens 68	88G	88G
3½ Izumiya Co 78	101	101G
3½ Jusco Co. 78	98T	98,75T
4 Kansai El. 79	101,5	100,75G
6 Komatsu 76	154G	156,2G
5 Konishiroku Pho. 81	123	123,5
6¾ dgl. 82	119,75	119,5G
3½ Korakuen 78	93,25	93bG
7½ Kraft Inc. 70	112,1	113
3½ Marudai F 78	96,25	96,75G
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	224G	228G
4 dgl. 79	172G	175G
6¼ Mitsub. Ch. 76	211T	211G
6,75 Mitsub. H 81	150	154,5T
6 dgl. 81	115bG	115,75
6 Nichii Co Ltd 80	120G	120G
7 Nippon Sh. Gl. 82	164G	165
3¾ Nippon Sh. 78	150G	150G
3½ Nissan Mot. 78	94	94G
4 Nisshin Steel 78	143G	144,5G
6½ Océ v. d. Gr. 69	-Zhg.	-Zhg.
3½ Olympus 78	255G	255G
3¾ Omron Tat 79	334T	334T
4¾ Orient Fin 79	220G	220G
3½ Ricoh Comp. 78	185	184,7G
6½ Rothm. Int. 72	95,75	95,5
3¾ SanyoElec. 78	112,25G	112,25
3½ Sanyo Elec. 78	177G	177,1G
3¾ Seiyu Stores 78	95,75G	95,75
6¾ Sekisui 78	143G	143G
3½ Stanley 78	137G	135G
6 Tayo Yuden 82	131	131G
5 Texaco Int. 66	96	95,9
3½ Tok. Elec. 78	380G	390G
4¾ Tok. Sanyo 77	290T	295T
4 Tokyu Land 79	108,75G	108,75
3½ Trio Kenw. 78	111,25	111,25
6½ Uny Ltd. 79	145	145G

Optionsscheine

	12. 10.	11. 10.
F 11 BASF Over Zas 82	44,7	46,1
7¼ Bayer Fin. 79	42,9	44,1
10½ Bayer Fin. 82	57	59,9
7½ BHF Bk. Int. 83	96	96,5
6¾ Ciba-Geigy 75	1000	1055
3½ Commerzbk. 78	45,6	47,9
7 Combk. Int. Lux. 83	72	74
4½ Dt. Bk. Comp. 77	128	129
3¼ Dt. Bk. Int. 83	85,6	87,2
8¼ Degussa 83	135,5	138,5
4 Dresdner Bk. Int. 83	55,8	56,3
10 Hoechst 75	263	265,5
6¾ dgl. 79	55	57,1
8 Hoechst 83	70,8	71,2
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1640	1650
5¾ Jusco 83	2480	2480
Mitsui 82	338	330
7¾ Siemens 83	158,5	158
6½ Wella F. 73	307	315

Optionsanleihen

	12. 10.	11. 10.
F 8½ BASF 74 m 0	139	140
8½ BASF 74 o0	100	100
M 3½ Stumpf 88 m0	156,3G	158,3G
M 3½ Stumpf o0	818	818

Währungsanleihen

	12. 10.	11. 10.
F 6 Brasilien 72	95G	95G
8¼ Kopenhagen 72	85	85G
9½ Norwegen 79	99G	99G

Optionsanleihen

	12. 10.	11. 10.
F 7½ BHF Bk.Int.83 m0	108,25	108
7½ dgl. 83 o0	79T	80
3½ ComBk. Int. 78 m0 DM	108,6	108,5G
F 3½ dgl. 78 o0 DM	87	87,5
4½ C F Dt. Bk. 77 m0 $	125G	125G
4½ dgl. 77 o0 $	83,9	84,75bG
3¾ Dt. Bk. 83 m0	107,25	108bG
3¾ dgl. 83 o0	81,75	81,8bG
7½ Jap. Synth. 82	163T	162T
7½ dgl. 82 o0	98,5T	99G
5¾ Jusco 83 m0	132	132,5
5¾ dgl. 83 o0	91,6	92G
F 6½ Wella F. 73 m0 DM	128G	128G
6½ dgl. 73 o0 DM	97,5	97

Optionsscheine

	12. 10.	11. 10.
F 8½ BASF 74	58,2	60,7
Stumpf 78	83bG	83bG

Wandelanleihen

	12. 10.	11. 10.
F 5 Bayer 69	103,5	103,5
H 6 Beiersdorf 82	163G	163
F 4½ Commerzbk. 78	99,5	99,5
D 9 Girmes 74	322	315
6½ KSB 83	124	124,7bG

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	12. 10.	11. 10.
F 6 AKZO 84	99G	99G
6½ dgl. 86	97/7,75	97/7,75
7¼ Arbed 83	98,75G	98,75G
7½ dgl. 86	93G	93G
9 dgl. 87	98T	98T
F 6¾ Ardal 89	93/4,25	93/4,25
10 dgl. 88	104,25G	104,25G
8 Austr. 87	102,5G	102,5G
8¼ dgl. 87	103G	103G
F 7½ BEC 83	99,85G	99,85G
5 CFDB 84	99,4/9,9	99,4/9,9
6½ Estel 84	97G	97G
6¼ dgl. 85	96,75G	96,75G
8¾ dgl. 87	97,5G	97,5G
6¾ Euratom 91	92/93,25	92/93,25
F 6¾ Eurofima 87	97,75G	97,75G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	91T	91T
6½ Lufthansa 86	98,25G	98,25G
6 Montanunion 90	92,75G	92,75G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99G	99G
7½ Parker-H. 87	97,5G	97,5G
7½ Schweden 89	97,5/8,5	97,5/8,5
F 6¾ Weltbank 83	99,9G	99,9G
6½ dgl. 85	98G	98G
7½ dgl. 87	98,25/99	98,25/99
7¾ dgl. 90	98/99,5	98/99,5
9 dgl. 88	103G	103G
8½ dgl. 88	101,5	101,5
7¾ dgl. 88	100,5	100,5
9½ dgl. 89	104,5G	104,5G
8 dgl. 90	96,8/9,6	96,8/9,6
11 dgl. 91	112G	112G

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

[illegible]

Warenpreise – Termine

Zu Preisrückgängen in allen Terminbereichen kam es am Dienstag an der New Yorker Comex bei Gold, Silber und Kupfer. Auch die Notierungen von Kaffee und Kakao gaben nach, wobei sich die Abschläge bei Kakao in engen Grenzen hielten.

Getreide und Getreideprodukte

	11. 10.	10. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	368,75	366,25
März	379,50	380,00
Mai	382,25	383,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	11. 10.	10. 10.
St. Lawrence 1 CW	geschl.	238,35
Amber Durum	geschl.	257,90
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	156,00	geschl.
Dez.	158,80	geschl.
März	165,50	geschl.
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	135,50	geschl.
Dez.	129,50	geschl.
März	129,00	geschl.
Hafer Chicago (c/bush)	11. 10.	10. 10.
Dez.	189,25	188,00
März	198,00	197,25
Mai	203,25	202,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	350,50	348,25
März	350,25	350,50
Mai	351,25	351,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	11. 10.	10. 10.
Okt.	136,00	geschl.
Dez.	135,20	geschl.
März	138,50	geschl.

Genußmittel

	11. 10.	10. 10.
Kaffee New York (c/lb)		
Dez.	142,70	143,80
März	137,40	138,70
Mai	133,65	134,80

	11. 10.	10. 10.
Kakao New York ($/t)		
Dez.	2036	2055
März	2058	2075
Terminkontr. Mai	2078	2095
Umsatz	3126	3069
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	10,90	11,25
März	11,32	11,52
Mai	11,86	12,00
Juli	11,94	12,29
Sept.	12,15	12,50
Umsatz	10 167	7 979
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	11. 10.	10. 10.
	10,35	10,41
Kaffee London (£/t) Robusta-	11. 10.	10. 10.
Kontrakt Nov.	1890–1892	1887–1888
Jan.	1882–1883	1871–1872
März	1773–1774	1766–1767
Umsatz	5586	3267
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1460–1462	1461–1482
März	1455–1457	1448–1449
Mai	1468–1469	1462–1463
Umsatz	2197	3809
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	–	–
Dez.	180,00–180,25	184,00–184,75
März	187,60	191,40–191,50
Mai	192,50–192,75	196,40–196,50
Aug.	–	–
Umsatz	3442	–
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	11. 10.	10. 10.
schw. Sarawak spez.	unerh.	272,50
weißer Sarawak	unerh.	380,00
weißer Muntok	unerh.	382,50

	11. 10.	10. 10.
Orangensaft New York (c/lb)		
Nov.	120,10	119,75
Jan.	113,50	113,00
März	110,50	109,90
Mai	110,20	109,80
Juli	110,20	109,50
Umsatz	500	150

Öle, Fette, Tierprodukte

	11. 10.	10. 10.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	geschl.	52,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	geschl.	28,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	30,10	29,75
Dez.	30,45	30,15
Jan.	30,65	30,25
März	30,60	30,25
Mai	30,00	29,75
Juli	29,30	29,00
Aug.	27,70	27,60
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	geschl.	31,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	18,00
Choice white hog 4% fr. F.	geschl.	14,875
Talg New York (c/lb)		
top white	geschl.	17,00
fancy	geschl.	16,50
bleichfähig	geschl.	16,25
yellow max. 10% fr. F.	geschl.	14,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	41,50	41,00
Dez.	40,90	40,15
Febr.	43,65	43,20
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	58,05	56,45
März	58,15	56,95
Mai	60,00	58,75

	11. 10.	10. 10.
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	51,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	849,00	849,00
Jan.	866,00	865,00
März	877,00	874,00
Mai	876,00	875,00
Juli	865,00	867,00
Aug.	837,00	832,00
Sept.	755,00	756,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	230,50	231,50
Dez.	235,00	236,50
Jan.	235,00	237,00
März	238,00	239,00
Mai	238,50	239,00
Juli	238,00	240,00
Aug.	229,00	226,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	11. 10.	10. 10.
Okt.	380,50	geschl.
Dez.	387,70	geschl.
März	399,80	geschl.
Kokosöl New York (c/lb)	11. 10.	10. 10.
Westküste fob Werk	geschl.	39,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	12. 10.	11. 10.
jegl. Herk. cif	1050,00	1075,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	580,00	570,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	670,00	675,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	202,00	199,50
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	857,50	855,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	316,50	317,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	11. 10.	10. 10.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	76,63	77,20
März	78,10	78,65
Mai	79,00	79,40
Juli	79,40	79,50
Okt.	74,75	74,90
Dez.	74,15	74,10
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1:	60,15	60,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	11. 10.	10. 10.
Okt.	425–430	424–430
Dez.	416–418	414–420
Jan.	417–420	414–420
Umsatz	94	118
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	11. 10.	10. 10.
Dez.	46,00	unerhält.
März	46,50	unerhält.
Mai	46,90	unerhält.
Juli	47,20	unerhält.
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle		
Standardtype	11. 10.	10. 10.
Okt.	554,0–556,0	555,0–557,0
Dez.	560,0–561,0	559,0–561,0
März	580,0–582,0	557,0–558,0
Umsatz	70	90
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	11. 10.	10. 10.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	11. 10.	10. 10.
Okt.	13 590	geschl.
Nov.	13 642	geschl.
Kautschuk		
London (p/kg)	11. 10.	10. 10.
Nr. 1 RSS loco	75,75–77,50	75,50–76,75
Nov.	75,90–77,10	77,00–77,50
Dez.	76,30–77,10	77,50–78,25
Jan/März	76,90–77,10	–
Tendenz: stetig		

	11. 10.	10. 10.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Nr. 1 RSS loco:	250,50–251,50	250,00–251,00
Okt.	254,75–255,50	254,25–255,00
Nov.	258,50–259,75	258,00–258,75
Nr. 2 RSS Okt.	249,00–250,00	249,00–250,00
Nr. 3 RSS Okt.	245,50–246,50	245,50–246,50
Nr. 4 RSS Okt.	239,00–240,00	239,00–240,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	11. 10.	10. 10.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	12. 10.	11. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	109,23–109,42	110,06–110,45
drittfolg. Monat	113,05–113,15	113,97–114,16
Zink: Basis London		
laufend. Monat	220,81–221,20	219,35–219,74
drittfolg. Monat	226,50–226,69	225,40–225,59
Produz.-Preis	230,19	227,11
Reinzink 99,9%	3620–3655	3636–3672

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12. 10.	11. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	382,40–384,75	386,78–389,13
Blei in Kabeln	117,00–118,00	118,00–119,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	12. 10.	11. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	346–358	348–360
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	389–391	346–358
MS 63	393–397	396–400

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	11. 10.	10. 10.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,05	30,20

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	12. 10.	11. 10.
Leg. 225	445–448	445–448
Leg. 226	447–450	447–450
Leg. 231	480–487	480–487
Leg. 233	490–497	490–497

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	12. 10.	11. 10.
Platin (DM je g)	35,70	36,15
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 650	33 750
Rücknahmepr.	32 900	33 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 590	33 670
Rücknahmepr.	32 580	32 660
verarbeitet	35 260	35 340
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 280	33 420
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	870,90	889,50
Rücknahmepr.	840,40	558,40
verarbeitet	909,50	929,00

Internationale Edelmetalle

	12. 10.	11. 10.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	395,75	400,50
15.00	394,75	399,00
Zürich mittags	393,50–394,25	401,25–402,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 850	102 250
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	681,05	698,10
3 Monate	696,40	713,90
6 Monate	711,65	729,50
12 Monate	744,50	672,80
Platin (£-Feinunze)	11. 10.	10. 10.
London fr. Markt	268,80	268,75
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	–
f. Händlerpr.	98,80	94,70

New Yorker Preise	11. 10	10. 10.
Gold H & H Ankauf	399,40	geschl.
Silber H & H Ankauf	1043,00	geschl.
Platin fr. Händlerpr.	400,00–403,00	400,00–403,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr	145,00–147,00	143,00–145,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	1040,00	1062,00
Nov.	1044,50	1068,20
Dez.	1051,00	1075,00
Jan.	1062,00	1085,90
März	1077,00	1102,00
Mai	1095,00	1122,70
Juli	1117,50	1141,70
Umsatz	24 000	18 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	11. 10.	10. 10.
Okt.	65,70	67,35
Nov.	66,10	67,75
Dez.	66,70	68,20
Jan.	67,40	68,75
März	68,80	70,20
Mai	70,20	71,70
Juli	71,65	73,20
Umsatz	12 000	11 000

Londoner Metallbörse

	12. 10.	11. 10.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1054,0–1055,0	1066,0–1067,0
3 Monate	1081,5–1082,0	1094,0–1095,0
Blei (£/t) Kasse	278,50–279,00	280,50–281,50
3 Monate	289,25–289,50	290,00–291,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	962,00–963,00	978,00–979,00
3 Monate	985,50–986,00	1001,5–1002,0
abends Kasse	–	970,00–971,00
3 Monate	–	993,00–994,00
(Kupfer-Standard)		
Kasse	936,00–936,50	945,00–947,00
3 Monate	960,00–960,50	970,00–972,00
Zink (£/t) Kasse	563,00–564,00	557,00–558,00
3 Monate	577,50–578,00	572,00–572,50
Zinn (£/t) Kasse	8510–8515	8510–8520
3 Monate	8505–8510	8500–8510
Quecksilber ($/Fl)	–	325–335
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–82

FINANZANZEIGE

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft Essen

Bekanntmachung

über die letzte planmäßige Tilgung unserer 5½ % Anleihe von 1959
– Wertpapier-Kenn-Nr. 380 113 –

Wir geben hiermit davon Kenntnis, daß die zwanzigste und somit letzte Serie „T", umfassend die Nummern

6 751– 7 125 = 375 / 200,–
23 701–24 600 = 900 / 500,–
66 001–68 250 = 2 250 / 1 000,–
74 011–74 205 = 195 / 5 000,–
= DM 3 750 000,–

zur Rückzahlung am 1. Februar 1984 fällig wird. Die Verzinsung endet mit dem Fälligkeitstag.

Die Teilschuldverschreibungen dieser Serie werden ab 1. Februar 1984 zum Nennwert kostenfrei gegen Einreichung der nach der Nummernfolge geordneten Stücke unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses bei der Gesellschaftskasse sowie bei den Niederlassungen der nachstehenden Banken eingelöst:

Deutsche Bank AG,
Deutsche Bank Berlin AG,
Dresdner Bank AG,
Bank für Handel und Industrie AG,
Bayerische Hypotheken- und Wechselbank,
Berliner Commerzbank AG,
Berliner Handels- und Frankfurter Bank,
Commerzbank AG,
Deutsche Bank Saar AG,
Grunelius & Co.,
Merck, Finck & Co.,
National-Bank AG,
Sal. Oppenheim jr. & Cie.,
Trinkaus & Burkhardt,
Westdeutsche Landesbank Girozentrale,
Westfalenbank AG.

Die bisher noch nicht eingereichten Anleihestücke der

Serie „P" ausgelost zum 1. Februar 1973
Serie „D" ausgelost zum 1. Februar 1975
Serie „N" ausgelost zum 1. Februar 1979
Serie „H" ausgelost zum 1. Februar 1981
Serie „C" ausgelost zum 1. Februar 1982
Serie „E" ausgelost zum 1. Februar 1983

werden ebenfalls bei obigen Zahlstellen eingelöst. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird gem. § 5 der Anleihebedingungen vom Kapitalbetrag abgezogen.

Am 6. Oktober 1983 ist gemäß § 3 der Anleihebedingungen die vierzehnte Auslosung unserer Anleihe von 1965 unter Aufsicht einer Notarin vorgenommen worden.

6% Anleihe von 1965
– Wertpapier-Kenn-Nr. 380 118 –

Gezogen wurde die

Serie „P"

umfassend die Stücke

Nr. 006 301–006 750 = 450 / 5 000,–
Nr. 072 001–076 500 = 4 500 / 1 000,–
Nr. 114 401–115 500 = 1 100 / 500,–
Nr. 149 001–151 000 = 2 000 / 100,–

Die Einlösung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen erfolgt zum Nennwert ab 1. Februar 1984 gegen Einreichung der nach der Nummernfolge geordneten Stücke nebst Zinsscheinen per 1. Februar 1985 uff. und Erneuerungsschein unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses bei der Gesellschaftskasse und den oben aufgeführten Banken.

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird gem. § 5 der Anleihebedingungen vom Kapitalbetrag abgezogen. Die Verzinsung der gezogenen Stücke endet mit dem Fälligkeitstage.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Serien sind noch nicht alle Teilschuldverschreibungen zur Einlösung vorgelegt worden:

Serie „I" ausgelost zum 1. Februar 1971
Serie „O" ausgelost zum 1. Februar 1972
Serie „E" ausgelost zum 1. Februar 1973
Serie „Q" ausgelost zum 1. Februar 1974
Serie „M" ausgelost zum 1. Februar 1975
Serie „A" ausgelost zum 1. Februar 1976
Serie „K" ausgelost zum 1. Februar 1977
Serie „F" ausgelost zum 1. Februar 1978
Serie „C" ausgelost zum 1. Februar 1979
Serie „N" ausgelost zum 1. Februar 1980
Serie „H" ausgelost zum 1. Februar 1981
Serie „D" ausgelost zum 1. Februar 1982
Serie „J" ausgelost zum 1. Februar 1983

Die Stücke dieser Serien, deren Verzinsung mit dem Fälligkeitstage endet, werden gleichfalls bei den vorgenannten Zahlstellen eingelöst.

Essen, im Oktober 1983 — DER VORSTAND

Dr. Wilhelm Röpke

* 5. März 1898 † 11. Oktober 1983

In Liebe und Dankbarkeit trauern wir um meinen Mann, unseren Vater, Schwiegervater und Großvater.

Lotte Röpke geb. Dönhoff
Reinhard und Heide Röpke
Klaus Reinhard und Stefan
Dr. Otto und Dr. Gerda Röpke
Sebastian, Katharina, Matthias und Gabriele
Lothar und Elisabeth Fries geb. Röpke
Peter und Charlotte
Dr. Peter und Theda Lotichius
Karsten und Lokko

Trauergottesdienst am 17. Oktober 1983 um 11.30 Uhr in der Marienkirche in Lippstadt.

Die Beisetzung erfolgt anschließend im engsten Familienkreis. Statt zugedachter Kränze und Blumen wird im Sinne des Verstorbenen gebeten um eine Spende zugunsten der Lebenshilfe für Behinderte e. V., Konto 25 43, Stadtsparkasse Lippstadt, BLZ 416 500 01.

Wir trauern um

Dr. Wilhelm Röpke

* 5. März 1898 † 11. Oktober 1983

Träger des Eisernen Kreuzes 1. Kl. 1914
des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland
Ehrenbürger der Stadt Lippstadt

Der Verstorbene leitete unser Unternehmen in 38 Jahren bis 1974 und blieb darüber hinaus seinem Lebenswerk in ständiger Mitarbeit verbunden.

Seinem unternehmerischen Weitblick, seiner Zielstrebigkeit, seinem Verantwortungsbewußtsein und seiner Leistung verdanken wir die Entwicklung unseres Unternehmens zur heutigen Bedeutung. Dabei galt seine besondere Sorge stets allen Mitarbeitern.

Dankbar nehmen wir Abschied von diesem Mann, der jahrzehntelang unsere Firma verkörperte. Er setzte Maßstäbe, sein Vorbild wird für uns Verpflichtung sein.

Gesellschafter, Geschäftsleitung, Betriebsräte und Mitarbeiter
Westfälische Metall Industrie KG
Hueck + Co., Lippstadt

Trauergottesdienst am 17. 10. 83 um 11.30 Uhr in der Marienkirche in Lippstadt. Die Beisetzung erfolgt anschließend im engsten Familienkreis.

Statt zugedachter Kränze und Blumen wird im Sinne des Verstorbenen gebeten um eine Spende zugunsten der Lebenshilfe für Behinderte e. V., Kt. 25 43, Stadtsparkasse Lippstadt, BLZ 416 500 01.

Wir trauern um das Ehrenmitglied unseres Verbandes, Herrn

Dr. Wilhelm Röpke

ehemaliger geschäftsführender Gesellschafter der Westfälische Metall Industrie KG Hück und Co., Lippstadt, der am 11. Oktober 1983 im 86. Lebensjahr verstarb.

Herr Dr. Röpke gehörte von 1948 bis 1968 dem Vorstand des Verbandes der Automobilindustrie an. Mehrere Jahre zählte er zu dessen Vizepräsidenten. 1968 wurde Herr Dr. Röpke zum Ehrenmitglied des VDA ernannt.

Mit Herrn Dr. Röpke verlieren wir eine Persönlichkeit, die als Repräsentant der Kfz-Teile- und Zubehörhersteller am Wiederaufbau der deutschen Automobilindustrie in hervorragender Weise mitgewirkt und die Geschicke des Verbandes entscheidend mitgestaltet hat. Der Verstorbene gehörte nach dem Kriege zu den Wiederbegründern des Verbandes der Automobilindustrie.

Sein unternehmerischer Weitblick, aber auch die Gradlinigkeit seines Wesens werden uns unvergessen bleiben.

Wir werden Herrn Dr. Röpke stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)
Horst Backsmann
Präsident

Herbert Weichmann

Ehrenmitglied des Übersee-Club

ist von uns gegangen.

Der Bürgermeister und Ehrenbürger unserer Stadt hat die schönste Fülle menschlicher Tugenden in sich vereint: Mut, Unerschrockenheit, Ausdauer und Treue. Sie haben sich bei ihm mit Warmherzigkeit, Wahrheitsliebe, Gerechtigkeitssinn und moralischer Haltung verbunden.

Wir werden ihn in unserer Erinnerung behalten. Er bleibt unser.

Der Übersee-Club
Präsidium, Kuratorium und Geschäftsführung

Herbert Weichmann

(1896–1983)

Wir trauern um unser Ehrenmitglied und Hamburgs Patrioten. Sein Engagement für Gesellschaft und Staat war uns stets Verpflichtung und wird von uns weitergegeben werden.



Hamburgische Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe
(Patriotische Gesellschaft von 1765)
Vorstand, Beirat und Geschäftsführung

In der Nacht zum 10. Oktober 1983 verstarb Herr

Bürgermeister a. D.

Prof. Dr. Herbert Weichmann

Der Verstorbene war von 1961 bis 1965 Vorsitzender des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft.

Sein Rat und seine Hilfe waren von außerordentlicher Bedeutung für unser Unternehmen und für die Gasversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg und der angrenzenden Region. Während seiner Amtszeit fiel die grundsätzliche Entscheidung zur Umstellung der Gasversorgung von Stadtgas auf Erdgas.

Die Erinnerung an Prof. Dr. Herbert Weichmann wird für uns immer verbunden sein mit dem Dank für stetes Interesse an der Entwicklung unseres Unternehmens. Seine Sorge galt nicht nur den technischen und wirtschaftlichen Problemen, sondern ebensosehr den Menschen im Betrieb. Sie alle trauern um einen aufrechten, gütigen Menschen.

HAMBURGER GASWERKE GMBH
Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat, Belegschaft

Am 9. Oktober 1983 ist Herr

Prof. Dr. Herbert Weichmann

im Alter von 87 Jahren verstorben.

In den vielen Jahren seiner Zugehörigkeit zu unserem Beirat war uns der Verstorbene mit seiner herausragenden Persönlichkeit, seiner großen Erfahrung und seinem abgewogenen Urteil ein wertvoller Ratgeber.

Der Verlust dieses hochgeachteten Mannes und guten Freundes trifft uns schwer.

In Verehrung und Dankbarkeit nehmen wir von ihm Abschied.

Aufsichtsrat, Beirat und Vorstand
der
Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG

Am 9. Oktober 1983 verstarb in seinem achtundsiebzigsten Lebensjahr der Vorsitzende des Aufsichtsrates und langjährige ehemalige Vorstandsvorsitzende unserer Gesellschaft, Herr

Herbert Grillo

Inhaber des Großen Bundesverdienstkreuzes
und des Großen silbernen Ehrenzeichens
für Verdienste um die Bundesrepublik Österreich.

In den Jahrzehnten seines Wirkens für unsere Firma und deren Beteiligungsgesellschaften hat Herr Herbert Grillo die unternehmerische Verantwortung für eine wichtige Epoche unserer 150-jährigen Firmengeschichte getragen. Mit der ihm eigenen Weitsicht und Tatkraft hat er unser Unternehmen erfolgreich zu seiner heutigen Marktstellung geführt. Darüber hinaus hat er seine Arbeitskraft selbstlos in den Dienst von Verbänden und gemeinnützigen Institutionen gestellt.

In Trauer und Dankbarkeit für seine menschliche Fürsorge nehmen wir Abschied von Herrn Herbert Grillo. Sein Vorbild wird in uns fortleben und unser zukünftiges Handeln bestimmen.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Belegschaft der

GRILLO - WERKE
AKTIENGESELLSCHAFT
Duisburg-Hamborn

Die Trauerfeier ist am Sonnabend, dem 15. Oktober 1983, 11.00 Uhr, im Hause der Wilhelm Grillo Handelsgesellschaft, Duisburg-Hamborn, Am Grillopark 5. Die Beisetzung findet im engsten Familienkreise statt.

Es wäre im Sinne des Verstorbenen, das Altenheim Lohhof zu bedenken: Morian-Stiftung e.V., Konto-Nr. 20040, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg.

Mit tiefer Bewegung und voller Trauer müssen wir davon Kenntnis geben, daß der Inhaber unserer Unternehmensgruppe, Herr

Herbert Grillo

heute im 78. Lebensjahr verstorben ist.

Mit ihm verläßt uns ein Unternehmer, der durch seinen Weitblick, seinen Mut und seine Tatkraft die Entwicklung unseres Hauses beispielhaft geprägt und es zu seiner heutigen Bedeutung geführt hat.

Die Erinnerung an seine unerschütterliche Grundsatztreue, seine Güte und die Kraft seiner lauteren und starken Persönlichkeit werden in uns lebendig bleiben und uns verpflichten, sein Lebenswerk in seinem Geist weiterzuführen.

Duisburg-Hamborn, den 9.10.1983

Geschäftsführung und Mitarbeiter der
Wilhelm Grillo Handelsgesellschaft
und der mit ihr verbundenen Tochtergesellschaften im In- und Ausland

Die Trauerfeier ist am Samstag, dem 15.10.1983, 11 Uhr, in unserem Hause Duisburg-Hamborn, Am Grillopark 5.
Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Es wäre im Sinne des Verstorbenen, das Altenheim Lohhof zu bedenken: Morianstiftung e.V., Konto-Nr. 20040, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg.

Die Freiheit und das
Himmelreich gewinnen
keine Halben.

Herbert Grillo

20.9.1906 - 9.10.1983

Ein großer Mensch hat uns verlassen.

In tiefer Dankbarkeit

Marita Grillo
Gabriela Grillo
Rainer, Sylvia und
Felicitas Grillo

Mülheim a.d. Ruhr, Großenbaumer Straße 250

Die Trauerfeier ist am Sonnabend, dem 15. Oktober 1983, 11.00 Uhr, im Hause der Wilhelm Grillo Handelsgesellschaft, Duisburg-Hamborn, Am Grillopark 5.

Es wäre in seinem Sinn, das Altenheim Lohhof zu bedenken: Morian-Stiftung e.V., Konto Nr. 20040, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg.

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle und die Fachvereinigung Metallhalbzeug trauern um

Herbert Grillo

eine Unternehmerpersönlichkeit, die sich mit Mut und einer klaren liberalen Haltung jahrzehntelang mit Augenmaß für die gemeinsamen Belange der deutschen NE-Metallindustrie national und international eingesetzt hat.

Herr Grillo hat souverän viele Jahre in den Vorständen unserer Vereinigungen als Vorsitzer und als Präsident besonders erfolgreich gewirkt.

Er hat sich große Verdienste um unsere Industrie erworben.

Düsseldorf, 12. Oktober 1983

Wirtschaftsvereinigung
Metalle e.V.
Dr. Günther Sassmannshausen
Präsident

Fachvereinigung
Metallhalbzeug e.V.
Dr. Ulrich Palm
Vorsitzer

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje;
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 5 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Nach Hitler nun Hall

df – Harold Pinter ist wütend auf seinen Lieblingsregisseur Sir Peter Hall, den Chef des Drei-Manegen-Zirkus namens Britisches Nationaltheater. Hall hat sich in seinen auf Tonband gesprochenen Tagebuchnotizen auch aller privatesten Pinter-Privatsachen gewidmet, etwa den Dichterproblemen bei Auswechselung der Lebensgefährtin. Und nun hat Sir Peter wissen lassen, er sei zutiefst erregt über Pinters Kommentare. Jedoch, der Dramatiker sitzt hier am längeren Hebel. Schließlich war es Hall, der die eigenen Tagebücher so hoch bewertete, daß er sie bei Hamish Hamilton im Druck erscheinen ließ.

Nun kann also der britische Kulturmensch mit Wonne nachlesen, wie Olivier Schwierigkeiten machte, ehe Hall National-Intendant werden konnte; wie Ex-Sozialist Hall zum Tory-Wähler wurde, und was Hall fühlt, wenn er inszeniert, oder dergleichen. Es ist ein ganz lustiges Buch, schon der außerordentlichen Eitelkeit des Verfassers wegen, die sich nach gut britischer Art in bemühter Tiefstapelei äußert.

Kein Wunder, daß da die „Sunday Times" gleich mit drei seitenlangen Abdrucken zugriff. Nach der Pleite mit Hitler und dem Gutachter Trevor-Roper muß es sehr erholsam gewesen sein, aus den Tagebüchern eines noch lebenden Herrn etwas abzudrucken – da kann kaum etwas passieren, und vielleicht macht die Sache ja Schule, und in Zukunft werden nur noch Aufzeichnungen von Lebenden gehandelt, etwa die von Henry Nannen.

Im Ernst, diese wären denen von Hall vielleicht nicht unähnlich. Regisseure, Intendanten, Illustriertenherausgeber, Promoter aller Sorten neigen zu sehr ausgeprägter Selbstschätzung – das bringen die Branchen so mit sich. Hall zum Beispiel ist in seinem Beruf ungewöhnlich tüchtig. Daß er nicht gemerkt hat, wie außerordentlich peinlich und wie lächerlich die Publikation seiner Lebensläufe bei Lebzeiten ist – nun, das ist vielleicht sein wichtigster Tagebuch-Eintrag.

Ist das Kino zu retten? – Warum die Filmförderung geändert werden muß

Seid verabreicht, Millionen!

Ein Gespenst geht um im deutschen Film, nicht das von Herbert Achternbusch, sondern das Gespenst des Mißerfolges und der Pleiten. Es sieht wieder einmal düster aus im deutschen Film – trotz der Filmförderung, die in der Bundesrepublik aus vielen Quellen gespeist wird.

Als vor gut 15 Jahren die „Filmförderungsanstalt" (FFA) in Berlin als „gesetzlich geregelte Selbsthilfe der Filmwirtschaft" ins Leben gerufen wurde, da machte der Anteil des deutschen Films am gesamten Kinomarkt bei uns immerhin noch knappe 25 Prozent aus. Durch großzügige Finanzspritzen wollte man damals der nationalen Produktion zu einem noch größeren Marktanteil verhelfen, doch in Wahrheit sank in den folgenden Jahren der deutsche Prozentsatz in unseren Kinos rasch auf unter zehn Prozent ab. Etwas stimmte also nicht mit der Filmförderung.

So ist es wahrhaftig nicht in erster Linie der Krach um Achternbuschs abstrusen Film „Das Gespenst", der das Bonner Innenministerium dazu bewegte, über eine Novellierung, ja, über eine völlige Umgestaltung der Richtlinien für die Filmförderung nachzudenken. Dazu Minister Zimmermann auf einer Pressekonferenz im Sommer dieses Jahres: „Wenn auch die kulturelle Filmförderung die Besonderheit hat, nicht primär auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet zu sein, so muß sie doch im Zusammenhang mit allen übrigen Förderungsmaßnahmen gesehen werden, damit ein Höchstmaß an Effekt erreicht werden kann. Ich werde daher unsere neuen Vorstellungen außer mit den beteiligten Verbänden auch mit den an der Filmförderung weiter beteiligten Bundesressorts und mit den interessierten Ländern besprechen."

Welche Summen stehen überhaupt zur Verfügung? Der vom Bonner Innenministerium vergebene Bundesfilmpreis, aufgegliedert in mehrere saftige Beträge zwischen 500 000 und 100 000 DM, macht jährlich 2,5 Mill. DM aus. Hinzu kommen noch weitere 4,5 Mill. DM, die Zimmermann für die sogenannte Projektförderung ausgibt: Etwa elf Produktionen werden jährlich mit Summen bis zu 250 000 DM mitfinanziert. Weitere zwei Millionen fließen nach Berlin zur Förderung des Kinder- und Jugendfilmes, der bei uns ganz besonders im argen liegt.

Der Filmförderungsanstalt in Berlin stehen aus den Einnahmen der Kinobesitzer jährlich zwischen 30 und 40 Millionen Mark zur Verfügung. Pro verkaufte Eintrittskarte müssen die Kinobesitzer laut der Novellierung der Richtlinien vom 25. Juni 1979 genau 3,7 Prozent für die FFA abführen. Vor dieser viel umstrittenen Neuerung zahlten die Kinobesitzer zwischen 8 und 11 Pfennig je verkaufte Eintrittskarte. Da das letzte Kinojahr, was die Besucherzahlen betrifft, eine Katastrophe war, stehen der FFA, die jährlich etwa 44 Projekte fördert, diesmal nur knappe 30 Mill. DM zur Verfügung. Im Jahr zuvor waren es 5 Mill. DM mehr. Doch dank der Überträge aus dem Vorjahr und Rückstellungen und der Gelder im Rahmen des Film- und Fernsehabkommens, das vor zehn Jahren aus der Taufe gehoben wurde und bis Ende dieses Jahres insgesamt 123 Mill. DM der Förderung von Spielfilmen hinzugefügt hat, erhöht sich die Summe auf 60 Mill. DM.

Das ist zwar nicht übermäßig viel, aber es ist auch nicht wenig. In diesem Jahr erhielten schon 21 Projekte Summen zwischen 250 000 und 600 000 DM, darunter Andrzej Wajdas „Eine Liebe in Deutschland" (500 000 DM) und Hark Bohms Version der Tragödie um Anna Bachmeier, die derzeit in Hamburg gedreht wird. Eine weitere Quelle, aus der Deutschlands Filmemachern Geld zufließt, sind die „Referenzmittel" der Filmförderungsanstalt. Der Produzent eines Filmes, der über 250 000 Besucher innerhalb von zwei Jahren verzeichnen kann, oder dem ein internationaler Festivalpreis bzw. ein Prädikat der Wiesbadener Filmbewertungsstelle zugesprochen wird und dazu noch mehr als 130 000 Besucher hat, erhält automatisch eine beachtliche Summe – bis zu 1 Mill. DM –, die er in einen neuen Film investieren muß. 1982 kamen bezeichnenderweise nur dreizehn von insgesamt siebzig neu gestarteten deutschen Filmen in den Genuß dieser Mittel, unter ihnen Werner Herzogs „Fitzcarraldo", Michael Verhoevens „Die weiße Rose", Geissendörfers „Zauberberg" und die Kinoblödelei „Piratensender Powerplay" mit Mike Krüger.

Geld geben auch die Länder Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Ihnen stehen jeweils 2 Mill. DM im Jahr zur Verfügung. Diese Gelder laufen unter der Fahne „allgemeine Kulturförderung" und sollen dem Aufbau der heimischen Filmkultur dienen. Deshalb müssen die von Hamburg und Düsseldorf unterstützten Filme – wenn auch nicht unbedingt vor Ort gedreht – Bezug auf diese Länder nehmen. 1978 rief der Berliner Senat eine eigene Filmförderung ins Leben, die es auf jährlich 12 Mill. DM bringt. Bis zu 30 Prozent davon zahlt Berlin an die Produzenten aus; das Geld muß aus Verwertungserlösen des Films zurückgezahlt werden. Der „Berlin-Effekt", dessentwegen diese Förderung vor allem ins Leben gerufen wurde, muß entweder mindestens 50 Prozent der Herstellungskosten betragen, oder der gesamte Kredit muß für die Leistungen Berliner filmtechnischer Betriebe ausgegeben werden.

Ähnlich betreiben auch die Bayern seit vier Jahren ihre Filmförderung. 7 Mill. DM an Krediten stehen den Filmemachern hier zur Verfügung. Zusätzlich gibt es auch noch den bayerischen Filmpreis. Allerdings muß dieser mit 100 000 DM dotierte „Produzentenpreis" wieder in einen Film investiert werden. Bayern ist auch einer der Hauptträger des 1965 gegründeten „Kuratoriums junger deutscher Film" mit einer jährlichen Geldkatze von rund 2 Mill. DM, bestimmt zur Unterstützung junger Regisseure. Auflage ist, daß diese Regisseure ihren ersten programmfüllenden Film herstellen sollen. In Ausnahmefällen finanziert das Kuratorium, das zweimal im Jahr tagt, auch Kurzfilme.

Nimmt man alles zusammen, so kommt die staatliche deutsche Filmförderung Jahr für Jahr auf eine Summe zwischen achtzig und hundert Millionen DM. Das ist absoluter Rekord in der nichtkommunistischen Welt und entspricht etwa den Kosten von drei bis vier kommerziell hergestellten amerikanischen Superfilmen, die Scharen von Publikum anziehen und ihr Geld im Handumdrehen wieder einspielen. Der Effekt in Deutschland hingegen ist in manchen Jahren nahe an Null. Das Geld wird buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen, die Kinos bleiben leer, und die mit den Fördermitteln produzierten Filme erscheinen irgendwann in den Spät- und „Zielgruppen"-Programmen des Fernsehens, deren Einschaltquoten ebenfalls gegen Null tendieren.

Eine der Hauptursachen für die deutsche Misere liegt zweifellos in der großen Aufsplitterung der Fördermittel. Es wird gekleckert, statt geklotzt, und die große Anzahl der Einzelförderer bedingt eine entsprechende Anzahl von Vergabegremien. So wuchert Gremienbürokratie, Freundl-Wirtschaft und eine Moral der „pressure groups", die es immer wieder auch vielen Nichtskönnern ermöglicht, an Gelder heranzukommen. Der Bundesinnenminister ist auf dem richtigen Weg, wenn er deshalb eine bessere Koordination und Transparenz der Geldquellen anstrebt.

Auch in seiner Überzeugung, daß es letztlich stets der Erfolg ist, der belohnt werden muß, sollte er sich nicht irre machen lassen. Kino ist nun einmal angesiedelt auf der Schwelle zwischen Kunst und Industrie. Die Produzenten müssen auch geschäftlich zu denken verstehen, müssen z. B. auch einmal ehrgeizige, anspruchsvolle Projekte mit selbstverdienten Geldern aus populären Kassenfüllern finanzieren, statt sich von Mal zu Mal auf den Staat zu verlassen. Nicht der Gremien-Schreihals ist Garant für gute Filme, sondern der erfolgreiche Produzent mit künstlerischer Ambition.

Endgültig verschwinden sollte aus der deutschen Filmförderung das Denken in „Besitzständen" oder Proporz-Anteilen. Das so beliebte Schema Altproduzent-Jungfilmer-Jüngstfilmer ist längst überholt und wirkt nur noch kontraproduktiv. Nicht das Lebensalter oder die Zugehörigkeit zu irgendeiner „pressure group" sollte künftig über den Zugang zu Fördergeldern entscheiden, sondern einzig und allein die Professionalität der Drehbücher und die Seriosität der finanziellen Kalkulation. Dann wird es vielleicht auch in der Bundesrepublik wieder einmal eine Filmindustrie geben, die ihren Namen verdient, nicht zuletzt potente Vertriebsgesellschaften, die – eventuell in europäischer Zusammenarbeit – den Amerikanern die Stirn bieten können und durch Kreditvergaben ihrerseits zur Entstehung guter, publikumswirksamer Filme beitragen.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Neuer Film: „Menuett"

Eva aus dem Off der Eishöhle

Das Menuett, sagt Lili Rademakers, die Regisseurin dieses belgisch-niederländischen Films, ist ein mäßig schneller Tanz, bei dem man einander kaum berührt. Dieses Menuett tanzen Paul und Marietta in ihrer Ehe, die über die Jahre in Schweigen und Resignation erstarrt ist. Paul überprüft in einer Brauerei die Temperatur im Kühlraum, und die Kälte dort hat mittlerweile auch Besitz von ihm selbst ergriffen. Paul redet nicht mehr, in seiner Freizeit sammelt er Zeitungsausschnitte, die von ungewöhnlichen Begebenheiten berichten. Paul hat sein Schicksal aufgegeben, ihn interessieren nur noch fremde.

Marietta dagegen überdeckt ihre innere Leere und Ziellosigkeit durch eine hektische Betriebsamkeit und schließlich ein außereheliches Abenteuer, das nicht ohne Folgen für sie bleibt. Geblieben sind den beiden nur ihre Sehnsüchte und Ängste, die sie sich im wirklichen Leben selbst verbieten und die dafür in lustvollen oder peinigenden Visionen über sie kommen. In diese Eishölle über dem Vulkan tritt Eva. Eva ist zwölf Jahre alt, flirtet mit der berechnenden Naivität der Heranwachsenden mit Paul und ruft bei ihm sofort wieder verdrängte Gefühle hervor. Eine Dreiecksgeschichte beginnt, deren Existenz Paul und Marietta beharrlich vor sich selbst abstreiten.

Es ist die Gespenstergeschichte einer bürgerlichen Ehe, die Lili Rademakers sich da vorgenommen hat. Die sich für sie aber als etwas zu groß erweist. Der Film leidet an seiner Geschwätzigkeit in Wort und Bild, während doch sein Thema Stille und Konzentration erfordert hätte. Dabei gelingen der Filmemacherin durchaus immer wieder Szenen von kammerspielhafter Verhaltenheit, in denen die unter dem Schweigen und der scheinbaren Alltäglichkeit lauernden Spannungen sich fast körperlich aufdrängen. Da gibt es am Schluß eine schöne Sequenz, in der die Wirklichkeit sich auflöst in die drei Realitäten der Protagonisten und der Zuschauer hineingezogen wird in diesen Taumel.

Doch leider sind das immer wieder nur Momente. Ansonsten vertraut Lili Rademakers dem Spiel ihrer Darsteller so wenig, daß diese aus dem Off Auskunft über ihren Seelenzustand geben müssen, was doch wohl eigentlich Aufgabe der Filmemacherin gewesen wäre – über die Dramaturgie des Films nämlich. Besonders mißlungen sind ihr die Traumvisionen, die viel zu plump sind. Da merkt man höchstens, daß Lili Rademakers Fellini-Schülerin ist, aber den Meister imitieren zu wollen, hätte sie wohl besser unterlassen.

SVEN HANSEN



Nicht immer nur lesen – Neue Techniken auf der Frankfurter Buchmesse

Elektronisches Rascheln mit Papier

Zwar noch etwas am Rande, aber dennoch bei Eingeweihten große Aufmerksamkeit erregend: Auf der Frankfurter Buchmesse ist ein Trend hin zu den angewandten neuen Techniken und Medien unübersehbar. Das oft befürchtete Ende des gedruckten Wortes ist zwar noch lange nicht in Sicht, aber Umschichtungen werden nicht ausbleiben. Kein Wunder, denn zahlreiche „Abfälle" der modernen Technologie bieten sich geradezu zwingend als Text- und Bildspeichermedien an. Ein Hang zur Spielerei ist allerdings bei einigen Novitäten kaum auszuschließen.

Das „sprechende Buch" des Bertelsmann-Lexikothek-Verlages ist so eine Novität. „Unser Jahrhundert in Wort, Bild und Ton" enthält auf zwölf Folien je sechs Tondokumente aus aller Welt. Jedem dieser Scheiben ist ein Textkommentar und ein aussagetypisches Bild beigegeben. Vier Bände sollen erscheinen; jedes Jahrzehnt erhält seine eigene Multiaudiovision. Die Bedienung ist kinderleicht: Die „Phonobox" – ein Miniaturplattenspieler – wird auf die entsprechende Folie gesetzt. Ein Mini-Tonabnehmer rotiert auf der Unterseite und fährt die Kunststoff-Rillen ab. Nach einigen Knacksern ertönt die sonore Stimme von Elmar Gunsch, der das Nürnberger Militärtribunal ebenso kommentiert wie den Wettlauf ins All.

Daß ein Computer dolmetschen kann, hat man im Hause Langenscheid bewiesen. Nach fünfjähriger Forschungsarbeit wird nun ein „Taschenrechner zum Übersetzen" vorgestellt. Englisch und Französisch aus dem Deutschen und zurück: das alles dank „Alpha acht". „Jeder Mensch hat sich über die Dinger der ersten Generation zu Tode gelacht", stellt Dr. Anton Schmuck, Leiter der Elektronikabteilung fest. „Da kam oft nur totaler Nonsens heraus." Diese Zeiten seien aber jetzt vorbei. Der Philologe und Mathematiker ist geistiger Ziehvater dieses Gerätes, das auch sehr bald den Touristen Italienisch und Spanisch – von „Autobahngebühr" bis „Paprikawurst" – beibringen soll.

Der lateingeplagte Pennäler kann ebenfalls aufatmen: Latein wird der Winzling in Kürze spielend verarbeiten können. 4000 Wortpaare werden durch „elektronisches Blättern" in Windeseile gefunden. Mit der „Üben"-Taste werden „querbeet" Vokabeln mit sofortiger Selbstkontrolle abgefragt. Eine „Memo"-Taste speichert die schwierigen Fälle. Die Ausgabe von Mehrfachbedeutungen, der Flektion der starken Verben und von zahlreichen Erläuterungen ist bei diesem 256-bit-Speichergerätchen selbstverständlich. Das nur neun Millimeter dicke Gerät läuft mit einem Batteriesatz sage und schreibe 640 Stunden. Die im japanischen Osaka betriebene Fertigung spuckt alle vier Sekunden ein neues „elektronisches Wörterbuch" aus.

Auch die Welt der dritten Dimension erwartet den Leser. Mit einer Weltneuheit wartet der Stuttgarter DRW-Verlag auf. „Faszinierende Natur dreidimensional" heißt das Buch der drei jungen Wissenschaftler Christoph Koschnitzke, Rainer Mehnert und Dr. Peter Quick. Farbaufnahmen, brillant fotografiert, zeichnen den ersten 3-D-Farbbildband der Welt aus. Ein beiliegendes Prismen-Stereosichtgerät mit integrierten Sehfeldbeschnittsblenden liefert die dritte Dimension tatsächlich in einer Qualität, wie man sie bisher allenfalls aus der 3-D-Polarisationsprojektion kannte.

Tiere, Pflanzen und Mineralien springen da dem Betrachter direkt ins Auge. Großformatige, scharfe und kontrastreiche Raumbilder haben auch bei Hochschullehrern einhellige Bewunderung hervorgerufen. Innenarchitektur, Flugzeugbau und die Darstellung von Molekülstrukturen haben sich die drei Autoren als nächstes vorgenommen.

DIETER THIERBACH

KULTURNOTIZEN

Auf der Ostseeinsel Gotland sind von einer deutschen Archäologin 21 Bildsteine aus der Zeit zwischen 400 und 1100 n. Chr. entdeckt worden.

Mit der Cornelius-Gurlitt-Gedenkmünze wurde Oswald von Nell-Breuning, Professor für katholische Soziallehre, ausgezeichnet.

Alexander Danov, der nach Düsseldorf übersiedelte russische Maler, zeigt bis zum 23. Oktober seine Werke im Theater von Gummersbach.

An den sowjetischen Hochschulen wurde nur jeder vierte der drei Millionen Studienbewerber immatrikuliert.

Zum Buch des Monats wurden die gesammelten Gedichte „Orgel aus Staub" von Theodor Kramer gewählt.

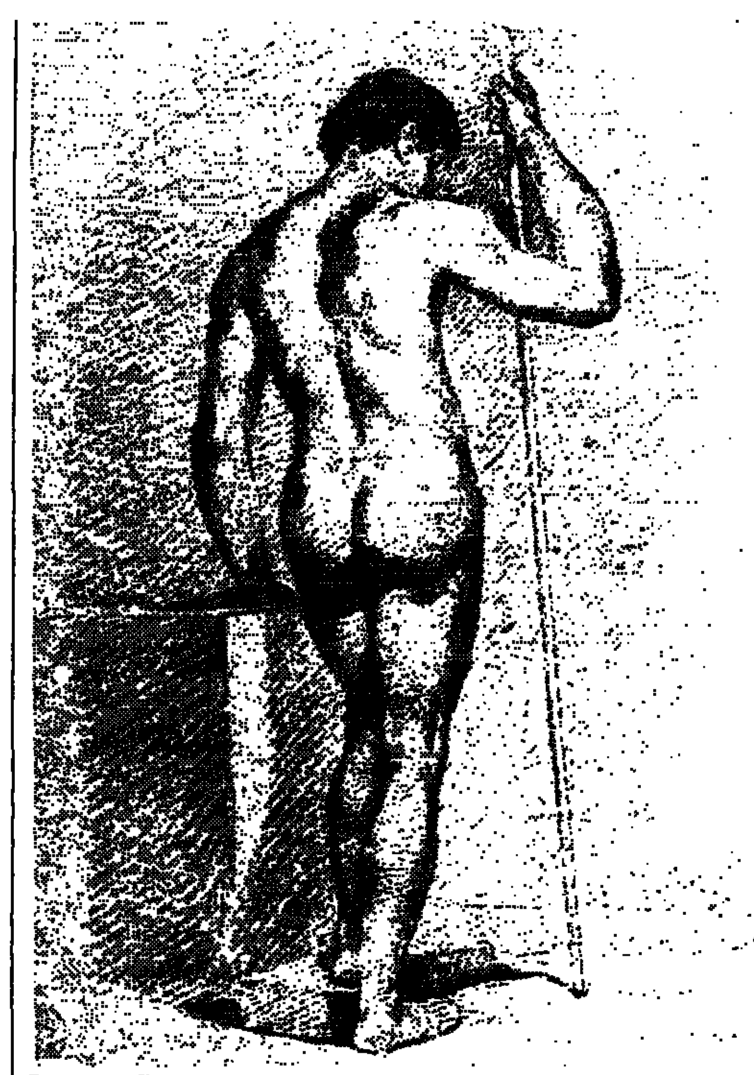
Die Musik-Biennale von Venedig wird 1984 ein ständiges Laboratorium für Informatik, genannt „L'Informatica Musicale della Biennale", einrichten.

„Die deutschen Jakobiner (1792–1798)", eine Ausstellung des Bundesarchivs Koblenz, der Stadt Mainz und der Goethe-Institute, ist derzeit in mehreren Städten in Frankreich zu sehen.

Der Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendbücher wurde Rudolf Frank für sein Buch „Der Junge, der seinen Geburtstag vergaß" und Els Pelgrom für „Die Kinder vom Achten Wald" verliehen.

Der Verband der Landesarchäologen hält vom 17.–19. Oktober seine Jahresversammlung in Wyk auf Föhr ab.

Mit dem Katholischen Kinderbuchpreis 1983 wurde das Buch „Oleg oder die belagerte Stadt" des Niederländers Jaap ter Haar ausgezeichnet.



Bestandteil der Weimarer Klassik: „Männlicher Rückenakt" (1787), Rötelzeichnung von Georg Melchior Kraus, aus der Ausstellung im Düsseldorfer Goethe-Museum FOTO: KATALOG

Düsseldorf ehrt Wieland und den Maler Kraus

Im Jahr zwei Eimer Wein

Goethe hat ihn seinen „guten alten Freund" genannt. So ist es denn ein wohlverdienter Freundschaftsdienst, den das Düsseldorfer Goethe-Museum mit dieser Ausstellung dem weithin vergessenen Maler, Zeichner und Kupferstecher Georg Melchior Kraus erweist, und dies wahrscheinlich zu seinem 250. Geburtstag; ganz sicher ist das nämlich nicht. Gemeinhin wird der 26. Juli 1737 als Kraus' Geburtstag angegeben. Friedrich Bertuch dagegen, der es eigentlich wissen mußte, nannte 1733 als Geburtsjahr des Freundes. Wie dem auch sei, ein Hinweis auf diesen sympathischen Künstler käme nie zur Unzeit.

Kraus ist wie Goethe in Frankfurt geboren. Er studierte bei Johann Heinrich Tischbein in Kassel, später in Paris, wo die gefeierten Maler des Rokoko – Watteau, Boucher und Greuze vor allem – nicht ohne Einfluß auf ihn blieben. Auch Goethes Freund Hackert lebte dort „in gutem Ansehen und Wohlstand". Vieles, was vor allem dessen Malerei „nach der Natur" auszeichnete, ließe sich gleichermaßen auch von den Landschaften und Veduten von Kraus sagen, die in Weimar fast spontan den Übergang vom Rokoko zu einem klaren, sachlichen, gleichwohl stimmungsvollen Stil fanden, parallel zur Weimarer Klassik, zu der damals Wieland und Herder ebenso wie der Dichter, Theaterdirektor und Naturforscher Goethe gehörten.

Die beiden Frankfurter begegneten sich zum erstenmal in Ems und fanden einander sofort sympathisch. Kraus war bereits für den weimarischen Hof tätig. Es heißt, daß seine Schilderungen Goethes Entschluß, nach Weimar zu gehen, entscheidend beeinflußt hätten. Kraus gründete in Weimar die Herzoglich Freie Zeichenschule und blieb über dreißig Jahre ihr Leiter. Vermutlich hatte Bertuch diese Gründung angeregt. Der tüchtige Verleger – „ein Zögling Wielands", wie Goethe schrieb – gewann Kraus auch als Mitherausgeber des „Journal des Luxus und der Moden", das es auf mehr als zwanzig Jahrgänge brachte.

Der Einfluß Weimars auf die breite Öffentlichkeit ging damals nicht von Goethe und Schiller aus, sondern von diesem „Journal" und von Wielands „Teutschem Merkur". Kraus' grafische Beiträge über Mode, Theater, literarische Sujets und aktuelle Anlässe sind deshalb über ihren künstlerischen Reiz hinaus von kulturhistorisch-dokumentarischer Bedeutung, ebenso wie seine Porträts, seine Landschaften und Stadtansichten, seine Reisebilder und die Radierfolge vom Weimarer Park. Das Düsseldorfer Goethe-Museum, das neben Weimar die bedeutendste Kraus-Sammlung besitzt, bietet jetzt erstmals – ergänzt durch Leihgaben aus Frankfurt, Kassel und Würzburg – mit über 130 Beispielen (Ölbildern, Aquarellen, Zeichnungen und teilweise kolorierten Radierungen) einen umfassenden Überblick über das vielseitige Œuvre dieses Künstlers.

Auch Wieland selbst, im gleichen Jahr wie Kraus geboren (wenn Bertuch recht hat), wird vom Goethe-Museum zu seinem Jubiläum mit einer kleinen Sonderausstellung geehrt. Der „Teutsche Merkur", das literarische Pendant zum „Journal" von Kraus und Bertuch, kommt zu Wort, der Dichter selbst, der die „Bildung (als) einziges Gegenmittel gegen den gewohnt schlimmen Lauf der Welt" ansah, genauso wie der Erzieher, Philosoph, Redakteur und politische Publizist in Autographen und Erstausgaben, nicht zuletzt auch der liebenswürdige Privatmann in manch erhellendem Schriftstück. Hatte er sich nicht seinerzeit bei Bodmer listig eingeführt als ein „großer Wassertrinker" und „geborener Feind des Bacchus"? Hier nun finden wir eine Bestellung von seiner Hand bei dem Weimarer Weinhändler Ramann: „... und belieben bei nächster Gelegenheit von bewußtem Vin de Bergerac einen halben Eimer ... und solange ich lebe und Wein trinke, jährlich zwei Eimer gleicher Sorte und Bonität ..." Goethe und Wieland, sie waren gar nicht so weit auseinander, wie man uns gern glauben machen will: In vino veritas. (Bis 30. Okt.)

EO PLUNIEN

Platte: Verdis „Räuber" mit Joan Sutherland

Gepfefferte Kadenzen

So enttäuschend es für die Schallplattenindustrie sein muß, daß die von ihr ausgehenden Impulse von den Theatern nur halbherzig aufgenommen werden: Sie zeigt dennoch Konstanz. Die Entdeckung der Opern des frühen Verdi ist eindeutig das Verdienst der Phonoindustrie, die nun sogar beginnt, den spektakulären Ersteinspielungen Alternativaufnahmen folgen zu lassen. Zum Beispiel bei den „Masnadieri" nach Schillers „Räubern", die jetzt von der Decca angeboten werden (6 35480, 3 LPs).

Dirigent ist Richard Bonynge, die Amalie Joan Sutherland. Damit ist die Richtung der Aufnahme schon klar. Bonynge führt Verdi, den frühen zumal, gern zurück in die Tradition der frühromantischen Belcanto-Oper Donizettis. Das hat Folgen für die fast statische Organisation der Ensembles, für die Art der Orchesterbegleitung und vor allem natürlich für die der Gestaltung der Kadenzen. Bonynge bezieht Gegenposition zu den jungen Puristen wie etwa Riccardo Muti, die sklavisch an jeder Note der Partiturhandschrift hängen, ohne dabei zu bedenken, daß auch noch Verdi bis in seine mittleren Jahre auf die Opernkonvention in seinem Lande bauen konnte. Und baute, indem er die musikalische Minimallösung notierte, wissend, daß die Sänger je nach Können schon ihren Pfeffer hinzugeben würden.

Gepfeffert wird diese Aufnahme von Joan Sutherland. Waren in ihren letzten Aufnahmen (und Bühnenauftritten) Schwerfälligkeiten und Höhenschärfen kaum mehr zu überhören, so durchlebt sie nun offenbar ihren dritten Frühling. Alle Trübungen sind wie weggeblasen. Die Stimme fliegt wieder leichthin in allen Lagen, klingt gelenkig und besitzt doch den dramatischen Affekt, den diese Art des Primadonnentums braucht. Die Sutherland darf sich wieder als Assoluta fühlen, nachdem ihre Rivalin Caballé den Stimmverschleiß nicht mehr verheimlichen kann, wie ihre jüngsten Hamburger Gastspiele im „Maskenball" gezeigt haben.

Sutherlands Partner: Ein frisch und robust singender Franco Bonisolli als Karl Moor, Matteo Managuerra als echte Bariton-Kanaille Franz und Samuel Ramey als alter Graf Moor.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Die Sumerer kamen bis in die Türkei

AP, Ankara

Nach vierjährigen Grabungsarbeiten hat ein deutsches Archäologenteam bei Siverek in der südöstlichen Türkei eine sumerische Siedlung aus dem Jahre 3400 vor Christus entdeckt. Nach Angaben des Leiters der Grabungsmannschaft, Dr. Manfred Behm-Blancke von der Universität München, wurde damit erstmals der Beweis erbracht, daß die Sumerer, deren Hauptsiedlungsgebiet in Mesopotamien, dem heutigen Irak lag, bis in den Raum der heutigen Türkei vorgedrungen waren.

Schriftstellerhaus in Stuttgart gegründet

DW. Stuttgart

Ein Schriftstellerhaus ist jetzt in Stuttgart von einem eigens dazu gegründeten Verein, einer Unterabteilung des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS), unter der Leitung von Johannes Poethen eingerichtet worden. In dem Haus sollen Schriftsteller, jeweils für drei Monate durch ein Stipendium finanziert, wohnen und arbeiten können. Träger der Einrichtung sind die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg. Zur Unterstützung dieses Projekts hat sich der Verein auch an den Verband der Industrie gewandt. In dem Haus sind außerdem einmal im Monat Begegnungen zwischen Literaten und Bürgern geplant. Den Anfang macht am 20. Oktober ein Abend mit Margarete Hannsmann und Christoph Lippelt.

Mythen und Moritaten aus Brasilien

sg. Stuttgart

Das erste Heft 1983 der „Zeitschrift für Kulturaustausch" des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart, „Mythen – Märchen – Moritaten", herausgegeben von Günter W. Lorenz, widmet sich der traditionellen Dichtung Brasiliens. Der Sertao, der weite Nordosten Brasiliens, ist die Heimat vieler moderner brasilianischer Schriftsteller. Vielleicht weil er heute noch eine Fundgrube für traditionelle, mündlich überlieferte Lieder, Märchen und Mythen ist. Die Portugiesen brachten Reim und Vers mit, die afrikanischen Sklaven Rhythmus und Mythen, von den Indianern stammt der Sinn für das Ganzheitliche der Natur. Dennoch schmolzen all diese Einflüsse zu spezifisch brasilianischen Schöpfungen zusammen. Der sorgfältig zusammengestellte und kommentierte Band mit Illustrationen populärer brasilianischer Künstler kostet 5 Mark.

Zur Erinnerung an Marienwerder

DW. Münster

Vor 750 Jahren wurde die Stadt Marienwerder durch die Ritter des Deutschen Ordens gegründet. Sie war bis zur ihrer Zerstörung durch ein Großfeuer nach Kriegsende (1945/46) ein wichtiger Verwaltungsmittelpunkt, zuletzt als Sitz des Regierungspräsidenten und des Oberlandesgerichts von Westpreußen.



Schloß und Dom Marienwerder, um 1850 FOTO: KATALOG

An die Geschichte der Stadt von ihrer Gründung bis zur Gegenwart erinnert eine Ausstellung im Münsterschen Westpreußen-Museum Drostenhof Wolbeck, die noch bis zum 1. Januar 1984 zu sehen ist. Gezeigt werden alte Graphiken und Gemälde, Lagepläne und andere Dokumente; Photographien und ein Modell von Dom und Schloß. Der Katalog kostet 2 Mark.

Was ist Schreiben oder Handke als Herumtreiber

DW. Salzburg

In einem im Auftrag der Illustrierten „Bunte" geführten Gespräch zwischen den Schriftstellern Hermann Lenz und Peter Handke gab letzterer Auskünfte über seine literarischen Wünsche: „Das ist für mich das Ideal vom Schreiben: Du läßt nur ein Licht, eine Dämmerung, ein Ding, Spuren von Vögeln einfließen. Und zugleich kommt eine Idee von Volk und Geschichte auf. Du kennst das Geheimnis des Wiederholens. So zu wiederholen, daß der Leser sich darüber freut. Das ist zum Beispiel etwas, was ich noch nicht schaffe. Vielleicht einmal durch Geduld, die die japanischen Philosophen ‚das Sitzenkönnen' nennen. Ich glaube, das ist es: das Sitzen. Ich bin dagegen eher ein Herumtreiber."

Ein Silberstreif in den dunklen Wolken über der Drogenszene?

Von ULRICH BIEGER

Der Alarm wirkt schon abgenutzt: Ähnlich wie im vergangenen Jahr wird auch jetzt ein dramatischer Anstieg der Zahl der Drogentoten gemeldet. Die Ursachen blieben fast die gleichen. Trends, die die Experten an der Drogenfront vor Jahresfrist ausmachten, bestätigten und verstärkten sich. Einzig Erfreuliches in der traurigen Bilanz: Der Zustrom junger Leute zum großen Heer der Abhängigen verringert sich. Der Stoff, aus dem die tödlichen Träume sind, scheint an Faszination zu verlieren.

Der Silberstreif am Horizont nimmt aber den Drogenexperten in allen Bereichen nichts von ihren drängenden Sorgen. Glaubte man *nach einem Höhepunkt im Jahr 1979* mit 634 Toten das Problem im Griff zu haben (1980: 494 Tote, 1981: 360 Tote), zog die Zahl der Opfer jetzt schon im zweiten Jahr wieder an. Nach den 248 Abhängigen, die sich in den ersten neun Monaten des vergangenen *Jahres den* „goldenen Schuß" setzten, waren es im gleichen Zeitraum dieses Jahres schon gut 30 Prozent mehr.

Eine der Hauptursachen für diese erschreckenden Zahlen sieht Erich Straß, Leiter der Gruppe Rauschgiftdelikte beim Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden, in der „bedrohlichen Zufuhrsituation" und den daraus resultierenden Dumpingpreisen. (Heute kostet ein Gramm Heroin zwischen 150 und 500 Mark, 1982 waren es noch 250 bis 600 Mark.) Aus der Zunahme der an Grenzen und Flughäfen sichergestellten Rauschgiftmengen schließen die BKA-Leute, daß die Bundesrepublik Deutschland derzeit von einer riesigen Drogenwelle überschwemmt wird. So nahmen Zoll- und Polizeibeamte Schmugglern und Dealern bis einschließlich September dieses Jahres 197 Kilogramm Heroin (1982: 202 Kilo), 71 Kilo Kokain ('82: 29 Kilo), 18 Kilo Opium ('82: 7 Kilo) und knapp 4000 Kilo Cannabis-Produkte ('82: 3155 Kilo) ab.

Die Statistik bestätigt auch die Obduktion der Drogenopfer. Immer mehr Abhängige sterben nach der Einnahme des lange Zeit als „High-Society"-Droge apostrophierten Kokain. Das helle Pulver sickert über *dunkle* Kanäle vor allem aus Peru, Kolumbien und Bolivien in die Bundesrepublik Deutschland ein. Zu dem straff organisierten Kuriersystem gehören nach den Erkenntnissen des BKA außer den Südamerikanern auch Spanier und Italiener.

Nicht weniger gut organisiert, greifen die Hintermänner des Heroinhandels für den Transport vorwiegend auf die „Amateure" zurück. Vor allem Urlauber lassen sich immer wieder zum Schmuggel verleiten, obwohl der Traum vom schnellen Geld auch immer häufiger in den grauenhaften Gefängnissen Thailands, Singapurs und Malaysias endet (siehe WELT vom 4. 10.).

Der weitaus größte Teil des Heroins (80 Prozent), das immer noch zentral in den Niederlanden verteilt wird, kommt aus den Anbaugebieten im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet. Eingeschleust wird es vor allem, so Straß, über osteuropäische Flughäfen, mit Vorliebe aber auch über Ost-Berlin. In den vergangenen Monaten seien auffallend viele Srilanker festgenommen worden; immer waren es Tamilen, Angehörige jener ethnischen Minderheit im früheren Ceylon, die nach den blutigen Unruhen des Sommers im Westen *um politisches Asyl nachsuchten.*

Eine weitere Ursache für den enormen Anstieg der Todesopfer sieht man beim BKA in einer Entwicklung, die sich im Vorjahr bereits abzeichnete, sich aber weiter verstärkte: Der Stoff wird immer reiner. Die Folge ist, daß die Abhängigen, gewöhnt an gestrecktes Heroin, das ungewöhnlich reine Heroin unterschätzen und sich eine Überdosis spritzen.

Aber auch angesichts dieser neuen Trends und Entwicklungen setzten die Drogenexperten in Wiesbaden auf ihre langfristige Strategie. An erster Stelle rangiert hier der ständige Ausbau der internationalen Zusammenarbeit. Mehr als zwei Millionen Mark wurden 1982 *etwa* im Mittleren Osten für die Ausrüstung im Kampf gegen die Rauschgiftorganisationen gezahlt. An den Botschaften in den betroffenen Ländern arbeiten BKA-Leute mit wachsendem Erfolg. Und im Rauschgiftdezernat des BKA in Wiesbaden werden zur Zeit Polizeibeamte aus Pakistan, Thailand, der Türkei, Zypern, Jordanien, Peru, Kolumbien und Bolivien ausgebildet.

Hält BKA-Mann Straß die grenzübergreifende Zusammenarbeit für „ganz hervorragend", drückt die Polizei der Schuh im Innern. Drogenkon*sum und -handel ziehen sich immer* mehr in den privaten Bereich zurück, weg von den einschlägigen, meist polizeibekannten Umschlagplätzen in der Öffentlichkeit. Dies erschwere den Kampf gegen den Stoff und mache auch die Einschätzung beispielsweise der Zahl der Abhängigen immer schwieriger.

Im Bundesinnenministerium geht man allerdings davon aus, daß sich die Zahl der rund 65 000 Konsumenten (Schätzungen nichtamtlicher Stellen schwanken allerdings zwischen 80 000 und 180 000) harter Drogen in der Bundesrepublik Deutschland nicht entscheidend verändert hat. Eine Verschiebung in der Altersstruktur, die Abhängigen werden älter, führte darüber hinaus zu dem Schluß, daß weniger junge Leute zu der Spritze greifen als in den Jahren zuvor, daß Reiz und Verlockung der Droge nachlassen. Die steigende Zahl der Toten, so Zimmermann-Sprecher Hans-Günter Kowalski, könne so auch teilweise damit erklärt werden, daß immer mehr „Junkies" das Stadium erreichten, in dem der hohe Grad der Abhängigkeit fast zwangsläufig zum „goldenen Schuß" führe.

Große Hoffnungen setzt man im Innenministerium nicht nur auf „Gipfelgespräche", wie Friedrich Zimmermann *sie zur Zeit* mit der jugoslawischen Regierung führt, sondern auch auf eine Abmachung, die vor kurzem mit dem Finanzministerium getroffen wurde. Danach haben inzwischen Bundesgrenzschutzbeamte die gleichen Vollmachten wie Zollbeamte. Durften die BGS-Leute vorher nur bei dem Verdacht einer strafbaren Handlung Kontrollen vornehmen, können sie jetzt wie ihre Kollegen vom Zoll innerhalb der Zollgrenzbezirke jeden auf alles durchsuchen.

Erfolge brachte auch schon, so Hans-Günter Kowalski, die Kontrolle nicht nur des Gepäcks der in Frankfurt ankommenden Fluggäste, sondern auch der Transitpassagiere. Dabei habe sich herausgestellt, daß die Main-Metropole mehr und mehr zu einer regelrechten Drehscheibe im Drogengeschäft geworden sei.

Angesichts aller wichtigen Erkenntnisse und kleinen Erfolge warnt Erich Straß vom BKA aber eindringlich vor allzu großen Hoffnungen. Ähnlich wie die „French Connection" in Marseille und nachfolgende Organisationen werde man auch die derzeitige Welle aus dem Mittleren Osten stoppen können. Mit Sicherheit würde aber auch diese ihre *Nachfolger haben, solange sich in* Europa und den Vereinigten Staaten Abnehmer fänden: „Das ist hauptsächlich ein Problem von Angebot und Nachfrage . . ."

Gesunkener Luxusdampfer vor New York entdeckt

SAD, New York

Das Wrack eines luxuriösen Ausflugsdampfers, der 1840 nach einem Großfeuer im Long Island Sound vor New York unterging, ist jetzt nach zweijähriger Suche in 24 Meter Tiefe entdeckt worden. Dabei fanden die Taucher auch einen ansehnlichen Silberschatz. Der mit allem nur erdenklichen Luxus ausgestattete Raddampfer „Lexington", der Stolz des Schiffahrts- und Eisenbahnmagnaten Cornelius Vanderbilt, galt bis zu seinem Untergang, bei dem [illegible] meist schwerreiche New Yorker ums Leben kamen, als modernstes und schnellstes Dampfboot seiner Zeit. Das Wrack des 62 Meter langen Dampfers liegt aufrecht im Schlamm, allerdings in drei Teile zerbrochen. An Deck sollen in einer langen Reihe noch die großen Kübel stehen, die mit dem Silbergeld, den Einnahmen der letzten Reise, gefüllt sind. Das Geld, dessen Wert Experten auf mindestens 270 000 Mark schätzen, ist freilich in der Hitze des Feuers vor dem Untergang zu Silberklumpen verschmolzen.

Halleyscher Komet gesichtet

AP, Moskau

Sowjetische Astronomen haben bereits den Halleyschen Kometen gesichtet, der sich alle 76 Jahre der Erde nähert und 1985 mit bloßem Auge sichtbar sein soll. Der frühe Blick gelang den Wissenschaftlern mit einem Spiegelteleskop, mit dem man ein Kerzenlicht noch aus [illegible] Kilometer Entfernung sehen kann.

Fünf Menschen verbrannt

AFP, Grenada

Bei einem Waldbrand unweit der südspanischen Stadt Grenada sind fünf Menschen ums Leben gekommen, sechs wurden verletzt. Mehr als 1000 Hektar Pinienwald verbrannten.

Pozzuoli siedelt um

dpa, Rom

Ein Drittel der Bürger von Pozzuoli, das seit Monaten von leichten Erdbeben heimgesucht wird, soll umgesiedelt werden. 25 000 Menschen erhalten neue Wohnungen in einer Trabantenstadt im Hinterland des Ortes am Golf von Neapel. Die Fertighäuser sollen innerhalb eines Jahres bezugsfertig sein. 650 Millionen Mark stellte die Regierung in Rom gestern dafür zur Verfügung.

Einspruch gegen Kündigung

dpa, Oberstdorf

Der Personalrat von Oberstdorf hat sich gegen eine fristlose Kündigung von Kurdirektor [illegible] Besler und Verkehrsamtsleiter Fritz Rösler ausgesprochen. (s. WELT v. 10. 10.) Die beiden Männer sollen über eine Tarnfirma Urlauber, die sich auf Zimmersuche an die Kurverwaltung wandten, durch überhöhte Preise geprellt haben.

LEUTE HEUTE

Familien-Film

Carlo Ponti hält sich in diesen Tagen in Rom auf, um als Produzent einen Film vorzubereiten, in dem nicht nur seine Frau **Sophia Loren** die Hauptrolle spielen, sondern auch sein ältester Sohn **Carlo jun.** (15) mitmachen soll. Alles weitere bleibe vorerst sein Geheimnis, erklärte Ponti.

Im Geschäft

Tennis-Star **Martina Navratilova** (Foto) hat in Philadelphia ihre eigene Boutique eröffnet. Partnerin in dem



Sportbekleidungsgeschäft ist ihre Freundin und Trainerin **Nancy Lieberman.**

Haarige Entlassung

Punker werden in den britischen „Rolls-Royce"-Werken nicht geduldet. Der 18jährige Lehrling **Peter Mortiboy**, wurde entlassen, weil seine durch Klebstoff erhärteten, mehr als zehn Zentimeter langen Haarspitzen eine „Gefahr für seine Arbeitskollegen" darstellten.

Neu-Delhi schmückt sich für die Queen

Königlicher Besuch im November wirft Schatten voraus

PETER DIENEMANN, **Neu-Delhi**

Die lange Herrschaft der britischen Krone scheint ebenso vergessen wie der Kampf Mahatma Gandhis und anderer großer Inder gegen die englischen Kolonialisten. Indien gibt sich monarchistisch. Der Grund: der Besuch der Königin von England in der Hauptstadt Neu-Delhi zur Commonwealth-Konferenz. Vor allem in den Amtsstuben der höheren Beamten wurde die sonst lahmende indische Bürokratie plötzlich auf Sprinter-Tempo gebracht: Neu-Delhi, das noch vor 40 Jahren blutige Schlachten zwischen englischen Soldaten und indischen Freiheitskämpfern gesehen hat, will jetzt der königlichen Hoheit das Beste vom Besten bieten.

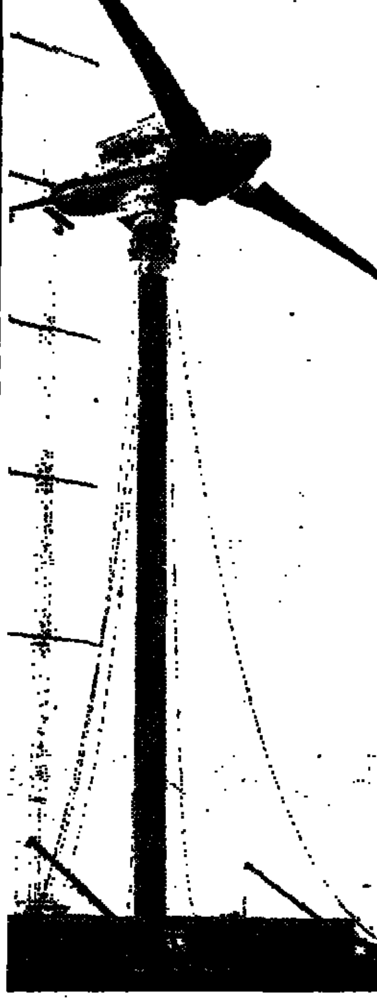
Die Ministerpräsidenten der Commonwealth-Länder, die sich in der zweiten November-Hälfte in Neu-Delhi treffen um vor allem wirtschaftliche Fragen zu besprechen, werden wohl in jenem Schatten stehen, den das englische Königshaus seit *Wochen auf Indien wirft.* Heere von Gärtnern sind damit beschäftigt, den Weg, den die Königin möglicherweise in ihrer Staatskarosse passieren könnte, zu bepflanzen.

Aber das sind alles nur Nebensächlichkeiten in Anbetracht der proto*kollarischen Fragen,* mit denen sich ein vielköpfiges Team beschäftigt. Da plant die Queen etwa ein Dinner für viele hundert geladene Gäste. Einzig würdiger Ort für diesen hohen Anlaß erschien den Gastgebern das schönste Gebäude Neu-Delhis, der Stadtpalast des Nizams von Hyderabad, zu Lebzeiten wohl einer der reichsten Männer der Welt.

Doch auch in den marmornen Hallen stimmte nicht alles. Der eigens aus London zur Inspektion eingeflogene Leibkoch der Queen, der das königliche Mahl bereiten soll, zeigte den dienstfertigen Indern, was „standesgemäße Küche" ist. Er befahl, alle Gerätschaften gegen britisch-importierte auszutauschen. „Und gründlich geputzt muß hier auch werden", verlangte er nach zweistündiger „Abnahme".

Und auch sonst scheint der königli*che Koch von dem, was Indien an* „Rohstoffen" zu bieten hat, wenig angetan. Den geladenen Indern werden Speisen aus britischen Landen serviert, alles wird eingeflogen, vom Mehl für die „crêpes" bis hin zu Pfeffer und Curry-Puder. Daß letzteres *von den Engländern aus* Indien importiert wurde, stört wenig.

In der britischen High-Commission befürchtet man aber jetzt schon, bei den Indern in Ungnade zu fallen: Beim „Queen's Dinner" ist längst nicht für alle Platz, die meinen, ihnen gebühre eine Einladung. „Und die", so sagt man in englischen Diplomatenkreisen, „werden uns das so leicht nicht verzeihen."



Braucht Windstärken von vier bis zehn: Growian FOTO: DPA

Viel Wind um einen riesigen Propeller

Von Montag an arbeitet die größte Windenergieanlage der Welt

rtr, **Kiel**

In vier Tagen wird das Guinness-Buch der Rekorde um eine Eintragung reicher sein: Am Montag soll die größte Windenergieanlage der Welt nahe Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) den Betrieb aufnehmen. Knapp 150 Meter Höhe, bis zu drei Megawatt Stromleistung und rund 90 Millionen Mark Baukosten sind die Eckdaten dieses technischen Superlativs.

Ursprünglich sollte die Anlage namens Growian nur drei Jahre arbeiten und dann abgerissen werden. Doch inzwischen denken die „Väter" des Projekts anders. Die in der Growian-Betriebsgesellschaft zusam*mengeschlossenen Hamburgischen* Electricitätswerke (HEW), die Rendsburger Schleswag und die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), wollen, unterstützt vom Kieler Wirtschaftsministerum, auch später weitermachen. Ziel des Projektes *ist es, mit Technik, Meß- und Rechen*programmen einer solchen Anlage Erfahrungen zu sammeln.

Energie-Experten sind der Ansicht, daß eine derartige Anlage bei heutiger Planung kleiner ausfallen würde. Dies nicht allein aus Kostengründen, sondern weil man inzwischen auch annimmt, daß kleine Windkraftanlagen für die Stromerzeugung besser geeignet sein könnten. Growian ist nur bedingt einsatzfähig.

Mindestens mit Stärke vier muß der Wind wehen, damit sich der Rotor von 100 Meter Durchmesser zu drehen beginnt. Der Wind darf aber andererseits nicht zum Sturm werden und Stärke zehn überschreiten.

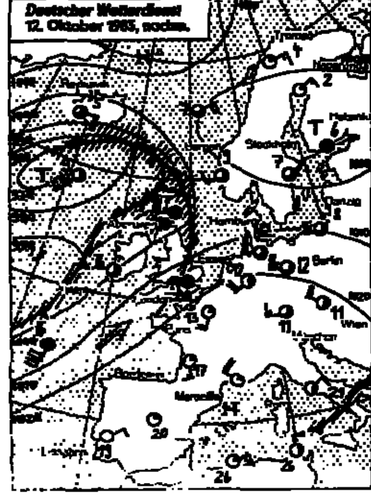
Für durchschnittlich 84 Tage im Jahr wird so ein Stillstand der Anlage wegen Windstille einkalkuliert. An acht Tagen muß mit zu kräftigem Sturm gerechnet werden. Überwacht und gesteuert wird die riesige Windkraftanlage vollautomatisch.

Dazu gehört auch ein Bordcomputer, der bei Störungen die fünfköpfige Wartungsmannschaft im nahegelegenen Brunsbüttel alarmiert. Ingenieure und Techniker kommen über Nottreppe oder Lastenfahrstuhl in die Spitze des Turms.

Den Elektrizitätsunternehmen kommt es auf den Einstieg in die Technologie der sogenannten additiven Energien an, denen Experten bis zur Jahrhundertwende einen Beitrag von fünf Prozent am Primärenergieaufkommen zurechnen. Sehr viel mehr dürfte es schon deshalb nicht werden, weil auch bei kleineren Anlagen, in Form ganzer Windanlagen-Parks oder im Vorgarten angelegt, die Kosten unverhältnismäßig hoch sind und die Stromleistung nicht ununterbrochen zur Verfügung steht.

WETTER: mild

Wetterlage: Ein über Südfrankreich gelegenes Hochdruckgebiet verlagert seinen Schwerpunkt nach Oberitalien. Zwischen ihm und einem Sturmtief über dem Seegebiet südlich von Island kommt über Mitteleuropa eine kräftige Südweströmung in Gang.



Vorhersage für Donnerstag:

Die gesamte Bundesrepublik: Im Norden stark bewölkt und im Küstengebiet gelegentlich Regen oder Sprühregen. Sonst wolkig mit Aufheiterungen und trocken. Höchste Temperaturen zwischen 16 Grad im Norden und 21 Grad im Süden. In den Alpen in 2000 m um 8 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zu Freitag zwischen 12 Grad im Norden und 7 Grad C im Süden.

Weitere Aussichten:

In der Nordwesthälfte stark bewölkt und gelegentlich Regen. Sonst zunächst wenig Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	28°
Bonn	12°	Kopenh.	12°
Dresden	12°	Las Palmas	32°
Essen	12°	London	14°
Frankfurt	11°	Madrid	20°
Hamburg	12°	Mailand	19°
List/Sylt	12°	Mallorca	25°
München	11°	Moskau	10°
Stuttgart	11°	Nizza	23°
Algier	26°	Oslo	8°
Amsterdam	12°	Paris	13°
Athen	23°	Prag	11°
Barcelona	21°	Rom	21°
Brüssel	12°	Stockholm	7°
Budapest	13°	Tel Aviv	28°
Bukarest	21°	Tunis	26°
Helsinki	6°	Wien	11°
Istanbul	25°	Zürich	11°

* **Sonnenaufgang am Freitag:** 6.45 Uhr, Untergang: 17.31 Uhr, **Mondaufgang:** 15.45 Uhr, Untergang: –.– Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Den ersten Olympia-Rekord '84 hält das „Big Business"

JOACHIM KRANZ, **Los Angeles**

Massaker in München, Überschuldung in Montreal, Boykott in Moskau – welche unerfreulichen Begleitumstände auf die 23. Olympischen Spiele in Los Angeles im nächsten Jahr außer dem täglichen Verkehrschaos und befürchteten Terroranschlägen zukommen, kann man nur ahnen. Eines freilich dürfte sich nicht wiederholen: die finanzielle Pleite, wie sie Montreal erlebt hat. Noch nie hat sich Olympia auf eine so enge Partnerschaft mit dem Big Business eingelassen wie diesmal. Genau in diesem engen Bündnis aber sieht der Präsident des „Los Angeles Olympic Organizing Committee" (Laooc), Peter Ueberroth (45), das „Modell für die Zukunft".

Diese Entwicklung haben quasi die Bürger von Los Angeles erzwungen, als sie sich 1978 – kaum, daß die Stadt im Süden Kaliforniens den Zuschlag für die Sommerspiele bekommen hatte – in einer Volksbefragung gegen die Finanzierung dieses Sport-Spektakels durch Steuergelder aussprachen.

In dieser kritischen Situation – schon war München als Lückenbüßer im Gespräch – präsentierten kalifornische Geschäftsleute einen Plan, der der Welt zeigen sollte, „was Amerikaner schaffen können": So kam es zu den ersten privat organisierten und finanzierten Olympischen Spielen. Noch ganz billige dazu. Waren es doch die Kosten, die für die Olympischen Spiele allmählich zur Schrekkensvision wurden.

Neun Milliarden Dollar hatten sich die Sowjets ihre boykottierten Spiele kosten lassen. 1,5 Milliarden waren es zwar nur in Montreal, doch auch diese Summe reichte aus, um die Bürger der Stadt am St. Laurence-Strom bis in die Mitte des nächsten Jahrzehnts zu verschulden.

Solche Dimensionen kennt der deutschstämmige Peter Ueberroth, der sein Geld in der Touristik-Branche gemacht hat, nicht. Das Laooc finanziert die Olympischen Spiele mit dem Mini-Budget von 470 Millionen Dollar – Geld, das bereits von den Sponsoren, den neuen Partnern Olympias, eingezahlt wurde. McDonald's und United Airlines gehören ebenso dazu wie Coca Cola und American Express, Levi Strauss und Cannon. Sie alle haben das Geld natürlich in der Hoffnung zusammengebracht, mit Olympia das Geschäft ihres Lebens zu machen:

Coca Cola beispielsweise übersandte einen Scheck über 13 Millionen Dollar, kann sich nun als „offizieller Lieferant für Fruchtsäfte und Getränke" bezeichnen und das Olympia-Emblem in der Werbung verwenden – ein ungeahnter Vorzug gerade jetzt beim Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem großen Konkurrenten „Pepsi". Die Werbe-Strategie der Coca-Leute ist einfach und einleuchtend: „Steht ein Konsument vor der Wahl, Pepsi oder Coca Cola zu kaufen, wird er sich", so hoffen es jedenfalls die Manager, „für Coca Cola entscheiden – im Bewußtsein, damit die amerikanischen Spiele mitzufinanzieren."

Ähnlich dürften es die übrigen Sponsoren sehen, ob der Jeans-Hersteller Levi Strauss, der acht Millionen Dollar gespendet hat und zusätzlich die rund 30 000 Olympia-Helfer sowie die US-Athleten ausstattet, oder Anheuser Busch, die mit zehn *Millionen Dollar dabei sind, obwohl* oder gerade weil sie mit ihrem Budweiser Bier arge Konkurrenz spüren.

Vier Millionen Dollar investierte McDonald's in das neue Olympische Schwimmstadion und dürfte mit dieser eher geringen Summe wohl den Vogel abgeschossen haben. Nun tragen nicht nur ihre Imbißstuben den bekannten Namen – McDonald's nennt sich jetzt auch das Schwimmstadion.

Den größten Brocken hat die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC eingebracht. Ihre 225 Millionen Dollar, die sie für die Übertragungsrechte zahlte, haben sich allerdings längst amortisiert. Denn für nicht weniger als 615 Millionen Dollar wurde die gesamte Werbezeit schon jetzt an den Mann gebracht.

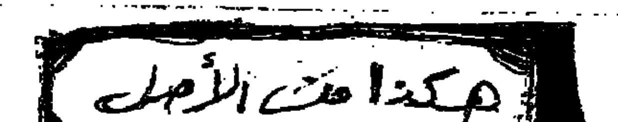
Millionär Ueberroth, der sich als Präsident des Laooc mit einem Jahres-Salär von 140 000 Dollar zufrieden gibt, wird nicht müde zu betonen, daß nicht nur die Sponsoren Kasse machen. Gestützt auf die Studie eines unabhängigen Marktforschungs-Instituts verspricht er der südkalifornischen Wirtschaft, „daß vier Milliarden Dollar durch Olympia und seine Besucher in das Land gepumpt werden".

Auf ein großes Stück von diesem Kuchen können auch private Wohnungs- oder Hauseigentümer hoffen. Rund 60 Prozent der erwarteten 750 000 Besucher werden in Privatquartieren übernachten. (SAD)

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Franklin Mint GmbH, Ottobrunn bei München, bei.

ZU GUTER LETZT

„Mehraufwendungen für den insgesamt langsameren Ablauf der Streudurchgänge, bedingt durch häufigeres Nachladen, weil die benötigte Menge Granulat gegenüber Streusalz das Acht- bis Zehnfache beträgt." Begründung des Hamburger Senats für zusätzliche Kosten des Streudienstes im Winter von 300 000 Mark.




WELT REPORT
mittel
aus
Italien

INTERVIEW MIT DEM ITALIENISCHEN LANDWIRTSCHAFTSMINISTER FILIPPO MARIA PANDOLFI

Das System der EG-Präferenzen muß neu geordnet werden

DIE WELT: Herr Minister, die italienische Politik in Brüssel ist derzeit auf eine energische Verteidigung der mediterranen Interessen gerichtet. Welche Linie verfolgen Sie dabei?

Pandolfi: Mir scheint, daß die Situation, so wie sie sich in den letzten Jahren herausgebildet hat, von einem deutlichen Ungleichgewicht gekennzeichnet ist. Es gibt Partnerländer mit hohen Überschüssen, die Schutz genießen und andere, die gerade ihren Bedarf decken (oder noch nicht einmal das) und ungeschützt sind. Produkte wie Butter, Milchpulver, Rindfleisch sind ständig im Zunehmen und haben Anspruch auf einen automatischen Interventionspreis in Höhe von 90 Prozent des Richtpreises.

Ganz anders Obst und Gemüse. Zwar gibt es für einige dieser Produkte *einen Grund-* und einen Abnahmepreis. Der Mechanismus, der hier eingreifen soll, ist aber gelinde gesagt schwerfällig, ganz abgesehen davon, daß das Verhältnis zwischen Basis und Abnahmepreis nichts anderes ist als eine schlechte Parodie auf das Verhältnis zwischen Interventions- und Richtpreis: die Dekkungsquote beträgt hier nämlich nur 45 bis 65 Prozent. Nicht genug. Die kontinentalen Produkte sind vor der Konkurrenz aus Drittländern durch ein Abschöpfungssystem abgeschirmt, die mediterranen dagegen nicht oder nur zum Teil und auch da nur im Rahmen eines Systems, das von Unsicherheit und, euphemistisch ausgedrückt, bürokratisch komplizierten Verfahren gekennzeichnet ist.

Aus alledem ergibt sich eine offensichtliche Diskriminierung der italienischen Produzenten gegenüber denen in Mitteleuropa und die Notwendigkeit, diese Diskriminierung zu beheben.

DIE WELT: Wie?

Pandolfi: Ein Weg könnte darin bestehen, die Verarbeitungsprämien, die heute auf Tomaten beschränkt sind, auf Pfirsiche, Williamsbirnen und andere Produkte auszudehnen. Außerdem müßte das System der EG-Präferenzen so neu geordnet werden, daß es konkrete Wirksamkeit erlangt.

DIE WELT: Was könnte getan werden, um die Agrarstrukturen zu stärken und so die italienische Position zu verbessern?

Pandolfi: Die sozial- und strukturpolitischen EG-Richtlinien wurden konzipiert, als die Industrieentwicklung noch voll in Fahrt war. Trotzdem glaube ich, daß die Ziele ihre Gültigkeit bewahrt haben. Man muß nur die Mechanismen flexibler gestalten und die Verfahren ändern, nach denen sie arbeiten. Meiner Auffassung nach müssen die von den EG-Richtlinien ins Auge gefaßten Förderhilfen nicht nur auf die Entwicklungspläne gerichtet werden, sondern auch auf die zur Verbesserung der Bodenstruktur.

Die EG-Beihilfen sollten außerdem den Genossenschaften und anderen Formen kooperativer Zusammenschlüsse zugute kommen. Italiens Landwirtschaft hat eine Betriebsdichte, die alle Grenzen der Wirtschaftlichkeit sprengt: Die Förderung dieser Kooperativen könnte dieses Handikap wenigstens vermindern. Wenn jetzt am Jahresende die sozial- und strukturpolitischen Richtlinien auslaufen, hoffe ich sehr, daß sie erneuert werden. Unsere Delegation wird jedenfalls Reformvorschläge vorbringen, die auch an die Solidarität der anderen Partner appellieren.

DIE WELT: Italien ist bisher mit der Durchführung der EG-Richtlinien stets im Rückstand gewesen. Was kann getan werden, um die Verwaltung effizienter zu machen?

Pandolfi: Der Rückstand kommt nicht von ungefähr. Im Falle Italiens sind die wichtigsten EG-Richtlinien weitgehend mit der Bildung der Regionen und der Übertragung der Kompetenzen in der Landwirtschaftspolitik an die Regionalregierungen einhergegangen. Was dabei an regionaler und lokaler Mitarbeit gewonnen wurde, ging an Effizienz verloren. Möglicherweise war das bei dieser Regionalreform in den ersten



Der Mechanismus, der hier greifen soll, ist eine Parodie
FOTO: ZOLTAN NAGY

70er Jahren sogar in dem politischen Kalkül mitberücksichtigt worden. Inzwischen freilich müssen wir der heutigen *Wirklichkeit in die Augen* blicken. Und das kann meiner Ansicht nach nur bedeuten, daß der italienische Gesetzgeber vor der Notwendigkeit steht, die Lücke zu füllen, die in der fehlenden Koordination auf nationaler Ebene besteht.

DIE WELT: Italien war bisher das EG-Partnerland, das die Förder- und Strukturhilfen der Gemeinschaft am wenigsten zu nutzen verstand. Das macht sich vor allem in der Viehwirtschaft bemerkbar, wo die Produktivität sehr niedrig und die Einfuhr sehr hoch ist.

Pandolfi: Was ich vorher zu der Regionalpolitik sagte, gilt auch in diesem Falle. Darüber hinaus muß daran erinnert werden, daß es nicht einfach ist, Strukturbeihilfen zu erhalten nicht zuletzt wegen der hohen Inflation in Italien.

Dies vorausgesagt, möchte ich sagen, daß die extensive Viehwirtschaft bei uns eine Entwicklungschance haben könnte, wenn sie auf genossenschaftlicher oder kooperativer Basis erfolgt. Ansonsten sind die Durchschnittsgrößen unserer Betriebe zu klein dazu.

DIE WELT: Nach Auffassung vieler Branchenkenner verfügt die italienische Landwirtschaft noch über ein großes Entwicklungspotential, insbesondere was die Ausfuhr in den Mittelmeerraum anbelangt. Voraussetzung dafür ist allerdings eine engere Verflechtung zwischen Produzenten und Verarbeitern. Was kann die Regierung zur Förderung unternehmen?

Pandolfi: Die italienische Regierung baut auf die Möglichkeit einer Rückgewinnung der im Zuge der Landflucht aufgegebenen *Nutzflächen*. Sie hat dazu ein entsprechendes Gesetz (aus dem Jahre 1978) in der Hand und ist entschlossen es anzuwenden, wobei vor allem die Förderung jener Produkte im Auge gehalten werden soll, bei denen die Gemeinschaft einen Importüberschuß aufweist. Im einzelnen ist vorgesehen, die Produktion von Obst und Gemüse so zu steuern, daß Überschüsse verhindert werden.

Zu diesem Zweck hat die italienische Regierung eine Alternativpolitik gewählt, die darauf gerichtet ist, die alten Kulturen aufzugeben und dafür neue zu pflanzen, die vom Markt geforderte Qualitätserzeugnisse hervorbringen. Auf diesem zum Teil bereits *beschrittenen Wege wollen wir wei*tergehen und mit den anderen Ministerien zusammen die Haushaltsmittel bereitstellen, die zur Neufinanzierung der staatlichen Förderfonds einschließlich des Agrarkredits notwendig sind.

DIE WELT: Bald wird Italien nicht mehr alleine sein, um die mediterranen Erzeugnisse zu verteidigen. Das wird sowohl positive als auch negative Folgen haben. Welche?

Pandolfi: Ich drücke hier nur einen Wunsch aus: Und zwar den, daß im Augenblick des Beitritts der anderen Mittelmeerländer die Gemeinschaft einen gemeinsamen Willen ausdrückt, einen Willen vor allem, der darauf gerichtet ist, die heutigen Ungleichgewichte in der Agrarpolitik auszumerzen.

INTERVIEW MIT STEFANO WALLNER

Soziale Unterschiede verdienen Fürsorge

DIE WELT: Herr Präsident, wie sehen Sie die Stellung der italienischen Landwirtschaft im Verhältnis zu der europäischen Konkurrenz?

Wallner: Dazu möchte ich gleich sagen, daß die italienische eine große Landwirtschaft ist, voller glorreicher Traditionen, geschichtsträchtig und mit vielen Erfahrungen. Gegenüber der europäischen Konkurrenz ist sie dennoch benachteiligt, weil sie im Unterschied zu der Landwirtschaft der anderen Partnerstaaten über nur wenige Ebenen verfügt und dafür über viel Hügel und Berge.

Die italienische ist daher eine schwierigere, eine mit mehr Kosten belastete Landwirtschaft. Dazu kommt das Problem unserer südlichen Landesteile: Unser Mezzogiorno *hat eine völlig andere Struktur als* der Süden in anderen Gemeinschaftsländern. In Deutschland gibt es Agrargebiete mit differenzierten Entwicklungsstufen, ebenso in Frankreich, England, Belgien und Holland. Wir in Italien haben dagegen den Mezzogiorno, der kompakt einen großen Teil des Staatsgebietes umfaßt und dessen Landwirtschaft eine außerordentlich große Rolle spielt: sie stellt immerhin 36 Prozent der gesamten, für den Markt bestimmten Agrarproduktion Italiens, mehr als 50 Prozent der typischen italienischen Landwirtschaftserzeugnisse und mehr als 85 Prozent der Olivenproduktion. In der süditalienischen Landwirtschaft sind überdies 23 Prozent aller Arbeitskräfte des Mezzogiorno beschäftigt.

Wie sehr sich unser Süden von dem der südlichen Landesteile in den anderen kontinentalen Partnerstaaten unterscheidet, geht außerdem daraus

Stefano Wallner, Präsident des ital. Landwirtschaftsverbandes
FOTO: BRUNO BRUNI

hervor, daß der Mezzogiorno in jedem Sommer von Dürre heimgesucht wird. Die Trockenheit und die große Entfernung von den europäischen Hauptabsatzmärkten gehören deshalb auch zu den Faktoren, die mir Sorgen bereiten, wenn ich an den Beitritt anderer Mittelmeerländer zur Europäischen Gemeinschaft denke.

DIE WELT: Was schlagen Sie vor, um *die Ausgangspositionen des Mezzogiorno zu verbessern?*

Wallner: Ich könnte mit zwei Worten antworten: Eine entsprechende Politik, da sich die ganze Angelegenheit verständlicherweise stets auf die Wahl der politischen Mittel reduziert. Ich sage aber bewußt: Eine Politik, die mehr als bisher den Interessen der Landwirtschaft Rechnung trägt. Denn hier sind wir am Kern der Sache: In Süditalien investiert die öffentliche Hand zwar sehr viel, aber ungeordnet. Ich möchte dabei nur an die Zerstörung von Gebieten mit unersetzbarem Agrarwert erinnern, Zerstörung, die im Namen eines falsch verstandenen Industrialisierungsideals erfolgte und noch erfolgt, da auch jetzt noch diese falsche Politik die Entscheidungen bestimmt.

Wir haben in Italien eine Gesetzgebung zugunsten der Landwirtschaft, die außerordentliche Fördermittel vorsieht. Was wir verlangen ist aber, daß die Landwirtschaft nicht mit einem Sonderstatus behandelt wird, sondern als Produktionszweig wie jeder andere, wenn auch als Bereich mit einem enormen Entwicklungspotential. In der vergangenen Legislaturperiode sahen die Ansätze zur Reform der außerordentlichen Agrarhilfen vor, daß unser Bereich von den Fördermitteln zugunsten der Betriebe ausgeschlossen werden sollte – gerade diese Mittel sind unserer Ansicht nach aber unbedingt erforderlich, um das Wachstum zu fördern.

DIE WELT: Sie sprachen von den Kosten – wie kann man sie reduzieren?

Wallner: Die Inflations-Differenz, unter der seit Jahren die italienische Wirtschaft leidet, trifft vor allem den Agrarbereich, dessen Preise bekanntlich in Brüssel festgesetzt werden. Diese Preise, die jährlich von den EG-Agrarministern ausgehandelt werden, decken die Kosten der deutschen Landwirte, die mit einer wesentlich niedrigeren Inflationsrate zu tun haben, nicht aber die unserer Produzenten. Das ist der Hauptgrund für die Verlangsamung unseres Wachstumstrends. Unsere Landwirtschaft riskiert inzwischen einen finanziellen Kollaps. Es ist daher notwendig, sofort neue Mittel für den Agrar-Betriebskredit bereitzustellen.

DIE WELT: *Und wie sieht es mit den* Strukturen aus?

Wallner: Unsere Erfahrungen mit den strukturellen Verbesserungen sind enttäuschend. Die EG-Richtlinien haben in unserem Land nur wenig Wirkung gezeigt, teils wegen der Langsamkeit unserer Bürokratie, teils aber auch wegen der nur geringen Aufmerksamkeit, die die Kommission den sozialen Unterschieden der Gebiete beigemessen hat, in denen die Maßnahmen Anwendung finden sollten. Hier muß Änderung geschaffen werden. Was unseren eigenen Beitrag zur Strukturverbesserung anbelangt, so müssen wir darauf hinarbeiten, den technologischen Standard auf dem Land zu erhöhen.

DIE WELT: Italien ist das europäische Industrieland mit der höchsten Agrar-Abhängigkeit vom Ausland. Könnte ein besseres Verhältnis zur verarbeitenden Industrie eine Änderung dieser Situation herbeiführen?

Wallner: Obwohl fortschrittlich und bester Qualität, ist unsere Agrarproduktion nicht in der Lage, den Bedarf des Inlandmarktes zu decken, der wohlgemerkt, sehr vielgestaltig ist. Schließlich müssen den 56 Millionen Italienern auch noch die Millionen von ausländischen Touristen hinzugerechnet werden, die alljährlich zu uns kommen. Obwohl es unserer Landwirtschaft gelungen ist, den Hektarertrag so zu steigern, daß heute ein Produzent 20 Personen ernährt, gegenüber nur 5 Personen am Anfang der fünfziger Jahre, und das, obwohl der Verbrauch von Ernährungsgütern in 30 Jahren um das Zweieinhalbfache gestiegen ist, wird die Import-Abhängigkeit nie ganz aus der Welt geschafft werden können.

Sicher, ein engeres Verhältnis zwischen Produzenten und verarbeitender Industrie kann eine intensivere Marktpräsenz garantieren. Wie ich aber schon sagte, der relative Mangel guter Böden wird es verhindern, daß unser Agrardefizit ganz verschwindet. Das Problem liegt deshalb woanders: Es muß uns gelingen, die Qualität unserer Präsenz auf den Auslandsmärkten zu erhöhen. Indem wir mehr und bessere Kunden gewinnen, indem wir die Lieferung hochqualitativer Erzeugnisse sichern, indem wir, um es einfach auszudrücken, das Made-in-Italy unserer Landwirtschaftsprodukte durchsetzen. Dieses Ziel vor Augen, arbeiten wir Tag für Tag an besseren Verkaufsmethoden und an einer besseren Organisation unseres Exportsystems.

DIE WELT: Die EG wirft Italien oft Machenschaften bei der Anwendung der EG-Marktbeihilfen vor. Zum Beispiel im Fall der Produktionsprämien für Oliven und Tomaten. Was ist daran?

Wallner: Die in diesem Zusammenhang genannten Summen sind übertrieben und der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, hat selbst dementiert, daß die Gerüchte dazu aus Kommissionskreisen stammten. Die Tatsache der Unregelmäßigkeiten bleibt aber bestehen und wir als Verband der Landwirtschaftsbetriebe haben bei der EG interveniert, damit künftig schärfere Kontrollen und *hohe* Strafen eingeführt werden. Wir haben aber auch – ohne Erfolg – die Kommission aufgefordert, die Verfahren zur Gewährung der Prämien zu verbessern und zu vereinfachen. Die Tatsache beispielsweise, daß diese Verfahren jedes Jahr mit großer Verspätung festgesetzt werden, fördert nicht gerade die Rechtssicherheit. Und auch das kann dazu beigetragen haben, daß es zu den Unregelmäßigkeiten gekommen ist.

ANUGA '83 / Zugang über das ICE

Regionen bürgen für Vielfalt und Güte

Auf 3762 Quadratmeter stellt sich Italien auf der Anuga '83 in Köln vor. Damit beansprucht es die größte Fläche als ausländischer Aussteller vor Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien. Das ICE, das Institut zur Förderung des italienischen Exports (Ufficio e centro promozionale dell'istituto nazionale commercio estero) in Düsseldorf hat die Organisation übernommen und bietet auch für Besucher und Aussteller alle notwendigen technischen Dienste an.

Das ICE wird auf der Anuga die Anlaufstelle sein (Halle 1, erster Stock) für alle deutschen Importeure oder Firmen, die in Italien einen Partner suchen.

378 Aussteller aus Italien haben sich in Köln angesagt, davon haben 67 einen Einzelstand, und die übrigen stellen sich im Rahmen ihrer Regionen, der Handelskammern und der Consorzien für den Export vor. So sind die wichtigsten Regionen direkt oder über ihre Handelskammern bzw. Außenhandelszentren vertreten: Ligurien, Venetien, Friaul – Venezia Giulia, Latium, Campania, Apulien, Kalabrien, Piemont, Lombardei, Emilia Romagna, Abruzzen, Umbrien.

Einige wichtige Städte sind mit Consorzien vertreten, so Parma, Arezzo, Grosseto, Siena, Caserta. Aus Sardinien stellt sich die regionale Milchwirtschaft vor. Die regionale Vielfalt der Agrarwirtschaft ist eine Besonderheit, auf die man sich einstellen muß. Eine Mühe, die dadurch belohnt wird, daß Vielfalt und Spezialität bislang eine Massen- und Billigproduktion vermeiden halfen. Noch kann, mit allen Schwächen einer pauschalen Wertung, gesagt werden, daß nicht der Preis das italienische Produkt bestimmt, sondern die Qualität. Beispiele gibt es genug, das Nationalgericht Spaghetti soll für viele stehen. In Italien werden sie ausschließlich aus Hartweizengrieß hergestellt, jedenfalls sofern sie für den heimischen Markt bestimmt sind. Hartweizengrieß ist teurer als der in Deutschland verwandte Weichweizen, er schmeckt auch besser.

Zu dem Problem, in Deutschland Qualität abzusetzen, kommt hinzu, daß die Bundesrepublik selbst ein wichtiger Exporteur von Lebensmitteln geworden ist, auch nach Italien. Milchprodukte und Fleisch kommen in Lkw-Kolonnen über den Brenner. Für Oberitalien ist Bayern nah, die dortigen weitläufigen Anbauflächen, gutes Marketing und Vertrieb sicherten Vorteile gegen eine heimische, italienische Konkurrenz, die außer der Po-Ebene im Norden, in der Mais- und Getreideanbau dominieren, überwiegend nur über gebirgige und schwierige Anbauflächen verfügt.

Die Antwort auf die deutsche Agrar-Offensive heißt Spezialität und Qualität. Heute haben sich die landwirtschaftlichen Angebote beider Länder weitgehend arrangiert, so daß von einer „Partnerschaft, die sich ergänzt", gesprochen werden kann.

Auf dieser Grundlage stieg der deutsche landwirtschaftliche Export von 4,4 Milliarden (1981) auf 5,2 Milliarden Mark im Jahre 1982. Die Importe aus Italien erhöhten sich von 3,5 auf 3,7 Milliarden Mark.

Das klassische Rollenverständnis von Deutschland als dem Exporteur von Industrie- und Italien als dem von Agrarprodukten gehört jedenfalls längst der Vergangenheit an. In beiden Bereichen hat eine grenzüberschreitende Diversifizierung stattgefunden.

Die des landwirtschaftlichen hat mit der Anuga ihre Bühne.

H.-H. HOLZAMER

Deutschland und Italien, zwei Produzenten, die sich ergänzen

Von GÜNTHER DEPAS

Im deutsch-italienischen Außenhandel gilt traditionsgemäß der Grundsatz, daß sich Deutschland und Italien auf vielfältige Weise ergänzen.

Jahrzehntelang waren damit auf deutscher Seite Industriegüter, auf italienischer Agrar- und Ernährungsgüter gemeint. Diese Relation hat sich in den letzten Jahren gründlich verändert. Mittlerweile beliefert der italienische Partner den westdeutschen Markt mit so viel Industrieerzeugnissen, wie er von dort her bezieht. Umgekehrt versorgt die Bundesrepublik Deutschland die italienischen Verbraucher inzwischen mit tierischen Produkten, die die einheimischen Produzenten in nicht ausreichender Menge hervorzubringen vermögen.

Höherer Lebensstandard ändert Konsumverhalten

Dabei hat sich die Warenbilanz zwischen den beiden Ländern so verschoben, daß sich im Jahre 1982 die deutschen Ausfuhren der Ernährungswirtschaft auf über 5,2 Milliarden Mark beliefen, während aus Italien Agrar- und Ernährungsgüter im Wert von nur 3,8 Milliarden Mark bezogen wurden. Das heißt, daß das „klassische" Industrieland inzwischen mehr Agrar- und Ernährungsgüter nach Italien liefert, als dieses einst ebenso „klassische" Agrarland umgekehrt exportiert.

Inzwischen ist der alte Grundsatz der Ergänzung nur noch innerhalb des Agrar- und Ernährungsgüterbereichs gültig. Auf italienischer Seite besteht das Schwergewicht traditionsgemäß auch heute noch aus Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs (2,7 Milliarden Mark). Umgekehrt hat sich die Bundesrepublik als dynamischer Lieferant von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs (3,6 Milliarden Mark) durchgesetzt. Während auf der einen Seite noch immer italienisches Obst und Gemüse, italienische Teigwaren und Wein deutsche Verbraucherzungen erfreuen, gibt es kaum noch einen italienischen Haushalt, auf dessen Tafel deutsche Käseschnitten und andere Spezialitäten fehlen.

Die Ursache dafür liegt einesteils in klimatischen und geographischen Faktoren, die die landwirtschaftlichen Gebiete Süddeutschlands zu natürlichen Lieferanten des italienischen Marktes gemacht haben, andererseits in der industriellen Revolution Italiens, die in den fünfziger Jahren eingesetzt und hier nicht nur zu einer Landflucht großen Stils, sondern auch zu einer Zunahme des Lebensstandards und des Konsums tierischer Erzeugnisse geführt hat.

Infolge der Vervielfachung beispielsweise des Fleisch- und Käseverbrauchs konnte es nicht ausbleiben, daß sich der Bedarf dorthin orientierte, wo bei hoher Qualität besonders preis- und kostengünstig produziert wird. Daß dabei eine potente Milch- und Fleischfabrik wie die bayerische Kuh die besten Chancen hatte und auch noch hat, versteht sich fast von selbst. Das gilt um so mehr angesichts der hohen italienischen Inflation, die sowohl direkt über die ständig stark steigenden Produktionskosten als auch indirekt über die EG-Grenzausgleichsbeträge die Viehwirtschaft Italiens benachteiligt und ihre Stellung gegenüber der Auslandskonkurrenz schwächt.

Eklatantes Beispiel für die Verflechtung von Produktion und *Märkten*, die sich daraus ergeben hat, ist Italiens größter Milchverarbeiter, Parmalat in Parma (31 Prozent des italienischen Milch- und 42 Prozent des Sahneverbrauchs), der 40 Prozent seines Milchbedarfs in Bayern deckt, wo er eine eigene Milchzentrale unterhält.

Zu den Erfolgen der deutschen Ernährungswirtschaft auf dem italienischen Markt hat in entscheidendem *Maße* die Tätigkeit der Außenstelle Mailand der Centralen Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) beigetragen, unter anderem durch Absatzförderung direkt beim Konsumenten, durch Vermittlung von Handelspartnern und andere Maßnahmen. In der Bundesrepublik operieren umgekehrt die Außenstellen des staatlichen italienischen Außenhandelsinstituts (ICE), die sich ebenfalls mit Absatz und Imagewerbung befaßt. Anders als die CMA, die ausschließlich die Absatzförderung und -werbung im Agrar- und Ernährungsgüterbereich betreibt, muß sich ICE aber um alle italienischen Exportbereiche kümmern.

Noch große Mängel bei der Vermarktung

Andere Nachteile, die sich in den letzten Jahren negativ auf die italienische Ausfuhr von Agrar- und Ernährungsgütern in die Bundesrepublik ausgewirkt haben, sind organisatorische Mängel bei Produktion und Vermarktung sowie die in Italien noch nicht optimal gelöste Verflechtung zwischen Agrarproduzenten und verarbeitender Industrie, Die Folge ist, daß selbst typische italienische Spezialitäten, die vom deutschen Verbraucher längst akzeptiert und in die eigene Eßkultur integriert sind, Schwierigkeiten begegnen, ihre Marktpositionen zu halten und auszubauen.

MESSEBETEILIGUNG ITALIENISCHER REGIONEN / Aktion tut not

Vernunft plädiert für konzertierte Aktionen mit dem Außenhandel

Internationale Messebeteiligungen sind Bestandteil jeder nationalen Exportförderungspolitik. Der Weltmarkt der Ernährung ANUGA ist dafür auch in diesem Jahr wieder ein beredtes Beispiel.

70 Länder werden mit offiziellen Staatenschauen kulinarische Genüsse aus allen Kontinenten vorstellen. Italien ist eines der führenden Ausstellerländer, verständlich, denn italienische Lebensmittel, Küche und Ernährungsart erfreuen sich seit geraumer Zeit nicht nur bei uns steigender Wertschätzung und Nachfrage. Die große Anzahl der Italien-Reisenden hat dazu ebenso beigetragen wie die intensive Informations- und Werbetätigkeit des italienischen Außenhandelsinstituts ICE in Düsseldorf.

Wer immer sich in Italien nicht nur in seinem Urlaubsort, sondern auch in dessen Umgebung auf kulinarische Entdeckungsreise begeben hat, weiß, daß die italienische Küche viel mehr zu bieten hat, als sich aus den Standardbeschreibungen wie „gut", „frisch", „schmackhaft" ablesen läßt.

Das gilt so ziemlich für alle Produkte – von der Pasta über Obst, Gemüse und Käse bis hin zum Wein.

Gerade die regionalen Besonderheiten zwischen Friaul und Sizilien machen den Reiz des italienischen Angebots aus. Diese jedem ausländischen Kenner Italiens vertraute Lage scheint bei den Exportförderern in den Regionen kaum bekannt zu sein. Sie sind in der Regel der Meinung, daß das ICE sich um alles kümmern müßte. Dies kann und sollte nicht der Fall sein.

Institutionelle Aufgaben wie Angebotstransparenz und Abgrenzung gegenüber anderen nationalen Wettbewerbern gehören zu den Aufgaben des ICE. Profilierung des regionalen Angebots fällt eindeutig in den Aufgabenbereich der regionalen Exportförderung, die hierzu mit beträchtlichen Mitteln ausgestattet ist.

„Konzertierte Aktionen" zwischen ICE und italienischen Regionen auf internationalen deutschen Nahrungsmittelfachmessen sind eigentlich das Vernünftigste, was sich in Zeiten harten Wettbewerbs mit protektionistischen Akzenten tun läßt. Das gilt ganz besonders für den Markt Bundesrepublik, größter Nahrungsmittelimporteur der Welt.

Daß sich „konzertierte Aktionen" nicht nur in einer gemeinsamen Messeteilnahme erschöpfen sollten, sondern auch flankierende Informationsmaßnahmen vor, während und nach den Messen auf Handels- und Verbrauchsebene verlangen, liegt für Leute vom Fach auf der Hand und wird vom ICE mit Recht betont – und praktiziert.

Bei den meisten regionalen Exportförderern ist Messe-Marketing jedoch kaum bekannt, von ganz wenigen wird es betrieben. Beim ausländischen Betrachter entsteht so der Eindruck, als ob Teilnahmen an ausländischen Messen zunächst eine Verwaltungsübung seien und dann auch noch u. a. etwas mit dem Markt zu tun haben.

Ein Blick auf die deutsch-italienische Handelsbilanz mit Nahrungsmitteln zeigt, daß die für ihre Lebensmittel weit weniger renommierte Bundesrepublik mehr Nahrungsmittel nach Italien exportiert als umgekehrt.

H. C.

CHIANTI PUTTO / Konsortium bürgt für Güte

Korbflaschen werden bevorzugt

Bauern aus der Provinz Florenz gründeten im Jahre 1927 das Konsortium „Chianti Putto". 1967 wurde die Zuständigkeit der Genossenschaft auf das vom Weinbaustatut anerkannte Gebiet des Chianti ausgedehnt.

Das Konsortium „Chianti Putto" stellt einen freiwilligen Zusam*menschluß von Chianti-Winzern* dar, die sich einer Gütekontrolle unterziehen, um ein charakteristisches hochwertiges Produkt unter dem Markenzeichen „Putto" auf den Markt zu bringen. Mit der Gütekontrolle wurde die Genossenschaft durch Ministerialdekret vom 22. Mai 1978 beauftragt.



Heute bürgt das Konsortium „Chianti Putto" für Güte und Qualität der Chianti-Putto-Weine seiner 1800 angeschlossenen Winzer und 500 Abfüllbetriebe. Es kontrolliert mit 650 000 hl mehr als 50 Prozent der gesamten Chiantiproduktion von 1 250 000 hl. Auf den Chianti Classico entfällt dagegen ein Anteil von 30 Prozent, nicht unter den Qualitätskontrollen der Konsortien „Chianti Putto" und „Chianti Classico" stehen nur 20 Prozent der Chiantiproduktion.

R. C. C.



WEINE AUS SÜDITALIEN / Auf dem Weg zu DOC-Spitzenprodukten

Kalabriens Weine sind olympisch

Von HANS CONRATHS

Jahrhundertelang wurde die Mehrzahl der Weine Süditaliens als Verschnitt- oder Komplementärweine verwendet. Sie wurden als zu schwer, zu wuchtig empfunden. Seit der Einführung der DOC-Bezeichnung (Denominazione di Origine Controllata), eine dem deutschen „Qualitätswein mit Prädikat" vergleichbare Auszeichnung, hat sich in der süditalienischen Weinbauszene manches getan.

Der „Mezzogiorno" beginnt im südlichen Teil der Region Marken, der bekannteste Wein der Marken ist der Verdicchio. Von besonderer Güte sind zwei Weine: der Falerio dei Colli Ascolani, leicht aromatisch, mit einem zart säuerlichen Geschmack, der ihn besonders angenehm zu Muscheln und Schalentieren erscheinen läßt. Dann der Rosso Piceno, ein Rotwein von mittlerem Alkoholgehalt und lebhaftem Geschmack, besonders geeignet zu kräftigen Gerichten aus hellem und dunklem Fleisch.

Die Region Latium mit der Hauptstadt Rom verfügt über 20 DOC-Weine. Unter den Weißweinen seien vier besondere Weine erwähnt: Marino, Frascati, Est di Montefiascone und der Bianco dei Colli Albani. Bei den Rotweinen verdienen der Cesanese del Piglio und der Olevano Beachtung. Für den Kenner ist der Fiorano, ein Rotwein von großem Stoff und ausgeprägter Persönlichkeit, ein Muß.

Trauben in den Abruzzen fanden besondere Note

Die Region Abruzzen bietet zwei ausgezeichnete DOC-Weine: den Montepulciano d'Abruzzo und den Trebbiano d'Abruzzo. Beide Weine, aus „eingeführten" Trauben gewonnen, haben in den Abruzzen eine besondere Note gefunden.

Molise ist eine Gebirgsregion mit hohen vereisten Gipfeln, zwischen den Abruzzen und Apulien gelegen, und einer sanften, von der Sonne beschienenen Hügellandschaft, die sich gegen das Meer erstreckt. Sie erhielt erst 1963 ihre verwaltungsmäßige Selbständigkeit. Unter den zahlreichen aromatischen Weinen gibt es noch keine DOC-Weine. Zwei Sorten wurden inzwischen jedoch für diese Bezeichnung vorgeschlagen. Es handelt sich um den Osso di Molise, der zu 75–80 Prozent aus Montepulciano-Trauben bestehen wird und – je nach Lage – mit Trabbiano Toscano ergänzt wird. Der Bianco del Molise soll hingegen 65–70 Prozent Biombino Bianco enthalten, dem ebenfalls – je nach Lage – andere weiße Traubensorten zugefügt werden sollen.

In Kampanien lassen sich drei große Gruppen von Spitzenweinen unterscheiden: die Küstenweine einschließlich der ihnen gegenüberliegenden Inseln Capri, Ischia und Procida, die vesuvianischen Weine und jene aus dem Innern der „Campania". Unter den Küsten- und Vesuv-Weinen dominieren die Weißweine. In ihnen steckt die Lebenskraft der vulkanischen Berge, die Kraft der Sonne und des nahen Meeres. Es sind offene Weine, zart, klar und harmonisch. Fast nordischen Charakter bergen hingegen die Weine des Innern rund um Avellino. Fiano und Greco ähneln in ihrem Ursprung eher dem Boden Norditaliens. Eleganz und Leuchtkraft zeichnen sie aus.

Unter den Rotweinen der Gegend genießt der Taurasi heute in Italien den besten Ruf: von intensivem, aromatischem Geschmack, besonders kräftigem Körper, ist er der richtige Bratenwein. Nicht zu den DOC-Weinen zählt ein weltberühmter Wein dieser Regioen: Lacrima Christi als blumiger Weißer und glänzender Roter gleich überzeugend für Kenner und Touristen.

Die geographische Form Apuliens: ein langer Erdstreifen der Ostküste Italiens. In diesem Gebiet wächst eine seltene Auswahl von Rot-, Weiß- und Roséweinen. Internationales Prestige haben bei den Weißweinen der San Severo, der Castel del Monte, der Martina Franca und der Ostuni erlangt; unter den Rotweinen: San Severo, Cacc'e Mitte aus Lucera, der Castel del Monte, der Barletta, der Primitivo di Manduria und der Squinzano.

Die Edelsteine unter den apulischen Weinen sind aber die Roséweine. Sie gedeihen im Norden um die Gegend des Castel del Monte und im südlichen Salento.

Die Region Kalabrien weist heute eine besonders hohe Anzahl von DOC-Weinen auf; nicht verwunderlich. Der Weinanbau hat hier Tradition, schon bei den Olympischen Spielen Griechenlands wurden kalabrische Weine zu den heiligen Riten benutzt. Schwerpunkt der kalabresischen DOC-Produktion sind Rotweine. Der berühmteste ist der Ciro', reich an Geschmack und Aroma, ein Rotwein, der es verdient, im Gotha der großen Roten aufgeführt zu werden. Weitere hervorragende Rote sind der Donnici, der Pollino, der Savuto, der Melissa und der Lameria.

Sizilien ist heute die Wiege zahlreicher trockener Rot- und Weißweine, die dem modernen Geschmack entsprechen und sich jeder Gelegenheit und jedem Gericht anpassen. Unterscheiden muß man aber zwischen den DOC-Weinen und jenen Weinen mit berühmten Familiennamen wie Salaparuta, Regaleali und Rapitala'.

Der Marsala, mit Abstand der bekannteste

Unter den DOC-Weinen ist der Marsala mit Abstand der bekannteste, ein likörartiger, blumiger Wein mit aparter Note. Erwähnung verdient weiter der Bianco di Alcamo, besonders zu Fisch geeignet. Aus den zahlreichen Weinen des Ätna-Gebietes ragt der Carasuolo hervor. Trockener, voller Geschmack und eine an Kirschen erinnernde Farbe zeichnen ihn aus.

Sardinien ist ein Inselkontinent mit zahlreichen Rebsorten, deren Ursprung und Herkunft noch heute nicht geklärt ist. Zahlreich sind die sardischen Qualitätsweine, einige von ihnen haben bereits die DOC-Bezeichnungen erlangt. Allen voran der Cannounau, ein Rotwein von rubinschimmernder Durchsichtigkeit, einer nach Wald duftenden Blume und brillantem Geschmack, erwähnenswert ferner der Giro di Cagliari, der Mandrolisai, der Monica. Unter den Weißweinen, elegant und angenehm mundend, bestechen der Vernaccia, der Vermentino und der Nasco.

Sardinien kann ferner auf eine Fülle von süßen Weinen verweisen und verfügt über einen außergewöhnlichen, bestem Portwein zu vergleichenden Anghelu Ruju. Er wird in der Umgebung der „Nuraghe" gewonnen, jenen seltsamen, historischen Bauten, die als Fluchtberg, Tempel oder Festung benutzt wurden. Unter dem Namen „Nuraghe" ist dieser Wein weltberühmt geworden. Das ist der Grund, weshalb er bis heute noch nicht in die Liste der DOC-Weine aufgenommen wurde.



Bei der Zeltdach-Anbaumethode des Chianti entfällt das Bücken. Foto: Zoltan Nagy

SPUMANTE / Der „classico" verdrängt den Champagner

Die Revolution fand hoch über den Wolken statt

Die italienischen Sektkellereien haben in den letzten Jahren große Fortschritte bezüglich Qualität und Quantität ihrer Produkte gemacht. In zehn Jahren hat sich die Produktion verdreifacht; in den vergangenen 20 Jahren verfünffacht. Im Jahre 1982 wurden in Italien 187 Mill. Flaschen auf den Markt gebracht gegenüber erst 60 bis 70 Mill. Flaschen am Anfang der siebziger Jahre und 160 Millionen im Jahre 1981.

Davon entfielen im vergangenen Jahr 11 Mill. Flaschen auf den „klassischen" italienischen Spumante, der nach der Champagner-Methode hergestellt wird. Im Inland verblieben von der Produktion rund 80 Mill. Flaschen, während der Rest ausgeführt wurde, insbesondere in die Bundesrepublik Deutschland.

Damit stehen die italienischen Sektkellereien mit ihren Kapazitäten inzwischen an dritter Stelle in der Welt, nach Frankreich und der Bundesrepublik. An der enormen Produktionssteigerung haben sowohl der Binnenmarkt als auch die Ausfuhr ihren Anteil. Im Inland hat sich in den letzten Jahren ein Wachstumsprozeß vollzogen, zu dem verschiedene Faktoren beigetragen haben – nicht zuletzt die Zunahme des Lebensstandards und damit verbundene Veränderungen in den Eß- und Trinkgewohnheiten. Vergangen sind die Zeiten, da einer Flasche Dom Perignon fast so viel Statusbedeutung zukam wie einem Rolls-Royce. Die Verfeinerung der Produktionstechnik, die Verbesserung von Marketing und Service heben heute die Produkte der italienischen Sektkellereien, die wie ihre Kollegen in der Champagne nach dem Verfahren der natürlichen Fermentierung auf der Flasche arbeiten, auf das gleiche hohe Niveau wie das der französischen Konkurrenz.

Für alle sichtbar zog daraus die staatliche italienische Luftverkehrsgesellschaft Alitalia die Konsequenz, die seit zwei Jahren an Bord ihrer Maschinen nicht mehr französischen Champagner serviert, sondern nur noch italienischen Spumante Classico.

Hochgehalten wird dieser Qualitätsanspruch von dem 1975 in Mailand ins Leben gerufenen Institut zum Schutz und zur Förderung des klassischen italienischen Spumante, wobei „klassisch" in der Fachterminologie gleichbedeutend ist mit der Methode Champenoise und in der Etikettierung langsam diese französische Lesart ersetzen wird.

Jährlich strenge Kontrollen sorgen für die Einhaltung dieser Auflagen. Hauptproduktionszentren der Pinot-Rebe, die die weitaus größte Rohstoffbasis liefert, ist das Weingebiet südlich von Pavia „jenseits des Po" (Oltrepo Pavese) mit etwa 55 Prozent Anteil, gefolgt von der Region Trentino/Südtirol mit 30 Prozent und dem kleinen Weinbaugebiet der Franciacorta südlich des Iseo-Sees mit den restlichen 30 Prozent.

Auf anderen Grundlagen entsteht der Asti Spumante in der Region Piemont, der aber mit Muskateller-Rebe gemacht wird, ebenso wie der Prosecco von der gleichnamigen Rebe, der in der Gegend um Valdobbiadene in der Region Venetien zu Hause ist. Von Asti Spumante wurden im vergangenen Jahr über 60 Mill. Flaschen vermarktet, davon 42 Millionen im Ausland, und hier wiederum beinahe 22 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland.

GÜNTHER DEPAS

Italiens Küche, auch für Diätiker

Von VINCENZO BUONASSISI

Mittelmeerländische Küche? Sofort denkt man, was Italien anbelangt, an Spaghetti und Pizza: Aber auch diese Speisen gehören zu einer umfassenderen Getreideküche; mit der Möglichkeit, Hülsenfrüchte, Gemüse, Käse, Lammfleisch oder Hammelfleisch und Schweinefleisch (weniger vom Rind, mit Ausnahme der italienischen Leidenschaft für das Kalb), Mollusken und Meeresfrüchte (noch lieber als Fische) hinzuzufügen.

Ich gebe ein Beispiel: Bohnensuppe mit Nudeln, in Italien ein Patrimonium aller regionalen Küchen, vom Norden bis zum Süden, und für die Diätetiker ein einzigartiges Gericht, komplett mit Kohlenhydraten (die Nudeln) und pflanzlichen Proteinen (die Bohnen), die für ein Gericht eine perfekte Ernährung gewährleisten. Man muß wissen, daß die große Verbreitung der Nudelgerichte in Italien nicht mehr als 3 Jahrhunderte zurückliegt, als die Verbindung Nudeln + Tomaten in Neapel entstand, um dann vor nicht allzulanger Zeit den Norden zu erobern. Es stimmt, daß die frischen Nudeln, die „tagliatelle" (breite Nudeln, Bandnudeln), schon zu Zeiten der Römer verbreitet waren, aus Griechenland kommend; und daß die trockenen Nudeln in Sizilien im Mittelalter von den Arabern eingeführt wurden.

Aber die einfachste Kost ist die Verbindung von Getreide mit Hülsenfrüchten geblieben: Fast immer eine Art von dicker Suppe, die die Römer puls nannten (pl. pultes) mit gemahlenen Getreiden und Kichererbsen oder Saubohnen (die Bohnen waren noch nicht verbreitet), nach Möglichkeit mit anderen Zutaten angereichert.

Ein Desinfektionsmittel für Magen und Darm

Es gab nordische Puls mit Honig und Käse (von dem Wort pultes oder vom Genitiv pultis kam schon zur Zeit der Römer das Wort Polenta, womit man heute die Polenta aus Maismehl meint (noch ein Produkt aus Amerika, wie die Tomate). Und dann gab es die punische Puls, also karthagisch, in der waren außer den Kichererbsen Gemüse, Hammel und Pfefferschoten: ein brennendes Desinfektionsmittel für Magen und Darm.

Die Römer pflegten auch große Nudelteigscheiben zu rösten und sie dann in Streifen zu schneiden – Vorfahren der Bandnudeln –, die dann in die Puls kamen zusammen mit grobem Mehl. Das ist der Anfang einer Entwicklung, die sogar die Teigwaren, ganz allein Träger der Ernährungsgrundsätze des Getreides in der italienischen Küche hat werden lassen; und nicht nur in der italienischen, weil die arabische Welt von Nordafrika das Getreide ihrerseits verwendet hat, den Grieß, um Couscouskörner herzustellen.

So sind die Nudeln und der Couscous in einem großen Raum des Mittelmeeres dominierend geworden: „Universalnahrungsmittel", weil man sie mit jeder Art von Zutaten assozieren kann. Nudeln kann man Hülsenfrüchte beifügen, wie wir schon sagten, Gemüse, Kohl, Rüben, Zucchinen, Auberginen usw.; Käse (der einst in die Suppe kam, heute zieht man es aber vor, ihn am Ende gerieben beizufügen), Eier, Fisch und Fleisch, in den verschiedenen Arten von Ragout und Pasteten oder Timbalen.

Die Nudeln sind folglich kein „erster Gang", sondern ein komplettes Gericht: ob „asciutta" oder in Minestre und Suppen, die die Italiener so dick lieben, daß der Löffel gerade darin stecken bleibt. Ein spezielles Kapitel bleibt dann das der gefüllten Teigwaren: Tortelli, Ravioli, Agnolotti, die nicht nur italienisch sind, die aber zweifelsohne in Italien eine führende Stelle einnehmen.

Parallele Betrachtung, auch wenn weniger komplett, gilt für die Pizza, die ihren Anfang bei den Nudelteigscheiben aus Mehl und Wasser nimmt, aus denen die ersten Bandnudeln entstanden, auch die ersten Fladen, das erste Brot. So gab und gibt es im ganzen Mittelmeerraum und auch in anderen Teilen der Welt diese Fladen aus Nudelteig, die angereichert werden, indem man sie mit Käse, Hülsenfrüchten, Gemüsen usw. bedeckt. Es ist also wieder das Getreide als Grundspeise, dem man

Es gibt viel mehr als Nudeln und Pizza

verschiedene Zutaten beifügt. Und es ist wieder die Verbindung mit Tomaten, die die Pizza in Italien so besonders beliebt macht und die die Welt als charakteristische Speise Italiens schätzt.

Alles dies darf nun nicht glauben machen, daß die italienische Küche und die des Mittelmeerraumes stillsteht bei Nudeln und Pizza. Dies ist ein Mythos, der aus der Welt geschafft werden muß. Alle verfügbaren Reichtümer, pflanzliche und tierische, haben im Laufe der Jahrhunderte wohlschmeckende und appetitanregende Verwendung gefunden, unabhängig vom Getreide. Sie haben im Gebratenen, und folglich im kostbaren Olivenöl, fast immer ihren Ausgangspunkt. Vom Gebratenen (und da gibt es verschiedene Arten) entwickeln sich fast alle Gararten des Fleisches: Braten in der Pfanne, dämpfen, schmoren, was die besten Weisen sind, das Fleisch optimal zu verwerten, gleichzeitig Saucen gewinnend für Nudelgerichte und Fleisch, das man aufgeschnitten servieren kann. Eine andere Sache ist das Ragout, das mit Hackfleisch gemacht wird, und eine andere Sache sind die Grillbraten oder ähnliche Arten (diese Garart gibt es überall in der Welt, seitdem die Feuerküche existiert, mit der einzigen Einschränkung der Fleischqualität, die zur Verfügung steht).

Auf jeden Fall ist die italienische Küche reich, wie auch die der Nachbarländer, an Variationen zum Thema Lamm, Zicklein, Schwein – auch konserviert, in Form der berühmten Schinken und anderer Wurstwaren, während das Rind eine relativ neue Errungenschaft ist – siehe das famose Steak à la Fiorentina, dem man aber im übrigen Lande das jüngere und zartere Kalb vorzieht.

Eine besondere Rolle aber spielt der Fisch

Was den Fisch anbelangt, so wurde von der armen Bevölkerung reichlich Gebrauch gemacht von Miesmuscheln und Mollusken, auch roh, die man sich leichter an der Küste oder in unmittelbarer Nähe besorgen konnte; während für die reichen Klassen die Grätenfische reserviert waren, da man sie für feiner hielt (diesen Unterschied gibt es heute praktisch nicht mehr). Aber der Fisch ist auch geeignet für prächtige Gerichte: z. B. alle Fischsuppen, angefangen beim berühmten „Cacciucco", Fisch in der Pfanne, Fisch im Ofen gebacken, gegrillter Fisch.

In den Bergen hingegen gibt es Gerichte mit Schaf und Käse (in Italien kennen wir ungefähr 500 verschiedene Arten, regulär verzeichnet aber nicht veröffentlicht, wie sie es verdienen) – dann überall ein Reichtum von wohlriechenden Kräutern, die weit über die wenigen bekannten Namen hinausgehen und vielen Gerichten unnachahmliche Wohlgerüche verleihen, auch einem einfachen Salat oder einer Tomatensauce.

Bleibt noch ein Wort zu sagen über Torten und Kuchen. Da können wir schnell drei verschiedene Traditionen hervorheben: Es gibt Gebäck, das den uralten mittelländischen Brauch fortsetzt, Teigstreifen mit Ricotta oder Frischkäse zu verbinden (wie vor langer Zeit, und vielleicht sind es die ältesten Gebräuche der Welt); dann gibt es Gebäck auf der Basis von Mandeln und eingemachten Früchten, herrliche Zubereitungen, die aus Griechenland und dem Orient kommen.

Dann gibt es noch Kuchen auf Getreidebasis: Panettoni und Ähnliches, die nichts anderes sind als die Entfaltung des antiken Votivbrotes. Es waren Brote, die mit Honig, Feigen u. a. angereichert waren, vor allem mit klaren, anspielenden Formen. Heute, da der rituelle Sinn verloren ist, sind sie für bestimmte Gedenktage geblieben, immer noch mit den Zutaten Mandeln, kandierte Früchte und Zucker (anstelle des Honigs).

ESPRESSO / La crema

Die Zunge ist der Kontrolleur

Zum Espresso, dem richtigen italienischen, gehört vor allem Druck. Nur mit Druck entsteht die Crema, in der sich die Schwebeteilchen und Inhaltsstoffe vereinigen. In Deutschland bekommt man gelegentlich „Espresso", der auch über eine Schaumhaube auf der Tasse verfügt. Aber dann ist es oft nur Schaum, der dadurch entstanden ist, daß heiße Luft durch den Kaffee gepustet wurde.

Wer es original italienisch haben will, muß dafür sorgen, daß das Kaffeepulver, im traditionellen und schonenden Doppelröstverfahren dunkel (nicht schwarz) geröstet, mit mindestens 1,5 atü ausgepreßt wird.

Als Kontrolleur dient die Zunge, die die Aromastoffe und Schwebeteilchen zu identifizieren mag, und der Kaffeesatz. Denn die Schwebeteilchen sind nicht löslich und bilden einen Belag in der Tasse.

Wer zu Hause Espresso kochen will, hat eine zusätzliche Kontrolle dadurch, daß das einmal ausgepreßte Pulver keine Stoffe mehr an das Wasser abgibt, es bleibt klar.

Espresso-Maschinen kommen in letzter Zeit verstärkt auf den Markt. Nur wenige bieten jedoch noch Sicherheit bei 13 atü Druck und führen das TÜV/GS-Prüfsiegel. Nur wenige haben auch eine automatische Selbstentkalkung, Garantie für langen Kaffee-Genuß.

Wichtig ist auch darauf zu achten, daß die Maschine auch cappucinogeeignet ist, und dieser nicht durch Wasser sondern durch Dampfdruck hergestellt wird.

Empfehlenswert ist die Verwendung von Arabica-Bohnen, sie sind qualitätsvoller und haben weniger Koffein. ut.

TEIGWAREN / Hartweizengrieß ist Trumpf

Das Unterscheidungsvermögen in Sachen Pasta bessert sich stetig

Was in punkto Qualität dem Deutschen sein Bier, ist dem Italiener seine Pasta, seine Teigwaren. In den heimischen Topf gelangen nur Nudeln, die aus Hartweizengrieß hergestellt worden sind, so will es das Gesetz 580 aus dem Jahre 1967. Hartweizen ist eine anspruchsvolle Pflanze, sie braucht viel Sonne und ein halbtrockenes Klima. Die besten Gebiete hierfür sind Apulien, die Abruzzen, Sizilien, die Maremme und die Basilicata. Es werden in Italien auch Weichweizengrieß-Nudeln hergestellt, aber die sind ausschließlich für den Export bestimmt. Den Italienern mag man sie nicht zumuten.

Eine deutsche Verordnung kennt drei Arten

Auch der deutsche Gesetzgeber hat sich zu den Nudeln etwas einfallen lassen, die Teigwarenverordnung, TVO. Sie unterscheidet drei Arten von Nudeln, Grießteigwaren, Eierteigwaren und Teigwaren besonderer Art.

Eine Differenzierung hinsichtlich der Weizenart macht sie nicht. Die in den Regalen befindlichen Teigwaren aus deutscher Produktion sind regelmäßig Eierteigwaren. Das Ei muß schon deshalb bei den hier gebräuchlichen Weichweizen-Nudeln dabeisein, damit diese überhaupt beim Kochen ihre Konsistenz behalten und nicht zum Klumpen werden.

Trotz der (mindestens nach TVO) 2¼ Eier pro Kilo können sich diese Teigwaren aber nicht mit denen aus Italien (ohne Eizusatz) vergleichen. Sie sind nicht „al dente", der Zahn findet beim Verzehr keinen Widerstand. „Es gibt natürlich auch italienische Pasta mit Eiern", sagt der Gebietsmanager in Deutschland von Italiens Pasta-Riesen Barilla, (1982 572 Mrd. Lire Umsatz), Roberto Witzmann, „aber die Hartweizengrießpasta ist schon ohne Eizusatz teurer als die aus Weichweizen und Eiern. Und wenn wir Eier in die Pasta tun, dann mindestens vier pro Kilo." In Sachen Qualität wird bei italienischen Teigwaren lieber geklotzt als gekleckert.

Das Problem ist nur, daß der deutsche Kunde, der im italienischen Restaurant oder während des Urlaubs „echte" Spaghetti kennengelernt hat, nicht weiß, daß der Unterschied nicht im Ei, sondern im Weizen liegt.

Nicht von ungefähr und nicht ohne Erfolg stellen deutsche Hersteller den Eigehalt in den Mittelpunkt ihrer Werbung.

„Daher gibt es für italienische Teigwaren praktisch einen besonderen Vertriebskanal", sagt Witzmann. „Er führt zu den italienischen Gastarbeitern, italienischen Gaststätten und der kleinen Schar Deutscher, die sich auskennen."

Immerhin kamen 1981 49 000 t Teigwaren aus Italien nach Deutschland (1980: 45 519 t). Das spricht für eine wachsende Beliebtheit und wachsendes Unterscheidungsvermögen. Davon waren 26 348 t ohne und 23 146 t mit Ei. Wobei allerdings zu bemerken ist, daß in den italienischen Export auch Weichweizengrieß-Nudeln gelangen. Ein genauer Blick auf die Packung ist also unverzichtbar.

Nicht genug mit der Weizen- und Ei-Problematik. Es ist noch lange nicht jede Nudel Spaghetti. Eine Schwierigkeit allerdings von ungleich leichterem Charakter.

Die in Deutschland beliebtesten zehn Teigwaren sind: Spaghetti lang, Spaghetti kurz, Tagliatelle (das sind die breiten) gelb, Tagliatelle grün, Tagliatelle Emiliane (das sind die mit frischem Ei), Tortiglioni (das sind die dicken gedrehten), Tortellini (das sind die kleinen runden Schnecken mit Fleischfüllung), Canelloni (das sind die dicken Röhren), Lasagne (die Teigplatten) gelb und Lasagne grün.

Wird der Kartoffel bald der Rang streitig gemacht?

Das sind nur die bekanntesten, die Arten-Vielfalt geht indes in die Hunderte, je nach Region. Was in Deutschland mit Sicherheit noch alles unter „Spaghetti" laufen würde, können tatsächlich Capellini, Vermicelli, Spaghettini, Bucatini, Macheroncini oder Bavette sein, wer will das alles auseinander halten? Obwohl der Pasta-Genuß erst vollkommen ist, wenn man sich bei den Bezeichnungen auskennt.

In Deutschland ist die Teigwarenkultur immerhin auf dem Vormarsch. Am Verbrauch machen undifferenzierte Nudeln nunmehr 20 Prozent aus, Spaghetti kommen schon auf 14, Macheroni auf 12, die heimischen Spätzle mit Artgenossen auf 10 und „andere Nudeln", von der Lasagne bis zu den Stelline immerhin 31 Prozent.

Und wenn sich ferner die Erkenntnis durchsetzt, daß man Nudeln auch anders essen kann als mit Zucker, wird die Nudel bald der Kartoffel in Deutschland den Rang streitig machen. J. C.



Land chronischer Strukturprobleme und atemberaubender, natürlicher Schönheit, Apulien, hier Otuni.. FOTO: ZOLTAN NAGY

APULIEN / Der Mezzogiorno kämpft gegen die Strukturprobleme

Es ist möglich, im Süden die Monokulturen aufzubrechen

Regierung und Landwirtschaftsverbände Italiens kämpfen gegenwärtig in Brüssel um die Beibehaltung, wenn nicht sogar um die Aufstockung der Fördermittel zu Gunsten der Mittelmeerprodukte. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen steht der Mezzogiorno, der noch immer ein starkes Einkommensgefälle gegenüber dem wirtschaftlich wesentlich weiter entwickelten Norden aufweist.

Obwohl in den letzten Jahren, gefördert durch massive Investitionen aus EG-Fonds, des italienischen Staates und der Regionen, im Süden ein Wandlungsprozeß in Gang gekommen ist, unter anderem mit dem Ausbau von Obst- und Gemüsekulturen, wo vorher nur die typischen mediteranen Erzeugnisse produziert wurden, ist der Mezzogiorno noch weit davon entfernt, eine seinem Potential entsprechende Rolle im Agrar- und Ernährungsgüterbereich zu spielen.

Die größten Handikaps der süditalienischen Landwirtschaft sind der Wassermangel, die Betriebszersplitterung und die Entfernung von den Hauptverbrauchszentren, die alle im Norden liegen. Die Region Apulien beispielsweise, die als typisch für ihre mediterrane Produktionsstruktur gelten kann, hat heute noch fast die gleiche Anzahl von Agrarbetrieben wie vor zwanzig Jahren. Die größten Betriebsgrößen weist hier die Provinz Foggia auf mit durchschnittlich zehn Hektar Agrarfläche pro Betrieb, die kleinste die Provinz Lecce mit drei Hektar.

Rund 28 Prozent der Erwerbstätigen sind hier noch im Agrarbereich eingesetzt, gegenüber nur noch knapp über 13 Prozent im nationalen Durchschnitt. Das Schwergewicht der Agrarproduktion liegt bei Trauben, Mandeln, Olivenöl und Weizen. Wo die Bewässerung Fortschritte gemacht hat, werden neuerdings zunehmend auch Tomaten und Rüben angebaut. Noch wenig entwickelt sind dagegen Obst- und Gemüsekulturen.

Die Bewässerung der Agrarböden hat in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, ist aber noch weit davon entfernt, den Bedürfnissen moderner Anbaumethoden zu entsprechen. Gegenwärtig sind erst zwölf Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche Italiens bewässert, allerdings erbringen diese 3,5 Millionen Hektar 40 Prozent der gesamten italienischen Agrarproduktion. In Süditalien, das an der gesamten Agrarfläche des Landes mit etwa einem Drittel beteiligt ist, sind gegenwärtig erst 0,5 Millionen Hektar bewässert, gerade ein Siebtel der Bewässerungsfläche. Davon entfallen beinahe 0,2 Millionen Hektar auf Apulien, wo diese Fläche in wenigen Jahren verdoppelt werden soll.

Schon dieses bisher eher bescheidene Resultat hat dazu geführt, wie die Beispiele Apulien und Basilicata zeigen, daß es möglich ist, auch im Süden die Monokultur-Wirtschaft aufzubrechen und in neue Produktionsbereiche einzudringen. Freilich zeigen die bisherigen Beispiele auch, daß der intensive Anbau von Obst und Gemüse in diesen Bereichen Überschüsse schafft, wenn vorher keine funktionsfähigen Absatzorganisationen geschaffen und keine Absatzmärkte erschlossen wurden. Ganz abgesehen davon, daß große Probleme auch dann noch bestehen bleiben, da stets auch noch die Transportkosten zu berücksichtigen sind. Diese spielen eine bedeutende Rolle, weil sich der Hauptteil des Verkehrs auf Straße und nicht auf Schiene abspielt.

Für Süditalien stellt sich daher neuerdings immer mehr die grundlegende Frage, ob es in gewissen Agrargebieten nicht vorteilhafter wäre, statt Öl, Wein, Obst und Gemüse, die innerhalb der Gemeinschaft noch schwieriger zu vermarkten sein werden als heute, wenn erst einmal Spanien und Portugal der EG angehören, Kulturen anzubauen wie Ölsaaten und Baumwolle, für die Italien notorisch importabhängig ist. In Frage käme für solche Produktionen in Süditalien vor allem die Region Apulien, die als einzige süditalienische Region über eine große Ebene verfügt, die mit der Poebene im Norden verglichen werden kann, die die höchsten Hektarerträge Italiens erbringt.

Große Bedeutung für die Entwicklung der apulischen Landwirtschaft kommt in diesem Zusammenhang der Levante-Messe in Bari zu, die vor wenigen Monaten einen ständigen technischen Ausschuß ins Leben gerufen hat, die Koordinierungsfunktionen auf Regionalebene ausübt. Von der Agrarmesse der Levante-Messe, Agrilevante, gehen außerdem starke Impulse zur Verbesserung der Anbaumethoden und der Mechanisierung aus. Diese Anstöße haben hier besonders große Bedeutung, weil die Mechanisierung der Landwirtschaft im Süden der in den nord- und mittelitalienischen Landesteilen noch immer weit hinterherhinkt.

Während in Nord- und Mittelitalien, 1,21 Maschinen auf einen Betrieb entfallen, ist in Süditalien die Maschinendichte mit 0,50 nicht einmal halb so groß. Noch stärker ist der Unterschied, wenn man zum Vergleich die PS-Zahl der eingesetzten Maschinen heranzieht: In diesem Fall verfügt ein Betrieb in Nord- und Mittelitalien durchschnittlich über 7,1 PS, ein süditalienischer Betrieb hingegen nur über 2,7 PS.

Alle diese Faktoren beweisen zur Genüge, daß der Mezzogiorno mittlerweile das Sorgenkind nicht nur Roms, sondern auch der EG-Kommission in Brüssel, noch eine weite Strecke vor sich hat, um sich mit den anderen Agrarregionen der Gemeinschaft messen zu können.

GÜNTHER DEPAS

VENETO / Weingärten prägen das Land

Bei Wein und Sekt in führender Position

Der Weinanbau, die Weinerzeugung und die Önologie gehören zum großen venetianischen Kulturgut. Sie sind eng mit der Umwelt, der Landschaft und den Monumenten verbunden. Dies gilt vor allen Dingen für die Hügelgebiete, wo üppige Weingärten die harmonische Szenerie der Villen Falladios, der ruhmreichen Burgen und der historischen Ortsteile beleben.

Der Weinanbau und die Weinerzeugung gehören zu den verbreiteten landwirtschaftlichen Tätigkeiten. „Weingärten" sind in weiten Gebieten der Ebene das Hauptmerkmal.

Die Weinproduktion Venetiens nimmt bezüglich der Quantität, Qualität und Sorten der Weine eine Vorrangstellung ein: Dies ist nicht nur die Folge der günstigen klimatischen Voraussetzungen, sondern auch das Ergebnis aus überlieferten Bräuchen und der guten Pflege des Weinstocks durch die venetianischen Weinbauern.

Die mit Weinreben bebaute Fläche umfaßt in der Primärkultur 13 500 Hektar und fast 54 000 Hektar in der Sekundärkultur; die durchschnittliche Weinproduktion erreicht jährlich rund zehn bis elf Millionen Hektoliter, von denen ein großer Teil exportiert wird; hiervon entfallen rund zwei Millionen Hektoliter auf Weine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung, d. h. hochwertige Weine. Annähernd 100 000 Landwirtschaftsbetriebe beschäftigen sich mit dem Weinanbau.

Neben zahlreichen privaten Unternehmen sind auf diesem Gebiet siebzig Genossenschaftskellereien tätig, die fast 50 Prozent der insgesamt in der Region erzeugten Trauben in Wein umwandeln.

Der Produktionswert im Weinanbau und in der Weinerzeugung Venetiens beläuft sich auf rund 230 Milliarden Lire, was 51 Prozent der regionalen Gesamtproduktion entspricht. Ein Großteil der Weine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung, der von Italien exportiert wird, stammt aus Venetien (30 bis 40 Prozent).

In qualitativer Hinsicht hat die Sektherstellung in Venetien ohne Zweifel eine führende Position erreicht, und hierbei ist besonders der Carrazze aus Valdobbiadene herauszustellen. Erwähnenswert sind außerdem der Prosecco aus Conegliano und Valdobbiadene, der Durello aus Vicenza, der Moscato dei Colli Euganei und der veronesische Redioto.

Die Produktion erreichte mittlerweile auf diesem Gebiet 15 Millionen Flaschen: hiervon elf Millionen nach der Charmat- und 2,5 Millionen nach der Champenois-Methode. Um die Kenntnis der venetianischen Weine zu vertiefen, wurden einige Weinstraßen durch die Produktionsgebiete angelegt; so z. B. die Weißweinstraße von Conegliano bis Valdobbiadene, die Piaveweinstraße, die Weinstraße der Colli Euganei und die Bardolinoweinstraße.

Bis heute sind folgende Gebiete mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung anerkannt, aus denen die 48 Weine Venetiens stammen: Bardolino, Valpolisella, Soave, Prosesco aus Conegliero und Valdobbiadene, Breganze, Colli Euganei, Gambellara, Custoca-Weißwein, Piave-Weine, Tocai aus Lison, Merlot und Cabernet aus Pramaggiore, Colli Berici, Tocai aus S. Martino della Battaglia, Lucare, Valdadige, Montello und Colli Asolani.

Die Weinvielfalt Venetiens steht unter dem Schutz der Genossenschaften. Ihre Mitgliedschaft ist freiwillig, die Disziplin dagegen äußerst streng, ja fast noch rigoroser und damit wirksamer als die gesetzlichen Bestimmungen. All dies dient dem Zweck, das Qualitätsniveau des genossenschaftlich geschützten Weins zu erhöhen, seine kommerzielle Verbreitung zu fördern und seinen Namen gegen jeglichen Mißbrauch seitens unlauterer Konkurrenten zu schützen.

Diese Selbstschutzverbände der Weinerzeuger sind keine Früchte der neuen Entwicklung, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 930 (12. 7. 1963) zum Schutz des Weins und seiner Herkunftsbezeichnungen stattgefunden hat. Schutzverbände auf freiwilliger Basis gab es in Italien schon früher.

Ebenso haben die Bruderschaften eine lange Tradition. Ihre Aufgabe geht indes in eine andere Richtung. Sie fördern Tradition und Folklore, bemühen sich um die Vertiefung der allgemein kulturellen Bedeutung des Weinbaus in Italien. In Venetien blickt man manchmal spöttisch auf die Bruderschaften und ihre Festmahle herab. Sie haben aber eine wichtige Funktion und mithin eine Daseinsberechtigung.

J. C.

PARMALAT / Diversifizierung ist Trumpf

Calisto Tanzi schwört auf UHT-Technologie

Über zwei Millionen Tonnen verarbeitete Milch jeden Tag, 220 Tankwagen, die das Unternehmen täglich mit Rohstoff versorgt, ein Umsatz, der in diesem Jahr 650 Milliarden Lire erreichen wird, rund 30 Prozent mehr als im vergangenen Jahr: das ist die Firma Parmalat in Collecchio bei Parma, Italiens größter Milchverarbeiter und der Welt größter Produzent von UHT-Milch mit langer Konservierungsdauer.

Das Erfolgsrezept für diesen Konzern, der sich in nur 20 Jahren an die Spitze des Milch-, Sahne- und Getränkemarktes Italiens geboxt hat und auf diesem Gebiet auch international ständig neue Marktquoten dazugewinnt, ist nicht nur die UHT-Technologie, auf die Konzerngründer Calisto Tanzi gesetzt hat und auf die er weiter schwört, sondern die moderne Marktstrategie, mit der Parmalat die 200 Milchzentralen, Genossenschaften und sonstige Konkurrenten das Fürchten lehrte.

Parmalat ist das einzige Unternehmen seiner Branche in Italien, das von Anfang an der Werbung großen Spielraum im Absatzkonzept einräumte. Für eine Milliarde Lire nahm Calisto Tanzi Ende der 70er Jahre Niki Lauda unter Sponsor-Vertrag: mit dem Ergebnis, daß der Name „Parmalat" innerhalb nur weniger Monate über die italienischen und europäischen Grenzen hinausgetragen wurde.

Export weiter verstärkt . . .

Inzwischen exportiert die Gesellschaft nicht nur in die europäischen Länder, sondern auch in die Vereinigten Staaten, Kanada, Afrika und Arabien. Im vergangenen Jahr belief sich die Ausfuhr bei einem Umsatz von 495 Milliarden Lire auf 21 Milliarden Lire. Im laufenden Jahr hofft man diesen Betrag verdoppeln zu können. Entscheidend für diese Dynamik ist nicht nur die weiter intensive Werbe- und Sponsortätigkeit, für die in diesem Jahr 30 Milliarden Lire ausgegeben werden, ein Drittel mehr als im vergangenen Jahr, sondern auch die Diversifizierung der Produkte.

Neben Milch und Milcherzeugnissen ist Parmalat inzwischen auch einer der stärksten italienischen Hersteller von Fruchtsäften mit langer Konservierungsdauer. Eingeführt wird auf den Auslandsmärkten derzeit ein neues Verarbeitungsprodukt, das Tomatenpüree „Pomi". Damit hat sich die Zahl der angebotenen Produkte mittlerweise auf über 20 erhöht. Und die Reihe ist noch längst nicht zu Ende.

. . . bereits in 23 Länder

Im Rahmen der gezielten Diversifizierung, mit der Parmalat seine Angebotspalette bei den inzwischen beinahe 200 000 Fachgeschäften des Lebensmitteleinzelhandels in Italien auszudehnen bestrebt ist, wird derzeit auch der Verkauf von Parmaschinken-Spezialitäten immer stärker ausgebaut. Anfang kommenden Jahres macht das Unternehmen einen noch größeren Sprung: Dann werden den Milch- und Fleischprodukten und den Verarbeitungserzeugnissen auf Tomaten- und Früchtebasis die ersten Backwaren zur Seite gestellt. In einer zweiten Phase werden Nudelprodukte folgen, womit Parmalat auch einen ganz besonders schwierigen Markt im Lebensmittelbereich betreten wird.

Immer größere Bedeutung bei dieser Absatzstrategie werden die ausländischen Absatzmärkte erhalten, wobei neben den europäischen vor allem die überseeischen Märkte einschließlich der Vereinigten Staaten und Japan ausgebaut werden sollen. Schon jetzt ist der Export in 23 Länder gerichtet.

Parmalat beschäftigt derzeit etwa über 2000 Personen. In Italien verfügt das Unternehmen über vier Werke, je eine Fabrik wird außerdem in Brasilien und Nigeria betrieben. Die firmeneigenen Molkereizentralen in Frankreich und Deutschland liefern zwei Drittel ihrer Milch an die italienischen Werke des Konzern, die damit über die Hälfte ihres Rohstoffbedarfs decken.

G. D.

ITALIENISCHE LEBENSMITTEL
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

WÄHRUNGSAUSGLEICH / Deutsche Anbieter profitieren

Wettbewerbsverzerrungen steuern die Handelsströme

Der Währungsausgleich bei Marktordnungsprodukten ist ein ständiger Zankapfel innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Das, was Italiener und Franzosen auf der einen Seite und Deutsche und Niederländer auf der anderen Seite wollen, läßt sich kaum noch auf einen Nenner bringen und belastet nicht nur die jährliche Brüsseler Preisrunde, sondern auch die Reform der EG-Agrarpolitik, über die seit Jahren geredet wird, ohne daß etwas geschehen ist.

Die Materie ist kompliziert. Einem Bonmot zufolge verstehen in der EG allenfalls noch 30 Experten die Grenzausgleichsregelungen. Manche Beobachter halten selbst dies für übertrieben. Letztlich geht es darum, die Fiktion einheitlicher Agrarpreise in der Europäischen Gemeinschaft aufrechtzuerhalten, obwohl sich die Währungsparitäten ständig geändert haben und auch in Zukunft ändern werden. Bei festen Wechselkursen gebe es das Problem überhaupt nicht, nur dies ist eben nicht die Realität.

Warum Sonderregelungen getroffen wurden

Die in den EG-Agrarmarktordnungen festgesetzten Preise wurden von Anfang an in Rechnungseinheiten ausgedrückt. Jede Auf- oder Abwertung der Währung eines Mitgliedstaates führte zwangsläufig zu einer Änderung des Umtauschverhältnisses zwischen Rechnungseinheit und nationaler Währung. Dies beeinflußte die in nationaler Währung ausgedrückten gemeinsamen Agrarpreise.

Die Folge: Bei einer Aufwertung sanken in diesem Land die Marktordnungspreise, bei einer Abwertung stiegen sie. Um dies zu verhindern, wurden bereits Ende der sechziger Jahre Sonderregelungen, zum Beispiel steuerlicher Art, getroffen. Später, in den frühen siebziger Jahren, wurde einfach im Agrarbereich mit alten Kursen, selbst nach Währungsänderungen, weitergerechnet.

Um zu verhindern, daß durch die im Warenverkehr angewendeten tatsächlichen Wechselkurse die Agrarpreise unterlaufen werden könnten, wurde am 12. Mai 1971 das Währungsausgleichssystem geschaffen. Und dieses System wurde ständig angeglichen, wobei es immer schwieriger zu durchschauen wurde. Grundsätzlich mußte auch das agrarmonetäre System 1979 an das Europäische Währungssystem angepaßt werden. Die gemeinsamen Agrarpreise, die Abschöpfungen bei Einfuhren und die Erstattung beim Export werden nicht mehr in Rechnungseinheiten festgesetzt, sondern in ECU.

In aufwertenden Ländern wie der Bundesrepublik und den Niederlanden werden die Währungsausgleichsbeträge bei der Einfuhr erhoben und bei der Ausfuhr gewährt. In diesen Fällen wird von positiven Währungsausgleichsbeträgen gesprochen. In der Bundesrepublik liegen die Ausgleichssätze zum Beispiel bei Milch und Milcherzeugnissen bei 10,8 Prozent. In abwertenden Ländern wie Italien und Frankreich werden negative Währungsausgleichsbeträge bei der Einfuhr gewährt und bei der Ausfuhr erhoben.

Die Höhe der Abgaben und der Erstattungen bemißt sich für den jeweiligen Mitgliedstaat nach dem Prozentsatz seines Währungsausgleichssatzes von dem in nationaler Währung ausgedrückten Interventionspreis, bei Verarbeitungsprodukten nach dem zugrunde liegenden Anteil der betreffenden Interventionsprodukte.

Ursprünglich bestand die Absicht, die Währungsausgleichsbeträge so festzusetzen, daß sie keinen Einfluß auf die Handelsströme haben sollten. Jedenfalls sollte es nicht zu künstlichen Wettbewerbsverzerrungen kommen. Dies wird zwar vom Bonner Landwirtschaftsministerium immer noch behauptet. Es liegen jedoch Untersuchungen vor, nach denen die deutschen Anbieter von dieser Regelung profitieren.

Allerdings kann damit nur ein Teil der starken Zunahme der deutschen Agrarlieferungen nach Italien erklärt werden. Entscheidend ist letztlich die kaufkräftige Nachfrage jenseits der Alpen, der kein ausreichendes heimisches Angebot gegenübersteht. Trotzdem, und mit gewissem Recht, verlangen die Abwertungsländer einen Abbau des deutschen positiven Grenzausgleichs. Dagegen wehrt sich jedoch die Bundesregierung vehement. Denn der Abbau des Grenzausgleichs würde die Einkommen der deutschen Landwirte treffen, weil die in D-Mark ausgedrückten Preise entsprechend reduziert werden müßten.

Allerdings fordert auch die EG-Kommission in ihren Vorschlägen zur Reform der EG-Agrarpolitik einen rascheren Abbau der Währungsausgleichsbeträge. Hier spielt eine Rolle, daß der Währungsausgleich gemeinschaftlich finanziert wird. Die Kosten werden dafür in diesem Jahr immer noch – in früheren Jahren war es noch erheblich mehr – auf 240 Millionen ECU (rund 600 Millionen Mark) veranschlagt.

Die Kommission empfiehlt daher eine Regelung für den Abbau, die rascher greifen und automatisch wirken soll. Kommt es zu Währungsänderungen innerhalb der EG, dann soll der sich daraus ergebende Grenzausgleich zu einem Drittel gleich bei der Einführung beseitigt werden. Ein weiteres Drittel soll zu Beginn des Wirtschaftsjahres, das unmittelbar auf die neuen Währungsausgleichsbeträge folgt, abgebaut werden, das letzte Drittel im darauffolgenden Jahr.

Die EG hält die Bonner Idee für zu leicht

Solche Vorstellungen wurden von der Bundesregierung als unakzeptabel zurückgewiesen. Denn der Abbau des bestehenden Währungsausgleichs würde für die deutsche Landwirtschaft in den nächsten beiden Jahren nominelle Preissenkungen von jeweils rund fünf Prozent zur Folge haben. Und dies glaubt das Haus Kiechle den deutschen Bauern nicht zumuten zu können.

Aber nicht nur das: Da die D-Mark im europäischen Währungsverbund auch in Zukunft aufgewertet werden dürfte, wären nach Bonner Ansicht weitere Preissenkungen für die deutsche Landwirtschaft programmiert. Ferner würden notwendige Wechselkursanpassungen erschwert, weil sie unmittelbar mit agrarpolitischen Maßnahmen verknüpft wären.

Als Ausweg plädiert Bonn für ein System, bei dem positive Grenzausgleichsbeträge gar nicht existieren können. Vielmehr würden die negativen Ausgleichsbeträge entsprechend heraufgesetzt werden.

Die EG-Kommission hat diese Idee zwar gewogen, aber für zu leicht befunden. Die negativen Ausgleichsbeträge lassen sich zwar ohne Druck aus der Landwirtschaft leichter abbauen, weil dies in nationaler Währung zu höheren Preisen führt.

HANS DACHS

WEINE AUS PIEMONT / Hierher kommen die Könige

Barolo und Barbaresco, Weine mit garantierter Qualität

Die Region Piemont zeichnet sich gegenüber allen anderen italienischen Weinbau-Regionen durch die engen Verbindungen aus die über Jahrhunderte mit Frankreich bestanden haben. Das Haus Savoyen, das die Region seit dem Mittelalter regierte und erst nach dem zweiten Weltkrieg von der weltgeschichtlichen Bühne abtrat, hat seine Wurzeln in der französischen Landschaft zwischen dem Genfer See und dem Rhônetal. Bei Rebe und Wein sind die Verbindungen zwischen Piemont und Frankreich daher stets viel enger gewesen als mit dem übrigen Italien. Das kommt nicht nur in den Anbaumethoden zum Ausdruck, sondern auch in der Kellereitechnik. Nicht umsonst haben die schweren piemontesischen Roten in keinem anderen italienischen Wein ihre Entsprechung, wohl aber zahlreiche Affinitäten mit französischen Kreszenzen gleicher Güte und Preisklasse.

Die Region Piemont bringt vor allen anderen italienischen Regionen die größte Anzahl von Weinen mit amtlich kontrollierter Herkunftsbezeichnung hervor. Gegenwärtig gibt es 38 sogenannte DOC-Weine (Denominazione di Origine Controllata). Mit dem noch höheren Gütezeichen der amtlich „kontrollierten und garantierten" Herkunftsbezeichnung OCG (Denominazione di Origine Controllata e Garantita) können sich dagegen bisher erst der Barolo und Barbaresco schmücken, die als erste italienische Weine auch mit der DOC-Bezeichnung ausgestattet wurden. Die „garantierte" Herkunftsbezeichnung erhalten nur Weine besonderer Güte, bei deren Herstellung besonders strenge Produktionsvorschriften befolgt und die nach Abschluß des Reifeprozesses der Kontrolle einer amtlichen Prüfungskommission unterzogen wurden.

Die piemontesischen Weinanbaugebiete sind die Provinzen die östlich und südöstlich der Regionalhauptstadt Turin liegen. In diesem zusammenhängenden Weinanbaugebiet, das sich von Turin bis Casale Monferrato an der Grenze zur Lombardei im Osten und im Süden über Alba bis Mondovi so wie im Südosten bis zur Grenze Liguriens erstreckt, werden 95 Prozent aller Weine dieser Region erzeugt. Die übrigen fünf Prozent entfallen auf die nördlichen Provinzen Vercelli und Novara.

Das Weinanbaugebiet, das von Monferrato nahtlos in die Langhe und in den Apennin bei Aqui Terme übergeht, ist eine einzige Abfolge ineinander verwobener Hügel. Rund 90 Prozent der Weinanbaufläche Piemonts entfallen auf Hügelland, 2,5 Prozent auf Berglagen und nur 7,5 Prozent auf Tallagen. Mit der vorherrschenden Hügel- und Berglage verbunden sind nicht nur hohe Qualitäten, sondern auch hohe Produktionskosten.

Unter den piemontesischen DOC-Rotweinen steht der Barbera d'Asti mit großem Abstand an der Spitze. An 2. und 3. Stelle liegen der Barbera del Monferrato und der Barbera d'Alba. Die nächsten Plätze in der Produktion nehmen der Dolcetto (mit seinen insgesamt sieben Herkunftsbezeichnungen), der Barolo – der „König" der italienischen Weine – und der Barbaresco ein. Bei den DOC-Weißweinen liegt der Moscato Naturale d'Asti weit vor allen anderen an erster Stelle, gefolgt von dem Gavi und dem Cortese di Gavi.

Nicht ganz 90 Prozent der piemontesischen Weinproduktion bestehen derzeit aus Rotweinen. Einer gewissen Tendenz der italienischen Verbraucher zu leichteren und fruchtigeren Weinen folgend hat sich der Anteil der Weiß- und Roséweine jedoch in den letzten Jahren zu vergrößern begonnen. Betroffen von diesem Trend sind in erster Linie der Barbera, der als robuster Wein bäuerlicher Tradition in den unteren und mittleren Qualitätsklassen heute immer größeren Absatzschwierigkeiten begegnet. Seit 1979 werden daher in diesem Fall neue Kellereitechniken eingesetzt, um aus der Barbera-Rebe nicht nur leichtere rote, sondern sogar Weiß- und Roséweine zu ziehen.

G. DEPAS

DOC / Indikator für Qualität seit 20 Jahren

Nur der Preis löst Zweifel aus

Der italienische Wein, so hieß es auf der „Vinitaly" der großen Weinmesse in Verona zu Beginn dieses Jahres, ist erwachsen geworden. Das 20. Jubiläum feiert 1983 das Weingesetz, das für Italien die Regelung der Ursprungsbezeichnungen, also der Qualität festlegt. Seit Inkrafttreten dieses Gesetzes dürfen bestimmte italienische Weine die Bezeichnung DOC (= Denominazione d'Origine Controllata) zeigen. Dieses DOC ist Indikator für Qualität: Heute sind es mehr als 200 Weine aus allen Anbaugebieten des Stiefels, die mit dem DOC bestimmte Charakteristika ausweisen.

Damit war der Handel mit qualitativ niedrig angesiedelten Massenweinen, der insbesondere in Deutschland blüht und an dem die hiesige Importwirtschaft ebenso wie die Großflächen des Handels intensiv beteiligt waren, weitgehend ein Ende gesetzt. Die Sünden der 60er Jahre hießen „Südtiroler Bauerntrunk" oder „Lambrusco" und waren schlechte Produkte in der berüchtigten 2-Liter-Flasche, die auf Jahre hinaus das Image des italienischen Weines in Deutschland schädigte.

Heute ist die Situation anders. Das Verhältnis Preis/Qualität ist beim Wein aus Italien günstiger als etwa bei der Herkunft aus anderen Ländern – und ein immer breiteres Publikum erkennt, daß Italien junge, frische Weißweine – etwa aus den Regionen Friaul oder Venetien – ebenso bietet wie alte körperreiche Rotweine aus der Toskana oder dem Piemont.

Den Beobachtungen der Importeure von „Eggers u. Franke", Bremen, zufolge ist es den italienischen Qualitätsweinen jetzt gelungen, die Billigangebote zurückzudrängen. Das Angebot in den untersten Preisklassen scheint nicht zuzunehmen. Viel mehr, so „Eggers u. Franke"-Sprecher Hans Jung, stimulieren die Billigangebote zum Kauf besserer Weine („Führen Sie auch Qualitätslambrusco?"). Probleme innerhalb des deutschen Marktes für italienische Weine entstehen jedoch durch die großen Preisunterschiede, wie für Soave und Chianti, die man von „ganz niedrig" bis „ganz hoch" findet. Preise unter vier Mark (3,98 Mark ist ein beliebter Billig-DOC-Preis) lassen den Verbraucher immer wieder zweifeln.

Das verkaufsstärkste Preissegment für italienische Qualitätsweine liegt heute bei einem Endverbraucherpreis zwischen fünf und acht Mark.

J. C.



Spezialitäten aus Italien.
Das größte Angebot Europas.

Warum ist Italien der größte ausländische Aussteller auf der ANUGA '83, der wichtigsten Nahrungs- und Genußmittelausstellung der Welt?

Weil Italien seit jeher berühmt ist für seine einzigartigen Spezialitäten. Spezialitäten, die von Kennern in aller Welt geliebt und geschätzt werden. Italien ist deshalb eines der größten europäischen Exportländer für hochwertige Nahrungs- und Genußmittel. Die Nr. 1 in der Bundesrepublik Deutschland für: Wein, Obst und Gemüse, Pasta und Schinken. Und wichtiger Lieferant einer Vielzahl weiterer Spezialitäten.

Typisch italienisch. Einfach unverwechselbar.

Bestes aus ITALIEN.

KOSTENLOS FÜR SIE.
Das Buch ARS VIVENDI. Alles über Wein, Käse, Schinken- und Wurst-Spezialitäten, Pasta und Obst und Gemüse aus Italien.

Name ______ Vorname ______
c/o ______
Straße ______
PLZ ______ Ort ______

Coupon einsenden an: I.C.E. - Italienisches Institut für Außenhandel
Postfach 222
4000 Düsseldorf 1